

Die EU-Regionen in Deutschland: Internetrecherche zur Bezirksebene in der EU-Förderpolitik 2020+

Cassing, Gerhard

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Verzeichnis, Liste, Dokumentation / list

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Cassing, G. (2021). *Die EU-Regionen in Deutschland: Internetrecherche zur Bezirksebene in der EU-Förderpolitik 2020+*. Göttingen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71786-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

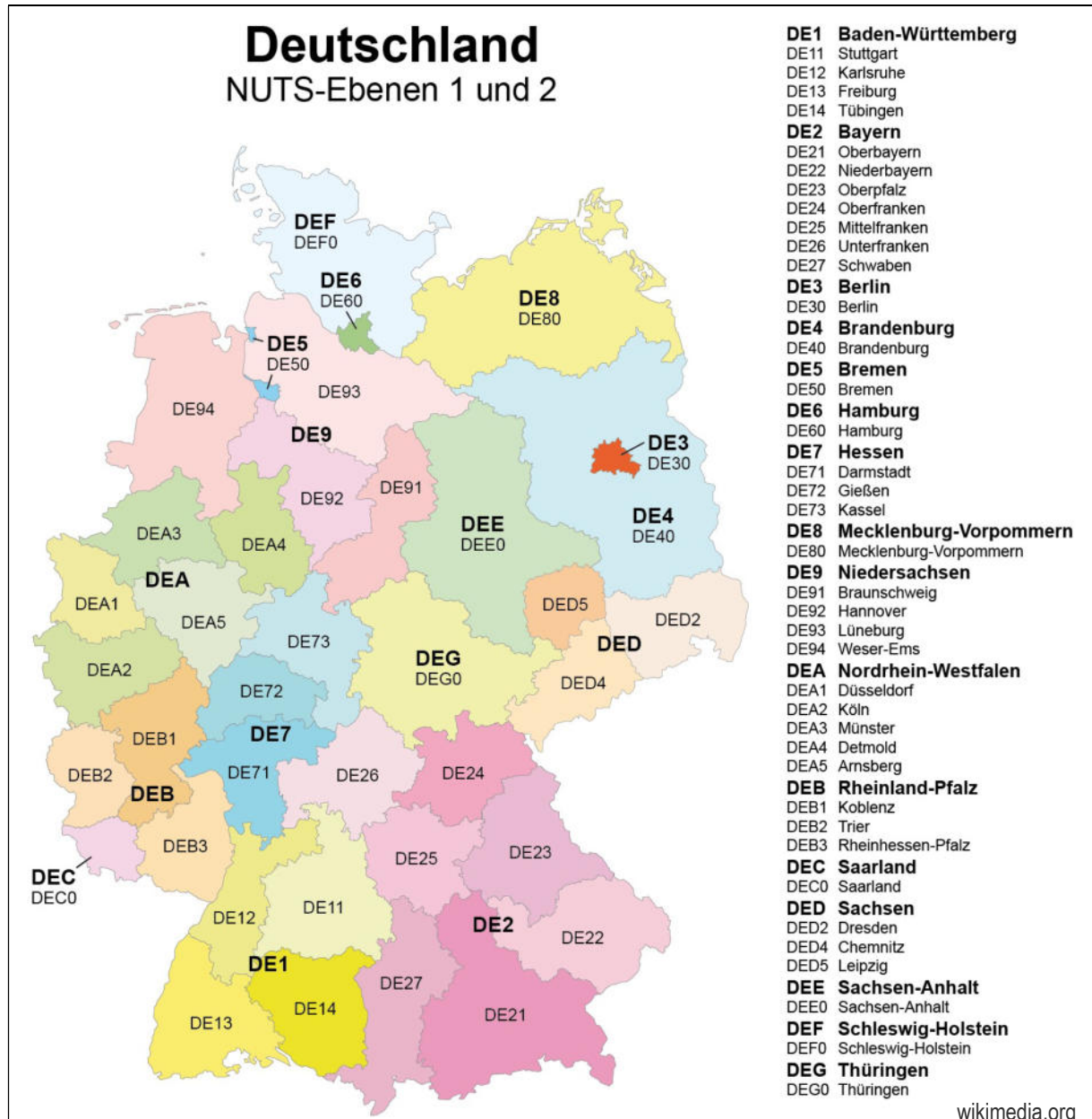
Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>

Die EU-Regionen in Deutschland

Internetrecherche zur Bezirksebene in der EU-Förderpolitik 2020+



Die EU-Regionen in Deutschland

Internetrecherche zur Bezirksebene in der EU-Förderpolitik 2020+



Gliederung	2
Vorbemerkung	3
1. EU-Regionalpolitik 2021-2027 in Deutschland	4
1.1 Kohäsion als Ziel europäischer Regionalpolitik.....	5
1.2 EU-NUTS-2-Regionen als Wertungs- und Handlungsebene.....	8
1.3 EU-Ziele als Wertungs- und Handlungsmerkmale.....	11
2. Merkmale großräumiger Gleichwertigkeit und Nachhaltigkeit	14
2.1 Wissenschaft: Strategische Innovation.....	15
2.2 Wirtschaft: Konkurrierende Produktivität.....	18
2.3 Beschäftigung: Wissensbasiertes Humankapital.....	21
2.4 Bevölkerung: Zukunftsfähige Demografie.....	24
2.5 Versorgung: Leistungsfähige Infrastruktur.....	27
2.6 Verkehr: Effiziente Mobilität.....	30
2.7 Umwelt: Regenerierbare Ressourcen.....	33
2.8 Landschaft: Verträgliche Landnutzung.....	36
2.9 Klima: Dekarbonisierte Energie.....	39
3. Bezirke als europäische Entwicklungsräume	41
3.01 Baden-Württemberg: „Wir sind Süden“	42
3.02 Bayern: „Traditionell anders“	51
3.03 Berlin: „Wir sind ein Berlin“	66
3.04 Brandenburg: „Brandenburg. Es kann so einfach sein“	68
3.05 Bremen: „Bremen erleben“	70
3.06 Hamburg: „Wachsen mit Weitsicht“	72
3.07 Hessen: „An Hessen führt kein Weg vorbei“	74
3.08 Mecklenburg-Vorpommern: „Land zum Leben“	81
3.09 Niedersachsen: „Niedersachsen. Klar“	83
3.10 Nordrhein-Westfalen: „Germany at its best“	92
3.11 Rheinland-Pfalz: „Wir machen's einfach“	103
3.12 Saarland: „Großes entsteht immer im Kleinen“	110
3.13 Sachsen: „So geht Sächsisch“	112
3.14 Sachsen-Anhalt: „Modern denken“	119
3.15 Schleswig-Holstein: „Der echte Norden“	121
3.16 Thüringen: „Hier hat Zukunft Tradition“	123
4. Großräumige Entwicklungsstrategien in Deutschland	125
4.1 EU-Regionen als strategische Entwicklungsräume	126
4.2 Regionale Entwicklungsstrategie als großräumiges Steuerungsinstrument	129
4.3 „Europa in Deutschland - Deutschland in Europa“	132
Literaturverzeichnis	135

„Aus dem, was der Mensch jetzo in Europa ist, müssen wir nicht schließen, was er sein könnte.“
 (Georg Christoph Lichtenberg, Über die Macht der Liebe, Donnerstag 20. Februar 1777, 9 Uhr, in: Schriften und Briefe III, S. 521 Zweitausendeins 1994)

Vorbemerkung

Die Minister*innen für Raumordnung, Raumentwicklung und/oder territorialen Zusammenhalt haben sich am 1. Dezember 2020 auf die „Territoriale Agenda 2030“ verständigt: *„In Europa haben die zunehmenden Ungleichheiten zwischen Orten und zwischen Menschen sowie nicht nachhaltige Entwicklungen ein kritisches Niveau erreicht. Auf allen geografischen und Verwaltungsebenen ist ein verstärktes gemeinsames Handeln nötig, um positive Zukunftsperspektiven für alle Menschen, Gemeinschaften und Orte in Europa zu gewährleisten. Die Territoriale Agenda unterstreicht die Bedeutung der strategischen Raumordnung, bietet eine entsprechende Orientierungshilfe und fordert eine Stärkung der territorialen Dimension der Fachpolitiken auf allen Verwaltungsebenen. Sie ist darauf ausgerichtet, eine inklusive und nachhaltige Zukunft für alle Orte zu fördern und zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Europa beizutragen“* (territorialagenda.eu). Für Deutschland stellt sich die Frage, wie eine solche strategische Raumordnung für Europa auf regionaler Ebene am besten ausgestaltet wird.

„Nachdem das Europäische Parlament seine Zustimmung erteilt hat, hat der Rat die Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU für den Zeitraum 2021-2027 am 17.12.2020 angenommen. Die EU einigte sich auf ein Budget von 1.074,3 Mrd. € (inkl. des Europäischen Entwicklungsfonds), aus dem in den nächsten sieben Jahren Finanzmittel für fast 40 Ausgabenprogramme bereitgestellt werden, und das zusätzliche Aufbauinstrument ‚NextGenerationEU‘ in Höhe von 750 Mrd. €. Das bislang größte Konjunkturpaket steht den 27 Mitgliedstaaten in den folgenden Jahren sowohl für die Eindämmung der COVID-19-Pandemie und die Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen, aber auch für die Umsetzung langfristiger Zielsetzungen in den verschiedenen EU-Politikbereichen zur Verfügung.“ (europa.sachsen-anhalt.de)

„Europa der Regionen“ ist eine geläufige Kennzeichnung der vielfältigen europäischen Raumstruktur. Die EU-Administration hat zur einheitlichen Beschreibung und Handhabung der sehr unterschiedlichen nationalen Raumgliederungen die dreistufige *Nomenclature des Unités territoriales statistiques (NUTS)* eingeführt. Die 242 NUTS-2-Regionen - als mittlere Gliederungsebene - haben eine besondere Bedeutung als regionalpolitische Vergleichs- und Förderräume. Deutschland ist auf diesem Niveau in 38 großräumige Gebiete gegliedert, die die größeren Länder in (derzeitige bzw. ehemalige) Regierungsbezirke aufteilen, die kleineren Länder und die Stadtstaaten jedoch ununterteilt umfassen. Trotz dieser wichtigen Funktion als EU-Regionen sind diese Großräume als Entwicklungs- und Steuerungsräume noch unzureichend präsent. Die vorliegende Studie soll dazu beitragen, ihre Bedeutung durch eine internet- und statistikbasierte Recherche ihrer Merkmale und Werte hervorzuheben. Für die 2021 beginnende neue siebenjährige EU-Förderperiode müssen die 38 deutschen „NUTS-2-Bezirke“ ihre raumstrategischen Befunde und Ziele formulieren. Dazu kann die hier vorgelegte vergleichende Wertung nachhaltiger Entwicklung für verschiedene Zeitpunkte hilfreich sein. Dabei wird angesichts der andauernden Corona-Krise immer deutlicher, dass 2020 sozio-ökonomisch „sieben fette Jahre“ zu Ende gingen und nun „sieben magere Jahre“ anstehen, die klima-ökologisch jedoch anders zu werten sind.

Methodisch bewegt sich die vorliegende Studie zwischen empirischer und normativer Vorgehensweise. Zur Dokumentation ihrer Positionen kommen im Zeitalter des Internet die ausgewählten Institutionen mit direkten Zitaten von ihren Webseiten am besten selbst zu Wort. Diese Zitat-Recherche mit intensiver „Google-Hilfe“ erfolgt zwar nach dem für die Fragestellung formulierten Raster, versucht aber das „Eigenbild“ der Akteure abzubilden. Um die Themenbreite darzustellen werden unterschiedliche Beispiele herangezogen. Viele Zitate werden „verdichtet“, d.h. ohne Auslassungen gekennzeichnet. Die Abbildungen sollen die „gleichartige Vielfalt“ der NUTS-2-Ebene widerspiegeln. Das gilt auch für den Regionen-Vergleich, der mehr auf verfügbaren als auf wünschbaren Daten basiert. Um die mit dieser Studie ange-deutete Relevanz der EU-Bezirke hervorzuheben, wäre deren bundesweite Vernetzung dienlich.

Gerhard Cassing

1. EU-Regionalpolitik 2021-2027 in Deutschland

Die Regionalpolitik in Deutschland erfolgt zu großen Teilen aus Mitteln und nach den Regeln der Europäischen Union. Für siebenjährige Förderperioden wird der Finanzrahmen der regionalen Strukturpolitik festgelegt. „Auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel (17.-21. Juli 2020) einigen sich die EU-Führungsspitzen auf den langfristigen **EU-Haushaltsplan für 2021-2027** in Höhe von 1.074,3 Mrd.€. Daraus werden Investitionen in den digitalen Wandel und den grünen Wandel unterstützt werden. Sie einigen sich auch auf einen Aufbaufonds in Höhe von 750 Mrd. €, damit die EU die durch die Pandemie verursachte Krise bewältigen kann; davon werden 390 Mrd.€ in Form von Finanzhilfen an Mitgliedstaaten und 360 Mrd.€ in Form von Darlehen vergeben.“ (www.consilium.europa.eu).

„Die **Kohäsionspolitik** ist die Hauptinvestitionspolitik der EU. Die Kohäsionspolitik richtet sich an alle **Regionen** und Städte in der Europäischen Union, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum, eine nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger zu fördern. Für den kommenden langfristigen Haushalt der EU von 2021 bis 2027 schlägt die Kommission eine Modernisierung der Kohäsionspolitik vor. Die Kohäsionspolitik wird auch in Zukunft in alle Regionen investieren, und es wird weiterhin drei Kategorien von Regionen geben: weniger entwickelte, im Wandel und weiterentwickelte. Das Verfahren für die Mittelzuweisung beruht auch künftig größtenteils auf dem Pro-Kopf-BIP (vgl. Abb. 01). Die folgenden **Ziele** werden die EU-Investitionen in den Jahren 2021-2027 leiten:

- ein **intelligenteres Europa** durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen;
- ein **grüneres, CO₂-freies Europa**, das das Übereinkommen von Paris umsetzt und in die Energiewende, in erneuerbare Energien und in den Kampf gegen den Klimawandel investiert;
- ein **stärker vernetztes Europa** mit strategischen Verkehrs- und Digitalnetzen;
- ein **sozialeres Europa**, das die Europäische Säule sozialer Rechte umsetzt und hochwertige Arbeitsplätze, Bildung, Kompetenzen, soziale Inklusion und Gleichheit beim Zugang zu medizinischer Versorgung fördert;
- ein **bürgernäheres Europa** durch Unterstützung lokaler Entwicklungsstrategien und nachhaltiger Stadtentwicklung in der gesamten EU.“ (ec.europa.eu).

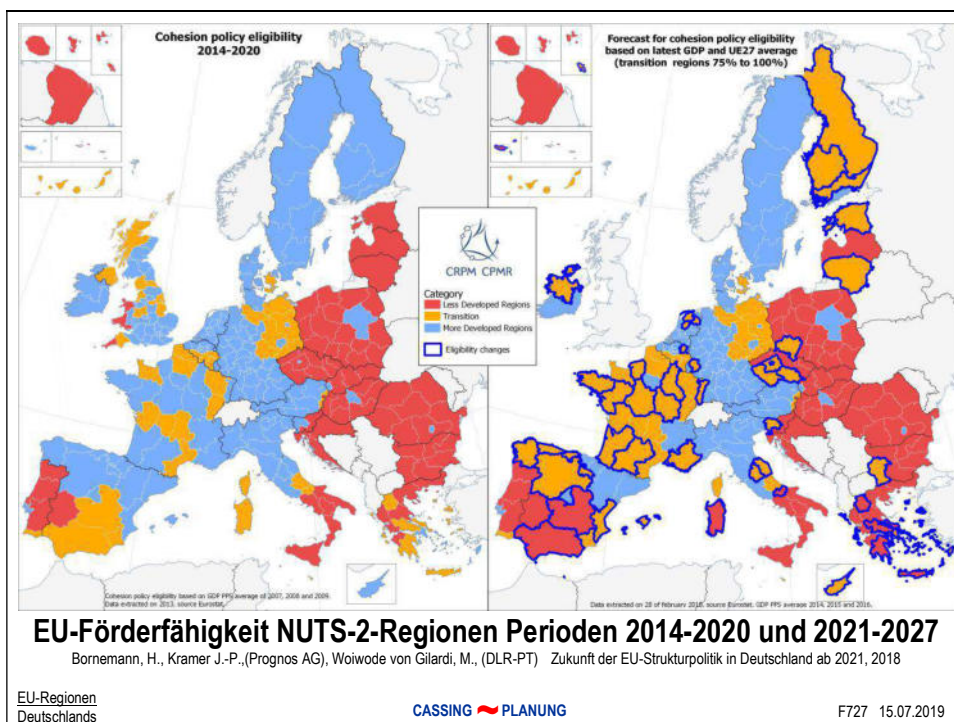


Abbildung Nr. 01

1.1 Kohäsion als Ziel europäischer Regionalpolitik

Mit der „Mitteilung“ vom 11.12.2019 hat die EU-Kommission ihre speziellen Ziele als „**European Green Deal**“ titliert. „Es handelt sich um eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll. Der Grüne Deal ist integraler Bestandteil der Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und der Ziele für nachhaltige Entwicklung.“ (siehe Abb. 02, ec.europa.eu).

„Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist eine der zentralen Politikbereiche der Europäischen Union. Mit ihren **Investitions- und Strukturfonds (ESI-Fonds)** trägt die Europäische Union zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts bei und fördert Wachstum und Beschäftigung insbesondere in den Regionen mit Entwicklungsrückstand. Die fünf ESI-Fonds im Einzelnen:

- Der **Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** unterstützt Regionen mit Entwicklungsrückstand und Strukturproblemen. Er finanziert Investitionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen und Maßnahmen, die der Energieeffizienz, der Forschung und technologischen Entwicklung sowie dem Schutz der Umwelt dienen.
- Der **Europäische Sozialfonds (ESF)** ist das wichtigste beschäftigungspolitische Instrument der Europäischen Union. Sein Hauptanliegen besteht darin, Arbeitslose bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Durch Bildungsmaßnahmen fördert er den Zugang zu besseren Arbeitsplätzen, bietet Qualifizierung und unterstützt die soziale Integration.
- Der **Kohäsionsfond** unterstützt ausschließlich Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Verkehrsnetze. Er wird nur in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingesetzt und beteiligt sich mit dem EFRE an dezentral verwalteten Investitionsprogrammen.
- Die Verbesserung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und der Klimaschutz sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den ländlichen Gebieten sind das Anliegen der Förderung aus dem **Europäischen Landwirtschaftsfonds** für die Entwicklung des ländlichen Raumes (**ELER**).
- Der **Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF)** hilft bei der Umstellung auf eine nachhaltige Fischerei. Er unterstützt Küstengemeinden bei der Erschließung neuer Wirtschaftstätigkeiten und finanziert Projekte, die neue Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität an den Europäischen Küsten verbessern.“ (bmwi.de)



Abbildung Nr. 02

Der „**Länderbericht Deutschland 2019**“ bildet „die Grundlage für einen Dialog zwischen Deutschland und den Kommissionsdienststellen mit Blick auf die Programmierung der kohäsionspolitischen Mittel:

- Ein intelligenteres Europa - innovativer und intelligenter wirtschaftlicher Wandel: Deutschland verfügt über einige der innovativsten Regionen in der EU. Die Leistungen variieren jedoch von Region zu Region; auf Bundesebene rutschte Deutschland von der Gruppe der Innovationsführer in die Gruppe der starken Innovatoren ab. Investitionsbedarf mit Priorität wurde folglich beim Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazitäten und bei der Einführung fortschrittlicher Technologien festgestellt.
- Ein grüneres, CO₂-armes Europa - saubere Energien und eine faire Energiewende, grüne und blaue Investitionen, Kreislaufwirtschaft, Anpassung an den Klimawandel sowie Risikoprävention: Deutschland wird die indikativen europäischen und nationalen Energieeffizienzziele bis 2020 voraussichtlich nicht erreichen; in diesem Bereich sind nachhaltige Anstrengungen erforderlich. Investitionsbedarf mit Priorität wurde folglich bei der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen festgestellt.
- Ein sozialeres Europa - Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte: Der hohe Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung zeigt, dass deren Arbeitsmarktpotenzial teilweise unerschlossen bleibt. Investitionsbedarf mit Priorität wurde folglich bei der Förderung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt sowie einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben festgestellt, einschließlich des Zugangs zu Ganztagskinderbetreuung und Ganztagschulen.
- Ein bürgernäheres Europa - Förderung einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung von städtischen, ländlichen und Küstengebieten und lokaler Initiativen: In Deutschland zeichnet sich derzeit eine ungleiche territoriale Dynamik ab, die durch das Wachstum bestimmter Gebiete und insbesondere regionaler urbaner Zentren geprägt ist, die urbane und soziale Herausforderungen wie die Integration von Migranten, Arbeitslosigkeit und Armut bewältigen müssen.“

Nach der **gemeinsamen Stellungnahme der Bundesregierung und der Länder** (20.06.2017) soll die Kohäsionspolitik der EU nach 2020 „auch künftig entsprechend ihrem vertraglichen Auftrag schwerpunktmäßig dazu beitragen, die größten Unterschiede im Entwicklungsstand der Regionen und insbesondere den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern. Die Kohäsionspolitik soll aber auch alle diejenigen Regionen unterstützen, die in besonderer Weise von tiefgreifenden Herausforderungen betroffen sind, wie zum Beispiel der Integration von Flüchtlingen, dem demographischen Wandel, der Digitalisierung oder der Dekarbonisierung. Bund und Länder fordern, dass die Kohäsionspolitik auch künftig alle Regionen innerhalb der Europäischen Union differenziert nach ihrer strukturellen Entwicklung und entsprechend ihren regionalen Bedürfnissen berücksichtigt.“ (www.bmwi.de)

„Für jede Förderperiode wird eine Gesamtstrategie der Mitgliedstaaten für die EU-Strukturförderung erarbeitet. Diese sog. **Partnerschaftsvereinbarung** ist zwischen Mitgliedstaat und EU-Kommission zu verhandeln, bestimmt die strategische Ausrichtung der **Operationellen Programme (OPs)** und legt gleichzeitig verpflichtende Ziele fest, mit denen die europäischen Strukturfonds zur Verwirklichung politischer Zielsetzungen der EU beitragen sollen. Auf Ebene der Bundesländer konkretisiert sich die nationale Strategie unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Besonderheiten in den Operationellen Programmen. Jedes Bundesland erstellt ein OP, um Fördermittel aus den europäischen Fonds in Anspruch nehmen zu können, das von der Europäischen Kommission genehmigt werden muss. Im OP werden die auf die jeweilige Region bezogenen Förderschwerpunkte festgelegt. Es enthält eine Programmstrategie mit Aussagen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Zielsetzungen des Einsatzes der ESF-Mittel sowie Aussagen zur Umsetzung der einzelnen Prioritäten (Prioritätsachsen). Das OP wird in einem partnerschaftlichen Abstimmungsprozess mit den regionalen Akteuren entwickelt sowie mit dem Bund und der Europäischen Kommission abgestimmt.“ (esf.brandenburg.de). Die Partnerschaftsvereinbarung zwischen Bundesregierung und Europäischer Kommission für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) 2021-2027 befindet sich im Abstimmungsverfahren und wird voraussichtlich Ende 1. Quartal 2021 abgeschlossen. Auf dieser Basis können dann Operationelle Programme der Bundesländer u.a. zum Europäischen Fond für Regionale Entwicklung (EFRE) erstellt werden - wie z.B.:

- Das EFRE-Programm **Baden-Württemberg** für die Förderperiode 2021-2027 wird durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als Verwaltungsbehörde gemeinsam mit den beteiligten Ressorts unter Einbindung der Partner des Programms erarbeitet. Es enthält die Förderstrategie sowie die Fördermaßnahmen und bildet die Grundlage für die Umsetzung der EU-Strukturfondsförderung“. (Entwurf des Operationellen Programms 2021-2027, 17.04.2020, 2021-27.efre-bw.de)
- „Am 10.03.2020 hat der Ministerrat Eckpunkte des künftigen **bayerischen** EFRE-Programms im Ziel ‚Investitionen in Beschäftigung und Wachstum 2021 - 2027‘ beschlossen. Die Eckpunkte sind Grundlage für erste Abstimmungen mit der EU-Kommission. Der Ministerrat beschloss zudem das künftige EFRE-Fördergebiet. Danach sollen 60 % der Mittel auf den Raum mit besonderem Handlungsbedarf in Bayern konzentriert werden.“ (efre-bayern.de)
- Zurzeit „erstellt das Land **Brandenburg** das sogenannte Operationelle Programm (OP) für den EFRE für die neue Förderperiode 2021 bis 2027. Es enthält Aussagen zu der Umsetzung der jeweiligen EFRE-Schwerpunkte und zu der strategischen Ausrichtung zur Verwendung der EFRE-Mittel sowie Zielsetzungen. Bei der Vorbereitung des Programms werden im Rahmen eines partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses die regionalen Akteure einbezogen.“ (efre.brandenburg.de)
- „Die EFRE-Verwaltungsbehörde des Landes **Hessen** befindet sich in den Vorbereitungen zur Aufstellung des Operationellen Programms 2021-2027. Dazu werden auch die Wirtschafts- Sozial- und Regionalpartner in den Planungsprozess miteinbezogen. Zusätzlich zur inhaltlichen Ausrichtung der Förderung 2021-2027 stehen für die EFRE-Verwaltungsbehörde Überlegungen zur Verwaltungs- und Umsetzungsvereinfachung des EFRE in Hessen auf der Agenda.“ (wirtschaft.hessen.de).
- „Im Sinne des Leitmotivs ‚**Niedersachsen** investiert in eine nachhaltige Zukunft‘ benennt die Förderstrategie folgende Ziele: 1: Niedersachsen investiert in einen innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandel auf der Grundlage nachhaltiger Bildung und Forschung, 2: Niedersachsen investiert in seine Umwelt und in den Klimaschutz, 3: Niedersachsen investiert in die Zukunftsfähigkeit seiner Regionen sowie in Chancengerechtigkeit und Teilhabe.“ (Kabinetts-PK 16.12.2019, www.niedersachsen.de)
- **Nordrhein-Westfalen**: „Die Landesregierung hat geplant, im ersten Halbjahr 2020 einen Entwurf für das operationelle Programm für die Regionalförderung EFRE 2021-2027 zu erarbeiten. Gleichzeitig erstellt die Landesregierung das Rahmenprogramm für die Förderung im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes für das Rheinische Revier. Ziel muss es sein, einen möglichst reibungslosen Übergang zwischen den Förderperioden und einen konsistenten Aufbau der Förderlinien zu erreichen.“ (www.ihk-nrw.de)
- Zurzeit „erstellt das Land **Rheinland-Pfalz** das Operationelle Programm (OP) für den EFRE für die neue Förderperiode 2021 bis 2027. Das OP wird sowohl die strategische Ausrichtung zur Verwendung der EFRE-Mittel und Zielsetzungen enthalten als auch Details zur Umsetzung der jeweiligen EFRE-Schwerpunkte. Anhand der rheinland-pfälzischen Bedarfe werden Fördermaßnahmen entwickelt und die regionalen Akteure einbezogen.“ (efre.rlp.de).
- Entwurf des Operationellen Programms des Freistaates **Sachsen** für den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Förderzeitraum 2021 bis 2027 Stand 24.02.20: Der erste Entwurf des Operationellen Programms kann aufgrund ausstehender EU-Vorgaben noch nicht vollständig sein und enthält daher vorerst strategische Ausrichtungen, inhaltliche Planungen und Angaben zu den von der EU geforderten grundlegenden Voraussetzungen.“ (buergerbeteiligung.sachsen.de)
- „Mit Kabinettsbeschlusses vom 18.02.2020 wurde die Schwerpunksetzung für die neue Förderperiode 2021-2027 in **Sachsen-Anhalt** verabschiedet. Die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF und die Ressorts treiben die Erarbeitung der Operationellen Programme für den EFRE und den ESF+ mit dem Ziel voran, dass die Entwürfe der Operationellen Programme EFRE und ESF+ spätestens zum Ende des 3. Quartals 2020 ausgearbeitet sind.“ (europa.sachsen-anhalt.de)
- **Schleswig-Holstein**: Mit dem Eckpunktepapier (30.06.2020) soll zum einen aufgezeigt werden, welche Spielräume für die Gestaltung des neuen Programms angesichts der knapper werdenden Mittel bestehen. Zum anderen sollen Weichen für die konkrete Gestaltung des neuen Programms und der Auswahl von Fördermaßnahmen gestellt werden. Kabinettsbeschluss und Zustimmung des EFRE-Begleitausschusses zur Textfassung des OP EFRE im November 2020.“ (schleswig-holstein.de)

1.2 EU-NUTS-2-Regionen als Wertungs- und Handlungsebene

„Die Klassifikation der **Gebietseinheiten für die Statistik** (*Nomenclature des Unités territoriales statistiques - NUTS*) ist eine geografische Systematik, nach der das Gebiet der Europäischen Union in drei Hierarchiestufen eingeteilt wird: NUTS-1, NUTS-2 und NUTS-3. Diese Einordnung ermöglicht den grenzüberschreitenden statistischen Vergleich von EU-Regionen:

- In Deutschland sind die NUTS-1-Regionen die Bundesländer. Die Bevölkerung einer NUTS-1-Region liegt in aller Regel zwischen 3 und 7 Millionen Einwohnern.
- NUTS-2-Regionen haben meist zwischen 800.000 und 3 Millionen Einwohnern. In Deutschland ist dies im Regelfall die Ebene der **Regierungsbezirke**.
- Die Bevölkerungszahl von NUTS-3-Regionen liegt generell zwischen 150.000 und 800.000 Einwohnern. NUTS-3 entspricht in Deutschland den Kreisen und kreisfreien Städten.“ (www.destatis.de)

Die deutschen Bundesländer werden in der EU-Systematik als NUTS-1-Regionen eingestuft, für die Operationelle Programme zur Investitions- und Strukturförderung erstellt werden. Sieben der sechzehn Bundesländer sind weiter untergliedert in NUTS-2-Regionen, die als statistische, z.T. auch administrative Bezirke der EU-Regionalpolitik fungieren. Mittelbehörden bündelnde Regierungs-Bezirke haben nur noch die Länder Baden-Württemberg (Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen), Bayern (Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben), Hessen (Darmstadt, Gießen, Kassel) und Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf, Köln, Münster, Detmold, Arnsberg). Sachsen-Anhalt gliederte sich in drei Regierungsbezirke (Dessau, Halle, Magdeburg), die 2004 aufgelöst und auch als NUTS-2-Regionen gestrichen wurden. In Sachsen wurden 2012 die Direktionsbezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig (früher Regierungsbezirke) zusammenfasst, behielten aber ihre Funktion als EU-NUTS-2-Region. Niedersachsen war bis 2005 in vier Bezirksregierungen (Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems) gegliedert, die nach ihrer Auflösung als Regierungsvertretung und ab 2014 als Ämter für regionale Landesentwicklung (Braunschweig, Leine-Weser (Hildesheim), Lüneburg; Weser-Ems) mit der EU-Förderung betraut sind. Rheinland-Pfalz hat 2000 die Regierungspräsidien Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz zusammengefasst, die Bezirke aber als NUT-2-Ebene beibehalten. „*Brandenburg wurde von 2003 bis 2011 in die NUTS-2-Regionen Brandenburg-Nordost und Brandenburg-Südwest geteilt.*“ (de.wikipedia.org). In den übrigen Ländern sind die NUTS-1- und NUTS-2-Ebenen identisch. Die Landes- (NUTS-1) und **Bezirksebene (NUTS-2)** lässt sich mit folgenden Zitaten beschreiben:

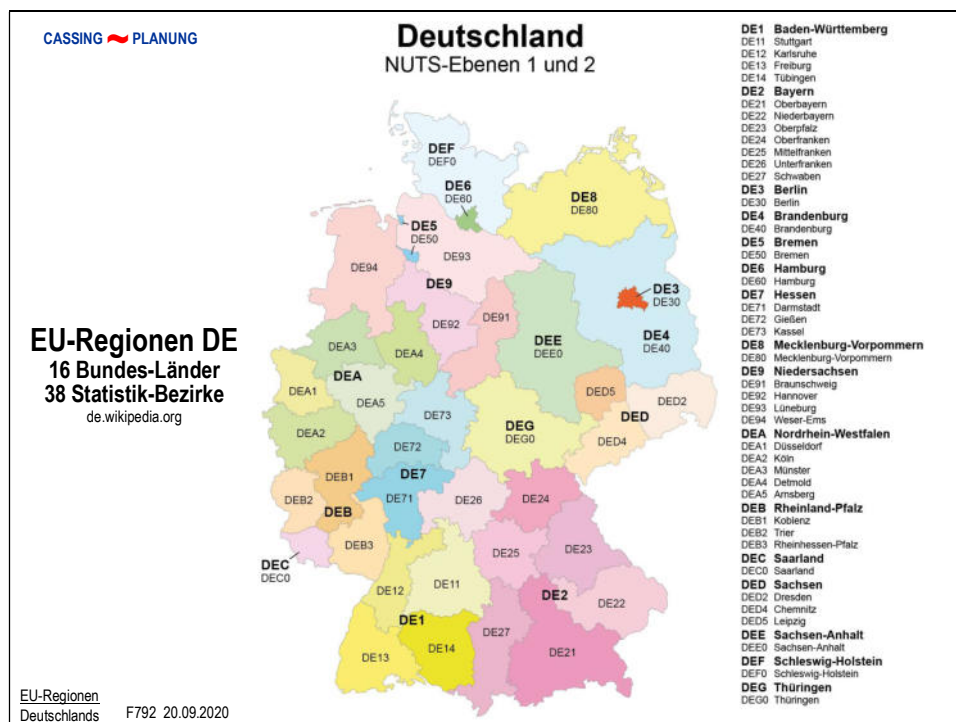


Abbildung Nr. 03

- Baden-Württemberg: „Die vier Regierungsbezirke stehen als Mittelbehörden zwischen der Landesregierung und der unteren Verwaltungsebene mit Landkreisen und Gemeinden.“ (baden-wuerttemberg.de)
 - **Stuttgart:** „Hier finden sich neben einem Wirtschaftsstandort von europäischem Rang berühmte Landschaften wie Taubertal, Hohenloher Ebene, Schwäbisch-Fränkischer Wald oder Ostalb.“
 - **Karlsruhe:** Bei der Verwaltungsreform 1973 wurde „aus dem ‚Regierungsbezirk Nordbaden‘ der nach dem Sitz seiner Verwaltungsbehörde benannte ‚Regierungsbezirk Karlsruhe‘.“
 - **Freiburg:** „Das Zuständigkeitsgebiet ist seit der Gebietsreform der Siebziger Jahre nicht mehr identisch mit dem alten ‚Südbaden‘, dennoch wird hierzulande manchmal dieser Begriff noch verwendet.“
 - **Tübingen:** „Der Regierungsbezirk Tübingen liegt im Südosten Baden-Württembergs. Er hieß bis 1972 Südwürttemberg-Hohenzollern, hatte damals allerdings noch einen anderen Zuschnitt.“ (wikipedia)
- Der „Freistaat Bayern“ gliedert sich in sieben Bezirksregierungen als staatliche Mittelbehörden. Unabhängig davon sind die Bezirke auch die oberste Ebene der kommunalen Selbstverwaltung.
 - **Oberbayern:** „Die Landeshauptstadt München und ihr Umland bilden eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas und das Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens in Bayern.“ (bayern.de)
 - „**Niederbayern** ist mit 10.330 km² und rund 1,2 Millionen Einwohnern der flächenmäßig zweitgrößte bayerische Regierungsbezirk, in dem rund zehn % der Menschen im Freistaat leben.“ (bayern.de)
 - „Die **Oberpfalz** gliedert sich in sieben Landkreise mit 223 Gemeinden und drei kreisfreie Städte. Hauptstadt der Oberpfalz ist Regensburg. Derzeit leben 1,1 Millionen Menschen im Bezirk.“ (bayern.de)
 - **Oberfranken:** „Der Bezirk mit neun Landkreisen und vier kreisfreien Städten liegt auf halbem Weg zwischen den europäischen Wachstumsregionen Frankfurt und Prag sowie München und Berlin.“ (a.a.O)
 - „**Mittelfranken** gehört mit 1,7 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 55 Milliarden Euro zu den zehn großen Wirtschaftsregionen Deutschlands.“ (bayern.de)
 - „**Unterfranken** ist Bayerns deutsche Mitte. Zugleich liegt in Unterfranken (auch nach dem Austritt Großbritanniens) weiterhin der geografische Mittelpunkt der EU (Gadheim, Lk Würzburg).“ (a.a.O.)
 - **Schwaben:** „Siedlungsschwerpunkt ist die Großstadt Augsburg, gefolgt von den kreisfreien Städten Kempten, Memmingen und Kaufbeuren. Auffallend dicht besiedelt ist auch das Donautal.“ (a.a.O.)
- „Europa investiert in **Berlins** Zukunft! - Darauf aufmerksam macht ab sofort die neue Plakatkampagne des EFRE und des ESF in Berlin. Mit drei Plakatmotiven präsentieren sich die wichtigen Förderfonds der Europäischen Union zur Stärkung der Regionen im gesamten Stadtgebiet.“ (berlin.de)
- „Mit seiner einzigartigen geografisch-strategischen Lage im Herzen Europas zwischen Nord- und Süd- sowie Ost- und Westeuropa ist das Land **Brandenburg** prädestiniert, seine Chancen im europäischen Verbund umzusetzen. Brandenburg profitiert von der Bereitstellung von EU-Geldern.“ (mil.brandenburg.de)
- „Das Land **Bremen**, bestehend aus den Städten Bremen und Bremerhaven, ist im europäischen Maßstab eine wirtschaftlich starke Region. Bremen ist einer der bedeutendsten Industriestandorte in Deutschland und verfügt über eine solide mittelständische und breite Unternehmensbasis.“ (efre-bremen.de)
- „**Hamburg** liegt im Herzen von Europa und betreibt als Hafenstadt seit jeher Handel mit ihren europäischen Nachbarn. Die dynamische Entwicklung der Stadt ist eng mit der Europäischen Einigung verbunden: Hamburg hat stark von den Errungenschaften der Europäischen Integration profitiert.“ (hamburg.de)
- Hessen: „Das Regierungspräsidium ist Mittler und Knotenpunkt zwischen der Landesregierung in Wiesbaden und den Regionen Kassel, Gießen und Darmstadt.“ (innen.hessen.de)
 - **Darmstadt:** „Der örtliche Tätigkeitsschwerpunkt liegt im Rhein-Main-Gebiet, einer der bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas mit über 4 Millionen Einwohnern.“ (rp-darmstadt.hessen.de)
 - „Das Regierungspräsidium **Gießen** hat seit den 80er Jahren durch die Koordination der Hauptakteure Mittelhessens neue Entwicklungen auf den Weg gebracht.“ (rp-giessen.hessen.de; mittelhessen.eu)
 - **Kassel:** „Ein Standort mit industrieller Tradition und neuem wirtschaftlichen Elan, mit internationalen Kultur-Highlights und einer Schatzkiste voller Kostbarkeiten der Natur.“ (rp-kassel.hessen.de)
- **Mecklenburg-Vorpommern:** „Mit der Förderung sollen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt und Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten unterstützt werden, um die wirtschaftliche Basis des Landes zu verbreitern und mehr Beschäftigung zu schaffen.“ (regierung-mv.de)

- Niedersachsen: „Mit den vier Ämtern für regionale Landesentwicklung hat die Landesregierung in den Regionen handlungsfähige Verwaltungseinheiten geschaffen.“ (niedersachsen.de)
 - **Braunschweig:** „Seit 2014 stehen wir Ihnen in unserem Amtsbezirk zwischen Harz und Heide als Vor-Ort-Ansprechpartner des Landes zur Verfügung.“ (niedersachsen.de)
 - **Hannover:** „Das Amt für regionale Landesentwicklung in Hildesheim steht als Ansprechpartner für Förderprojekte zur Verfügung und bündelt staatliche Aufgaben in der Region Leine-Weser.“ (wie vor)
 - **Lüneburg:** „An der Küste, in der Lüneburger Heide, im Wendland oder im Elbe-Weser-Dreieck ist es unsere Aufgabe, Fördergelder in den unterschiedlich geprägten Regionen bereitzustellen.“ (wie vor)
 - **Weser-Ems:** Das Amt für regionale Landesentwicklung mit Hauptsitz in Oldenburg „steht für vielfältige Themenbereiche als Ansprechpartner in der Region Weser-Ems zur Verfügung.“ (wie vor)
- Nordrhein-Westfalen: „Die Bezirksregierung ist die allgemeine Vertretung der Landesregierung im Bezirk. Sie hat die Entwicklung auf allen Lebensbereichen im Bezirk zu beobachten.“ (§ 8 LOG NRW)
 - „Der Regierungsbezirk **Düsseldorf** ist mit 5,2 Millionen Einwohnern bei einer Fläche von 5.300 km² mit 1000 Einwohnern pro km² der dichtbesiedelste und einwohnerstärkste in Deutschland.“ (brd.nrw.de)
 - „Der Regierungsbezirk **Köln** bildet zusammen mit dem Regierungsbezirk Düsseldorf den rheinischen Teil Nordrhein-Westfalens und zugleich dessen süd-westlichen Grenzbereich.“ (bezreg-koeln.nrw.de)
 - „Im Regierungsbezirk **Münster** leben auf einer Fläche von 6.900 Quadratkilometern 2,6 Millionen Einwohner. Zum Bezirk gehören das Münsterland sowie das nördliche Ruhrgebiet.“ (bezreg-muenster.de)
 - **Detmold:** „Ostwestfalen-Lippe präsentiert sich zwischen Teutoburger Wald und Wiehengebirge als dynamische Wirtschaftsregion mit hohem Erholungs- und Freizeitwert.“ (bezreg-detmold.nrw.de)
 - „Die Bezirksregierung **Arnsberg** vertritt die Landesregierung in ihrem Regierungsbezirk, der Südwestfalen und das östliche Ruhrgebiet umfasst.“ (bezreg-arnsberg.nrw.de)
- Rheinland-Pfalz ist in die Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD) Nord mit Zuständigkeit für die EU-Bezirke Koblenz und Trier und Süd für den Bezirk Rheinhessen-Pfalz gegliedert. (vgl.rlp.de)
 - **Koblenz und Trier:** „Die SGD Nord (Sitz Koblenz) ist eine Obere Landesbehörde mit einem vielseitigen Aufgabenspektrum. Von der Überwachung der gewerberechtlichen Bestimmungen, über den Schutz unseres Bodens, der Gewässer und der Natur sorgen wir dafür, dass die Menschen in den Regionen Mittelrhein und Trier in einer gesunden Umwelt leben können.“ (sgdnord.rlp.de)
 - **Rheinhessen-Pfalz:** „Als Behörde zwischen Ministerien und den Kommunalverwaltungen arbeiten wir im südlichen Rheinland-Pfalz für die Menschen und die Umwelt in dieser Region.“ (sgdsued.rlp.de)
- **Saarland:** „1920 wurde das Saargebiet gegründet. Dies war die Geburtsstunde eines eigenen politischen Gebildes. Im Herzen Europas entstand im Laufe der Zeit eine Region, die sich durch und durch der internationalen Kooperation im europäischen Geist verschrieben hat.“ (saarland.de)
- „Die Landesdirektion Sachsen ist als Mittelbehörde zwischen den Staatsministerien und der kommunalen Ebene angesiedelt“ - mit Dienststellen in Chemnitz, Dresden und Leipzig. (lds.sachsen.de)
 - „Der Regierungsbezirk **Dresden** 1991 errichtet - mit 1,6 Mio. Einwohnern der größte Bezirk im Freistaat Sachsen“ (wikipedia) - ist heute Dienststellenbezirk der Landesdirektion Sachsen.
 - „Im Zuge der Kreisreform wurde der Regierungsbezirk **Chemnitz** in Direktionsbezirk Chemnitz umbenannt, der später in der Landesdirektion Sachsen mit Hauptsitz Chemnitz aufging.“ (wikipedia)
 - Der Bezirk **Leipzig** erhielt 2008 seine heutige Form. „Das Gebiet des Landkreises Döbeln, welches im Landkreis Mittelsachsen aufging, wechselte zum Direktionsbezirk Chemnitz.“ (wikipedia)
- „Bis 2003 gab es in **Sachsen-Anhalt** mit Dessau, Halle und Magdeburg drei Regierungsbezirke; die Arbeit der Regierungspräsidien übernahm das für das gesamte Land eingerichtete Landesverwaltungsamt mit Sitz in Halle (Saale) und Nebenstellen in Dessau und Magdeburg.“ (de.wikipedia.org)
- „Seit mehr als 20 Jahren fördert die EU Europäische Territoriale Zusammenarbeit auch bekannt unter dem Namen Interreg. **Schleswig-Holstein** beteiligt sich an folgenden Interreg-Programmen: Interreg Deutschland-Dänemark, Interreg Ostsee und Nordsee, Interreg Europe.“ (schleswig-holstein.de)
- „Das wichtigste Werkzeug der Kohäsionspolitik sind die Struktur- und Investitionsfonds. Die EU stellt Mittel bereit (EFRE in **Thüringen** 1,165 Mrd. €), welche im Laufe der Förderperiode 2014 - 2020 zur Unterstützung Thüringens verwendet werden können.“ (efre-thueringen.de)

1.3 EU-Ziele als Wertungs- und Handlungsmerkmale

Nach welchen Kriterien lässt sich die Entwicklung der EU-Bezirke praktikabel vergleichend bewerten? Hier stellt sich zuerst die Frage, welche Relevanz diese Ebene für die Strukturpolitik hat, d.h. „wer, wie was“ die Entwicklung auf dieser Ebene steuert (Abb. 04). Das **Steuerungsniveau der Bezirksebene** (NUTS-2) wird meist als Mittelinstanz zwischen Landes- (NUTS 1) und Kommunalebene (NUTS 3) beschrieben. Allerdings ist die Steuerungskompetenz dieser Ebene methodisch begrenzt auf passive Instrumente wie Beobachtung (Monitoring), Abstimmung (Koordination) und Auswertung (Evaluation). Aktive Planungs- und Handlungskompetenzen sind hier nur in geringem Maße - und dann auch mehr operativer und weniger strategischer Art - angesiedelt. Deshalb ist diese Ebene in Deutschland auch nicht parlamentarisiert mit Ausnahme der bayerischen „Kommunal-Bezirke“ und der „Bezirksplanungsräte“ z.B. in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Auch räumliche Größe und Vielfalt der Bezirke sind für eine aktive Entwicklungssteuerung hinderlich, weil die Heterogenität gemeinsame Zielfindungen erschwert. Diese Aufgabe ist deshalb auf der NUTS-2/3-Zwischenebene der Regionalplanung angesiedelt, die definitionsgemäß Funktionseinheiten von Oberzentren mit ihren Verflechtungsräumen (Planungsregionen) umfasst.

Die von der EU-Kohäsionspolitik angestrebte **Gleichwertigkeit der großräumigen Entwicklung** auf der NUTS-2-Ebene kann mit verschiedenen Maßstäben gemessen werden. Für die grundsätzliche Fördereinstufung der europäischen Bezirke benutzt die EU einzig die wirtschaftliche Produktivität (BIP) als Merkmal. Das ist für eine die Arbeits-, Lebens- und Umweltqualität vergleichende Bewertung sicher unzureichend. Deshalb wird hier ein in verschiedenen Studien des Autors bewährter Kriterienrahmen zur **nachhaltigen Raumentwicklung** in einer an die Datenverfügbarkeit angepassten Differenzierung benutzt (vgl. Abb. 05). Entsprechend dem EU-Zielrahmen eines „intelligenteren, sozialeren und grüneren Europas“ wird die Nachhaltigkeits-Trias von Ökonomie, Demografie und Ökologie weiter in 9 messbare Themen- und 27 Teilthemenfelder aufgeschlüsselt. Aus Vereinfachungsgründen kann durch die gleichmäßige Unterteilung auf eine Gewichtung verzichtet werden. Für den Regionalvergleich ist vor allem die zeitliche Entwicklung von Bedeutung. Deshalb wurde besonders nach verfügbaren Zeitreihendaten für die Ebene der Statistischen Bezirke gesucht. Diese wurden überwiegend im *interaktiven Regionalatlas* der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (genesis.destatis.de) gefunden.

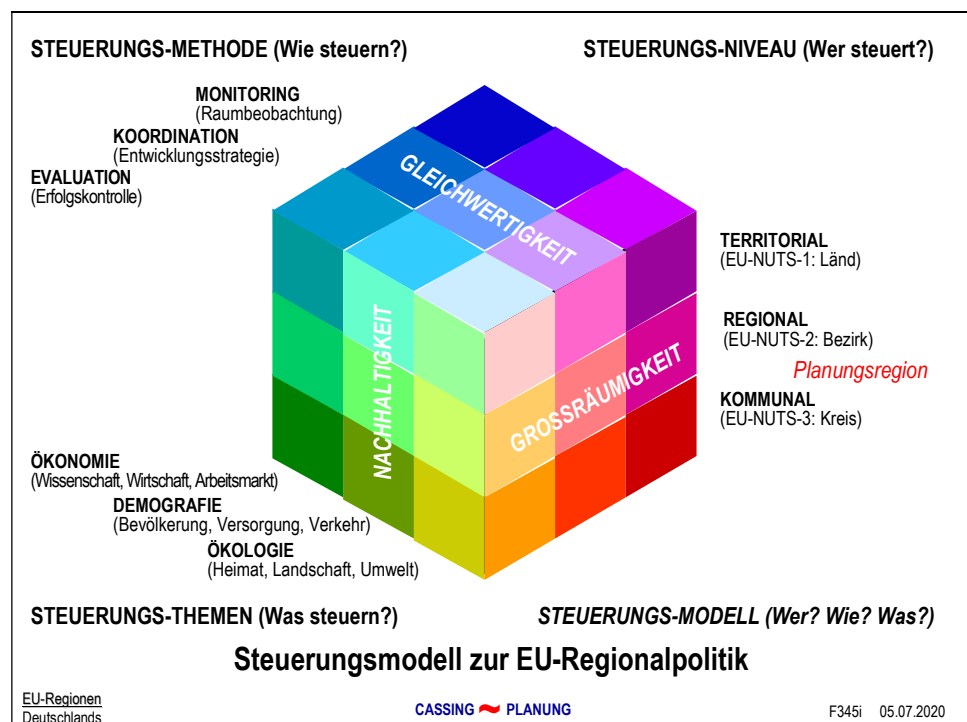


Abbildung Nr. 04

Die vorliegende Studie versucht ein „Selbstbildnis“ der räumlich-funktionalen Struktur der Bezirksebene in Deutschland zu zeichnen. In Kapitel 2 werden die für eine nachhaltige Kohäsion relevanten **Raumfunktionen der Bezirke** anhand ausgewählter Indikatoren vergleichend untersucht. Dazu werden erstens die funktionalen Leitziele aus EU-Sicht recherchiert; zweitens die Zielerfüllung messende Merkmale erläutert und drittens die entsprechenden Daten dafür ausgewertet. Die Leitvision zur nachhaltigen Kohäsion 2020plus, der „European Green Deal“, wird hier mit dem folgenden Zielsystem konkretisiert:

- **Wirtschaftliche Innovation:** „Ein intelligenteres Europa durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.“ (ec.europa.eu)
 - Wissenschaft: Die Anteile von Forschenden und Studierenden sowie von FuE-Ausgaben sind wichtige Indikatoren zur Bewertung der wissenschaftlich-technischen **Innovationskraft** der Bezirke.
 - Wirtschaft: Die **Wirtschaftskraft** der Bezirke lässt sich anhand der Produktivität (Bruttoinlandsprodukt), der Industrieinvestitionen sowie der Kaufkraft (verfügbares Einkommen) beurteilen.
 - Beschäftigung: Für das **Arbeitsmarktpotential** der Bezirke sind die Beschäftigtenquote, der Anteil an Hochtechnologie-Beschäftigten sowie die Arbeitslosenquote maßgebliche Indikatoren.
- **Gesellschaftliche Inklusion:** „Ein sozialeres Europa, das hochwertige Arbeitsplätze, Bildung, Kompetenzen, soziale Inklusion und Gleichheit beim Zugang zu medizinischer Versorgung fördert“ (ec.europa.eu)
 - Bevölkerung: Die **demografische Struktur** der Bezirke kann anhand des Alterdurchschnitts, des Wanderungssaldos und der Armutsgefährdung vergleichend bewertet werden.
 - Versorgung: Geeignete Indikatoren für die **Infrastrukturqualität** der Bezirke sind die Schulbildung (Abiturquote), die Pflegeversorgung (Personalquote) und die Verwaltungskraft (Personalquote).
 - Verkehr: Die **Verkehrsmobilität** der Bezirke kann man anhand von Verkehrsmitteln (Pkw-Bestand), Verkehrssicherheit (Unfallhäufigkeit) und Verkehrsflächen (Straßenangebot) vergleichen.
- **Landschaftliche Integrität:** „Ein grüneres, CO2-freies Europa, das in die Energiewende, in erneuerbare Energien und in den Kampf gegen den Klimawandel investiert.“ (ec.europa.eu)
 - Umwelt: Zum Vergleich der **Umweltqualität** der Bezirke sind die Minimierungsquoten für das Abfallaufkommen, den Wasserverbrauch und die Bodenversiegelung bedeutsame Indikatoren.
 - Landschaft: Das **Landschaftspotential** der Bezirke kann anhand der Nutzung für Tourismus (Beherbergungen), Erholung (Flächenanteil) und Landwirtschaft (Betriebsgröße) verglichen werden.
 - Klima: Relevante **Klimafaktoren** der Bezirke lassen sich mit den Indikatoren klimaschädigende Heizenergie, klimabedingte Bodenerosion und klimarelevanter Waldanteil vergleichen.

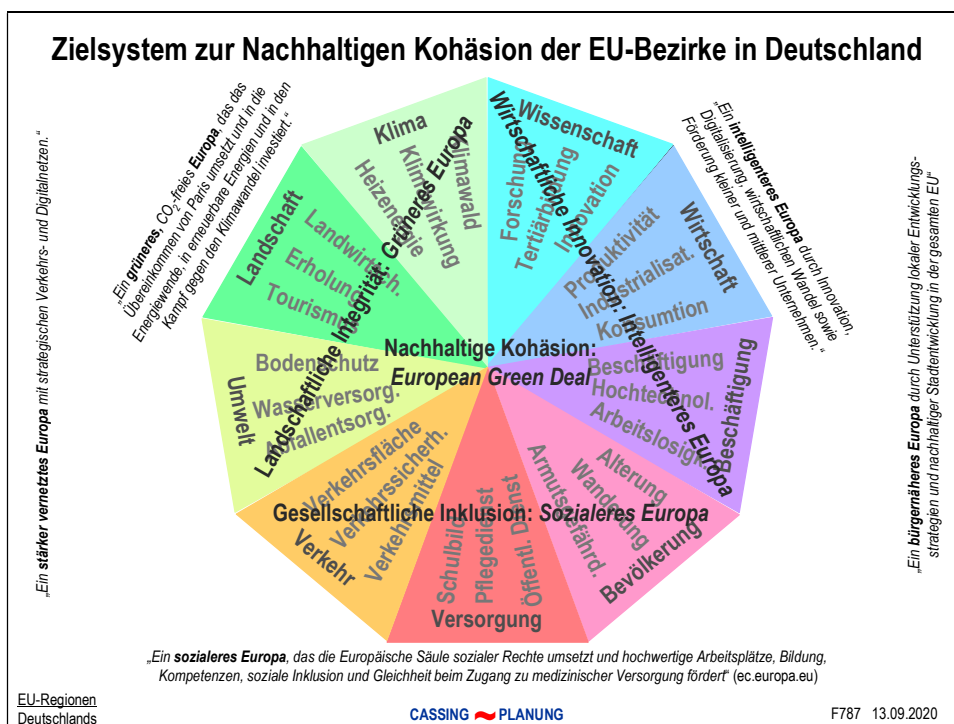


Abbildung Nr. 05

Die **Regierungsbezirke** sind in Deutschland eine aus den Anfängen der modernen Staatslehre im 19. Jahrhundert stammende Verwaltungsebene, die jedoch mit zunehmender Dezentralisation an Bedeutung verloren hat. Ihr Ursprung geht auf die kleinteilige ständestaatliche Territorialstruktur zurück, die noch heute die Raumstruktur prägt. Dementsprechend waren diese staatlichen Regionen top-down definiert und standen häufig im Konflikt mit bottom-up orientierter kommunaler Regionalisierung. Im Zuge von Verwaltungsreformen haben mehrere Bundesländer deshalb die Bezirksregierungen aufgelöst und die Aufgaben zum Teil vergrößerten Kreisen, zum Teil neuen Behörden zugeordnet (Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Rheinland-Pfalz). Die größeren Flächenländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen haben die Gliederung in Regierungsbezirke beibehalten. Die kleineren Länder Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen benötigen keine Bezirksgliederung. Auch die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sind NUTS-1- und -2-Ebene zugleich. Brandenburg gliederte sich von 2008 bis 2012 in zwei NUTS-2-Gebiete. Im Ergebnis sind die NUTS-2-Gebietseinheiten in den Bundesländern strategisch sehr unterschiedlich ausgestattet.

Da die Bezirke in der EU maßgeblich für die Konvergenz der Arbeits-, Lebens- und Umweltverhältnisse sind, fragt sich, ob sie auch die entsprechende **Entwicklungscompetenz** haben. Es überwiegt die Koordinationsfunktion, die Negativ- und Positiv-Instrumente, Ist- und Soll-Perspektiven umfassen kann:

- **Verwaltung:** Staatliche „Aufsicht“ in den Bereichen Versorgung, Sicherheit und Umwelt wird in der „klassischen“ Bezirks-Administration gebündelt und als Vorgaben für Kommunen als „untere Landesbehörden“ vermittelt. In Bayern bestehen daneben kommunale Bezirke mit „eigenem Wirkungskreis“.
- **Planung:** Die NUTS-2-Bezirke gliedern sich meistens in mehrere Regionalplanungsräume. Die Bezirke sind in vielen Fällen obere Landesplanungsbehörde. Die regionale Raumordnung selber ist im wesentlichen als Negativ-Koordination instrumentiert. Entwicklungsplanung hat hier mehr postulative Ansätze.
- **Förderung:** Die EU-Vorschriften sehen auf der NUTS-2-Ebene eine Verwaltungsbehörde zur Steuerung der Kohäsions-Förderung vor. Akteursnetzwerke sollen dabei helfen, bürger- und nutzer-nahe Programme und Projekte zu konzipieren, zu implementieren und zu evaluieren.
- **Werbung:** Die Eignung der NUTS-2-Territorien als Marketingebene ist länderspezifisch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Das zeigt sich schon an eigenen Internetplattformen, die nicht überall präsent sind. Die Heterogenität der großräumigen Bezirke lässt kaum alleinstellende Profilierungen zu.

Ziel	Sektor	Faktor	Merkmal	Indikator	Vergleich
I Vernetzterer Bezirk					
II Innovative Wirtschaft Intelligenterer Bezirk	1 Wissenschaft Strategische Innovation	1.1 Forschung	Forschende	Anteil der Forscher an der Zahl der Erwerbstätigen in Vollzeitäquivalenten	2007 - 2017
		1.2 Studium	Studienabsolvent	Anteil der Hochschulabsolventen an den 25-65-Jährigen	2009 - 2019
		1.3 Innovation	FuE-Ausgaben	Interne FuE-Ausgaben (GERD) in % des BIP(FuE-Intensität)	2007 - 2017
II Innovative Wirtschaft Intelligenterer Bezirk	2 Wirtschaft Konkurrier. Produktivität	2.1 Produktivität	Inlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt in jew. Preisen je Erwerbstätigen (am Arbeitsort) in €	2007 - 2017
		2.2 Industrialisier	Investitionen	Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe u.a. je Beschäftigten in Tsd. €	2008 - 2018
		2.3 Konsumtion	Einkommen	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte u.a. je Einwohner in €	2007 - 2017
II Innovative Wirtschaft Intelligenterer Bezirk	3 Beschäftigung Wissensbas. Humankapital	3.1 Beschäftigung	Beschäftigte	Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (am Wohnort) 15-64-Jähr.	2009 - 2019
		3.2 Hochtechnol.	Hightechpersonal	Beschäftigung Hightech-Branche (HTC Code) in % Beschäftigung gesamt	2009 - 2019
		3.3 Arbeitslosigk.	Arbeitslose	Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt	2007 - 2019
III Inklusive Gesellschaft Sozialerer Bezirk	4 Bevölkerung Zukunftsfäh. Demografie	4.1 Alterung	Altersdurchschnitt	Durchschnittliches Lebensalter der Bevölkerung (Jahre) am 31.12.	2011 - 2017
		4.2 Wanderung	Umsugssaldo	Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss über Kreisgrenzen je 10.000 Einwohner	2007 - 2017
		4.3 Armutgefährd.	Armutgefährdete	Anteil der Personen mit Einkommen weniger als 60% des Bundesmedians	2008 - 2018
III Inklusive Gesellschaft Sozialerer Bezirk	5 Versorgung Leistungsfäh. Infrastruktur	5.1 Schulbildung	Schulabgänger	Anteil Abgänger allgemeinbildender Schulen mit allgemeiner Hochschulreife	2009 - 2018
		5.2 Pflegedienst	Pflegepersonal	Personal in Pflegediensten je 100 Pflegebedürftige in ambulanter Pflege	2007 - 2017
		5.3 Öffentl. Dienst	Öff. Dienstleister	Beschäftigte Bund/Länder/Gemeinden im öffentlichen Dienst je 1.000 Einw	2008 - 2018
III Inklusive Gesellschaft Sozialerer Bezirk	6 Verkehr Effiziente Mobilität	6.1 Verkehrsmittel	Pkw-Zulassungen	Personenkraftwagen-Bestand je 1.000 Einwohner	2009 - 2019
		6.2 Verkehrssich.	Verkehrsunfälle	Straßenverkehrsunfälle je 10.000 am Ort gemeldete Kraftfahrzeuge	2008 - 2018
		6.3 Verkehrsraum	Verkehrsfläche	Anteil der Verkehrsfläche an der Gesamtfläche (%)	2016 - 2018
IV Integrierte Landschaft Grünerer Bezirk	7 Umwelt Regenerierb. Ressourcen	7.1 Abfallentsorg.	Haushaltsabfälle	Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner (ohne Elektroaltgeräte) kg	2008 - 2018
		7.2 Wasserversorg.	Wasserverbrauch	Wasserabgabe je versorgten Einwohner und Tag in Liter	2004 - 2016
		7.3 Bodenschutz	Bodenversiegel.	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche (%)	2004 - 2015
IV Integrierte Landschaft Grünerer Bezirk	8 Landschaft Verträgliche Landnutzung	8.1 Tourismus	Beherbergungen	Übernachtungen von Gästen in Beherbergungsbetrieben je Einwohner	2008 - 2018
		8.2 Erholung	Erholungsfläche	Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche (%)	2004 - 2015
		8.3 Landwirtschaft	Landw.Betriebsgr	Durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe nach Fläche in ha	2010 - 2016
IV Integrierte Landschaft Grünerer Bezirk	9 Klima Dekarbonis. Energie	9.1 Heizenergie	Heizgradtage	Jährliche Heizgradtage als Energieverbrauchskennwert für Gebäude in °C/d	2010 - 2019
		9.2 Klimawirkung	Bodenerosion	Geschätzte Bodenerosion durch Wasser in Tonnen pro Hektar pro Jahr	2010 - 2016
		9.3 Klimawald	Waldfläche	Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche (%)	2004 - 2015
V Bürgernäherer Bezirk					
* EU-Förderziele 2021-2027: intelligenteres Europa, grüneres Europa, vernetzteres Europa, soziales Europa, bürgernäheres Europa (www.ec.europa.eu)					

Kriterien zur nachhaltigen Entwicklung der EU-Bezirke in Deutschland

EU-Regionen Deutschlands

CASSING PLANUNG

F725b 15.08.2020

Abbildung Nr. 06

2.1 Wissenschaft: Strategische Innovation

„Die EU ist bei der **Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse** weltweit führend. Innovation ist ein zentrales Merkmal aller kohäsionspolitischen Programme und verringert gleichzeitig die zwischen den Regionen in der EU auf dem Gebiet der Innovation bestehenden Unterschiede. 2018 wurde die Mitteilung ‚Eine erneuerte Europäische Agenda für Forschung und Innovation: Europas Chance, seine Zukunft zu gestalten‘ vorgelegt. Darin wurde hervorgehoben, dass in Forschung und Innovation investiert werden muss, indem maßgebliche öffentliche Investitionen sichergestellt werden, indem die EU-Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zu maximieren und indem die private Investitionstätigkeit angeregt wird.“ (ec.europa.eu/eurostat/de)

Das Wissenschaftspotential der Bezirke lässt sich anhand folgender Indikatoren vergleichend bewerten:

- „**Forscher** sind Wissenschaftler oder Ingenieure, die neue Erkenntnisse, Produkte, Verfahren, Methoden und Systeme konzipieren oder schaffen bzw. die betreffenden Projekte leiten. In der Tabelle wird der Anteil der Forscher an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt in Vollzeitäquivalenten angegeben.“ (ec.europa.eu/eurostat/de)
- „Anteil der Bevölkerung im Alter von 30 bis 34 Jahren, die einen **Bildungsgang des tertiären Bereichs** erfolgreich abgeschlossen hatten. (Es) wird angestrebt, den Erwerb von tertiären Bildungsabschlüssen in der EU-28 auf mindestens 40 % zu steigern“ (ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained)
- „Die **FuE-Intensität** (FuE-Ausgaben in % des BIP) ist ein Indikator, der auf Ebene der EU sowie auf nationaler und regionaler Ebene hohe politische Bedeutung hat.“ (ec.europa.eu/eurostat/de)

2.1 Wissenschaft	2.1.1 Forschende in % Beschäftigte ¹			2.1.2 Studienabschlüsse 25-65-jähr. (%) ²			2.1.3 Interne FuE-Ausgaben in % BIP ³		
	NUTS-2 Bezirke	2007	2017	Wert 07/17	2009	2019	Wert 09/19	2007	2017
DE11 Stuttgart	1,6955	2,5240	5 / 5	30,3	34,3	5 / 5	5,35	7,69	5 / 5
DE12 Karlsruhe	1,3184	1,7862	5 / 5	29,3	33,0	4 / 5	3,62	4,95	5 / 5
DE13 Freiburg	0,6591	0,8732	4 / 4	27,2	30,9	4 / 4	2,49	2,72	4 / 4
DE14 Tübingen	1,0907	1,3692	5 / 5	29,3	31,9	4 / 5	3,80	4,78	5 / 5
DE 21 Oberbayern	1,6461	1,7661	5 / 5	33,4	40,5	5 / 5	4,11	4,03	5 / 5
DE22 Niederbayern	:	0,4012	1 / 1	21,6	22,8	2 / 1	:	1,34	1 / 1
DE23 Oberpfalz	:	0,7811	1 / 3	21,7	26,1	2 / 2	:	2,47	1 / 3
DE24 Oberfranken	0,4301	0,6415	3 / 2	25,2	26,1	3 / 2	1,28	2,10	3 / 3
DE25 Mittelfranken	0,8790	1,1614	4 / 4	26,7	30,9	4 / 4	2,80	3,60	4 / 5
DE26 Unterfranken	0,6166	1,0177	4 / 4	26,1	28,8	3 / 3	1,98	2,84	3 / 4
DE27 Schwaben	0,3347	0,5266	2 / 2	24,0	27,9	2 / 3	:	1,61	1 / 2
DE30 Berlin	1,0342	1,1735	4 / 5	35,4	42,5	5 / 5	3,03	3,41	5 / 4
DE40 Brandenburg	0,3519	0,5507	2 / 2	30,9	28,8	5 / 3	1,23	1,69	2 / 2
DE50 Bremen	1,1608	1,3498	5 / 5	23,8	28,8	2 / 3	2,16	2,79	4 / 3
DE60 Hamburg	0,7983	1,0816	4 / 4	29,5	37,1	5 / 5	1,81	2,16	3 / 3
DE71 Darmstadt	1,0494	1,1634	5 / 4	29,0	34,8	4 / 5	2,87	3,27	5 / 4
DE72 Gießen	0,6027	0,8034	3 / 3	25,4	28,8	3 / 3	2,04	2,61	4 / 4
DE73 Kassel	0,3641	0,4924	2 / 2	23,0	25,8	2 / 2	1,17	1,63	2 / 2
DE80 Mecklenburg-Vorp.	0,3632	0,4853	2 / 2	26,5	26,0	3 / 2	1,38	1,81	3 / 2
DE91 Braunschweig	1,5337	2,1460	5 / 5	21,2	29,2	1 / 4	6,42	8,52	5 / 5
DE92 Hannover	0,6884	0,7452	4 / 3	24,7	28,3	3 / 3	2,14	2,25	4 / 3
DE93 Lüneburg	0,1939	0,2268	1 / 1	20,3	24,0	1 / 1	0,87	0,90	1 / 1
DE94 Weser-Ems	0,1982	0,3028	1 / 1	21,0	22,8	1 / 1	0,54	0,91	1 / 1
DEA1 Düsseldorf	0,4415	0,6126	3 / 2	23,1	26,5	2 / 3	1,66	1,96	3 / 3
DEA2 Köln	0,8568	1,1396	4 / 4	27,5	30,9	4 / 4	2,37	2,97	4 / 4
DEA3 Münster	0,2538	0,3522	1 / 1	21,4	25,7	1 / 2	0,91	1,22	2 / 1
DEA4 Detmold	0,5484	0,8071	3 / 3	20,7	24,0	1 / 1	1,61	1,98	3 / 3
DEA5 Arnsberg	0,5041	0,6802	3 / 3	20,1	23,1	1 / 1	1,41	1,76	3 / 2
DEB1 Koblenz	0,2102	0,2042	1 / 1	19,6	26,4	1 / 2	0,67	0,69	1 / 1
DEB2 Trier	0,2635	0,2848	2 / 1	25,7	29,4	3 / 4	1,04	0,88	2 / 1
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	0,5421	0,9098	3 / 4	25,3	30,1	3 / 4	2,71	3,97	4 / 5
DEC0 Saarland	0,4203	0,6711	3 / 2	19,7	25,0	1 / 1	1,04	1,76	2 / 2
DED2 Dresden	1,1392	1,3035	5 / 5	33,8	31,5	5 / 4	4,11	4,13	5 / 5
DED4 Chemnitz	:	0,6872	1 / 3	29,3	25,3	5 / 2	:	1,86	1 / 2
DED5 Leipzig	:	0,8130	1 / 3	34,7	34,3	5 / 5	:	2,01	1 / 3
DEE0 Sachsen-Anhalt	0,3413	0,4369	2 / 1	24,6	23,1	3 / 1	1,17	1,50	2 / 1
DEF0 Schleswig-Holstein	0,3065	0,4484	2 / 1	22,8	24,7	2 / 1	1,18	1,56	2 / 1
DEG0 Thüringen	0,5626	0,7120	3 / 3	27,9	28,3	4 / 3	1,88	2,21	3 / 3

Tabelle Nr. 01: Wissenschaft

¹ Eurostat TGS00043, ² Eurostat TGS00109, ³ Eurostat TGS00042

Auch das Innovationspotential der deutschen Bezirke liegt europaweit auf hohem Niveau. Im Einzelnen ergibt sich folgende Ranfolge der Summe der drei hier angewandten Indikatoren zur **Wissenschaftlichkeit**:

- An der Spitze liegen die Bezirke Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen, Oberbayern, Berlin, Darmstadt, Dresden.
- Es folgen Freiburg, Mittelfranken, Bremen, Hamburg, Braunschweig, Köln, und Rheinhessen-Pfalz.
- Im Mittelfeld rangieren die Bezirke Oberfranken, Unterfranken, Brandenburg, Gießen, Hannover, Düsseldorf, Leipzig und Thüringen.
- Schwächere Positionen weisen die Bezirke Oberpfalz, Schwaben, Kassel, Mecklenburg-Vorpommern, Detmold, Arnsberg, Trier, Saarland und Chemnitz auf.
- Schlusslicht sind Niederbayern, Lüneburg, Weser-Ems, Münster, Koblenz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein.

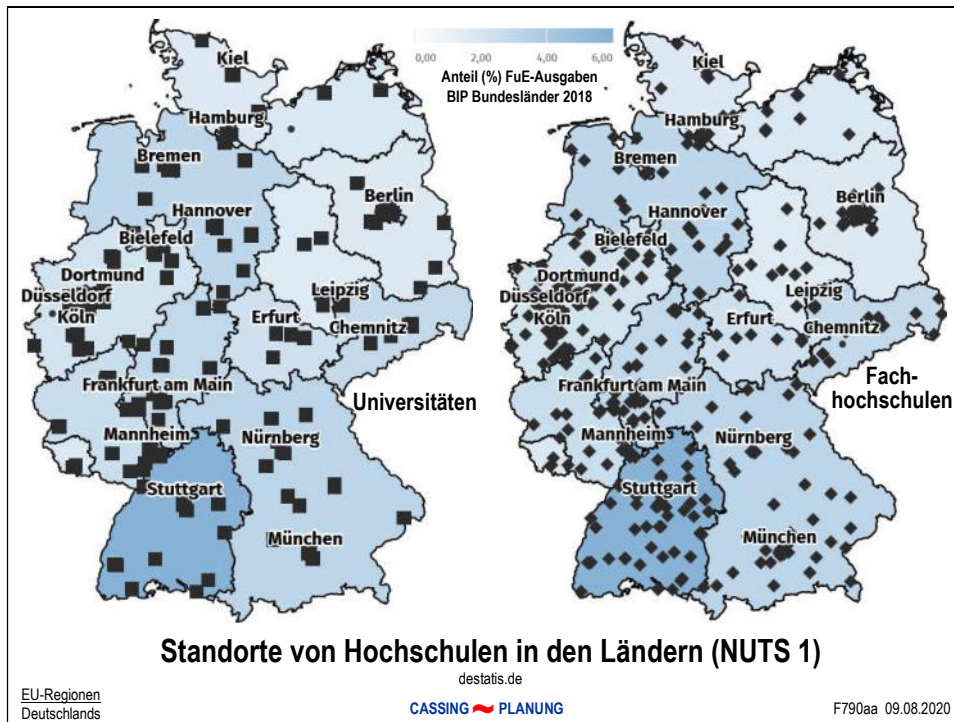


Abbildung Nr. 08

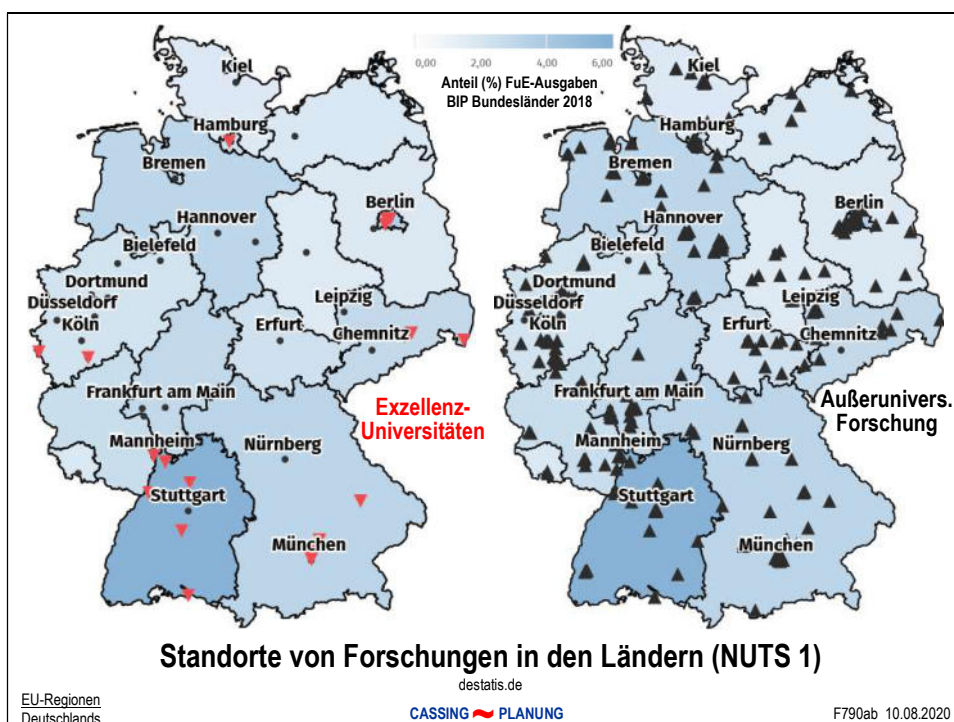


Abbildung Nr. 09

Die regionale Verteilung der wissenschaftlichen Einrichtungen ist in den Abbildungen 08 & 09 dargestellt. Die Merkmale zur Wissenschaftsqualität zeigen im Vergleich der deutschen Bezirke folgende Ausprägung:

- Forschungspotential:** „2016 machten die 1,89 Millionen auf Forschungstätigkeiten entfallenden Vollzeitäquivalente 0,86% aller Erwerbstätigen der EU-28 aus. Die relative Bedeutung der Forscher erreichte mit einem Anteil von 1,62% an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Dänemark ihren Höchstwert. In Deutschland (0,99%), lag dieser Anteil unter diesem Wert.“ (ec.europa.eu/eurosta). 2017 hatte der Bezirk Koblenz mit 0,2 den niedrigsten, Stuttgart mit 2,5 den höchsten Wert. Bezirke mit dem höchsten Forscheranteil (9/10 Punkte) sind Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen, Berlin, Bremen, Darmstadt, Braunschweig und Dresden. Noch starke „Forscher-Bezirke“ (7/8 Punkte) sind Freiburg, Mittelfranken, Unterfranken, Hamburg, Hannover, Köln und Rheinhessen-Pfalz. Die schwächsten Forscher-Bezirke (1/2 Punkte) sind Niederbayern, Lüneburg, Weser-Ems, Münster und Koblenz (Abb. 07, S. 14).
- Studienabschlüsse:** „Die Hochschulbildung steht vor Herausforderungen, wie etwa der Ausweitung der Bildungsbeteiligung, der Verringerung der Abbrecherquoten und der Verkürzung der Studienzeiten einzelner Studierender sowie der Steigerung der Relevanz von Studiengängen für die moderne Arbeitswelt.“ (ec.europa.eu/eurostat). 2019 bewegten sich die Abschlussquoten zwischen 42,5% (Berlin) und 22,8% (Niederbayern, Weser-Ems). Den größten Anteil an Hochschulabsolventen an den 25-65-Jährigen (9/10 Punkte) weisen die Bezirke Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen, Oberbayern, Berlin, Hamburg, Darmstadt, Dresden und Leipzig auf. Es folgen mit 7/8 Punkten die Bezirke Freiburg, Mittelfranken, Brandenburg, Trier, Rheinhessen-Pfalz, Chemnitz und Thüringen. Die niedrigsten Quoten (1/2 Punkte) finden sich in den Bezirken Lüneburg, Weser-Ems, Detmold, Arnshagen und Saarland.
- FuE-Intensität:** „Braunschweig und Stuttgart gehören zu den drei EU-Regionen (NUTS 2-Ebene) mit den höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Gemessen am regionalen Bruttoinlandsprodukt waren die Ausgaben in der Region Braunschweig 2015 mit 9,5% am höchsten, gefolgt von der belgischen Provinz Wallonisch-Brabant mit 6,5% und Stuttgart mit 6,2%. Die EU-Staaten haben sich in ihrer politischen Europa 2020-Strategie das Ziel gesetzt, jährlich rund 3 % des EU für Forschung und Entwicklung auszugeben. Von den insgesamt 276 EU-Regionen überschritten 2015 bereits 31 diese Zielmarke. Neben Braunschweig und Stuttgart traf das auf acht weitere deutsche Regionen zu, darunter zum Beispiel Tübingen, Oberbayern, Karlsruhe und Dresden. Deutschlandweit wurden 2015 rund 2,9% des BIP in Forschung und Entwicklung investiert.“ (destatis.de)

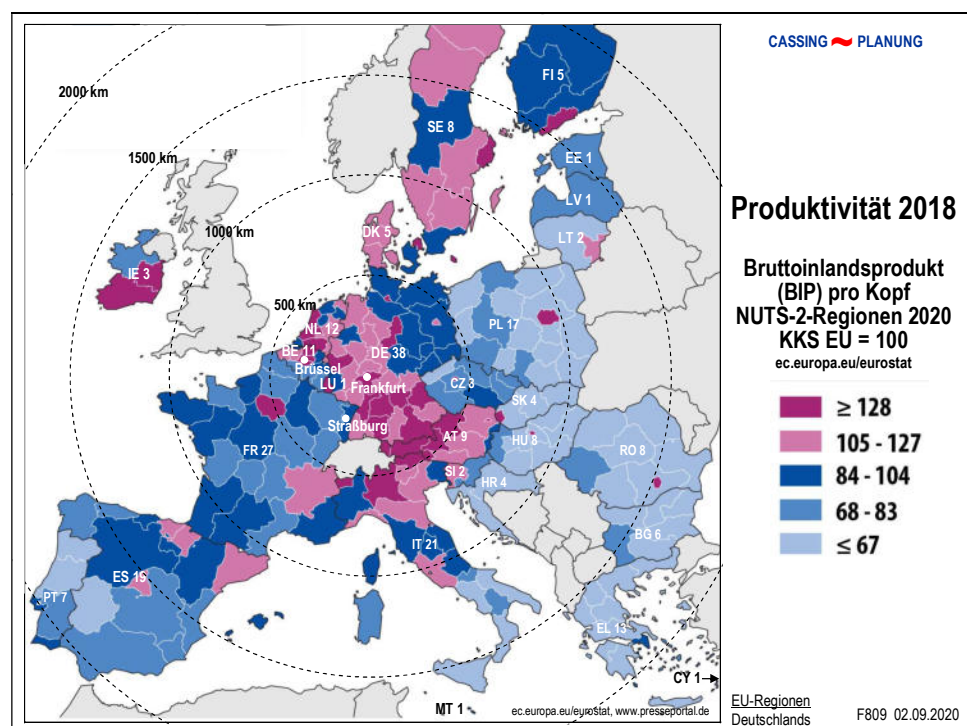


Abbildung Nr. 10

2.2 Wirtschaft: Konkurrierende Produktivität

Wachstum und Wettbewerb sind die Kernziele europäischer Wirtschaftspolitik, die durch regionale Spezialisierung konkretisiert werden. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) mit Wirkung 2021 ändern sich Niveau und Volumen der **Wirtschaftskraft** und ihre regionale Diversität. Die EU Regionalpolitik 2021-2027 wird für 27 Mitgliedsstaaten, 104 NUTS-1-Territorien und 242 NUTS-2-Statistikbezirke konzipiert. Die Wirtschaftsleistung (BIP/Einwohner) der EU-Bezirksebene zeigt Abb. 10.

Die **Angleichung des Wohlstandes der Regionen** durch Förderung der Wirtschaft besonders in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist ein Hauptziel der EU-Regionalpolitik. Ausdrucksfähige Faktoren der Wirtschaftskraft der Bezirke sind die Produktivkraft (Bruttoinlandsprodukt), die Investivkraft (Industrieinvestitionen) sowie die Konsumtivkraft (verfügbares Einkommen):

- **„Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (am Arbeitsort) in €: Der Indikator dient als Messzahl für die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Er gibt Auskunft über die wirtschaftliche Arbeitsproduktivität.“** (genesis.destatis.de/regatlas/AI017-1)
- **„Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden je Beschäftigten in 1.000 EUR. Der Indikator gibt Auskunft über die Investitionen je Beschäftigten in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes.“** (genesis.destatis.de/regatlas/AI010-1)
- **„Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in €. Der Indikator gibt Auskunft über den (monetären) Wohlstand der Bevölkerung und ist als der durchschnittliche Betrag zu verstehen, der je Einwohner für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht.“** (genesis.destatis.de/regatlas/AI-S-01)

2.2 Wirtschaft	2.2.1 BIP je Erwerbstätigen (€) ¹			2.2.2 Industrieinvest. je Beschäft. Tsd. € ²			2.2.3 Verfügb. Einkommen je Einw (€) ³		
	2007	2017	Wert 07/17	2008	2018	Wert 08/18	2007	2017	Wert 07/17
NUTS-2-Regionen DE									
DE11 Stuttgart	73.146	87.066	5 / 5	10,2	13,3	4 / 5	21.319	25.154	5 / 5
DE12 Karlsruhe	66305	77.050	4 / 5	8,3	10,3	3 / 4	20185	23.769	5 / 4
DE13 Freiburg	58.044	68.894	3 / 3	7,5	9,3	2 / 3	19.476	24.459	4 / 5
DE14 Tübingen	62.059	76.336	4 / 4	9,0	8,9	3 / 2	20.059	24.507	5 / 5
DE 21 Oberbayern	79.075	94.281	5 / 5	16,0	17,4	5 / 5	23.451	27.342	5 / 5
DE22 Niederbayern	57.123	70.910	2 / 3	13,2	10,2	5 / 3	18.318	23.106	3 / 4
DE23 Oberpfalz	57.846	72.819	2 / 4	8,9	10,1	3 / 3	17.997	22.985	3 / 4
DE24 Oberfranken	53.543	67.811	2 / 3	7,0	7,5	1 / 1	18.760	23.123	4 / 4
DE25 Mittelfranken	59.647	74.145	3 / 4	7,4	8,3	1 / 1	20.440	24.076	5 / 5
DE26 Unterfranken	59.503	72.554	3 / 4	6,8	8,9	1 / 2	18.776	23.657	4 / 4
DE27 Schwaben	58.584	71.898	3 / 4	8,0	8,3	2 / 1	19.711	24.230	4 / 5
DE30 Berlin	58.584	71.433	3 / 3	8,6	10,6	3 / 4	16.953	20.330	1 / 1
DE40 Brandenburg	50.458	63.844	1 / 1	12,1	11,9	5 / 4	15.957	20.225	1 / 1
DE50 Bremen	67.471	76.663	5 / 5	10,6	14,1	4 / 5	18.374	21.384	3 / 2
DE60 Hamburg	85.153	93.471	5 / 5	9,9	13,4	4 / 5	22.190	24.404	5 / 5
DE71 Darmstadt	79.858	89.329	5 / 5	8,6	9,1	3 / 2	20.493	23.970	5 / 5
DE72 Gießen	60.047	67.190	4 / 2	6,8	8,4	1 / 1	17.706	21.790	2 / 2
DE73 Kassel	58.135	67.813	3 / 3	9,7	9,2	4 / 2	17.256	21.352	2 / 2
DE80 Mecklenburg-Vorp.	44.959	58.074	1 / 1	11,6	9,8	5 / 3	14.929	19.190	1 / 1
DE91 Braunschweig	65.272	84.473	4 / 5	13,5	11,8	5 / 4	17.411	22.157	2 / 3
DE92 Hannover	61.064	71.858	4 / 3	7,9	9,9	2 / 3	17.838	21.794	2 / 2
DE93 Lüneburg	52.645	64.044	1 / 2	10,1	8,2	4 / 1	17.993	22.552	2 / 3
DE94 Weser-Ems	55.446	65.487	2 / 2	8,0	8,5	2 / 1	16.875	21.448	1 / 2
DEA1 Düsseldorf	68.844	76.360	5 / 4	8,4	9,2	3 / 2	18.947	22.212	4 / 3
DEA2 Köln	69.538	77.715	5 / 5	12,9	11,0	5 / 4	18.740	22.499	3 / 3
DEA3 Münster	58.972	66.855	3 / 2	8,1	9,5	2 / 3	17.441	21.637	2 / 2
DEA4 Detmold	59.537	68.902	3 / 3	6,7	8,7	1 / 2	18.741	23.112	3 / 4
DEA5 Arnsberg	57.619	67.067	2 / 2	8,1	8,1	2 / 1	18.508	22.014	3 / 3
DEB1 Koblenz	55.275	67.494	2 / 3	7,1	8,6	1 / 2	19.017	22.779	4 / 3
DEB2 Trier	49.618	62.358	1 / 1	7,8	12,8	2 / 5	18.381	22.003	3 / 3
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	62.815	76.062	4 / 4		14,5	- / 5	19.272	22.885	4 / 4
DEC0 Saarland	60.781	67.123	4 / 2	10,8	14,5	5 / 5	17.300	20.527	2 / 2
DED2 Dresden	}47.329	60.019	1 / 1	}13,2	11,6	5 / 4	}15.831	19.934	1 / 1
DED4 Chemnitz		57.210	1 / 1		7,2	5 / 1		20.252	1 / 1
DED5 Leipzig		61.637	1 / 1		12,4	5 / 5		19.434	1 / 1
DEE0 Sachsen-Anhalt	48.926	61.086	1 / 1	15,4	11,3	5 / 4	14.826	19.537	1 / 1
DEF0 Schleswig-Holstein	56.127	66.767	2 / 2	7,5	9,5	2 / 3	18.666	22.864	3 / 3
DEG0 Thüringen	45.212	59.208	1 / 1	10,7	9,8	4 / 3	15.454	19.738	1 / 1

Tabelle Nr. 02: Wirtschaft

¹ genesis.destatis.de/regatlas/AI017-1, ² genesis.destatis.de/regatlas/AI004-1, ³ genesis.destatis.de/regatlas/AI016-1

Die **Wirtschaftskraft** der 38 deutschen Bezirke befindet sich europaweit auf hohem Niveau. Dabei gibt es jedoch untereinander folgende Unterschiede:

- Die „kräftigsten“ Bezirke sind Stuttgart, Karlsruhe, Oberbayern, Bremen, Hamburg, Darmstadt und Köln.
- Eine „kräftige“ Wirtschaft haben die Bezirke Freiburg, Tübingen, Niederbayern, Hannover, Düsseldorf, Rheinhessen-Pfalz und Saarland.
- Im Mittelfeld liegen Oberpfalz, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Kassel, Braunschweig und Detmold.
- „Schwächere“ Bezirke sind Oberpfalz, Berlin, Münster, Koblenz, Trier, Leipzig und Schleswig-Holstein.
- Die „schwächsten“ Bezirke sind Brandenburg, Gießen, Mecklenburg-Vorpommern, Lüneburg, Weser-Ems, Arnsberg, Dresden, Chemnitz, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

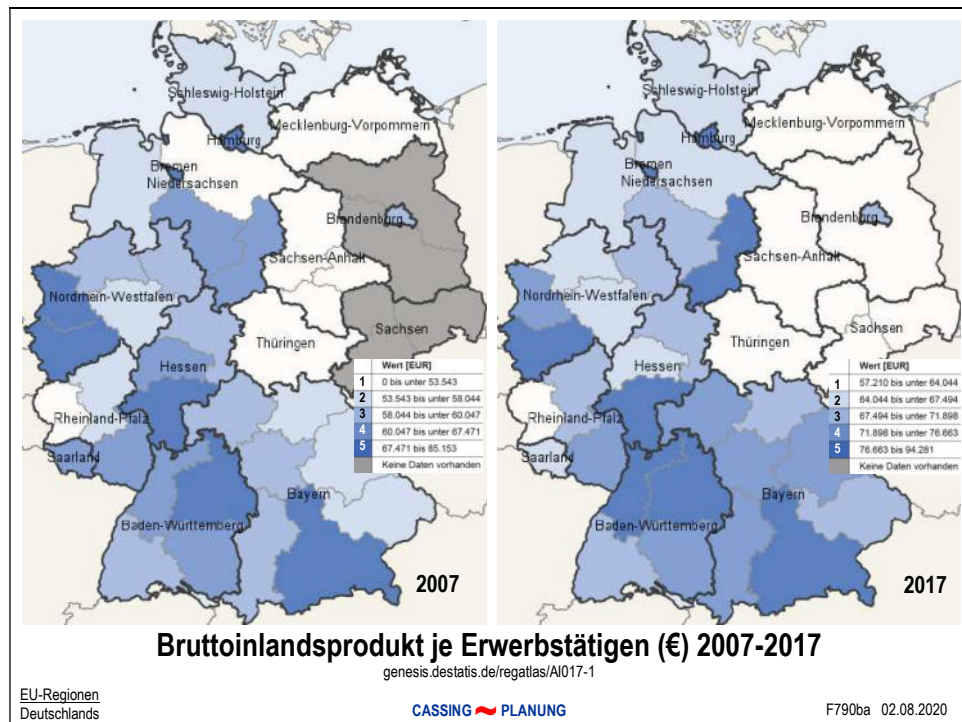


Abbildung Nr. 11

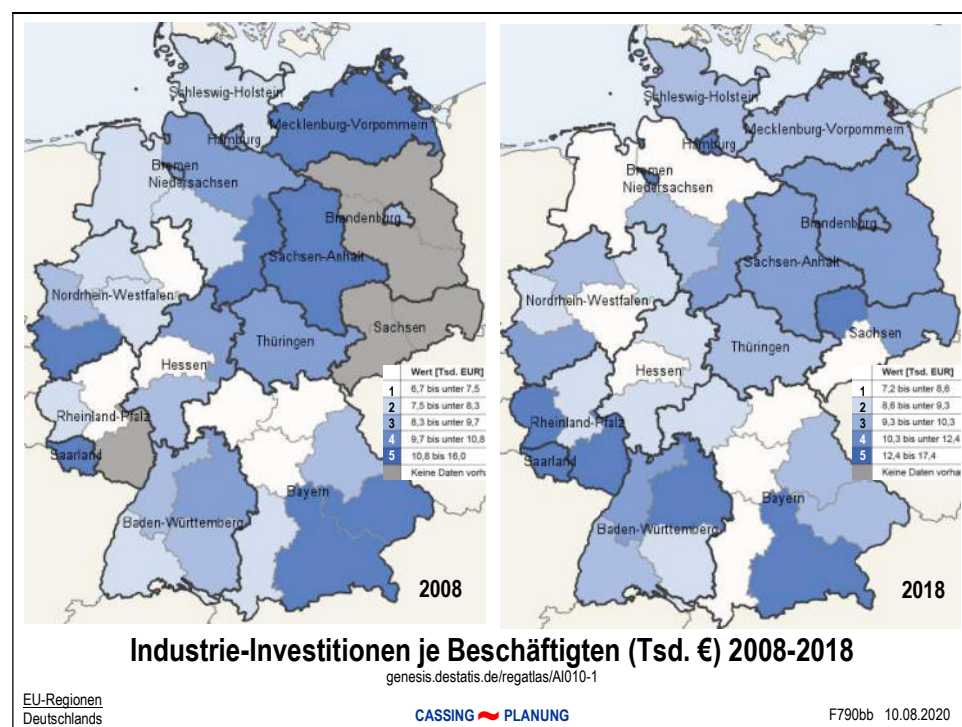


Abbildung Nr. 12

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft im Rahmen regionaler Konkurrenz um Kapital, Personal und Potential. Die Merkmale zur Wirtschaftskraft zeigen im Vergleich der deutschen Bezirke folgende Ausprägung:

- **Wirtschaftsleistung:** Der EU-Länderbericht Deutschland 2019 stellt fest: „Die günstigen Finanzierungsbedingungen, der Rückstand bei den öffentlichen Investitionen, insbesondere auf kommunaler Ebene, und der finanzpolitische Spielraum hätten allerdings ein kräftigeres Wachstum von Konsum und Investitionen im Verhältnis zum BIP erwarten lassen.“ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Messgröße der Wirtschaftsleistung ist alleiniges Merkmal der EU zu Einstufung des regionalen Förderbedarfs. Der Bezirk Lüneburg und die ostdeutschen Bezirke mit Ausnahme von Berlin und Leipzig sind mit einer BIP-Quote von 75-90 % des EU-Mittelwertes in die Übergangs-Stufe gruppiert (Abb. 01, S. 4). Alle anderen deutschen Bezirke gelten als „weiter entwickelt“. Das bestätigen die Daten in Tab. 02 und Abb. 11 - wobei nur der Bezirk Trier mit außergewöhnlich niedriger Wirtschaftsleistung auffällt.
- **Investitionskraft:** Das Investitionsvolumen je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Steine-/Erdenabbau bewegt sich 2008 zwischen 6.700 € im Bezirk Detmold und 16.000 € in Oberbayern; 2018 reicht es von 7.200 € im Bezirk Chemnitz bis 17.400 € in Oberbayern. Trotz dieses Wachstums hat sich das Ranking in dem Jahrzehnt für 17 Bezirke verschlechtert (rot). Rangsteigerungen (grün) können nur 13 Bezirke verzeichnen. Die höchsten Investitionen in der Industrie je Beschäftigten in den Jahren 2008 und 2018 (9/10 Punkte) wurden in den Bezirken Stuttgart, Oberbayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Braunschweig, Köln, Saarland, Dresden, Leipzig und Sachsen-Anhalt getätigt. Die niedrigsten Investitionsraten (1/2 Punkte) werden in den Bezirken Oberfranken, Mittelfranken und Gießen angetroffen.
- **Konsumvermögen:** Das einwohnerspezifische verfügbare Einkommen variiert 2007 zwischen 15.000 und 23.500 €, ein Jahrzehnt später zwischen 20.000 und 27.000 €. Die Entwicklung verlief in den meisten Bezirken ohne Rangänderung; in neun Bezirken gab es Rangverbesserungen, nur in drei Bezirken -verschlechterungen. In der Summe der beiden Wertungsjahre bilden die Bezirke Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Mittelfranken, Schwaben, Hamburg und Darmstadt die Spitzengruppe mit der höchsten Kaufkraft (9/10 Punkte). Hohe Kaufkraft (7/8 Punkte) haben die Bezirke Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken, Düsseldorf, Detmold, Koblenz, und Rhein-hessen-Pfalz. Schlusslicht im Kaufkraftranking (1/2 Punkte) sind die Bezirke Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

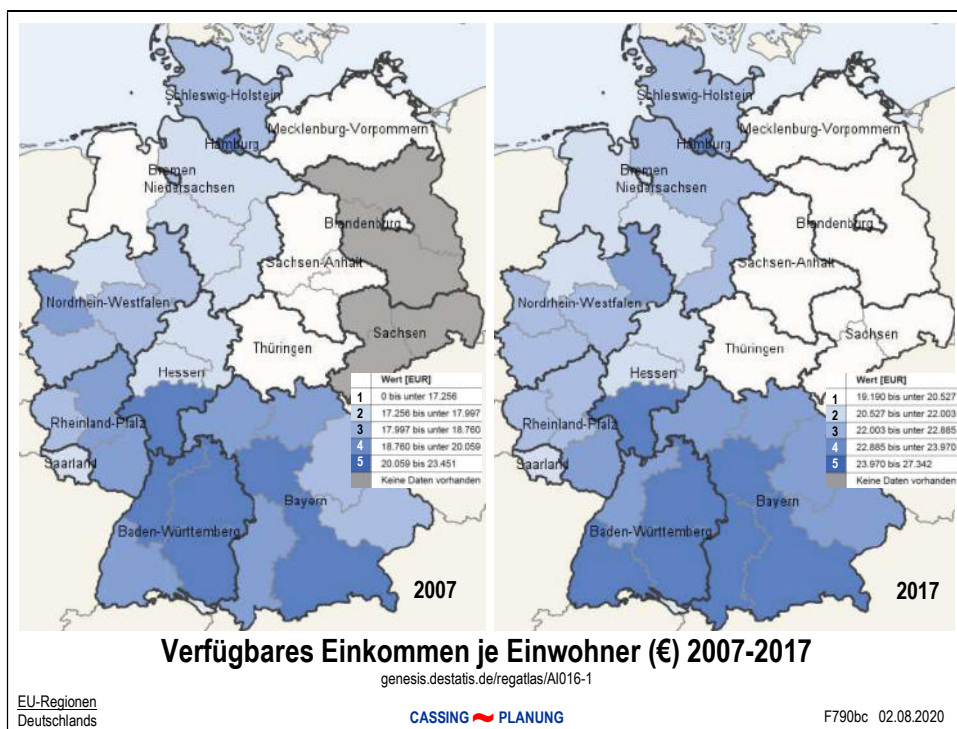


Abbildung Nr. 13

2.3 Beschäftigung: Wissensbasiertes Humankapital

„Genauso wie der derzeitige Sozialfonds wird auch der Europäische Sozialfonds+ das wichtigste Finanzierungsinstrument der EU für **Investitionen in die Menschen** und ein Schlüsselfaktor für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa sein. Die Initiative wird helfen, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern, den Lebensstandard zu erhöhen, die Arbeitskräftemobilität zu erleichtern.“ (ec.europa.eu)

Akademisch-technologisches Wissen wird in der globalisierten Wirtschaft als maßgeblicher Wachstums- und Wettbewerbsfaktor der Regionen angesehen. Dabei kommt qualifiziertem Personal als „Humankapital“ eine Hauptrolle zu. Ebenso ist Beschäftigung die Basis für regionalen Wohlstand. Deshalb müssen alle **Beschäftigungspotentiale** ausgeschöpft werden. Merkmale der regionalen Beschäftigung sind:

- „Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren: Die **Beschäftigtenquote** stellt dar, inwieweit die Bevölkerung einer Region sich in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis befindet.“ (regatlas/AI007-2)
- „Die Daten stellen die Beschäftigung in der Hightech-Branche (HTC Code) in Prozent der Beschäftigung dar. Die Daten beruhen auf einer Auswahl relevanter Aktivitäten der NACE Rev.2 auf Zweistellerebene und orientieren sich am **Anteil der hochqualifizierten Arbeitskräfte**.“ (eurostat tgs00039)
- „Die **Arbeitslosenquote** gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ist. Die Arbeitslosenquote zeigt die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an.“ (regatlas/AI008-1)

2.3 Beschäftigung	2.3.1 Beschäftigtenquote (%) ¹			2.3.2 Anteil Hochtechn.-Beschäftigte ²			2.3.3 Arbeitslosenquote (%) ³		
	2009	2019	Wert 09/19	2009	2019	Wert 09/19	2007	2019	Wert 07/19
NUTS-2-Regionen DE									
DE11 Stuttgart	54,0	65,0	5 / 5	5,2	4,6	4 / 4	4,9	3,2	5 / 4
DE12 Karlsruhe	51,7	62,5	3 / 3	6,1	6,0	5 / 5	5,5	3,5	4 / 4
DE13 Freiburg	50,0	60,8	3 / 2	5,4	5,6	5 / 5	4,9	3,1	5 / 4
DE14 Tübingen	53,3	64,5	4 / 4	5,3	5,7	4 / 5	4,3	2,6	5 / 5
DE 21 Oberbayern	53,6	65,4	5 / 5	7,7	6,6	5 / 5	4,7	2,7	5 / 5
DE22 Niederbayern	52,7	63,5	4 / 4	2,9	2,7	2 / 2	5,1	2,9	4 / 5
DE23 Oberpfalz	53,4	64,1	4 / 4	4,6	4,9	4 / 4	5,7	2,7	4 / 5
DE24 Oberfranken	54,1	64,1	5 / 4	3,4	3,0	3 / 2	7,1	3,2	4 / 4
DE25 Mittelfranken	54,5	65,5	5 / 5	5,4	5,0	5 / 4	6,5	3,4	4 / 4
DE26 Unterfranken	53,5	64,3	5 / 4	3,3	3,3	3 / 2	5,0	2,7	5 / 5
DE27 Schwaben	54,5	65,0	5 / 5	3,2	3,5	2 / 3	4,9	2,6	5 / 5
DE30 Berlin	42,3	56,7	1 / 1	6,9	7,4	5 / 5	15,5	7,8	1 / 1
DE40 Brandenburg	52,7	63,7	4 / 4	2,8	2,5	2 / 1	14,9	5,8	1 / 2
DE50 Bremen	46,0	55,9	1 / 1	3,3	3,7	3 / 3	12,7	9,9	2 / 1
DE60 Hamburg	48,7	61,8	2 / 3	5,5	5,5	5 / 5	9,2	6,1	2 / 2
DE71 Darmstadt	51,8	61,4	4 / 3	6,7	5,9	5 / 5	7,3	4,5	4 / 3
DE72 Gießen	49,5	58,3	2 / 1	5,0	4,7	4 / 4	7,8	4,4	3 / 2
DE73 Kassel	50,2	61,0	3 / 2	2,7	2,5	1 / 1	8,2	4,0	3 / 2
DE80 Mecklenburg-Vorp.	51,8	61,7	4 / 3	1,9	2,0	1 / 1	16,5	7,1	1 / 1
DE91 Braunschweig	49,9	61,2	3 / 3	3,3	4,1	3 / 3	} 8,9	5,2	2 / 3
DE92 Hannover	50,2	60,7	3 / 2	3,7	3,4	103 / 3		5,9	2 / 2
DE93 Lüneburg	50,7	61,6	3 / 3	2,3	2,3	1 / 1		4,7	2 / 3
DE94 Weser-Ems	49,0	61,2	2 / 3	1,4	1,7	1 / 1		4,5	2 / 3
DEA1 Düsseldorf	48,2	57,7	2 / 1	3,7	3,4	3 / 3	10,4	7,5	2 / 1
DEA2 Köln	47,5	58,1	1 / 1	5,4	5,0	5 / 5	9,5	6,2	2 / 2
DEA3 Münster	48,7	59,0	2 / 1	2,5	2,4	1 / 1	8,7	5,8	2 / 2
DEA4 Detmold	52,3	62,3	4 / 3	3,3	3,3	3 / 3	8,0	5,2	3 / 3
DEA5 Arnsberg	48,4	59,2	2 / 2	2,7	2,9	1 / 2	9,9	7,0	2 / 1
DEB1 Koblenz	51,3	60,7	3 / 2	2,7	2,9	2 / 2	} 6,5	} 4,3	4 / 4
DEB2 Trier	45,4	51,3	1 / 1	2,1	.	1 / 0			4 / 4
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	51,7	60,7	3 / 2	4,6	4,5	4 / 4			4 / 4
DEC0 Saarland	48,0	58,0	2 / 1	3,2	2,8	2 / 2	8,4	6,2	3 / 2
DED2 Dresden	} 53,1	65,9	4 / 5	5,0	4,6	4 / 4	14,4	} 5,5	1 / 2
DED4 Chemnitz		67,0	4 / 5	2,9	2,6	2 / 2	14,2		1 / 2
DED5 Leipzig		64,5	4 / 4	4,6	4,6	4 / 4	16,1		1 / 2
DEE0 Sachsen-Anhalt	53,1	64,1	4 / 4	2,3	2,4	1 / 1	16,0	7,1	1 / 1
DEF0 Schleswig-Holstein	49,4	59,6	2 / 2	3,0	3,3	2 / 3	8,4	5,1	3 / 3
DEG0 Thüringen	53,8	64,9	5 / 5	3,7	3,5	3 / 3	13,2	5,3	1 / 2

Tabelle Nr. 03: Beschäftigung

¹ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI007-2, ² Eurostat TGS00039, ³ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI008-1

Das **Beschäftigungspotential** in Deutschland ist bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie in vielen Bezirken fast voll ausgeschöpft - häufig herrscht bereits „Fachkräftemangel“ - mit folgender Rangfolge:

- Am beschäftigungsstärksten sind Stuttgart, Tübingen, Oberbayern, Oberpfalz, Mittelfranken, Schwaben.
- Beschäftigungsstark sind die Bezirke Karlsruhe, Freiburg, Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken, Darmstadt, Rheinhessen-Pfalz und Dresden.
- Mittlere Beschäftigung weisen Hamburg, Braunschweig, Arnsberg, Koblenz, Leipzig und Thüringen auf.
- Schwache Beschäftigung zeigen Berlin, Brandenburg, Gießen, Hannover, Lüneburg, Köln, Chemnitz und Schleswig-Holstein.
- Am schwächsten ist die Beschäftigung in den Bezirken Bremen, Kassel, Mecklenburg-Vorpommern, Weser-Ems, Düsseldorf, Trier, Saarland und Sachsen-Anhalt.

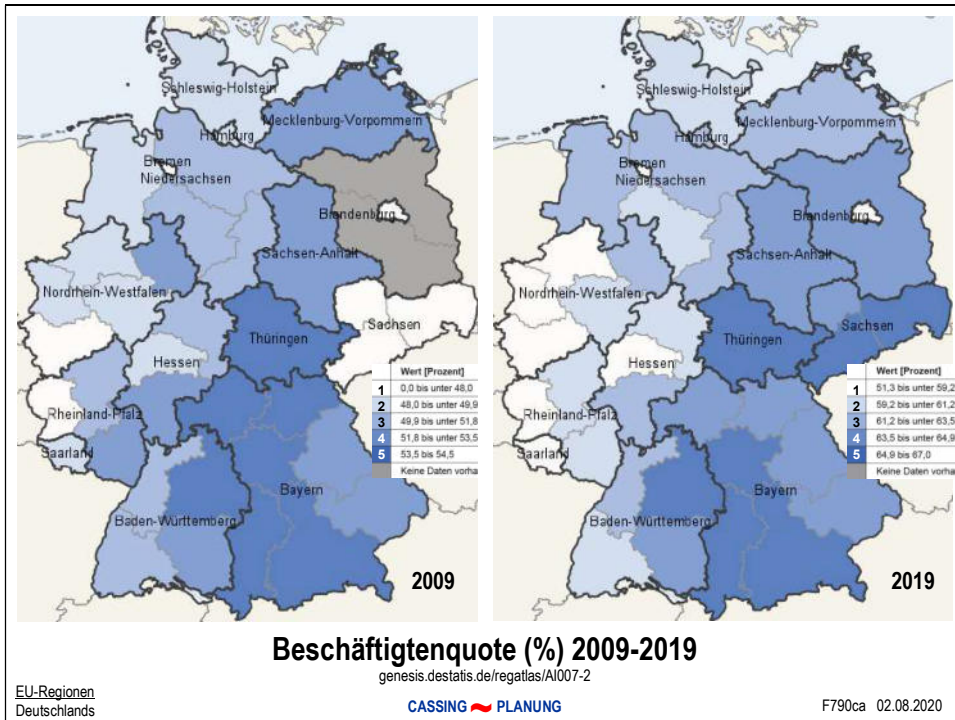


Abbildung Nr. 14

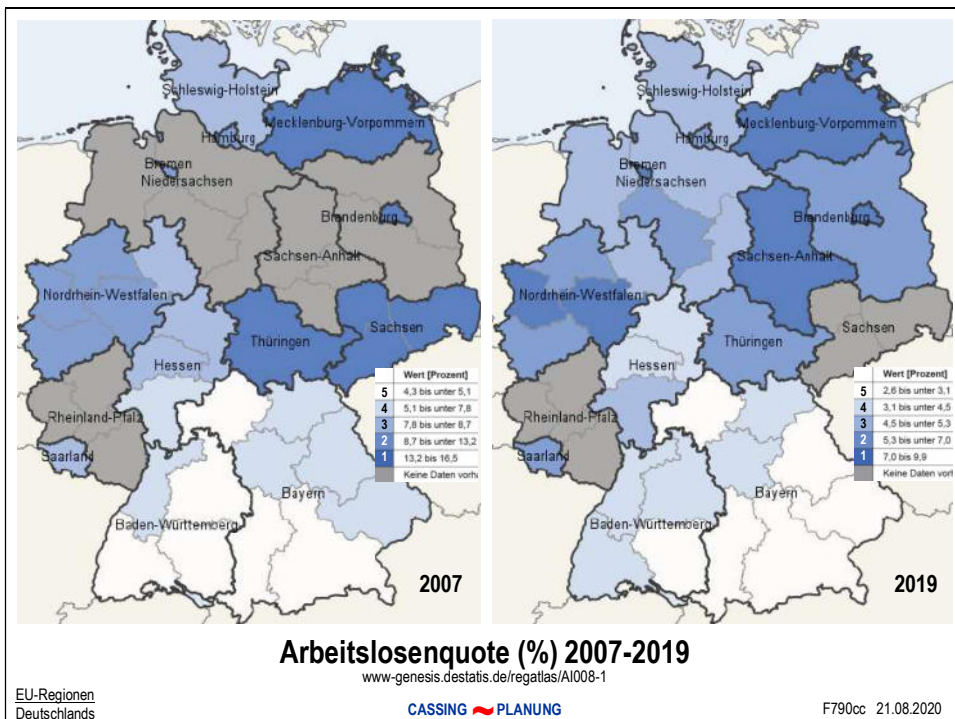


Abbildung Nr. 15

Gleichwertige Lebensverhältnisse benötigen eine ausgeglichene Beschäftigung in den Bezirken, die jedoch mehrere Arbeitsmarktregionen mit heterogenen Qualitäten umfassen können (Tab. 03, Abb. 07):

- **Beschäftigungsgrad:** 2009 schwankte die Beschäftigung der 15-65-Jährigen zwischen 42,3% in Berlin und 54,5 % in Mittelfranken. Ein Jahrzehnt später liegt die höchste Beschäftigung bei 65,5% in Mittelfranken, die niedrigste bei 51,3% im Bezirk Trier. Das 70%-Ziel der EU wird noch nicht erreicht. Rangsteigerungen im Laufe der 10 Jahre schaffen nur Hamburg, Weser-Ems, Dresden und Chemnitz. In der Summe der beiden Messzeiten (9/10 Punkte) haben die Bezirke Stuttgart, Oberbayern, Ober-, Mittel- und Unterfranken, Schwaben, Dresden, Chemnitz und Thüringen die höchste Beschäftigung. Hohe Beschäftigungsquoten (7/8 Punkte) zeigen die Bezirke Tübingen, Niederbayern, Oberpfalz, Brandenburg, Darmstadt, Mecklenburg-Vorpommern, Detmold, Leipzig und Sachsen-Anhalt. Die niedrigste Beschäftigtenquote (1/2 Punkte) verzeichnen die Bezirke Berlin, Bremen, Köln und Trier.
- **Hightech-Personal:** Die Beschäftigtenanteile in Hochtechnologie-Branchen reichen 2009 von 1,4% in Weser-Ems bis 7,7% in Oberbayern; 2019 von 1,7% in Weser-Ems bis 7,3% in Berlin. Die Werte haben sich in dieser Zeit nur in den Bezirken Tübingen, Schwaben, Arnberg und Schleswig-Holstein verbessert. Summiert befinden sich die größten Anteile (9/10 Punkte) Hochtechnologie-Beschäftigter in den Bezirken Karlsruhe, Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Mittelfranken, Berlin, Hamburg, Darmstadt und Köln. Noch hohe Anteile (7/8 Punkte) haben die Bezirke Stuttgart, Oberpfalz, Gießen, Rheinhessen-Pfalz, Dresden und Leipzig. Schwache Technologie-Bezirke (3/4 Punkte sind Niederbayern, Brandenburg, Kassel, Arnberg, Koblenz, Saarland und Chemnitz. Am schwächsten (1/2 Punkte) sind die Bezirke Kassel, Mecklenburg-Vorpommern, Lüneburg, Weser-Ems, Münster, Trier und Sachsen-Anhalt.
- **Arbeitslosigkeit:** Der Anteil der Erwerbspersonen ohne Arbeit zeigt 2007 eine Spreizung von 4,3% (Tübingen) bis 16,5% (Mecklenburg-Vorpommern); 2019 von 2,6% (Tübingen, Schwaben) bis 9,9% (Brandenburg). Die ostdeutschen Bezirke konnten in dieser Zeitspanne ihren Rang überwiegend verbessern. Die geringste Arbeitslosigkeit (9/10 Punkte) herrscht in den süddeutschen Bezirken Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Unterfranken und Schwaben. Noch niedrige Arbeitslosenquoten (7/8 Punkte) haben die Bezirke Karlsruhe, Oberfranken, Mittelfranken, Darmstadt, Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz. Größere Arbeitslosigkeit (3/4 Punkte) herrscht in Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Köln, Münster, Arnberg, Sachsen und Thüringen. Die meisten Arbeitslosen (1/2 Punkte) gibt es in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

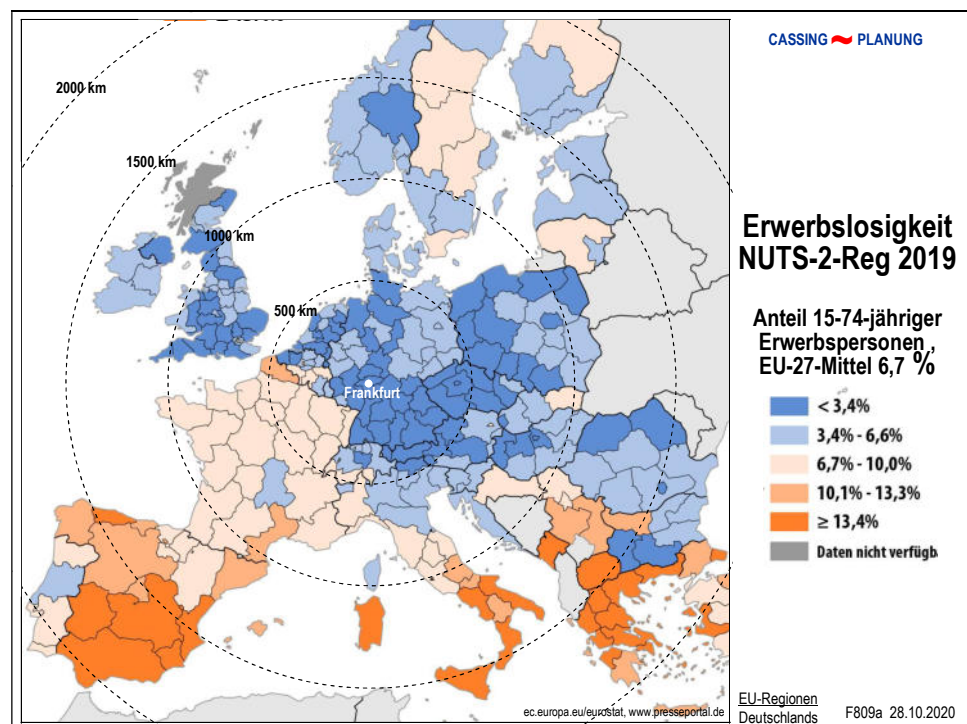


Abbildung Nr. 16

2.4 Bevölkerung: Zukunftsfähige Demografie

„Der demografische Aufbau der Europäischen Union (EU) und seine Entwicklung haben weitreichende Folgen für die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger in einer Vielzahl von Bereichen, u.a. in folgenden: Gesundheitsversorgung, Altersversorgung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Umwelt, Generationengerechtigkeit, Wahlergebnisse und Stellung der EU in der Welt. Es kommt daher auf die Demografie und ihren Einfluss auf die Verhältnisse an - **Demografie ist Schicksal**‘ trifft wahrlich zu.“ (Eatock, D., europa.eu)

Ein wichtiges Merkmal gleichwertiger Lebensverhältnisse der Bezirke ist eine **nachhaltige Bevölkerungsstruktur**. Dazu gehört eine ausgewogene Altersstruktur, die den durch „Überalterung“ gefährdeten generativen Zusammenhalt stützt. Durch Zuwanderung können die Regionen ihre Altersstruktur „verjüngen“. Für die demografische Attraktivität einer Region ist auch die „Armutsgefährdung“ ein Indikator.

- **Durchschnittsalter:** „Der Indikator gibt Auskunft über das durchschnittliche Lebensalter der Bevölkerung in einer Region. Das Durchschnittsalter steigt bei niedrigen Geburtenraten und gleichzeitiger steigender Lebenserwartung.“ (regatlas/AI002-4)
- **Wanderungen:** „Zuzugsüberschuss (+) bzw. Fortzugsüberschuss (-) über die Kreisgrenzen je 10.000 Einwohner: Der Wanderungssaldo bildet die räumliche Bevölkerungsbewegung ab. Positive Indikatorwerte kommen zustande, wenn mehr Personen zu- als fortziehen.“ (regatlas/AI002-1)
- **Armutsgefährdung:** „Als relativ einkommensarm gelten nach Definition der Europäischen Union Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.“ (regatlas/AI-N-09)

2.4 Bevölkerung	2.4.1 Durchschnittsalter (Jahre) ¹			2.4.2 Umzugssaldo je 10.000 Einw. ²			2.4.3 Armutsgefährdungsquote ³		
	2011	2017	Wert 11/17	2007	2017	Wert 07/17	2008	2018	Wert 08/18
NUTS-2-Regionen DE									
DE11 Stuttgart	42,8	43,3	4 / 5	2,5	65,0	3 / 4	9,5	10,8	5 / 5
DE12 Karlsruhe	43,2	43,6	3 / 4	26,2	67,3	5 / 4	11,1	13,6	4 / 4
DE13 Freiburg	42,9	43,6	4 / 4	16,8	69,7	4 / 4	10,3	12,1	5 / 5
DE14 Tübingen	42,4	43,2	5 / 5	3,0	59,5	3 / 4	10,1	11,2	5 / 5
DE 21 Oberbayern	42,6	42,9	5 / 5	71,4	24,8	5 / 1	8,7	9,1	5 / 5
DE22 Niederbayern	43,2	44,0	3 / 3	19,4	107,1	4 / 5	11,8	13,4	4 / 4
DE23 Oberpfalz	43,1	44,0	4 / 3	7,8	71,1	3 / 5	11,3	12,7	4 / 5
DE24 Oberfranken	44,4	45,3	2 / 2	-15,8	83,2	2 / 5	13,2	13,9	3 / 4
DE25 Mittelfranken	43,4	43,8	3 / 4	22,5	63,3	5 / 4	12,5	13,9	4 / 4
DE26 Unterfranken	43,7	44,7	3 / 3	-4,0	53,4	2 / 3	12,4	12,8	4 / 5
DE27 Schwaben	43,1	43,7	4 / 4	19,7	87,1	4 / 5	10,9	12,0	4 / 5
DE30 Berlin	42,9	42,6	4 / 5	35,2	93,3	5 / 5	18,7	18,2	1 / 1
DE40 Brandenburg	46,1	47,0	1 / 1	-15,6	82,9	2 / 5	16,8	15,2	1 / 3
DE50 Bremen	43,9	43,6	2 / 4	12,0	48,1	4 / 3	22,2	22,7	1 / 1
DE60 Hamburg	42,4	42,1	5 / 5	95,2	98,9	5 / 5	13,1	15,3	3 / 3
DE71 Darmstadt	43,1	43,3	4 / 5	11,6	61,7	3 / 4	11,2	14,5	4 / 4
DE72 Gießen	43,3	43,9	2 / 2	-21,3	44,4	1 / 3	14,8	19,5	2 / 1
DE73 Kassel	44,6	45,1	1 / 2	-20,4	41,2	1 / 2	15,3	17,1	2 / 2
DE80 Mecklenburg-Vorp.	45,8	46,9	1 / 1	-55,0	50,4	1 / 3	24,0	20,9	1 / 1
DE91 Braunschweig	44,6	45,0	1 / 2	-19,3	39,2	2 / 2	15,5	16,9	2 / 2
DE92 Hannover	44,4	44,8	2 / 2	10,5	49,7	3 / 3	15,9	16,4	2 / 2
DE93 Lüneburg	44,1	45,0	2 / 2	11,1	45,2	3 / 3	14,1	13,2	3 / 4
DE94 Weser-Ems	42,7	43,5	5 / 5	19,8	53,6	4 / 3	17,0	16,6	1 / 2
DEA1 Düsseldorf	44,2	44,4	2 / 3	9,1	36,9	3 / 2	14,1	19,2	3 / 1
DEA2 Köln	43,0	43,5	4 / 5	22,0	39,7	4 / 2	14,5	17,1	2 / 2
DEA3 Münster	43,0	43,8	4 / 4	-4,3	20,9	2 / 1	14,2	17,6	3 / 2
DEA4 Detmold	43,0	43,7	4 / 4	-19,5	12,3	1 / 1	14,3	16,3	2 / 3
DEA5 Arnsberg	44,1	44,6	2 / 3	-20,3	18,9	1 / 1	16,1	19,3	1 / 1
DEB1 Koblenz	44,4	45,3	2 / 2	-9,4	41,6	2 / 2	16,0	14,7	2 / 4
DEB2 Trier	43,5	44,3	3 / 3	25,0	37,1	5 / 2	13,5	11,9	3 / 5
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	43,8	44,4	2 / 3	12,4	45,8	4 / 3	13,7	16,9	3 / 2
DEC0 Saarland	45,5	46,0	1 / 1	-14,6	26,8	2 / 2	15,8	16,0	2 / 3
DED2 Dresden	} 46,4	46,4	1 / 1	-19,1	24,9	1 / 2	} 19,0	15,7	1 / 3
DED4 Chemnitz		48,4	1 / 1	-56,7	6,4	1 / 1		15,7	1 / 3
DED5 Leipzig		44,8	1 / 2	5,5	121,1	3 / 5		19,3	1 / 1
DEE0 Sachsen-Anhalt	46,9	47,6	1 / 1	-72,1	8,6	1 / 1	22,1	19,5	1 / 1
DEF0 Schleswig-Holstein	44,3	45,1	2 / 2	36,1	59,9	5 / 4	13,1	15,3	3 / 3
DEG0 Thüringen	46,2	47,1	1 / 1	-57,9	18,5	1 / 1	18,5	16,4	1 / 2

Tabelle Nr. 04: Bevölkerung

¹ regatlas/AI002-4, ² regatlas/AI002-1, ³ regatlas/AI-N-09

Die Werte zur Ausgewogenheit der **Bevölkerung** der Bezirke zeigen eine deutliche Süd-Nord-Divergenz:

- Die günstigste Bevölkerungsstruktur (vollgrün) findet sich in den Bezirken Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Schwaben und Hamburg.
- Günstig (blassgrün) ist die Bevölkerungsstruktur in Karlsruhe, Niederbayern, Oberpfalz, Mittelfranken, Unterfranken, Berlin, Darmstadt, Weser-Ems und Trier.
- „Mittelmaß“ (gelb) herrscht in Oberfranken, Bremen, Lüneburg, Köln, Münster, Detmold, Rheinhesen-Pfalz und Schleswig-Holstein.
- Ungünstig (blassrot) ist die Struktur in Brandenburg, Gießen, Braunschweig, Hannover, Düsseldorf, Koblenz, Saarland und Leipzig.
- Schlusslicht sind Kassel, Mecklenburg-Vp, Arnsberg, Dresden, Chemnitz, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

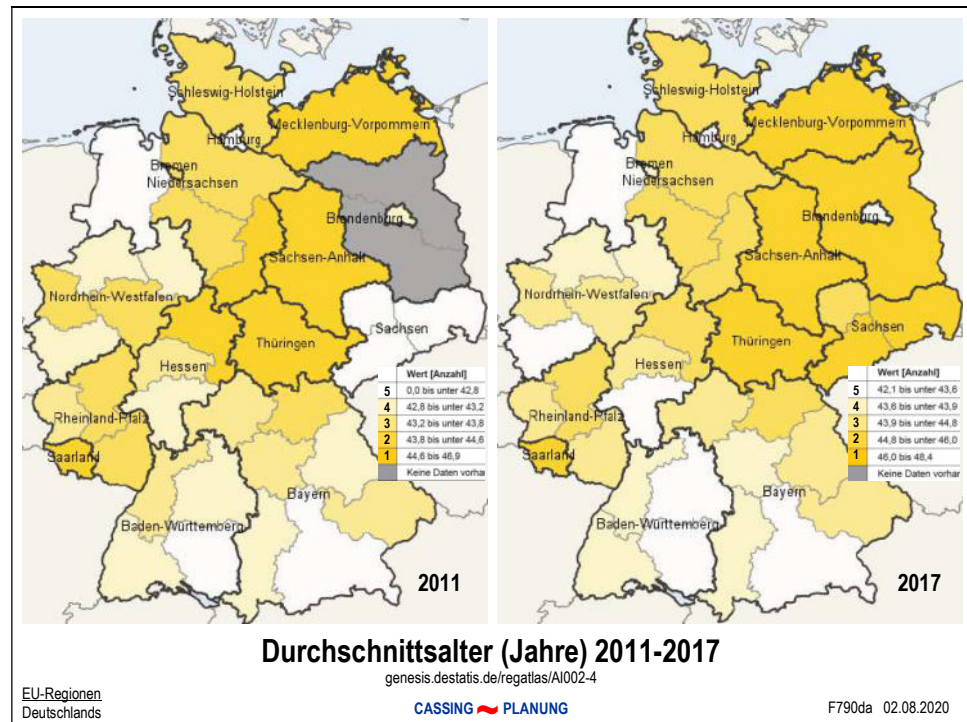


Abbildung Nr. 17

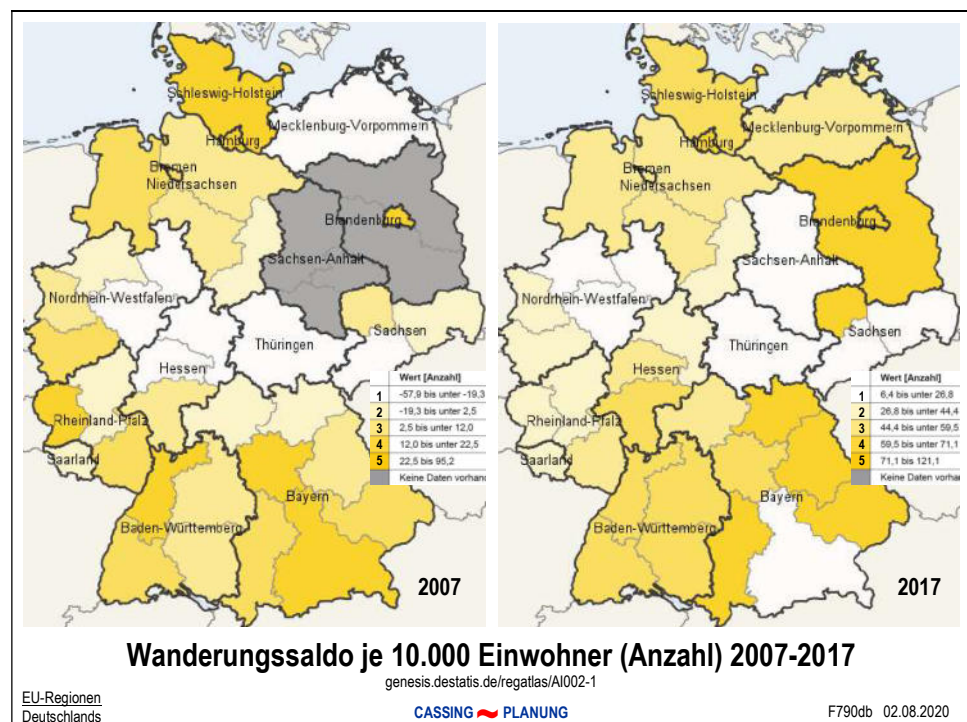


Abbildung Nr. 18

Die demografischen Strukturmerkmale geben Auskunft über die Qualität eines Bezirks als Lebensraum der Bevölkerung. Die Großräumigkeit der Bezirke kann jedoch kleinräumige Disparitäten überdecken.

- Altersdurchschnitt:** Das Durchschnittsalter in den Bezirken schwankt 2011 zwischen 42,4 und 46,9 Jahren; 2017 liegt die Untergrenze bei 42,1, die Obergrenze bei 48,4 Jahren. In einem Drittel der Bezirke gab es Rangverbesserungen (grün); in einem Bezirk eine -verschlechterung (rot). Die jüngste Bevölkerung (9/10 Punkte) haben die Bezirke Stuttgart, Tübingen, Oberbayern, Berlin, Hamburg, Darmstadt, Weser-Ems und Köln. Ein niedriges Durchschnittsalter (7/8 Punkte) verzeichnen die Bezirke Karlsruhe, Freiburg, Oberpfalz, Mittelfranken, Schwaben, Münster und Detmold. „Ältere“ Einwohner (3/4 Punkte) leben in den Bezirken Oberfranken, Gießen, Kassel, Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Koblenz, Leipzig und Schleswig-Holstein. Die „älteste“ Population (1/2 Punkte) haben Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern., Saarland, Dresden, Chemnitz, Sachsen-Anhalt und Thüringen.
- Wanderungssaldo:** Der Saldo von Zu- und Fortzügen reichte 2007 von +95,2 (Hamburg) bis -56,7 je 10.000 Einwohner (Chemnitz). 2017 gab es nur positive Salden zwischen +121,1 in Leipzig und +6,4 in Chemnitz. In der Summe beider Messjahre verzeichnen die Bezirke Karlsruhe, Niederbayern, Mittelfranken, Schwaben, Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein die höchsten Wanderungsgewinne (9/10 Punkte). Danach folgen mit 7/8 Punkten im Ranking die Bezirke Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Oberpfalz, Oberfranken, Brandenburg, Bremen, Darmstadt, Weser-Ems, Trier, Rheinhessen-Pfalz und Leipzig. Eine relativ schwache Wanderungsbilanz (3/4 Punkte) weisen die Bezirke Gießen, Kassel, Mecklenburg-Vp., Braunschweig, Münster, Koblenz, Saarland und Dresden auf. Den niedrigsten Saldo (1/2 Punkte) verzeichnen die Bezirke Detmold, Arnsberg, Chemnitz, Sachsen-Anhalt und Thüringen.
- Armutsgefährdung:** Zum Messzeitpunkt 2008 schwankte die Quote zwischen 8,7 (Oberbayern) und 24,0% (Mecklenburg-Vp.); 2018 betrug die Spreizung 9,1 (Oberbayern) und 22,7% (Bremen). Rangverschlechterungen (rot) gab es nur in vier Bezirken. Zusammen gezählt gab es die geringste Gefährdung (9/10 Punkte) in den Bezirken Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Oberpfalz, Unterfranken und Schwaben. Geringe Gefährdung (7/8 Punkte) herrscht in den Bezirken Karlsruhe, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Darmstadt, Lüneburg und Trier. Höhere Armutsgefährdung (3/4 Punkte) wird den Bezirken Brandenburg, Gießen, Kassel, Braunschweig, Hannover (Leine-Weser), Weser-Ems, Düsseldorf, Köln, Dresden, Chemnitz und Thüringen zugesprochen. Die höchsten Quoten (1/2 Punkte) finden sich in Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Arnsberg, Leipzig und Sachsen-Anhalt.

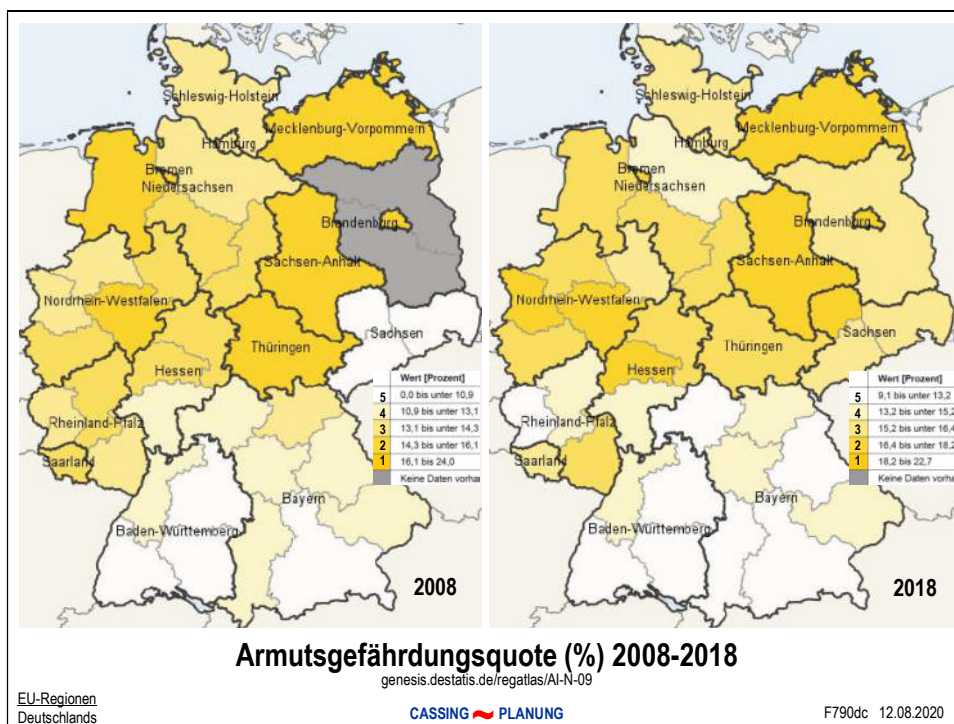


Abbildung Nr. 19

2.5 Versorgung: Leistungsfähige Infrastruktur

„Das Hauptziel des ESF+ (2021-2027) besteht darin, zu einem **sozialeren Europa** beizutragen und zur wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtskonvergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten beizutragen. Der ESF+ wird in drei Hauptbereiche investieren: 1. allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen; 2. Wirksamkeit der Arbeitsmärkte und gleicher Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen; 3. soziale Inklusion, Gesundheit und Bekämpfung der Armut.“ (ec.europa.eu, 30.05 2018)

Zur Umsetzung der Ziele ist eine bedarfsgerechte **Daseinsvorsorge** als Hauptmerkmal gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Bezirken erforderlich. Dazu gehören leistungsfähige Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsinfrastrukturen. Als Messgrößen dafür werden hier die Leistungen der Bezirke hinsichtlich allgemeiner Hochschulreife, ambulanter Pflegedienste und öffentlicher Dienste herangezogen:

- **Abiturquote:** „Anteil der Schulabgänger/-innen allgemeinbildender Schulen mit allgemeiner Hochschulreife an den Schulabgänger/-innen allgemeinbildender Schulen insgesamt. Nicht einbezogen sind Absolventen berufsbildender Schulen sowie Absolventen mit Fachhochschulreife.“ (regatlas/AI003-2)
- **Pflegequote:** „Der Indikator gibt Auskunft, wie viele Personen in Pflegediensten für die Betreuung von 100 Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege eingesetzt sind. Pflegebedürftige in häuslicher Pflege erhalten Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung als Sachleistung.“ (regatlas/AI014-2)
- **Behördenquote:** „Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände im öffentlichen Dienst je 1.000 Einwohner. Hierzu zählen Voll- und Teilzeitbeschäftigte bei Behörden, Gerichten und Einrichtungen.“ (regatlas/AI015)

2.5 Versorgung	2.5.1 Ant..Schulabg. Hochschulreife ¹			2.5.2 Amb. Pflegepers. je 100 Pflegebed. ²			2.5.3 Personal öffentliche Dienste ³		
	2009	2018	Wert 09/18	2007	2017	Wert 07/17	2008	2018	Wert 08/18
NUTS-2-Regionen DE									
DE11 Stuttgart	27,0	30,6	3 / 2	55,8	46,1	5 / 3	46,7	47,1	5 / 3
DE12 Karlsruhe	27,1	33,1	3 / 3	49,5	45,0	4 / 3	45,2	44,3	4 / 2
DE13 Freiburg	25,0	29,4	2 / 1	50,8	46,1	4 / 3	44,8	49,2	3 / 5
DE14 Tübingen	25,5	28,6	2 / 1	51,2	47,9	5 / 4	45,0	47,7	4 / 4
DE 21 Oberbayern	26,6	31,3	3 / 2	51,6	58,0	5 / 5	47,6	50,3	5 / 5
DE22 Niederbayern	19,8	24,7	1 / 1	38,1	54,7	1 / 5	39,4	41,8	2 / 2
DE23 Oberpfalz	22,2	26,8	1 / 1	45,5	56,0	3 / 5	43,6	45,4	3 / 3
DE24 Oberfranken	24,2	31,3	1 / 2	37,5	44,2	1 / 2	38,3	44,0	2 / 2
DE25 Mittelfranken	26,6	30,6	3 / 2	48,4	61,9	4 / 5	42,6	45,3	2 / 3
DE26 Unterfranken	24,6	29,2	2 / 1	41,7	43,0	1 / 2	43,8	47,6	3 / 4
DE27 Schwaben	20,8	24,9	1 / 1	45,2	52,2	3 / 5	39,6	40,9	2 / 1
DE30 Berlin	41,4	46,3	5 / 5	70,4	64,6	5 / 5	46,7	47,2	5 / 4
DE40 Brandenburg	50,8	40,8	5 / 5	40,0	45,7	1 / 2	46,6	47,8	4 / 5
DE50 Bremen	32,7	37,2	4 / 4	53,1	57,0	5 / 5	43,2	44,1	2 / 2
DE60 Hamburg	44,6	52,8	5 / 5	69,6	59,2	5 / 5	43,3	46,6	3 / 3
DE71 Darmstadt	30,8	36,7	4 / 4	47,4	49,2	4 / 4	42,2	42,9	2 / 2
DE72 Gießen	24,8	30,3	2 / 2	44,6	45,9	3 / 3	36,5	37,9	1 / 1
DE73 Kassel	23,5	28,9	1 / 1	44,5	44,6	2 / 3	45,1	46,1	4 / 3
DE80 Mecklenburg-Vorp.	40,3	36,4	5 / 4	39,8	42,5	1 / 1	51,1	47,2	5 / 4
DE91 Braunschweig	29,8	37,3	4 / 5	38,8	36,1	1 / 1	43,3	49,4	3 / 5
DE92 Hannover	30,4	36,3	4 / 4	46,2	45,9	3 / 3	50,9	54,5	5 / 5
DE93 Lüneburg	23,3	31,4	1 / 3	41,0	38,8	1 / 1	45,7	46,5	4 / 3
DE94 Weser-Ems	23,0	28,2	1 / 1	44,5	44,7	2 / 3	43,3	44,7	3 / 2
DEA1 Düsseldorf	31,4	41,7	4 / 5	43,2	43,5	2 / 2	38,2	39,2	2 / 1
DEA2 Köln	33,6	42,4	5 / 5	44,4	43,9	2 / 2	45,9	47,9	4 / 5
DEA3 Münster	28,0	36,2	3 / 4	43,5	47,4	2 / 4	37,2	38,4	1 / 1
DEA4 Detmold	30,1	37,2	4 / 4	51,7	50,6	5 / 4	36,0	36,9	1 / 1
DEA5 Arnberg	29,1	37,7	3 / 5	45,4	48,3	3 / 4	35,3	37,9	1 / 1
DEB1 Koblenz	24,7	32,4	2 / 3	45,4	43,4	3 / 2	50,8	54,0	5 / 5
DEB2 Trier	27,4	35,6	3 / 3	45,2	39,2	3 / 1	44,0	46,2	3 / 3
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	31,8	38,7	4 / 5	49,7	42,9	4 / 1	44,1	44,7	3 / 2
DEC0 Saarland	44,3	35,2	5 / 3	43,0	39,1	2 / 1	44,9	49,5	4 / 5
DED2 Dresden	} 39,1	33,9	5 / 3	43,9	43,0	2 / 2	} 44,9	47,5	4 / 4
DED4 Chemnitz		31,1	5 / 2	48,1	44,5	4 / 2		35,4	4 / 1
DED5 Leipzig		35,9	5 / 4	45,1	47,1	3 / 4		38,4	4 / 1
DEE0 Sachsen-Anhalt	35,1	31,0	5 / 2	36,0	40,1	1 / 1	49,4	47,4	5 / 4
DEF0 Schleswig-Holstein	26,5	35,4	2 / 3	50,1	49,1	4 / 4	44,9	44,1	4 / 2
DEG0 Thüringen	42,1	32,6	5 / 3	38,7	41,3	1 / 1	47,7	47,5	5 / 4

Tabelle Nr. 05: Versorgung

¹ regatlas/AI003-2, ² regatlas/AI014-2, ³ regatlas/AI015

Das Ranking der **Daseinsvorsorge** zeigt unter den deutschen NUTS-2-Gebieten eine große Spannweite:

- Die leistungsfähigste soziale Infrastruktur (vollgrün) weisen die Bezirke Stuttgart, Oberbayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hannover, Köln und Rheinhessen-Pfalz auf.
- Leistungsfähige Infrastrukturen (blaugrün) haben Tübingen, Darmstadt, MV, Koblenz, Saarland, Dresden.
- Im Mittelfeld (gelb) liegen die Bezirke Karlsruhe, Mittelfranken, Braunschweig, Detmold, Rheinhessen-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen.
- Leistungsschwächere Infrastruktur (blaurot) findet sich in den Bezirken Freiburg, Oberpfalz, Düsseldorf, Münster, Arnsberg, Trier, Chemnitz und Sachsen-Anhalt.
- Am schwächsten ist die Infrastruktur (vollrot) in den Bezirken Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken, Schwaben, Gießen, Kassel, Lüneburg und Weser-Ems.

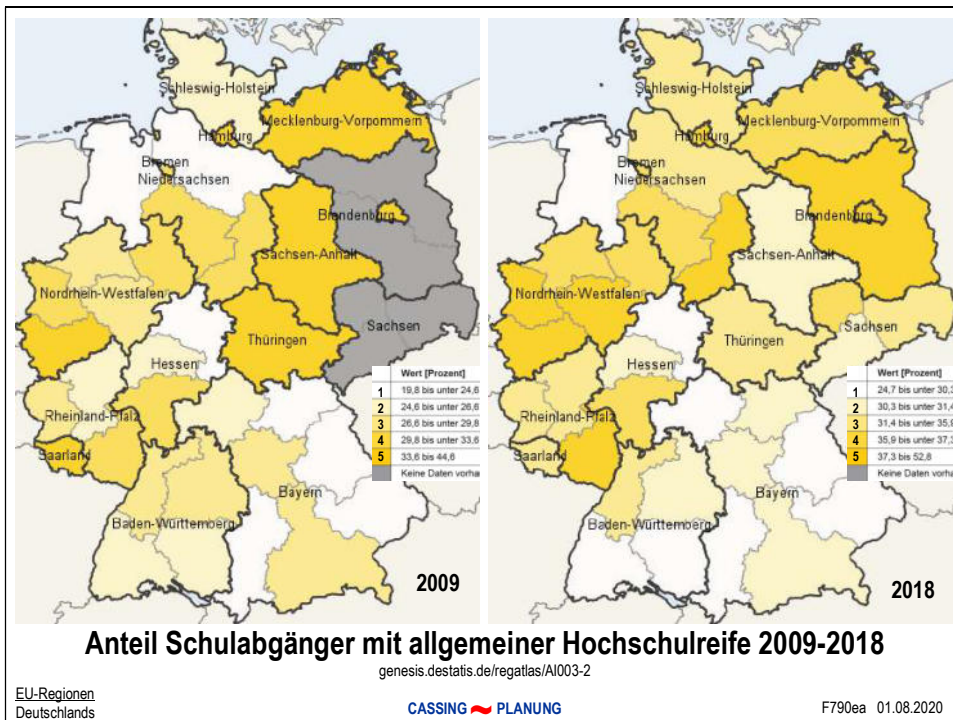


Abbildung Nr. 20

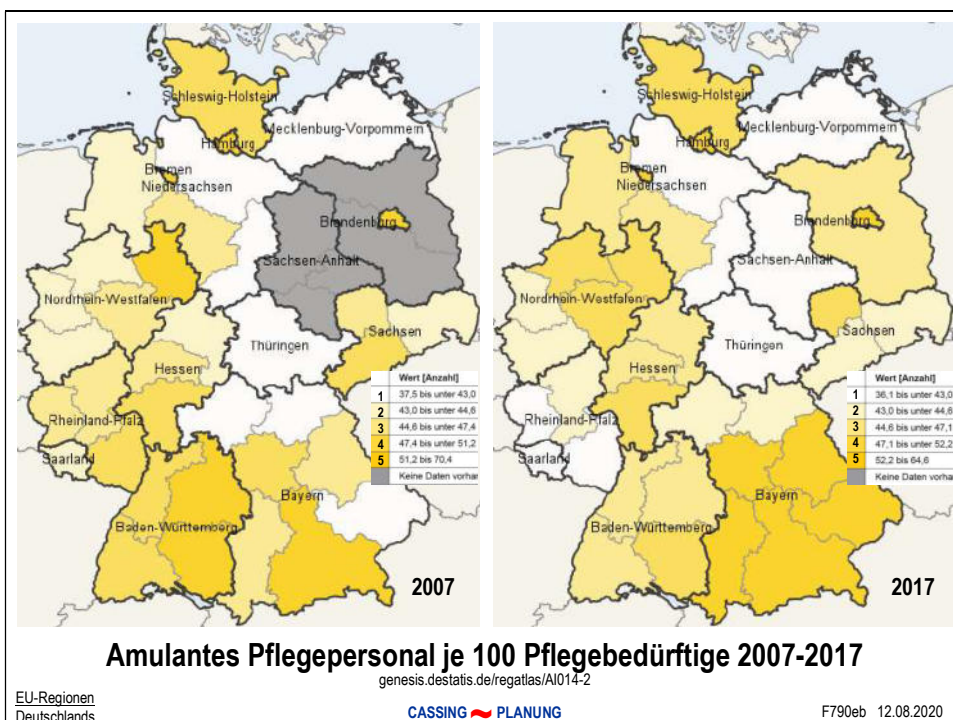


Abbildung Nr. 21

Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse bemessen sich besonders an der Qualität der Daseinsvorsorge. Als Messgrößen bilden die Abiturienten-, die Pflegepersonal- und die Behördenpersonalquote die divergierende **Infrastrukturausstattung** der NUTS-2-Gebiete in Deutschland ab (Tab. 05, Abb. 07):

- **Schulbildung:** Der Anteil der Abiturabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen divergiert 2009 zwischen 50,8 in Brandenburg und 19,8% in Niederbayern. 2018 liegt die Spannweite zwischen 52,8 in Hamburg und 24,7% in Niederbayern. Rangverbesserungen schaffen nur 9 Bezirke, während sich 13 Bezirke verschlechtern. Die höchsten Abiturquoten (9/10 Punkte) haben Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vp., Braunschweig, Düsseldorf, Köln, Rheinhessen-Pfalz und Leipzig. Hohe Quoten (7/8 Punkte) gibt es in den Bezirken Bremen, Darmstadt, Hannover, Münster, Detmold, Arnberg, Saarland, Dresden, Chemnitz, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Geringere Abiturquoten (3/4 Punkte) haben Freiburg, Tübingen, Oberfranken, Unterfranken, Gießen und Lüneburg. Am niedrigsten (1/2 Punkte) ist der Hochschulreifeanteil in Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Kassel und Weser-Ems.
- **Hauspflege:** Die Pflegepersonalquote reicht 2007 von 70,4% in Berlin bis 36,0% in Sachsen-Anhalt. 2017 schwankt die Ausstattung zwischen 64,6% in Berlin und 36,1% in Braunschweig. Rangverbesserungen und -verschlechterungen sind nahezu ausgeglichen. Die beste ambulante Pflegepersonalausstattung (9/10 Punkte) haben die Bezirke Tübingen, Oberbayern, Mittelfranken, Berlin, Bremen, Hamburg und Detmold. Hohe Pflegepersonalquoten (7/8 Punkte) finden sich in den Bezirken Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Oberpfalz, Schwaben, Darmstadt, Arnberg, Leipzig und Schleswig-Holstein. Niedrige Versorgungsquoten (3/4 Punkte) weisen Oberfranken, Unterfranken, Brandenburg, Düsseldorf, Köln, Tier, Saarland und Dresden auf. Das relativ wenigste Pflegepersonal (1/2 Punkte) haben die Bezirke Mecklenburg-Vorpommern, Braunschweig, Lüneburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen.
- **Verwaltung:** Die Personalausstattung im öffentlichen Dienst reicht 2008 von 51,1‰ in Mecklenburg-Vorpommern bis 35,3‰ in Arnberg. Zehn Jahre später sind 54,5‰ in Hannover und 35,4‰ in Chemnitz die Eckwerte. Nur sieben Bezirke konnten in dieser Zeit ihren Rang verbessern. Die relativ meisten öffentlich Bediensteten (9/10 Punkte) gibt es in den Bezirken Oberbayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hannover, Köln, Koblenz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Eine hohe Personalquote (7/8 Punkte) haben die Bezirke Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Unterfranken, Kassel, Braunschweig, Lüneburg und Dresden. Eine geringe Personalausstattung (3/4 Punkte) kennzeichnet die Bezirke Niederbayern, Oberfranken, Schwaben, Bremen, Darmstadt und Düsseldorf. Die niedrigste Personalquote (1/2 Punkte) haben die Bezirke Gießen, Münster, Detmold und Arnberg.

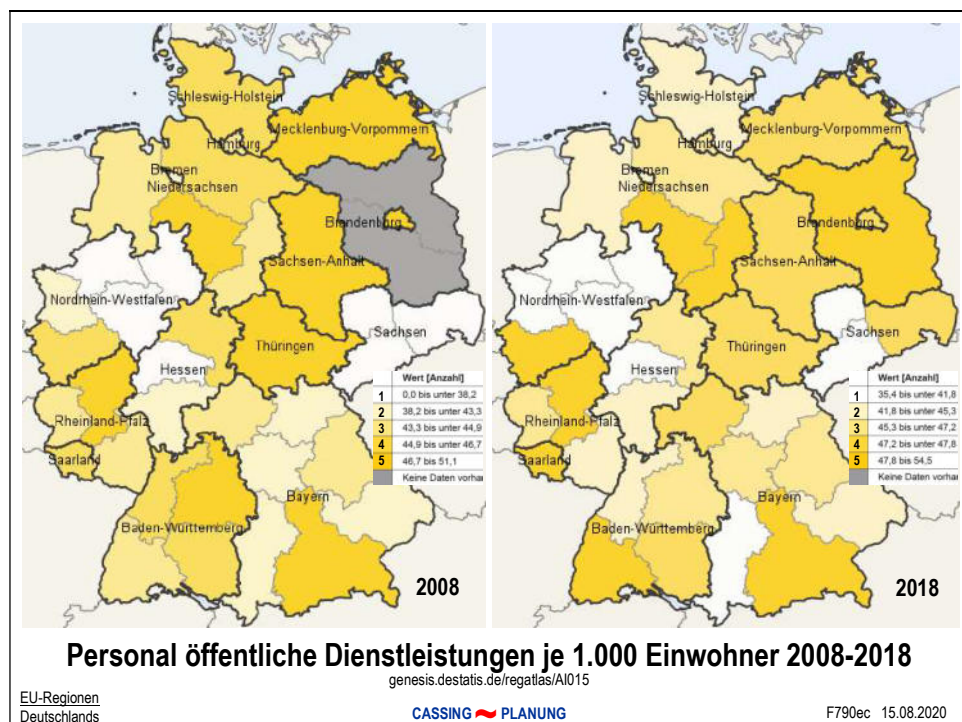


Abbildung Nr. 22

2.6 Verkehr: Effiziente Mobilität

„Die Verkehrspolitik der EU zielt auf die Entwicklung effizienter, sicherer und umweltfreundlicher Lösungen für die **Mobilität** der europäischen Bürger/-innen und die Schaffung der Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Industrie ab, die Wachstum und Beschäftigung generiert. Verkehrsüberlastung, Innovation, Fahrgastrechte und Finanzierung von Infrastrukturen - das sind nur einige Beispiele für Fragen, die am besten auf EU-Ebene angegangen werden können.“ (ec.europa.eu)

Räumliche Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gleichwertige Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedingungen besonders in ländlichen Siedlungsbereichen als Bestandteil der meisten EU-NUTS-2-Gebiete. Als Indikatoren für die **Verkehrsleistung** der Bezirke sind im „destatis/regatlas“ die Kraftfahrzeugdichte, die Unfallhäufigkeit sowie der Verkehrsflächenbestand verfügbar.

- **Verkehrsmittel:** „Pkw-Bestand je 1.000 Einwohner: Der Indikator gibt Auskunft zum Pkw-Besatz der Bevölkerung. Die PKW-Dichte ist in ländlichen Regionen zumeist höher als in Ballungsräumen. Die Verkehrsbelastung durch Durchgangs- und Einpendelverkehr bleibt unberücksichtigt.“ (regatlas/AI013-1)
- **Verkehrsunfälle je 10.000 Kfz:** „Der Indikator ist ein Maßstab für die Unfallhäufigkeit im Straßenverkehr. Die Kennziffer hat den Nachteil, dass nur die am Ort gemeldeten Kfz berücksichtigt werden und ein starker Durchgangsverkehr oder ein hohes Pendleraufkommen das Ergebnis verfälschen.“ (regatlas/AI013-3)
- **Verkehrsfläche:** „Anteil der Fläche für Verkehr an der Gesamtfläche: Der Indikator gibt Auskunft über die Inanspruchnahme der nicht vermehrbaren Gesamtfläche eines Gebiets durch die Nutzung für Verkehrszwecke“ (regatlas/AI001-2). Die negative Wirkung der Flächenversiegelung wird in Kap. 2.7 bewertet.

NUTS-2-Region	2.6.1 Pkw-Bestand je 1.000 Einw. ¹			2.6.2 Verkehrsunfälle je 10.000 Kfz ²			2.6.3 Anteil Verkehrsfläche (%) ³		
	2009	2019	Wert 09/19	2008	2018	Wert 08/18	2016	2018	Wert 16/18
DE11 Stuttgart	539,9	610,7	4 / 4	76,7	60,2	5 / 5	6,7	6,7	4 / 4
DE12 Karlsruhe	512,8	579,3	2 / 3	81,7	67,8	4 / 3	5,8	5,8	3 / 3
DE13 Freiburg	512,9	585,6	3 / 3	84,5	66,6	3 / 3	4,6	4,6	2 / 2
DE14 Tübingen	536,6	616,9	4 / 4	75,5	59,5	5 / 5	5,0	5,0	3 / 3
DE 21 Oberbayern	537,0	589,1	4 / 3	83,0	68,1	3 / 3	4,2	4,2	1 / 1
DE22 Niederbayern	556,3	642,4	5 / 5	70,7	59,5	5 / 5	4,3	4,3	1 / 1
DE23 Oberpfalz	561,1	647,0	5 / 5	74,5	56,3	5 / 5	4,7	4,7	2 / 2
DE24 Oberfranken	553,9	638,0	5 / 5	80,5	60,3	4 / 5	4,8	4,8	2 / 2
DE25 Mittelfranken	515,3	577,1	3 / 3	85,1	67,0	3 / 3	5,5	5,6	3 / 3
DE26 Unterfranken	552,6	640,0	5 / 5	75,3	56,0	5 / 5	5,5	5,5	3 / 3
DE27 Schwaben	535,9	611,1	4 / 4	81,4	67,7	4 / 3	4,5	4,6	2 / 2
DE30 Berlin	317,1	332,2	1 / 1	134,8	117,9	1 / 1	15,3	15,2	5 / 5
DE40 Brandenburg	513,6	566,8	3 / 2	76,5	69,5	5 / 2	3,7	3,7	1 / 1
DE50 Bremen	391,8	428,3	1 / 1	123,8	119,8	1 / 1	12,4	12,4	5 / 5
DE60 Hamburg	401,5	431,6	1 / 1	137,3	108,5	1 / 1	12,4	12,5	5 / 5
DE71 Darmstadt	536,6	583,6	4 / 3	85,1	72,8	3 / 1	7,5	7,5	5 / 5
DE72 Gießen	534,0	605,0	3 / 4	79,9	61,7	4 / 4	6,9	6,9	5 / 5
DE73 Kassel	530,2	603,4	3 / 4	78,8	60,9	5 / 4	6,1	6,2	4 / 4
DE80 Mecklenburg-Vorp.	481,7	532,3	1 / 1	96,9	66,5	1 / 3	3,0	3,0	1 / 1
DE91 Braunschweig	528,3	628,0	3 / 5	81,4	60,1	4 / 5	5,6	5,7	3 / 3
DE92 Hannover	486,8	552,0	1 / 2	90,3	74,2	2 / 1	5,9	5,9	3 / 3
DE93 Lüneburg	534,8	620,1	4 / 5	79,6	62,9	5 / 4	4,4	4,5	2 / 2
DE94 Weser-Ems	503,3	592,9	2 / 3	86,6	72,1	2 / 2	5,2	5,2	3 / 3
DEA1 Düsseldorf	481,9	545,5	1 / 1	87,2	67,0	2 / 3	8,6	8,5	5 / 5
DEA2 Köln	487,7	554,4	1 / 2	91,7	70,6	2 / 2	7,7	7,7	5 / 5
DEA3 Münster	491,0	565,0	2 / 2	86,2	66,3	3 / 4	6,2	6,1	4 / 4
DEA4 Detmold	522,6	601,2	3 / 4	83,2	63,6	3 / 4	6,0	6,0	4 / 4
DEA5 Arnberg	494,2	572,5	4 / 2	82,3	59,8	4 / 5	6,9	6,9	5 / 5
DEB1 Koblenz	554,4	639,2	5 / 5	92,8	69,7	1 / 2	6,2	6,1	4 / 4
DEB2 Trier	546,0	619,0	5 / 4	86,7	69,9	2 / 2	5,8	5,8	3 / 3
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	537,6	600,6	4 / 3	90,0	71,2	2 / 2	6,2	6,2	4 / 4
DEC0 Saarland	558,4	642,3	5 / 5	92,7	71,4	1 / 2	6,3	6,3	4 / 4
DED2 Dresden	} 488,7	517,5	1 / 1	} 87,7	76,9	2 / 1	4,2	4,2	1 / 1
DED4 Chemnitz		576,6	1 / 3		62,2	2 / 4	4,4	4,5	2 / 2
DED5 Leipzig		473,1	1 / 1		75,3	2 / 1	4,7	4,7	2 / 2
DEE0 Sachsen-Anhalt	495,7	548,3	2 / 1	96,8	66,6	1 / 3	3,9	3,9	1 / 1
DEF0 Schleswig-Holstein	505,3	574,2	2 / 2	88,8	73,2	2 / 1	4,4	4,4	2 / 1
DEG0 Thüringen	505,4	552,7	2 / 2	82,0	61,0	4 / 4	4,4	4,3	2 / 1

Tabelle Nr. 06: Verkehr

¹ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI013-1, ² www-genesis.destatis.de/regatlas/AI013-3, ³ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI001-2

Die Indikatoren zur **Verkehrsstruktur** der 38 Bezirke in Deutschland ergeben zusammen folgendes Bild:

- Die höchsten Verkehrsleistungen (vollgrün) erbringen die Bezirke Stuttgart, Tübingen, Oberpfalz, Unterfranken, Gießen, Kassel und Arnsberg.
- Hohe Verkehrsleistungen (blaugrün) sind in den Bezirken Niederbayern, Oberfranken, Darmstadt, Braunschweig, Lüneburg, Detmold, Koblenz und Saarland zu verzeichnen.
- Eine mittelmäßige Verkehrsstruktur (gelb) haben Karlsruhe, Mittelfranken, Schwaben, Düsseldorf, Köln, Münster, Trier und Rheinhessen-Pfalz.
- Geringere Verkehrsleistungen (blaurot) gibt es in Freiburg, Oberbayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Weser-Ems, Chemnitz und Thüringen.
- Die geringsten Leistungen (vollrot) bieten MV, Hannover, Dresden, Leipzig, Sachsen-Anhalt, Schleswig-H.

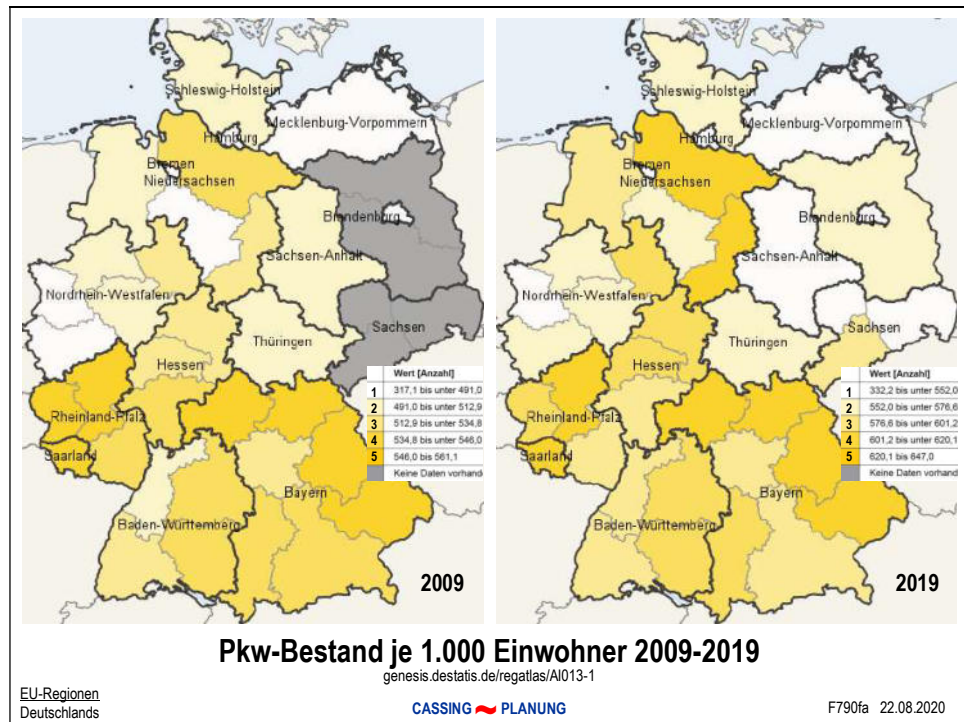


Abbildung Nr. 23

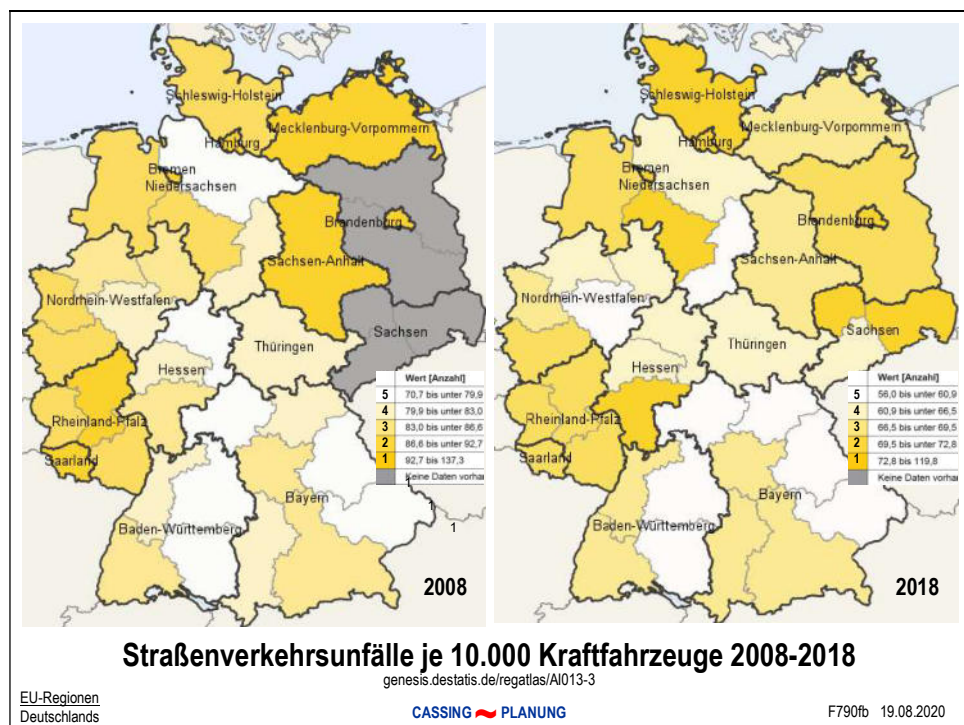


Abbildung Nr. 24

Die Merkmale für die regionalen **Verkehrsqualitäten** beziehen sich sektoral auf die Verfügbarkeit, Sicherheit und Leichtigkeit des Autoverkehrs als dominierende Verkehrsart. Die negativen ökologischen Wirkungen der „Auto-Mobilität“ wie der Flächenverbrauch „stehen auf einem anderen Blatt“ (Kap.2.7):

- **Fahrzeugdichte:** Der Pkw-Bestand je 1.000 Einwohner differierte zwischen Berlin und Oberpfalz 2009 zwischen 317,1 und 561,1; 2019 stieg die Spanne auf 332,2 bis 647,0. Rangverbesserungen (grün) überragen leicht die -verschlechterungen (rot). Die höchste Pkw-Dichte (9/10 Punkte) verzeichnen die Bezirke Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken, Lüneburg, Koblenz, Trier und Saarland. Noch hohen Pkw-Bestand (7/8 Punkte) haben Stuttgart, Tübingen, Oberbayern, Schwaben, Darmstadt, Gießen, Kassel, Braunschweig, Detmold und Rheinhessen-Pfalz. Einen geringeren Pkw-Besatz (3/4 Punkte) gibt es in den Bezirken Hannover, Köln, Münster, Chemnitz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die relativ wenigsten Autos (1/2 Punkte) sind in Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Düsseldorf, Dresden und Leipzig zugelassen.
- **Unfallhäufung:** Die Zahl der Verkehrsunfälle je 10.000 Kfz lag 2008 zwischen 70,7 (Niederbayern) und 137,3 (Hamburg); 2018 zwischen 56,0 (Unterfranken) und 119,8 (Bremen). Rangverbesserungen (grün) und -verschlechterungen (rot) halten sich die Waage. Die niedrigsten Unfallquoten (9/10 Punkte) haben die Bezirke Stuttgart, Tübingen, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken, Kassel, Braunschweig, Lüneburg und Arnberg. Niedrige Unfallraten (7/8 Punkte) weisen Karlsruhe, Schwaben, Brandenburg, Gießen, Münster, Detmold und Thüringen auf. Große Unfallhäufigkeit (3/4 Punkte) herrscht in den Bezirken Darmstadt, Mecklenburg-Vp., Hannover, Weser-Ems, Köln, Koblenz, Trier, Rheinhessen, Saarland, Dresden, Leipzig, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Die relativ meisten Verkehrsunfälle (1/2 Punkte) gibt es in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.
- **Verkehrsflächen:** Der Anteil der Verkehrsfläche an der gesamten Gebietsfläche reicht in den Messjahren 2016 und 2018 von 3,0% im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern bis 15,3% im dicht bebauten Berlin. Rangänderungen kommen in dem kurzen Intervall kaum vor. Die relativ meiste Verkehrsfläche (9/10 Punkte) stellen die Metropolbezirke Berlin, Bremen, Hamburg, Darmstadt, Gießen, Düsseldorf, Köln und Arnberg bereit. Es folgen mit 7/8 Punkten die Bezirke Stuttgart, Kassel, Münster, Detmold, Koblenz, Rheinhessen-Pfalz und Saarland. Relativ wenig Verkehrsfläche (3/4 Punkte) bieten die Bezirke Freiburg, Oberpfalz, Oberfranken, Schwaben, Lüneburg, Chemnitz, Leipzig, Schleswig-Holstein und Thüringen. Den geringsten Verkehrsflächenanteil (1/2 Punkte) haben Oberbayern, Niederbayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Dresden und Sachsen-Anhalt.

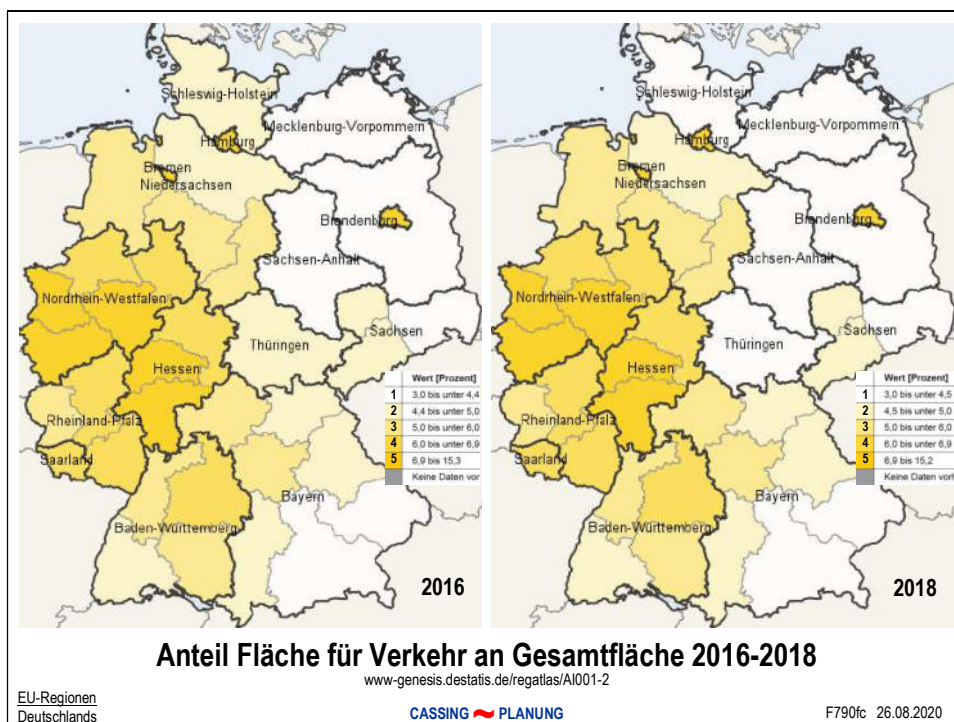


Abbildung Nr. 25

2.7 Umwelt: Regenerierbare Ressourcen

„Die Bürgerinnen und Bürger der EU genießen **Umweltstandards**, die zu den höchsten der Welt gehören. Die EU wirkt mit zahlreichen Maßnahmen darauf hin, die gefährdeten Arten und Naturgebiete der EU zu schützen, die Sauberkeit des Trinkwassers und der Badegewässer sicherzustellen, die Luftqualität und die Abfallbewirtschaftung zu verbessern und die Auswirkungen schädlicher Chemikalien zu verringern.“ (europa.eu)

Die **Umweltqualität** ist ein wichtiges Merkmal nachhaltiger Entwicklung der EU-NUTS-2-Gebiete. Dabei kommt dem Schutz der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt) vor schädlichen Beeinträchtigungen eine besondere Bedeutung zu. Dies erfordert den sparsamen und schonenden Umgang mit Stoffen, Wasser und Boden, der entsprechend gemessen werden kann:

- **Abfallaufkommen:** „Der Indikator gibt Auskunft über das durchschnittliche Pro-Kopf-Aufkommen an Haushaltsabfällen (ohne Elektroaltgeräte). Zu den Haushaltsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll, getrennt erfasste organische Abfälle, getrennt erfasste Wertstoffe sowie sonstige Abfälle.“ (regatlas/AI-N-12)
- **Wasserverbrauch:** „Der Indikator gibt Auskunft über die durchschnittlich abgegebene Trinkwassermenge an Haushalte und Kleingewerbe je Tag und versorgten Einwohner, umgangssprachlich als Pro-Kopf-Verbrauch bezeichnet.“ (regatlas/AI019-2)
- **Flächenverbrauch:** „Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche: Der Indikator gibt Auskunft über die Inanspruchnahme der nicht vermehrbaren Gesamtfläche eines Gebiets durch die Nutzung für Siedlungs- und Verkehrszwecke.“ (regatlas/AI001)

2.7 Umwelt	2.7.1 Haushaltsabfälle je Einw. (kg) ¹			2.7.2 Wasserabgabe je Einw. u. Tag (l) ²			2.7.3 Versiegelte Fläche (Siedl.u.Verk.) ³		
	2008	2018	Wert 08/18	2004	2016	Wert 04/16	2004	2015	Wert 04/15
NUTS-2-Regionen	2008	2018	Wert 08/18	2004	2016	Wert 04/16	2004	2015	Wert 04/15
DE11 Stuttgart	424,0	427,5	5 / 4	120,3	115,8	4 / 4	15,7	16,6	2 / 2
DE12 Karlsruhe	448,1	468,3	4 / 3	127,8	123,3	3 / 3	15,7	16,6	2 / 2
DE13 Freiburg	441,4	462,3	4 / 3	120,4	118,2	4 / 4	11,6	12,2	4 / 4
DE14 Tübingen	380,7	397,6	5 / 5	122,3	119,5	3 / 4	11,7	12,6	4 / 4
DE 21 Oberbayern	454,2	445,6	4 / 4	151,2	142,1	1 / 1	10,6	12,1	5 / 4
DE22 Niederbayern	459,7	494,9	3 / 2	120,4	121,5	4 / 2	9,7	11,1	5 / 5
DE23 Oberpfalz	435,9	454,0	4 / 3	128,9	125,6	2 / 2	9,6	10,8	5 / 5
DE24 Oberfranken	498,8	517,8	1 / 1	128,7	125,8	2 / 2	10,9	11,9	4 / 4
DE25 Mittelfranken	471,8	471,2	3 / 2	125,5	125,0	3 / 2	13,3	13,6	3 / 3
DE26 Unterfranken	491,8	512,1	1 / 1	121,9	121,5	3 / 3	11,4	12,1	4 / 4
DE27 Schwaben	439,7	510,5	4 / 1	133,3	124,7	2 / 3	11,1	12,1	4 / 4
DE30 Berlin	414,1	372,7	5 / 5	123,6	117,2	3 / 4	69,4	70,2	1 / 1
DE40 Brandenburg	370,1	420,7	5 / 5	100,0	111,4	5 / 5	8,6	9,4	5 / 5
DE50 Bremen	459,0	422,4	3 / 5	135,5	120,9	1 / 3	56,5	56,2	1 / 1
DE60 Hamburg	461,8	427,9	3 / 4	142,2	140,2	1 / 1	58,6	59,3	1 / 1
DE71 Darmstadt	463,9	432,5	3 / 4	130,9	129,4	2 / 1	18,9	19,8	1 / 2
DE72 Gießen	452,6	459,7	4 / 3	119,8	118,1	4 / 4	14,2	14,6	2 / 3
DE73 Kassel	471,8	469,4	3 / 3	123,1	125,3	3 / 2	12,4	12,8	3 / 3
DE80 Mecklenburg-Vorp.	415,2	437,5	5 / 4	102,1	107,6	4 / 5	7,2	8,2	5 / 5
DE91 Braunschweig	476,0	470,2	2 / 3	127,7	125,3	3 / 2	13,4	14,1	3 / 3
DE92 Hannover	555,0	543,5	1 / 1	131,5	131,9	2 / 1	14,9	15,7	2 / 2
DE93 Lüneburg	473,8	500,5	2 / 2	134,1	126,9	2 / 2	10,8	11,5	5 / 5
DE94 Weser-Ems	488,5	519,4	2 / 1	127,1	123,7	3 / 3	14,2	15,5	2 / 2
DEA1 Düsseldorf	481,3	464,0	2 / 3	149,7	140,0	1 / 1	32,1	33,7	1 / 1
DEA2 Köln	488,1	475,2	2 / 2	142,3	135,4	1 / 1	23,1	24,2	1 / 1
DEA3 Münster	490,8	491,5	1 / 2	132,0	128,8	2 / 2	18,4	20,1	2 / 1
DEA4 Detmold	367,8	396,0	5 / 5	121,0	122,6	4 / 3	17,7	18,8	2 / 2
DEA5 Arnberg	439,1	460,5	4 / 3	135,2	129,2	1 / 1	19,4	20,6	1 / 1
DEB1 Koblenz	490,3	517,3	1 / 1	} 121,6	114,9	4 / 4	14,1	14,4	3 / 3
DEB2 Trier	486,0	581,8	2 / 1		113,3	4 / 5	11,0	11,5	4 / 5
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	512,9	512,3	1 / 1		124,7	4 / 3	15,4	16,2	2 / 2
DEC0 Saarland	497,8	477,9	1 / 2	118,4	114,8	4 / 4	20,1	20,9	1 / 1
DED2 Dresden	} 322,5	347,7	5 / 5	} 88,4	93,5	5 / 5	11,0	12,3	4 / 4
DED4 Chemnitz		317,3	5 / 5		85,4	5 / 5	12,1	13,4	3 / 3
DED5 Leipzig		335,8	5 / 5		91,3	5 / 5	12,3	14,6	3 / 3
DEE0 Sachsen-Anhalt	432,8	450,2	5 / 4	92,2	96,8	5 / 5	10,3	11,0	5 / 5
DEF0 Schleswig-Holstein	469,1	490,7	3 / 2	142,7	129,5	1 / 1	11,9	12,9	4 / 3
DEG0 Thüringen	380,9	427,4	5 / 4	90,0	92,2	5 / 5	9,0	9,8	5 / 5

Tabelle Nr. 07: Umwelt

¹ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI-N-12, ² www-genesis.destatis.de/regatlas/AI019-2, ³ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI001,

Der **Ressourcenschutz** der Bezirke zeigt vom Verbraucherverhalten abhängige Merkmalausprägungen:

- Den niedrigsten summierten Verbrauch (vollgrün) zeigen die Bezirke Tübingen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Sachsen-Anhalt und Thüringen.
- Geringe Verbrauchswerte (blaßgrün) kennzeichnen die Bezirke Stuttgart, Freiburg, Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Berlin, Gießen, Detmold und Trier.
- Das Mittelfeld (gelb) belegen die Bezirke Karlsruhe, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Kassel, Braunschweig, Lüneburg und Koblenz.
- Hohe Verbräuche (blaßrot) verzeichnen Oberfranken, Bremen, Darmstadt, Weser-Ems, Rheinhessen-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.
- Am höchsten (vollrot) ist der Verbrauch in Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Köln, Münster und Arnsberg.

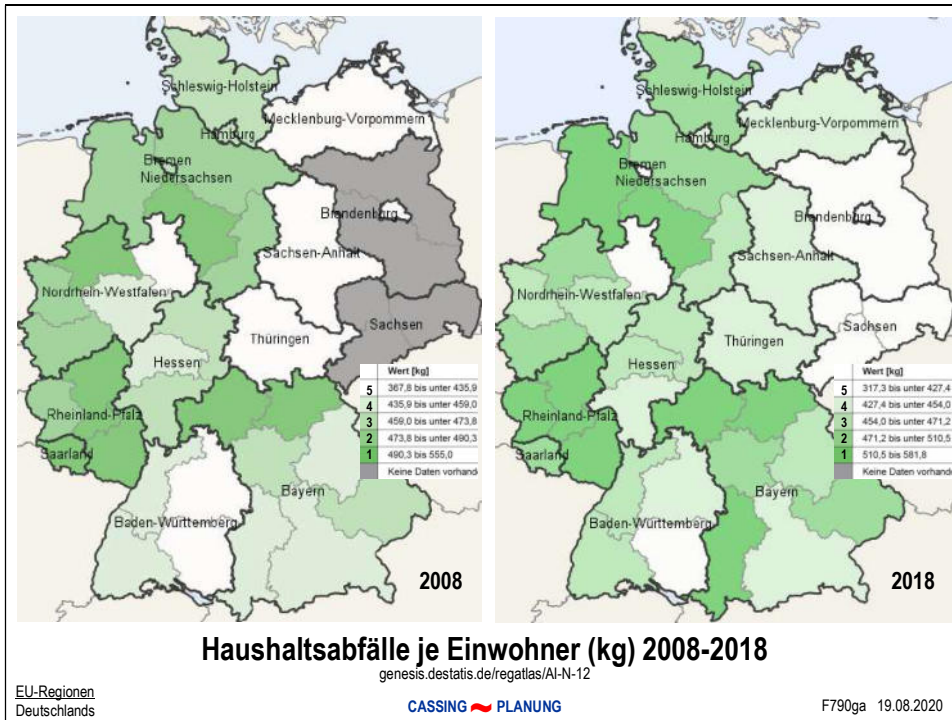


Abbildung Nr. 26

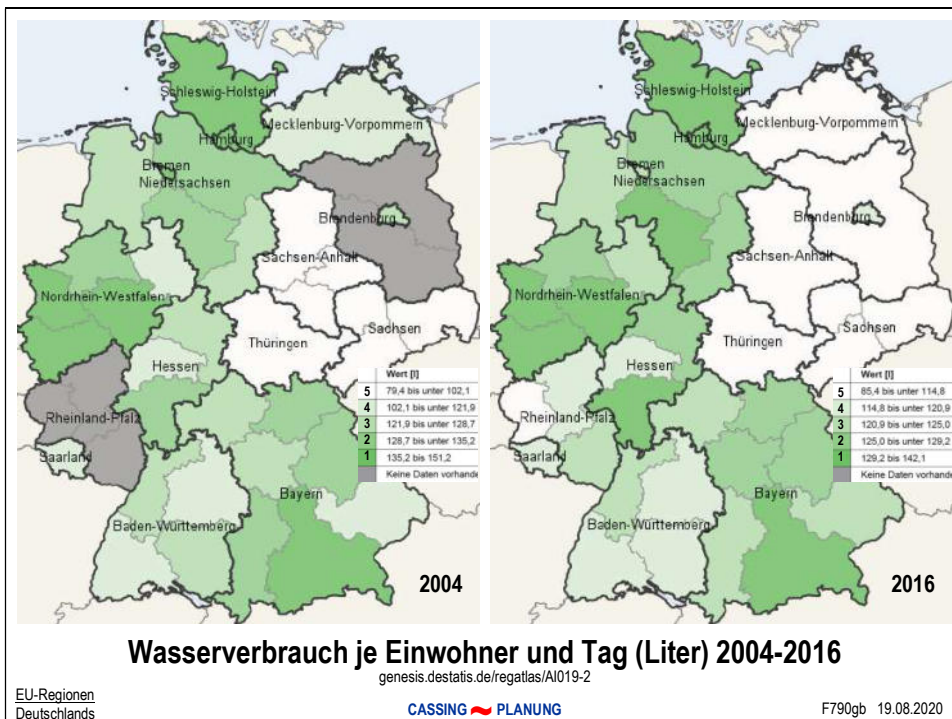


Abbildung Nr. 27

Die privaten Haushalte in jedem Bezirk können durch ihr Verhalten die Beanspruchung natürlicher Ressourcen wie Rohstoffe, Trinkwasser und Bodenfläche einschränken und so Abfallentsorgung, Wasserversorgung und Bodenversiegelung entlasten - was sich in „reziproken“ Mengenbewertungen ausdrückt:

- Abfallentsorgung:** Das einwohnerspezifische Abfallaufkommen reicht 2008 von 322,5 (Sachsen) bis 555,0 kg (Hannover); 2018 von 317,3 (Chemnitz) bis 581,8 kg (Trier). Von den 38 Bezirken können nur sieben ihren Rang verbessern (grün). Das niedrigste Abfallaufkommen (9/10 Punkte) verzeichnen die Bezirke Stuttgart, Tübingen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vp., Detmold, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Geringe Abfallmengen (7/8 Punkte) werden in Karlsruhe, Freiburg, Oberbayern, Oberpfalz, Bremen, Hamburg, Darmstadt, Gießen und Arnberg gemessen. Spezifisch viel Abfall (3/4 Punkte) wird in den Bezirken Lüneburg, Weser-Ems, Köln, Münster, Trier und Saarland entsorgt. Den meisten Haushaltsabfall (1/2 Punkte) „produzieren“ die Bezirke Oberfranken, Unterfranken, Hannover, Koblenz und Rheinhessen-Pfalz.
- Wasserversorgung:** Die einwohnerspezifische tägliche Wasserabgabe in den Bezirken betrug 2004 minimal 88,4 (Sachsen), maximal 151,2 Liter (Oberbayern). 2016 reichte die Spreizung von 85,4 Liter in Chemnitz bis 142,1 Liter in Oberbayern. Rangerhöhungen (grün) verzeichnen nur sechs Bezirke. Am sparsamsten (9/10 Punkte) sind die Bezirke Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Trier, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Geringer Wasserverbrauch (7/8 Punkte) wird in den Bezirken Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Berlin, Gießen, Detmold, Koblenz, Rheinhessen-Pfalz und Saarland gemessen. Großen Wasserbedarf (3/4 Punkte) gibt es in den Bezirken Oberpfalz, Oberfranken, Bremen, Darmstadt, Hannover, Lüneburg und Münster. Am meisten Wasser (1/2 Punkte) wird in Oberbayern, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Arnberg und Schleswig-Holstein verbraucht.
- Bodenversiegelung:** Der Versiegelungsanteil differiert in den Messzeiten 2004 und 2015 zwischen Mecklenburg-Vorpommern mit 7,2 bzw. 8,2% und Berlin mit 69,4 bzw. 70,2%. Es gibt dabei im Ranking nur wenige Änderungen. Den geringsten Versiegelungsgrad (9/10 Punkte) haben die Bezirke Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Lüneburg, Trier, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wenig versiegelt (7/8 Punkte) sind die Bezirke Freiburg, Tübingen, Oberfranken, Unterfranken, Schwaben, Dresden und Schleswig-Holstein. Einen hohen Versiegelungsgrad (3/4 Punkte) kennzeichnet die Bezirke Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Hannover, Weser-Ems, Detmold und Leipzig. Die intensivste Versiegelung (1/2 Punkte) gibt es in den Bezirken Berlin, Bremen, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Arnberg und Saarland.

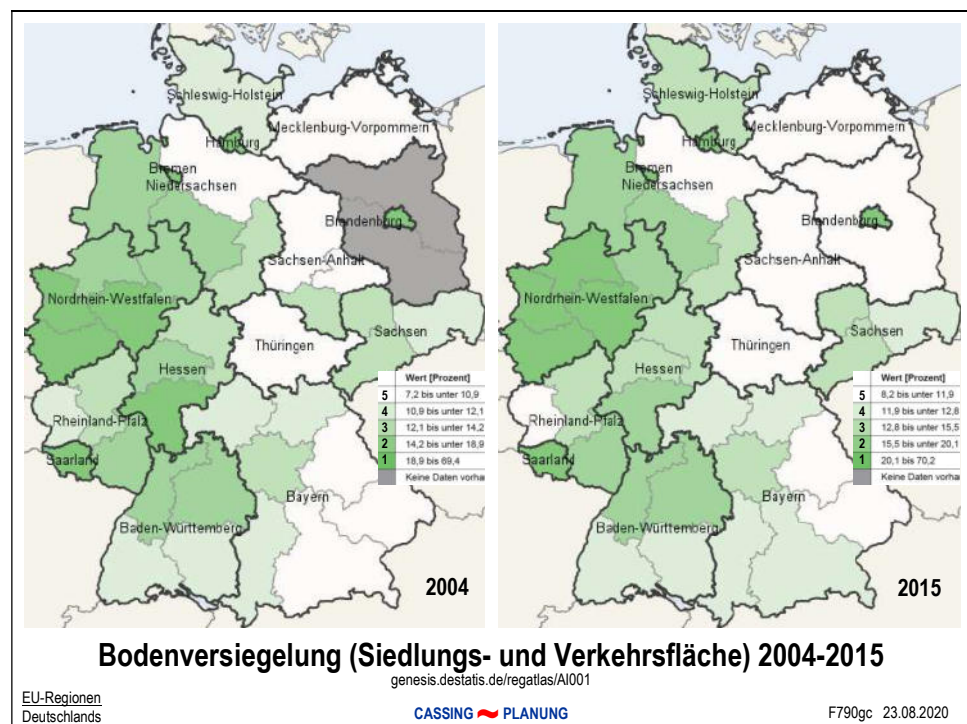


Abbildung Nr. 28

2.8 Landschaft: Verträgliche Landnutzung

Ernährung und Erholung sind die Hauptnutzungen, die die **freie Landschaft** in den Bezirken prägen. „Der Agrarsektor und die ländlichen Gebiete in der EU tragen entscheidend zu guten Lebensbedingungen und zur Zukunft der Union bei. Die EU-Landwirtschaft ist einer der weltweit führenden Lebensmittelerzeuger und garantiert, dass für mehr als 500 Millionen europäische Bürger die Versorgung mit Lebensmitteln gesichert ist. In den ländlichen Gebieten in der EU leben insgesamt 55% der Bürger. Gleichzeitig bilden diese Gebiete eine wichtige Grundlage für Beschäftigung, Erholung und Fremdenverkehr.“ (eur-lex.europa.eu)

Die Bezirke dienen mit ihrer natürlichen Eigenart, Vielfalt und Schönheit **landschaftlichen Nutzungen** wie Land- und Forstwirtschaft sowie Nah- und Ferienerholung als Grundlage. Als Indikatoren bietet der „Regionalatlas“ Daten und Grafiken zur Beherbergung, Naherholung und Landwirtschaft:

- **Beherbergung:** „Übernachtungen von Gästen in Beherbergungsbetrieben je Einwohner: Je mehr Übernachtungen in Relation zur ortsansässigen Bevölkerung gebucht werden, umso bedeutender ist die Tourismusbranche.“ (regatlas/AI012)
- **Naherholung:** „Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche: Der Indikator gibt Auskunft über die Verfügbarkeit von Flächen, die explizit zu Erholungszwecken ausgewiesen sind. In städtischen Gebieten beschreibt der Indikator einen Aspekt der Naherholungsqualität.“ (regatlas/AI001)
- **Landwirtschaft:** „Der Indikator beschreibt die Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe. Die durchschnittliche Betriebsgröße spiegelt historische (z.B. Bodenreform in der ehemaligen DDR oder Realteilung) wie natürliche oder ökonomische Einflussfaktoren wider.“ (regatlas/AI009)

2.8 Landschaft NUTS-2-Regionen DE	2.8.1 Gästeübernachtungen je Einw. ¹			2.8.2 Anteil Erholungsfläche (%) ²			2.8.3 Landwirtsch. Betriebsgröße (ha) ³		
	2008	2018	Wert 08/18	2004	2015	Wert 04/15	2010	2016	Wert 10/16
DE11 Stuttgart	2,6	3,4	2 / 1	0,9	1,0	3 / 3	32,3	35,9	2 / 2
DE12 Karlsruhe	3,6	4,4	3 / 2	0,9	1,1	3 / 3	40,8	44,8	3 / 3
DE13 Freiburg	7,1	8,2	5 / 5	0,7	0,7	2 / 1	23,4	25,7	1 / 1
DE14 Tübingen	4,3	5,3	4 / 3	0,6	0,7	2 / 1	36,8	40,0	2 / 2
DE 21 Oberbayern	7,1	9,2	5 / 5	0,6	0,9	2 / 2	30,0	31,7	1 / 1
DE22 Niederbayern	9,8	9,8	5 / 5	0,3	0,5	1 / 1	30,5	32,7	1 / 1
DE23 Oberpfalz	4,2	4,9	3 / 3	0,3	0,5	1 / 1	32,0	34,6	1 / 1
DE24 Oberfranken	4,0	4,8	3 / 3	0,4	0,7	1 / 1	34,4	38,6	2 / 2
DE25 Mittelfranken	3,9	5,0	3 / 3	0,5	0,9	1 / 2	33,1	36,7	2 / 2
DE26 Unterfranken	4,6	5,6	4 / 3	0,5	0,9	1 / 2	37,7	41,4	3 / 2
DE27 Schwaben	7,2	9,0	5 / 5	0,5	0,7	1 / 1	31,7	34,3	1 / 1
DE30 Berlin	5,2	9,1	4 / 5	11,5	12,0	5 / 5	33,1	35,5	2 / 1
DE40 Brandenburg	3,7	5,4	3 / 3	0,4	0,9	1 / 2	237,8	247,4	5 / 5
DE50 Bremen	2,5	3,8	2 / 2	8,0	8,3	5 / 5	51,3	55,5	4 / 4
DE60 Hamburg	4,3	7,8	4 / 4	7,9	7,4	5 / 5	18,5	23,4	1 / 1
DE71 Darmstadt	4,3	5,7	4 / 4	1,3	1,5	4 / 4	41,0	44,5	3 / 3
DE72 Gießen	2,3	2,7	1 / 1	0,6	0,7	2 / 1	45,7	50,3	4 / 3
DE73 Kassel	6,9	7,6	4 / 4	0,7	0,7	2 / 1	43,1	47,4	4 / 3
DE80 Mecklenburg-Vorp.	14,3	19,2	5 / 5	0,7	1,4	2 / 4	285,9	274,9	5 / 5
DE91 Braunschweig	3,5	4,4	3 / 2	1,2	1,3	4 / 3	81,9	89,7	5 / 5
DE92 Hannover	2,7	3,5	2 / 2	1,2	1,4	4 / 4	68,5	76,2	5 / 4
DE93 Lüneburg	4,7	6,0	4 / 4	0,6	0,7	2 / 1	68,6	75,9	5 / 4
DE94 Weser-Ems	5,8	8,0	4 / 4	0,8	0,9	3 / 2	49,6	55,7	4 / 4
DEA1 Düsseldorf	1,9	2,5	1 / 1	3,3	4,1	5 / 5	40,6	43,3	3 / 3
DEA2 Köln	2,7	3,5	2 / 2	1,7	2,3	5 / 5	50,3	54,5	4 / 4
DEA3 Münster	1,5	2,0	1 / 1	1,1	1,6	4 / 4	36,2	36,4	2 / 2
DEA4 Detmold	3,2	3,4	2 / 1	1,0	1,4	3 / 4	41,5	43,6	4 / 3
DEA5 Arnberg	2,5	3,1	2 / 1	1,1	1,5	4 / 4	40,0	42,0	3 / 3
DEB1 Koblenz	5,2	5,7	4 / 4	1,4	1,6	4 / 4	40,3	45,2	3 / 3
DEB2 Trier	11,0	10,4	5 / 5	1,4	1,7	4 / 4	34,4	40,1	2 / 2
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	2,4	2,8	2 / 1	1,8	2,0	5 / 5	29,9	35,9	1 / 2
DEC0 Saarland	2,2	3,2	1 / 1	0,9	1,0	3 / 3	59,0	64,1	4 / 4
DED2 Dresden	} 3,7	6,3	3 / 4	0,7	1,2	2 / 3	} 145,2	144,3	5 / 5
DED4 Chemnitz		3,5	3 / 2	0,8	1,3	3 / 3		113,8	5 / 5
DED5 Leipzig		4,8	3 / 3	0,9	2,0	3 / 5		186,6	5 / 5
DEE0 Sachsen-Anhalt	2,8	3,7	2 / 2	1,3	2,5	4 / 5	278,0	270,1	5 / 5
DEF0 Schleswig-Holstein	7,4	10,5	5 / 5	0,8	1,1	3 / 3	70,5	77,9	5 / 4
DEG0 Thüringen	3,8	4,3	3 / 2	0,4	0,7	1 / 1	215,1	216,0	5 / 5

Tabelle Nr. 08: Landschaft

¹ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI012, ² www-genesis.destatis.de/regatlas/AI001, ³ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI009

Die **Landnutzung** in den Bezirken spiegelt die räumlich-funktionale Struktur (Siedlung/Freiraum) wider:

- Die intensivste Nutzung (vollgrün) gibt es in Mecklenburg-V., Leipzig, Sachsen-A. und Schleswig-H.
- Eine intensive Freiraumnutzung (blaugrün) gibt es in den Bezirken Berlin, Bremen, Darmstadt, Braunschweig, Köln, Koblenz, Trier und Dresden.
- Im Mittelfeld (gelb) rangieren die Bezirke Brandenburg, Hamburg, Kassel, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems, Düsseldorf und Chemnitz,
- Schwächer (blaurot) ist die Landnutzung in den Bezirken Karlsruhe, Freiburg, Oberbayern, Unterfranken, Detmold, Arnberg, Rheinhessen-Pfalz, Saarland und Thüringen.
- Am schwächsten (vollrot) ist die Nutzung der Landschaft in den Bezirken Stuttgart, Tübingen, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Schwaben, Gießen und Münster.

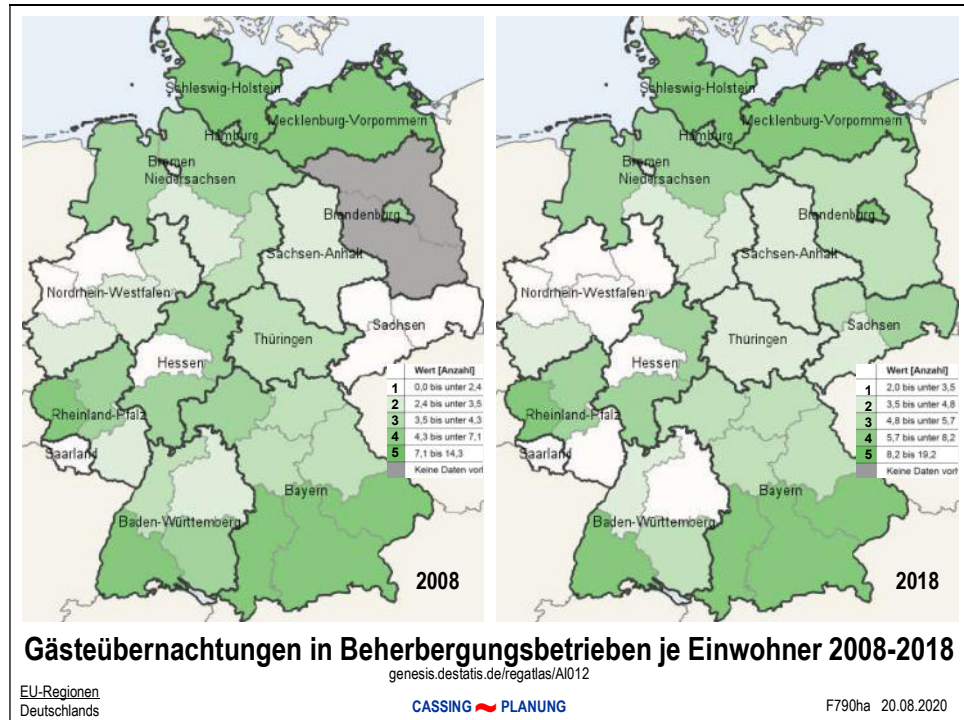


Abbildung Nr. 29

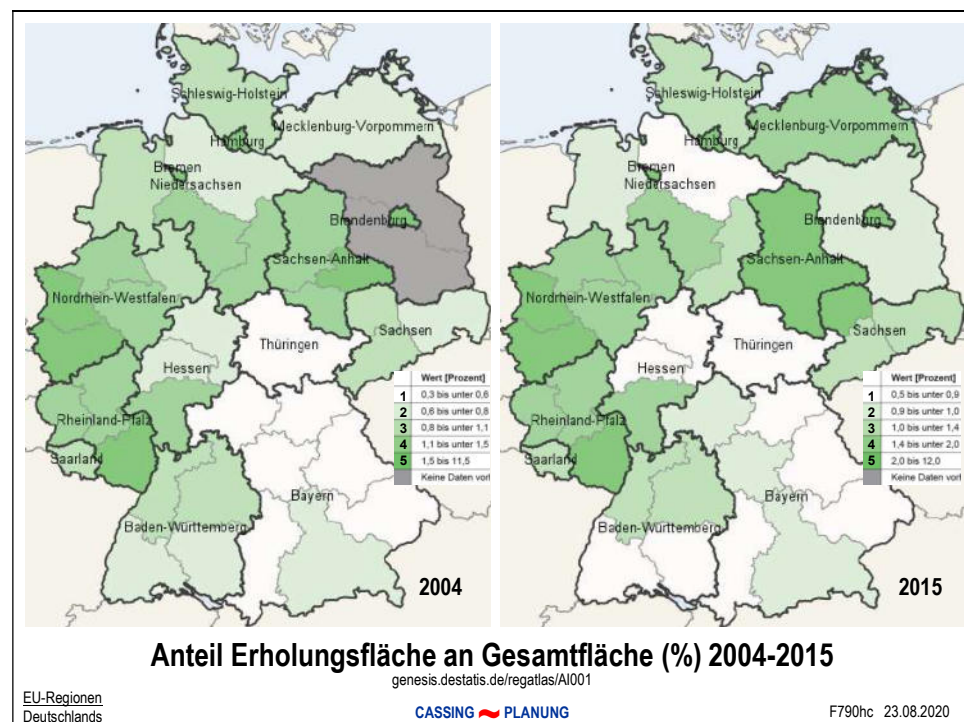


Abbildung Nr. 30

Die Struktur der **Landschaftsnutzung** in den Bezirken drückt sich in den Gästezahlen der Beherbergungsbetriebe, dem Anteil der Erholungsflächen und den Betriebsgrößen der Landwirtschaftsbetriebe aus. In geografischer Hinsicht zeigt sich hierbei kein einheitliches Bild:

- **Beherbergungsbetriebe:** Die Übernachtungsquoten 2008 bzw. 2018 differieren zwischen dem Münsterland mit 1,5 bzw. 2,0 und 14,3 bzw. 19,2 Gästen je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern. Rangerhöhungen verzeichnen nur Berlin und Dresden. Die meisten Beherbergungen (9/10 Punkte) registrieren die Bezirke Freiburg, Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Berlin, Mecklenburg-Vp., Trier und Schleswig-Holstein. Viele Gästeübernachtungen (7/8 Punkte) verzeichnen die Bezirke Tübingen, Unterfranken, Hamburg, Darmstadt, Kassel, Lüneburg, Weser-Ems, Koblenz und Dresden. Relativ wenige Beherbergungen (3/4 Punkte) gibt es in den Bezirken Stuttgart, Bremen, Hannover, Köln, Rheinhessen-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Die niedrigste Gästequote (1/2 Punkte) wird in den Bezirken Gießen, Düsseldorf, Münster und Saarland gemessen.
- **Naherholungsflächen:** Die Erholungsflächenquoten der Bezirke schwanken 2004 zwischen 0,3% (Niederbayern, Oberpfalz) und 11,5% (Berlin). 2015 beträgt die Spanne dort zwischen 0,5 und 12,0%. Rangsteigerungen und -senkungen sind ausgeglichen. Den höchsten Erholungsflächenanteil (9/10 Punkte) haben die Bezirke Berlin, Bremen, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Rheinhessen-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Hohe Anteile (7/8 Punkte) gibt es in den Bezirken Darmstadt, Braunschweig, Hannover, Münster, Detmold, Arnsberg, Koblenz, Trier und Leipzig. Anteilmäßig wenig Erholungsflächen (3/4 Punkte) weisen die Bezirke Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Mittelfranken, Unterfranken, Brandenburg, Gießen, Kassel und Lüneburg auf. Am geringsten ist der Erholungsflächenbesatz (1/2 Punkte) in den Bezirken Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Schwaben und Thüringen.
- **Landwirtschaftsbetriebe:** Die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe reicht 2010 von 18,5 ha in Hamburg bis 285,9 ha in Mecklenburg-Vorpommern. 2016 liegt die Spannweite dort zwischen 23,4 und 274,9 ha. Eine Rangverbesserung erzielt nur der Bezirk Rheinhessen-Pfalz. Die größten Betriebe (9/10 Punkte) gibt es in Brandenburg, Mecklenburg-Vp., Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Große Betriebe (7/8 Punkte) kennzeichnen die Landwirtschaft in den Bezirken Bremen, Gießen, Kassel, Weser-Ems, Köln, Detmold und Saarland. Kleine Betriebe (3/4 Punkte) herrschen in den Bezirken Stuttgart, Tübingen, Oberfranken, Mittelfranken, Berlin, Münster, Trier und Rheinhessen-Pfalz vor. Am kleinsten (1/2 Punkte) sind die Betriebe in Freiburg, Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben und Hamburg.

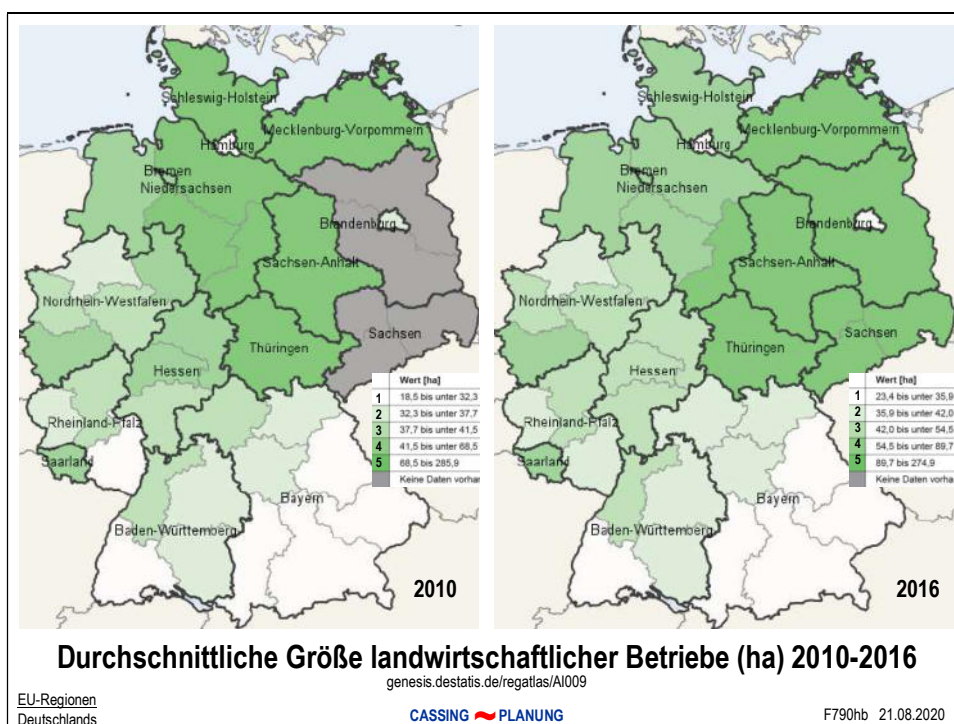


Abbildung Nr. 31

2.9 Klima: Dekarbonisierte Energie

„Die weitere **Dekarbonisierung des Energiesystems** ist entscheidend, um die Klimaziele zu erreichen. 75% der Treibhausgasemissionen der EU entstehen durch die Erzeugung und den Verbrauch von Energie in allen Wirtschaftszweigen. Energieeffizienz muss im Mittelpunkt stehen. Ein Energiesektor muss entwickelt werden, der sich weitgehend auf erneuerbare Energiequellen stützt; dies muss durch den raschen Ausstieg aus der Kohle und die Dekarbonisierung von Gas ergänzt werden.“ (eur-lex.europa.eu)

Die Bedingungen, Auswirkungen und Steuerungen der Klimasituation auf regionaler Ebene sind unterschiedlich geartet: Der Heizenergiebedarf als Hauptverursacher ist von der meteorologischen Lage abhängig. Zunehmende Wetterextreme wie Starkregen können zu Bodenerosionen führen. Als „CO₂-Senke“ sind Anlage und Pflege von Wäldern eine geeignete Gegenstrategie.

- **Energiebedarf:** Heizenergie ist zurzeit für 40% der klimaschädigenden Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich. Heizgradtage sind „ein Maß für die klimatischen Bedingungen am Standort eines Gebäudes, welches Einfluss auf den jährlichen Heizwärmebedarf hat.“ (energie-lexikon.info)
- **Klimafolgen:** „Bodenerosion durch Wasser (als eine bedrohliche Klimafolge) ist eine der verbreitetsten Formen der Bodendegradation in Europa. Der Indikator Bodenerosion schätzt den Bodenverlust durch Wassererosionsprozesse für verschiedene Landbedeckungstypen.“ (eurostat aei_pr_soiler)
- **Waldfläche:** „Wälder vermindern die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen, indem sie Kohlenstoff binden“ (thuener.de). „Der Indikator gibt Auskunft über den Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche eines Gebiets“. (regatlas/AI001)

2.9 Klima	2.9.1 Heizgradtage in °C/d ¹			2.9.2 Bodenerosion durch Wasser (t/ha) ²			2.9.3 Anteil Waldfläche (%) ³		
	2010	2019	Wert 10/19	2010	2016	Wert 10/16	2004	2015	Wert 04/15
NUTS-2-Regionen DE									
DE11 Stuttgart	3.472,46	2.792,60	4 / 3	3,1	3,0	2 / 2	31,6	31,8	3 / 3
DE12 Karlsruhe	3.299,73	2.650,27	5 / 4	3,2	3,1	2 / 2	44,7	44,8	5 / 5
DE13 Freiburg	3.434,68	2.861,85	5 / 2	4,1	4,1	1 / 1	46,1	46,3	5 / 5
DE14 Tübingen	3.714,01	3.111,12	2 / 1	3,3	3,2	1 / 1	32,4	32,8	3 / 3
DE 21 Oberbayern	3.683,31	3.064,69	2 / 1	2,9	2,8	2 / 2	33,1	35,1	4 / 4
DE22 Niederbayern	3.705,29	3.007,05	2 / 1	3,6	3,5	1 / 1	33,0	33,9	3 / 3
DE23 Oberpfalz	3.875,12	3.111,02	1 / 1	2,6	2,6	3 / 3	40,1	42,5	5 / 5
DE24 Oberfranken	3.925,27	3.081,94	1 / 1	2,9	2,8	2 / 2	40,0	41,3	4 / 5
DE25 Mittelfranken	3.664,82	2.924,60	3 / 2	2,1	2,0	3 / 3	34,0	34,5	4 / 3
DE26 Unterfranken	3.556,93	2.799,54	4 / 3	3,5	3,3	1 / 1	39,5	41,3	4 / 5
DE27 Schwaben	3.824,00	3.164,01	1 / 1	2,6	2,6	3 / 3	28,2	29,4	2 / 3
DE30 Berlin	3.606,49	2.576,27	3 / 5	0,5	0,5	5 / 5	18,0	18,4	2 / 1
DE40 Brandenburg	3.694,08	2.671,41	2 / 4	0,5	0,5	5 / 5	35,1	35,5	4 / 4
DE50 Bremen	3.551,42	2.620,71	4 / 5	0,2	0,2	5 / 5	1,9	2,1	1 / 1
DE60 Hamburg	3.705,15	2.728,23	2 / 3	0,3	0,3	5 / 5	5,8	7,5	1 / 1
DE71 Darmstadt	3.351,20	2.665,46	5 / 4	2,5	2,4	3 / 3	40,0	39,9	4 / 4
DE72 Gießen	3.624,98	2.888,19	3 / 2	2,9	2,8	2 / 2	39,7	39,9	4 / 4
DE73 Kassel	3.731,74	2.934,62	2 / 1	3,3	3,2	1 / 1	40,3	40,6	4 / 4
DE80 Mecklenburg-Vorp.	3.794,67	2.766,15	1 / 3	0,5	0,5	5 / 5	21,4	21,9	2 / 2
DE91 Braunschweig	3.683,73	2.770,00	2 / 3	1,8	1,8	4 / 4	33,8	34,7	4 / 4
DE92 Hannover	3.551,73	2.640,94	4 / 4	1,3	1,2	4 / 4	21,0	21,6	2 / 2
DE93 Lüneburg	3.657,22	2.718,26	3 / 3	0,4	0,4	5 / 5	23,8	24,9	2 / 2
DE94 Weser-Ems	3.497,56	2.616,96	4 / 5	0,4	0,4	5 / 5	11,9	12,7	1 / 1
DEA1 Düsseldorf	3.206,42	2.432,23	5 / 5	1,1	1,1	4 / 4	14,2	15,6	1 / 1
DEA2 Köln	3.287,70	2.580,98	5 / 5	1,9	1,9	4 / 4	26,5	28,0	2 / 2
DEA3 Münster	3.390,51	2.539,50	5 / 5	0,7	0,7	4 / 4	15,2	16,2	1 / 1
DEA4 Detmold	3.551,14	2.678,68	4 / 4	2,1	2,1	3 / 3	21,2	22,7	2 / 2
DEA5 Arnberg	3.631,53	2.820,84	3 / 2	3,5	3,5	1 / 1	41,9	42,3	5 / 5
DEB1 Koblenz	3.497,24	2.830,45	4 / 2	3,4	3,5	1 / 1	44,8	45,7	5 / 5
DEB2 Trier	3.557,25	2.904,26	3 / 2	3,6	3,6	1 / 1	43,2	44,0	5 / 5
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	3.221,06	2.631,50	5 / 5	2,7	2,7	3 / 3	36,3	37,2	4 / 4
DEC0 Saarland	3.345,21	2.690,64	5 / 4	3,1	3,1	2 / 2	33,4	34,0	4 / 3
DED2 Dresden	3.734,07	2.743,91	1 / 3	2,1	2,0	3 / 3	30,4	30,9	3 / 3
DED4 Chemnitz	3.967,43	2.998,92	1 / 1	3,2	3,0	2 / 2	30,6	29,1	3 / 2
DED5 Leipzig	3.601,76	2.595,70	3 / 5	0,9	0,8	4 / 4	15,2	17,0	1 / 1
DEE0 Sachsen-Anhalt	3.650,96	2.640,34	3 / 4	0,7	0,7	4 / 4	23,9	24,8	2 / 2
DEF0 Schleswig-Holstein	3.757,31	2.791,41	1 / 3	0,5	0,6	5 / 5	10,0	10,6	1 / 1
DEG0 Thüringen	3.820,16	2.903,67	1 / 2	2,2	2,1	3 / 3	31,9	32,7	3 / 3

Tabelle Nr. 09: Klima

¹ appso.eurostat.ec.europa.eu (nrg_chddr2_a), ² eurostat online TAI10 ³ www-genesis.destatis.de/regatlas/AI001

Die Bewertung der energetischen **Klimaaspekte** in den EU-Bezirken in Deutschland stützt sich auf den klimabedingten Heizwärmeverbrauch (gemessen in Heizgradtagen), die klimaabhängigen Starkregenwirkungen (gemessen an Bodenerosionen) und die klimarelevanten Waldflächen (als Kohlendioxidsenke):

- **Heizgradtage:** Die Schwankungsbreite wird „unten“ von Düsseldorf 2010 mit 3.206 °Cd und 2019 mit 2.432 °Cd markiert; „oben“ 2010 von Chemnitz mit 3.967 und 2019 von Schwaben mit 3.164 °Cd. Die Positionierungen im Ranking haben sich gleichmäßig verändert. Den niedrigsten Heizwärmebedarf (9/10 Punkte) haben die Bezirke Karlsruhe, Bremen, Darmstadt, Weser-Ems, Düsseldorf, Köln, Münster, Rheinhessen-Pfalz und Saarland. Wenig Heizwärme (7/8 Punkte) benötigen die Bezirke Stuttgart, Freiburg, Unterfranken, Berlin, Hannover, Detmold, Leipzig und Sachsen-Anhalt. Hohen Heizenergiebedarf (3/4 Punkte) gibt es in den Bezirken Tübingen, Oberbayern, Niederbayern, Kassel, Mecklenburg-Vorpommern, Dresden, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die meisten Heizgradtage (1/2 Punkte) verzeichnen die Bezirke Oberpfalz, Oberfranken, Schwaben und Chemnitz.
- **Bodenerosion:** Bodenabschwemmungen werden in den Jahren 2010 und 2016 gleichbleibend minimal auf 0,2 t/ha in Bremen, maximal auf 4,1 t/ha in Freiburg geschätzt. Die Rangfolge ändert sich dementsprechend nicht. Die geringsten wasserbedingten Bodenerosionen (9/10 Punkte) gibt es in den Bezirken Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Lüneburg, Weser-Ems und Schleswig-Holstein. Wenig Abschwemmungen (7/8 Punkte) verzeichnen die Bezirke Braunschweig, Hannover, Düsseldorf, Köln, Münster, Leipzig und Sachsen-Anhalt. Starke Bodenabträge (3/4 Punkte) werden in den Bezirken Stuttgart, Karlsruhe, Oberbayern, Oberfranken, Gießen, Saarland und Chemnitz registriert. Am höchsten ist die Bodenerosion (1/2 Punkte) in den Bezirken Freiburg, Tübingen, Niederbayern, Unterfranken, Kassel, Arnsberg, Koblenz und Trier.
- **Waldflächen:** Wälder als klimarelevante CO₂-Senke sind in den Messjahren 2004 und 2016 minimal im Land Bremen mit 1,9 bzw. 2,1% Flächenanteil, maximal im Bezirk Freiburg mit 46,1 bzw. 46,3% vertreten. Der Rang ändert sich in dieser Zeitspanne nur in wenigen Fällen. Den höchsten Waldanteil (9/10 Punkte) haben die Bezirke Karlsruhe, Freiburg, Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken, Arnsberg, Koblenz und Trier. Große Waldanteile (7/8 Punkte) gibt es in den Bezirken Oberbayern, Mittelfranken, Brandenburg, Darmstadt, Gießen, Kassel, Braunschweig, Rheinhessen-Pfalz und Saarland. Gering ist der Anteil an Wäldern an der Bezirksfläche (3/4 Punkte) in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hannover, Lüneburg, Köln, Detmold und Sachsen-Anhalt. Den kleinsten Waldanteil (1/2 Punkte) zählen Bremen, Hamburg, Weser-Ems, Düsseldorf, Münster, Leipzig und Schleswig-Holstein.

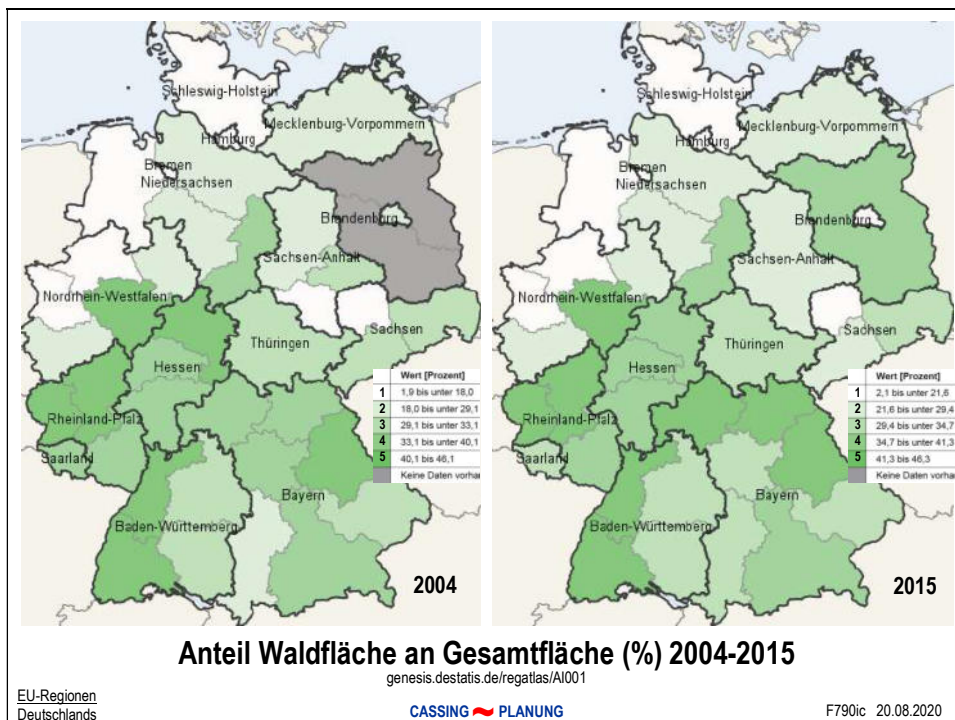


Abbildung Nr. 32

3. Bezirke als europäische Entwicklungsräume

Nach welchen Aspekten lassen sich die Web-Präsentationen der 38 deutschen EU-NUTS-2-Regionen vergleichend auswerten? Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Ebene drei unterschiedliche Administrationen umfasst, die auch verschiedene Internet-Auftritte zur Folge haben:

- Neun Bundesländer als kombinierte NUTS-1- und NUTS-2-Regionen: Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen und die kleineren Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben keine europarelevante Bezirksunterteilung. Deshalb erfolgen hier die Auswertungen auf der Landesebene.
- Neunzehn Regierungsbezirke mit Mittelbehörden zwischen Landes- und Kommunalebene: Die Flächenländer Baden-Württemberg (vier), Bayern (sieben), Hessen (drei) und Nordrhein-Westfalen (fünf) verfügen noch über breit aufgestellte Bündelungs-Behörden auf der Bezirksebene, die größtenteils auch über eigene Darstellungen verfügen.
- Zehn sonstige Bezirke mit funktionalen und/oder räumlichen Teilverwaltungen: In den Bundesländern Niedersachsen (vier), Rheinland-Pfalz (drei) und Sachsen (drei) sind bündelnde Bezirksverwaltungen durch Zentralisation umfunktioniert worden - wobei meistens regionalisierte Teilfunktionen erhalten blieben. Bis auf Niedersachsen gibt es hier auch keine vollständigen Selbstdarstellungen im Internet.

Das Auswertungs-Schema ergeben am besten die aus dem Internet recherchier- und zitierbaren Selbstdarstellungen, die nach Ist- und Sollpositionen unterschieden werden können:

- **Ist-Koordination:** Wie präsentieren die Bezirke ihren derzeitigen Status? Hierbei wird auf den Webseiten der tragenden Institutionen nach markanten Aussagen gesucht. Der Statusbericht gliedert sich:
 - Bewertung: Benotung der Nachhaltigkeit der deutschen EU-NUTS-2-Regionen nach fünf Rängen;
 - Darstellung: Beschreibung der jeweiligen EU-Bezirke nach Geografie, Demografie und Historie;
 - Verwaltung: Aufstellung der staatlichen europabezogenen Behörden auf der NUTS-2-Ebene.
- **Soll-Koordination:** Wie stellen sich die Bezirke ihre Zukunft vor? Ausgewertet werden Netzwerk-, Planungs- und Förderungsstrukturen nach folgender Standardgliederung:
 - Entwicklung: Sichtung von Landes- und Regionalentwicklungsplänen, -programmen, -konzepten;
 - Förderung: Beispiele von regionalen Investitions- und Strukturhilfefonds der Europäischen Union;
 - Vernetzung: Auswahl regionaler europäaffiner Netzwerke (Europa-Union, Europe-Direct-Zentren).

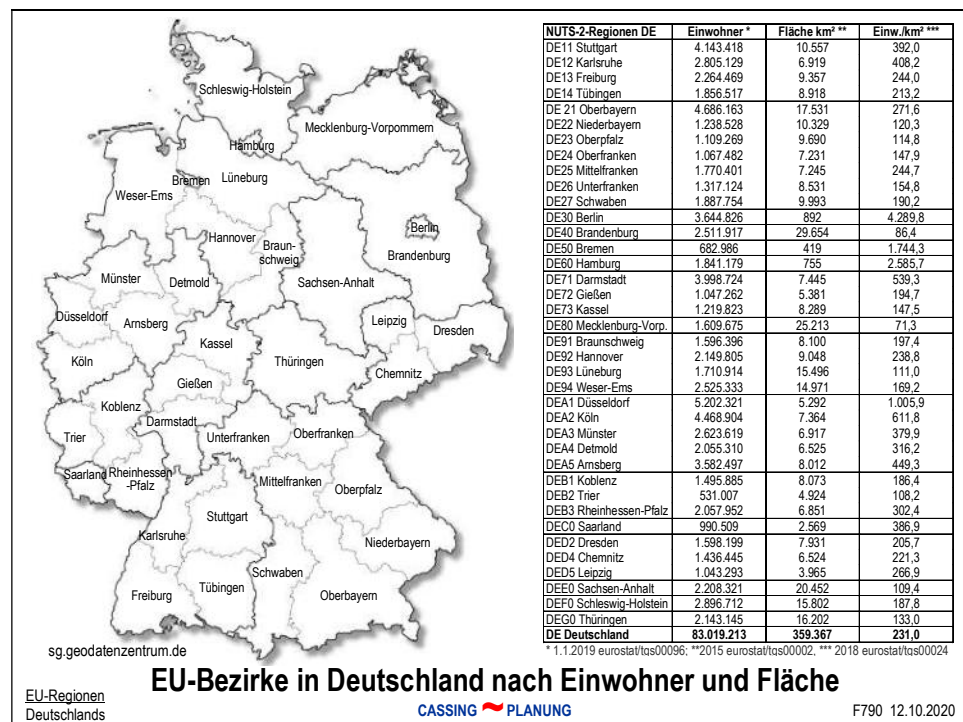


Abbildung Nr. 33

EU-Regionen Deutschlands

EU-Bezirke in Deutschland nach Einwohner und Fläche

CASSING PLANUNG

F790 12.10.2020

3.01 Baden-Württemberg: „Wir sind Süden“

„Baden-Württemberg gliedert sich in die vier Regierungsbezirke Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen. Zwischen den Ministerien einerseits und den Landratsämtern, Städten und Gemeinden andererseits bedarf es einer guten Absprache. Deshalb gibt es Regierungspräsidien, die als staatliche Mittelbehörden Aufgaben koordinieren und bündeln.“ (landeskunde-baden-wuerttemberg.de). Die Regionalpolitik des Landes betrachtet die vier Regierungsbezirke nicht als eigene Strategieräume. Vielmehr setzt sie auf die 12 kommunal verfassten Regionalverbände als Träger der Regionalplanung. „Wichtige Aufgabengebiete der Regionalplanung sind: Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, Wirtschaftsförderung, Versorgung und Entsorgung, Umweltschutz und Kultur.“ (baden-wuerttemberg.de)

„Baden-Württemberg ist das drittgrößte unter den deutschen Flächenländern. Auch nach seiner Einwohnerzahl liegt Baden-Württemberg mit rund 10,7 Millionen im Bundesgebiet an dritter Stelle. Vier große weltliche Staaten formten den Grundstock der Silhouette, die man heute mit dem Land Baden-Württemberg verbindet: Die Kurpfalz, die Markgrafschaft Baden, das Herzogtum Württemberg und die habsburgischen Erblande der vorderösterreichischen Ländermasse.“ (landeskunde-baden-wuerttemberg.de). Das 1971 „erlassene Kreisreformgesetz tilgte verwaltungssprachlich die bisher nach den ehemaligen Ländern Südwürttemberg-Hohenzollern, Nordwürttemberg und Südbaden bzw. dem Landesteil Nordbaden benannten Regierungsbezirke und ersetzte diese durch die Städtenamen.“ (www2.landesarchiv-bw.de).

„In stärker entwickelten Regionen wie Baden-Württemberg wird der Fokus in der Regional-Förderung aus dem EFRE weiterhin auf Forschung, Entwicklung und Innovation sowie auf der Umsetzung grüner Themen, wie Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie, liegen. Damit kann das Land unmittelbar an das EFRE-Programm 2014-2020 „Innovation und Energiewende“ anknüpfen. Die EFRE-Verwaltung des Landes erarbeitet bereits das neue EFRE-Programm. Dabei fließen die Expertise, Erfahrungen und Perspektiven der Kommunal-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltpartner im Rahmen eines breiten Beteiligungsverfahrens kontinuierlich ein.“ (efre-bw.de). „Der Wettbewerb RegioWIN 2030 soll dazu beitragen, dass auch zukünftig in den funktionalen Räumen des Landes in regionalen Netzwerken eine strategiebasierte und zielgerichtete Regional- und Innovationspolitik als struktur- und regionalpolitische Daueraufgabe systematisch und aus einem Guss verfolgt wird. Innovations- und Nachhaltigkeitsorientierung stehen im Fokus des Wettbewerbs.“ (2021-27.efre-bw.de)

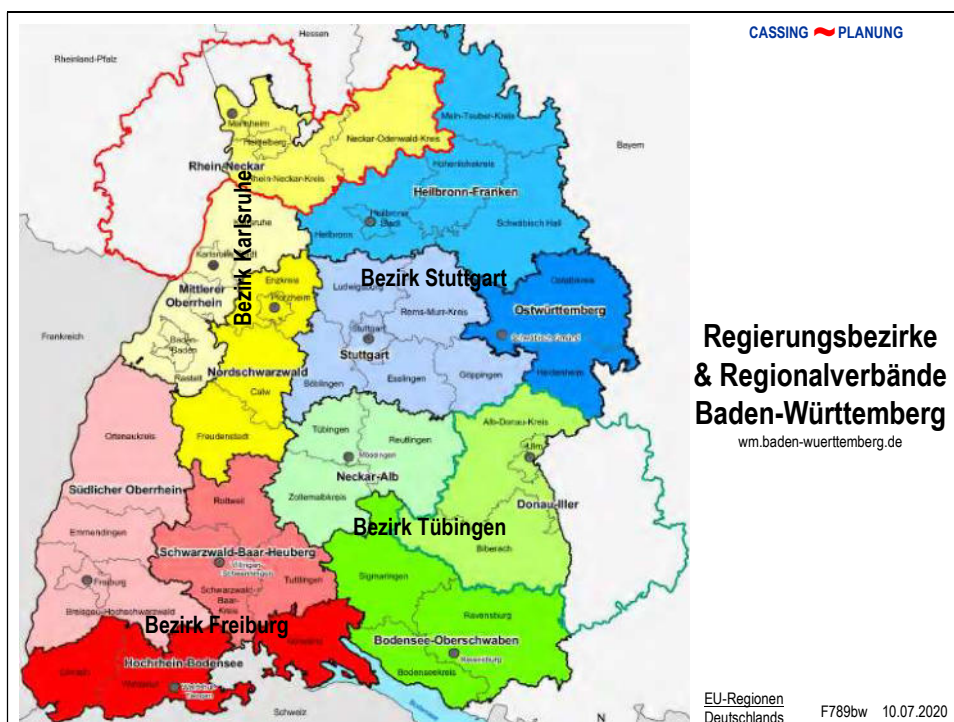


Abbildung Nr. 34

3.01.a Bezirk Stuttgart: Nordwürttemberg

Bewertung: Der Bezirk Stuttgart belegt mit 210 von 270 möglichen Punkten den ersten Platz im Nachhaltigkeits-Ranking. In allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sektoren (Ziffern 1-6) liegt der Bezirk im Spitzenfeld (Abb. 07, S. 14: vollgrün). Im Sektor „Umwelt“ (Ziffer 7) kommt der Bezirk noch auf die „oberen“ Stufen (blassgrün); bei „Landschaft“ (Ziffer 8) und „Klima“ (Ziffer 9) werden nur die „untersten“ (vollrot) bzw. „unteren“ Stufe (blassrot) erreicht. „Nach den von Eurostat veröffentlichten regionalen Daten zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der EU für 2017, zählen die Regierungsbezirke Stuttgart, Karlsruhe und Tübingen zu den Regionen Europas mit der höchsten Wirtschaftskraft.“ (statistik-bw.de)

Darstellung: Die NUTS-2-Region Stuttgart ist als **Regierungsbezirk** mit einem Präsidium verfasst, das für seine Angebote gemeinsam mit den drei anderen Mittelbehörden im Internet „wirbt.“ Der Auftritt informiert knapp über Struktur und Funktion von Region und Institution: „Der Regierungsbezirk Stuttgart erstreckt sich von Geislingen bis Wertheim, von Crailsheim bis Herrenberg. Hier finden sich neben dem Mittleren Neckarraum, einem Wirtschaftsstandort von europäischem Rang, gleichermaßen berühmte Landschaften wie das ‚Liebliche Taubertal‘, die Hohenloher Ebene, der Schwäbisch-Fränkische Wald oder die Ostalb“ (rp.baden-wuerttemberg.de). 1973 ist die jetzige Verwaltungs- und Gebietsform aus dem damaligen *Regierungsbezirk Nordwürttemberg* entstanden. Er umfasst seitdem die Stadtkreise Stuttgart und Heilbronn sowie die Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Heidenheim, Heilbronn, Hohenlohekreis, Ludwigsburg, Main-Tauber-Kreis, Ostalbkreis, Rems-Murr-Kreis und Schwäbisch Hall.

Verwaltung: „Als Mittelinstanz zwischen den Ministerien und den unteren Verwaltungsbehörden nimmt das **Regierungspräsidium** staatliche Aufgaben in der Fläche wahr. Es bündelt und koordiniert sowohl öffentliche als auch private Belange und fördert die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur. Insgesamt trägt das Regierungspräsidium dazu bei, Baden-Württemberg lebenswert zu gestalten. Die Aufgaben des Regierungspräsidiums sind so vielfältig wie die Menschen, die im Regierungsbezirk Stuttgart leben. Das RPS vereint in seinen 9 Abteilungen die Geschäftsbereiche: Steuerung, Verwaltung und Bevölkerungsschutz, Wirtschaft und Infrastruktur, Landwirtschaft, Ländlicher Raum, Veterinär- und Lebensmittelwesen, Straßenwesen und Verkehr, Umwelt, Schule und Bildung, das Landesamt für Denkmalpflege sowie das Landesgesundheits-/Landesversorgungsamt.“ (rp.baden-wuerttemberg.de)

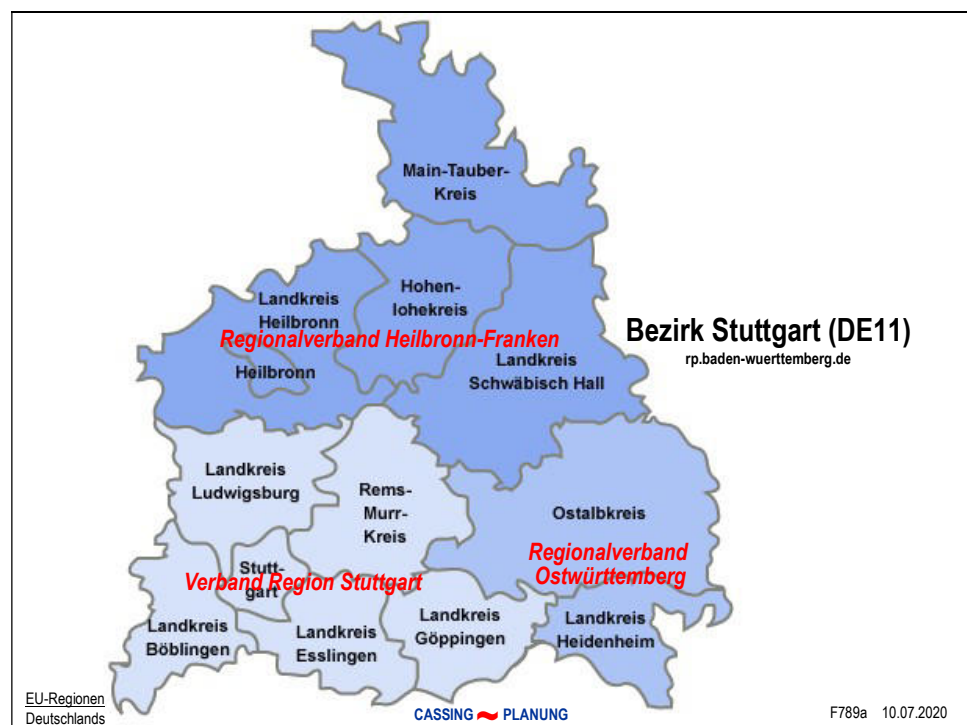


Abbildung Nr. 35

Entwicklung: Das Regierungspräsidium ist **höhere Raumordnungsbehörde** mit Beratungs- Abstimmungs- und Mitwirkungsfunktion - ohne eigene Entwicklungsstrategie - sowie Aufsichtsbehörde für die Region Stuttgart und die Regionalverbände Heilbronn-Franken und Ostwürttemberg. „Aufgabe der **Regionalverbände** ist die großräumige Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, Wirtschaftsförderung, Versorgung und Entsorgung, Umweltschutz, Kultur. Die Regionalverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ihre Organe sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende. Exekutive Funktionen haben sie nicht. Eine Ausnahme stellt der Verband Region Stuttgart dar. Die direkt gewählte Regionalversammlung hat weiterreichende Zuständigkeiten.“ (landeskunde-baden-wuerttemberg.de).

Förderung: „Mit dem **Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum** hat das Land Baden-Württemberg über das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ein umfassendes Förderangebot für die strukturelle Entwicklung ländlich geprägter Gemeinden und Dörfer geschaffen. Schwerpunktmäßig sollen Hilfen bei der Gebäudesanierung und -umnutzung im Ortskernbereich, bei der Sicherung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und beim Aufbau und Erhalt von gemeinschaftlichen Aktivitäten (z. B. Dorfgemeinschaftshäuser) angeboten werden. Bearbeitungsstellen im Antragsverfahren sind die Regierungspräsidien. Im weiteren Verlauf sind dann die Regierungspräsidien bei gemeinwohlorientierten öffentlichen Projekten und sonstigen Projekten ohne Beihilferelevanz für die Bewilligung sowie die L-Bank für die Auszahlung und Abrechnung zuständig. Projekte mit Beihilferelevanz werden nach Einplanung von der L-Bank bewilligt und abgerechnet. Das Internetangebot zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum wird von den Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen gemeinsam getragen“ (rp.baden-wuerttemberg.de).

Vernetzung: Das Land Baden-Württemberg setzt bei der EFRE-Programmierung weiterhin auf das Wettbewerbsverfahren, zu dem auch Informationsveranstaltungen in den vier Regierungsbezirken stattfinden sollen: „Der Wettbewerb **RegioWIN 2030** soll dazu beitragen, dass auch zukünftig in den funktionalen Räumen des Landes in regionalen Netzwerken eine strategiebasierte und zielgerichtete Regional- und Innovationspolitik als struktur- und regionalpolitische Daueraufgabe systematisch und aus einem Guss verfolgt wird. Innovations- und Nachhaltigkeitsorientierung stehen im Fokus des Wettbewerbs. Die von einer Jury im Wettbewerbsverfahren RegioWIN 2030 ausgewählten Regionen erhalten die Option auf eine Förderung von prämierten Leuchtturmprojekten zur Umsetzung ihrer Zukunftsstrategie über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2021-2027“ (2021-27.efre-bw.de).



Abbildung Nr. 36

3.01.b Bezirk Karlsruhe: Nordbaden

Bewertung: Der Bezirk Karlsruhe erzielt in der Nachhaltigkeits-Wertung insgesamt 196 Punkte und rangiert damit im vorderen Fünftel (vollgrün). Diese Position beruht auf den besten Plätzen in den Sektoren „Wissenschaft“ (Ziffer 1), „Wirtschaft“ (Ziffer 2) und „Klima“ (Ziffer 9). Noch gute Bewertungen (blaugrün) gibt es bei „Beschäftigung“ (Ziffer 3) und „Bevölkerung“ (Ziffer 4). Im Mittelfeld (gelb) liegt der Bezirk in den Sektoren „Versorgung“ (Ziffer 5), „Verkehr“ (Ziffer 6) und „Umwelt“ (Ziffer 7). Eine niedrige Bewertung (blaurot) erhält der Bereich „Landschaft“ (Ziffer 7). Im Schlussfeld (vollrot) ist der Bezirk nicht vertreten.

Darstellung: „Der **Regierungsbezirk** Karlsruhe geht in seiner gegenwärtigen Ausdehnung auf die Anfang 1973 wirksam gewordene Verwaltungsreform zurück. Dabei änderte sich neben dem Gebietsstand auch der frühere Name. Aus dem ‚Regierungsbezirk **Nordbaden**‘ wurde der nach dem Sitz seiner Verwaltungsbehörde benannte ‚Regierungsbezirk **Karlsruhe**‘. Der Regierungsbezirk Karlsruhe als staatlicher Verwaltungsbezirk umfasst verschiedene Naturräume. An die Oberrheinische Tiefebene im Westen des Bezirks schließen sich der Odenwald, der Kraichgau und der nördliche Schwarzwald an. Entsprechend vielgestaltig ist auch seine Struktur. Verdichteten Räumen in der Oberrheinischen Tiefebene stehen ländlich strukturierte Räume im Osten des Bezirks gegenüber. An Räume, die durch Industrie-, Gewerbe-, Verkehrs- und Siedlungsflächen stark beansprucht sind, schließen sich Gegenden mit vorwiegend landwirtschaftlicher Nutzung und ausgedehnten Waldflächen an.“ (rp.baden-wuerttemberg.de)

Verwaltung: „Das **Regierungspräsidium** Karlsruhe als Mittelbehörde zwischen den elf Landesministerien und der unteren Verwaltungsebene mit Landrats- und Bürgermeisterämtern bietet im Rahmen seiner Zuständigkeit seinen Bürgerinnen und Bürgern, den Landkreisen, Städten und Gemeinden, Wirtschaftsunternehmen und sonstigen Institutionen hohe Kompetenz und schnelle Entscheidungen. Die Bündelfunktion des Präsidiums, das mit seinen acht Fachabteilungen fast alle Bereiche der Landesverwaltung abdeckt, bringt für die Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Kompetenz- und Leistungsspektrum unter einem Dach zusammen. Bei der letzten großen Verwaltungsreform wurden viele ehemals selbständige Fachbehörden unter dem gemeinsamen Dach ‚Regierungspräsidium‘ zusammengefasst zu einer schlanken und universell zuständigen **Allround-Behörde**.“ (rp.baden-wuerttemberg.de). „Der Regierungsbezirk umfasst drei Regionen, die in sieben Landkreise und fünf Stadtkreise gegliedert sind. Es gibt im Regierungsbezirk 211 Städte und Gemeinden, darunter die fünf Stadtkreise und 21 Große Kreisstädte“ (de.wikipedia.org).

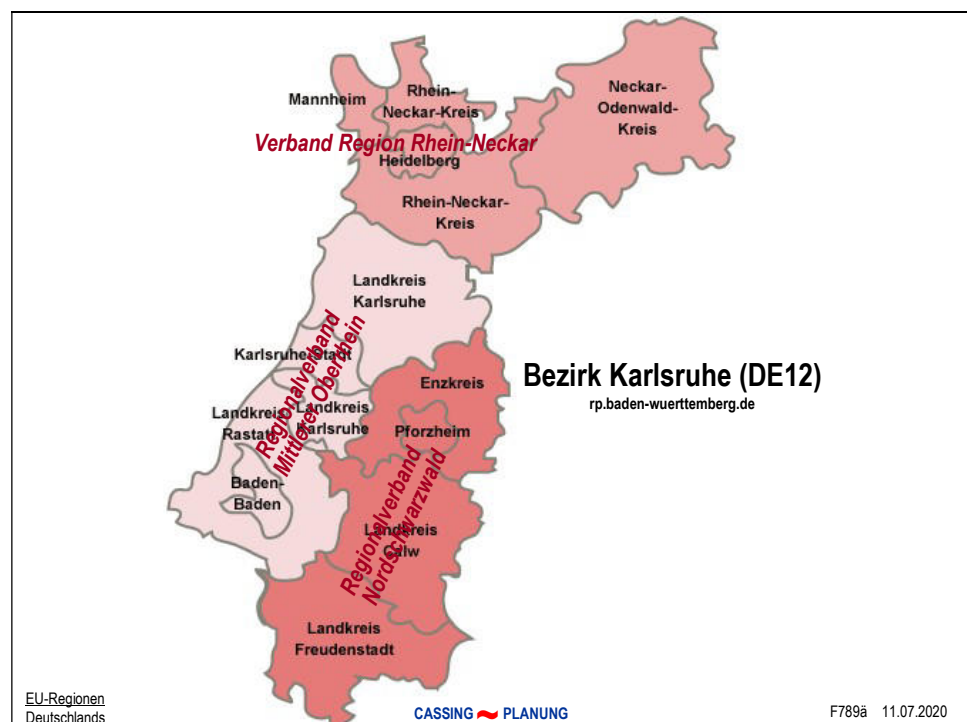


Abbildung Nr. 37

Entwicklung: Die Regierungsbezirke in Baden-Württemberg sind keine Raumplanungsträger. So bilden sie im **Landesentwicklungsentwicklungsplan** auch keine zielrelevante Raumkategorie. Als EU-NUTS-2-Gebiet treten sie analytisch und konzeptionell nicht in Erscheinung. Träger der **Regionalplanung** im Bezirk Karlsruhe sind die Regionalverbände Mittlerer Oberrhein und Nordschwarzwald sowie der Verband Region Rhein-Neckar, der länderübergreifend Teile der Bezirke Darmstadt und Rheinhessen-Pfalz einbezieht:

- „In bundesweiten Vergleichen und Umfragen belegt die **Region Mittlerer Oberrhein** regelmäßig Spitzenplätze. Diese Qualitäten sind nicht zuletzt das Ergebnis einer fachlich querschnittsorientierten und gemeindeübergreifenden räumlichen Planung.“ (region-karlsruhe.de)
- *Lebensqualität einerseits und wirtschaftliche Entwicklung andererseits gilt es zu verzahnen und zukunftsorientiert zu entwickeln. Dieser Aufgabe widmet sich der **Regionalverband Nordschwarzwald** gerne.*“ (nordschwarzwald-region.de)
- Der „**Regionalplan Rhein-Neckar** bildet nicht nur den verbindlichen regionalplanerischen Rahmen, sondern versteht sich auch als zentrales Steuerungsinstrumentarium für eine dynamische und gleichmaßen nachhaltige Weiterentwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar.“ (m-r-n.com)

Förderung: „Das Referat 27 des Regierungspräsidiums Karlsruhe richtet sich als zentrale Informations- und Anlaufstelle für Europafragen vor allem an Behörden und Einrichtungen des Landes, kommunale und regionale Gebietskörperschaften, Organisationen der Wirtschaft sowie Träger der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Seine Angebote stehen aber auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Es informiert und berät zu allen wichtigen europäischen Fragen, insbesondere zu den **europäischen Förderprogrammen**. Weiterhin unterstützt es bei der Entwicklung und Durchführung grenzüberschreitender und transnationaler Projekte. Durch Veranstaltungen, Tagungen und Partnerbörsen vermittelt das Referat Informationen über die europäische Wirtschafts-, Regional- und Bildungspolitik.“ (eu.region-stuttgart.de)

Vernetzung: „Europe Direct Karlsruhe steht den Bürgerinnen und Bürgern im gesamten Regierungsbezirk Karlsruhe für alle Fragen zu Europa zur Verfügung. Es ist eines von 450 Informationszentren des europaweiten **Europe Direct Netzwerks** der Europäischen Kommission und in Karlsruhe beim Regierungspräsidium angesiedelt. Unsere Aufgabe ist es, die Europäische Union mit ihren Institutionen und ihrer Politik transparent zu machen, die breite Öffentlichkeit über aktuelle europäische Politik zu informieren, Veranstaltungen anzubieten sowie Fragen aller Art zum Thema Europa zu beantworten.“ (rp.baden-wuerttemberg.de)



Abbildung Nr. 38

3.01.c Bezirk Freiburg: Südbaden

Bewertung: Der Regierungsbezirk Freiburg liegt mit 185 Punkten auf Platz sieben der Nachhaltigkeitsbewertung der 38 deutschen NUTS-2-Gebiete. Sektorale wird nur bei „Bevölkerung“ (Ziffer 4) das Spitzengfeld besetzt (vollgrün). Gut (blassgrün) schneidet der Bezirk bei den drei ökonomischen Themen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ und „Beschäftigung“ (Ziffern 1 - 3) ab. Auch bei den ökologischen Themen „Umwelt“ und „Klima“ (Ziffern 7, 9) werden obere Stufen des Rankings belegt. In den Bereichen „Versorgung“, „Verkehr“ und „Landschaft“ (Ziffern 5, 6, 8) liegt der Bezirk auf unteren Rängen (blassrot).

Darstellung: „Der **Regierungsbezirk Freiburg** liegt im Südwesten Baden-Württembergs und hieß bis 1972 **Regierungsbezirk Südbaden**. Anders als heute stimmte der Regierungsbezirk Freiburg damals noch mit dem einstigen Land Südbaden überein. Im Süden grenzt der Regierungsbezirk Freiburg an die Schweiz, im Westen an das Elsass (Frankreich). Der Regierungsbezirk besteht aus neun Landkreisen und dem Stadtkreis Freiburg, insgesamt 300 Städte und Gemeinden. Das Oberrheinische Tiefland, der Schwarzwald und das zum Alpenvorland zählende Bodenseegebiet sind die drei bestimmenden Großlandschaften Südbadens. Der Tourismus in Südbaden gilt auch als ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und ist daher Jobgarant im Land. Dies ist vor allem für den ländlichen Raum von Bedeutung, aber auch die größeren und kleineren Städte profitieren durch den Fremdenverkehr. Der Weinbau gilt in Baden als ein bedeutender Wirtschaftszweig innerhalb der Landwirtschaft mit Einfluss auf die Bereiche Gastronomie und Tourismus. Die Rebflächen prägen vielerorts das Landschaftsbild. Zudem steht der Weinbau im Anbaugebiet Baden auch für biologische Vielfalt und nachhaltige Landbewirtschaftung.“(alemannische-seiten.de)

Verwaltung: „Das **Regierungspräsidium Freiburg** ist sozusagen die Außenstelle der Landesregierung bzw. der Landesministerien in der Fläche. Ähnlich wie bei den Regierungspräsidien in Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen sind unter dem Dach des Regierungspräsidiums alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung zusammengefasst, die auf der höheren Landesebene nach fachlichen Gesichtspunkten getrennt sind. Das Regierungspräsidium Freiburg betreibt daher in einem umfassenden Sinne **regionales Management** und nimmt mit der Wahrnehmung komplexer Verwaltungsaufgaben und der Austragung und Lösung oft schwerwiegender Zielkonflikte einen wichtigen Platz im Verwaltungsgeschehen des Landes ein. Der Regierungspräsidentin unterstehen über 1.750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedensten Fachrichtungen in 56 Referaten und acht Abteilungen“ (rp.baden-wuerttemberg.de)



Abbildung Nr. 39

Entwicklung: „Rund 1.800 Beschäftigte im Regierungspräsidium Freiburg stehen für eine zukunftsorientierte Erhaltung und Gestaltung unserer Region. Wir wollen das **Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung** im Regierungsbezirk verankern. Mit Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Interessen sichern wir die Zukunft und erhalten die Entwicklungs- und Lebenschancen der künftigen Generationen.“ (rp-freiburg.de). Drei **Regionalverbände** füllen den Bezirk aus:

- **Südlicher Oberrhein:** „Die Region ist ein Teilraum der ‚Trinationalen Metropolregion Oberrhein‘. Im Westen verbindet der Rhein die Region mit Frankreich (Elsass) und im Süden liegt die Schweiz. Das verleiht dem Südlichen Oberrhein ein internationales Flair.“
- Die Region **Hochrhein-Bodensee** umfasst die Landkreise Konstanz, Lörrach und Waldshut mit insgesamt 92 Städten und Gemeinden. Die Lage an der Grenze zur Schweiz und zu Frankreich hat für die Region Hochrhein-Bodensee gerade in wirtschaftlicher Hinsicht ein besonderes Gewicht.
- Die Region **Schwarzwald-Baar-Heuberg** ist überproportional vom Produzierenden Gewerbe geprägt. Insgesamt zählt die Region zu den ländlich strukturierten Räumen, die sich außerhalb der großen europäischen Metropolregionen befinden.“ (geoportals-raumordnung-bw.de)

Förderung: „Unsere Region repräsentiert zwischen Kaiserstuhl, Schwarzwald und Bodensee mit seinen Strukturen auch den ländlichen Raum in Europa. Ohne die Land- und Forstwirtschaft wären die Pflege und der Erhalt unserer Kulturlandschaft unmöglich. Daher muss die **EU-Agrarpolitik** auch in den kommenden Förderperioden den Schwerpunkt auf die kleinteilige Landwirtschaft legen. Dabei muss vor allem auch den besonderen Herausforderungen der Höhenlandwirtschaft Rechnung getragen werden. Auch der Weinbau in Südbaden muss in der europäischen Agrarpolitik weiter eine starke Stimme haben.“ (cdu-suedbaden.de, 2018)

Vernetzung: „Der **Info-Point Europa Freiburg (IPE)** im ersten OG der Stadtbibliothek ist eine dezentrale Auskunftsstelle der Europäischen Union für die BürgerInnen in Deutschland. Ob SchülerInnen, ProfessorInnen, RentnerInnen oder ‚nur‘ politisch Interessierte, jeder ist beim Info-Point Europa willkommen. Hier erhalten Sie zuverlässige Information über die Europäische Union, ihre Einrichtungen und über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Mitgliedsstaaten. Der Info-Point Europa bietet kostenlose Broschüren, Plakate und Karten zu allen Arbeitsbereichen der EU, eine Präsenzbibliothek mit Nachschlagewerken, Fachliteratur, Videos und CD-ROMs, Zugang zu den Datenbanken der EU im Internet sowie regelmäßige Veranstaltungen zu Politik, Gesellschaft, Kultur und Alltag in Europa.“ (freiburg.de)



Abbildung Nr. 40

3.01.d Bezirk Tübingen: Südwürttemberg

Bewertung: Die Auswertung des Nachhaltigkeitsvergleichs des Regierungsbezirks als NUTS-2-Region der EU-Systematik bezieht sich auf neun Sektoren, in denen jeweils drei Faktoren summiert werden. Der Regierungsbezirk Tübingen erringt mit 200 Punkten die „Bronzemedaille“ im Nachhaltigkeitsranking der 38 deutschen NUTS-2-Regionen. Spitzenplätze (vollgrün) belegt der Bezirk in den Bereichen „Wissenschaft“ (Ziffer 1), „Beschäftigung“ (Ziffer 3), „Bevölkerung“ (Ziffer 4), „Verkehr“ (Ziffer 6) und „Umwelt“ (Ziffer 7). Auf vorderen Plätzen (blassgrün) rangiert der Bezirk in den Sektoren „Wirtschaft“ (Ziffer 2) und „Versorgung“ (Ziffer 5). Die letzten Plätze (vollrot) werden bei den Themen „Landschaft“ (Ziffer 8) und „Klima“ (Ziffer 9) belegt.

Darstellung: „Der Regierungsbezirk Tübingen umfasst die Landkreise, Reutlingen, Zollernalbkreis, Sigmaringen, Ravensburg, Bodenseekreis, Alb-Donau-Kreis, Biberach sowie der Stadtkreis Ulm. Die Fläche beträgt 8918 km². Es leben dort 1.808.388 Einwohner. Das Regierungspräsidium Tübingen besteht seit der Bildung des Südweststaates Baden-Württemberg 1952. Bei der Gebietsreform 1973 wurde der Zuständigkeitsbereich des Regierungspräsidiums Tübingen um ehemals badische Gebiete erweitert. Im Gegenzug wurden auch Gebiete in die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Freiburg abgegeben. Daher wurde der Regierungsbezirk **Südwürttemberg-Hohenzollern** seinerzeit in Regierungsbezirk Tübingen umbenannt.“ (tuepedia.de)

Verwaltung: „Wir sind Förderagentur, Wirtschaftsmotor, Garant für fairen Wettbewerb, wir schützen Verbraucher, stärken die Infrastruktur, sichern die Qualität der Bildung, bewahren Lebensräume für Pflanzen und Tiere und schaffen attraktive Lebens- und Erholungsräume: Bei uns arbeiten knapp 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an über 50 Dienstsitzen und Außenstellen: Verwaltungsfachleute; Juristen, Ingenieure; Ärzte, Agraringenieure, Chemieingenieure, Landschaftspfleger, Gewässerarbeiter; Bibliothekare; Straßenbauingenieure, Tierärzte, Apotheker; Lehrer, Verkehrsexperten, Eichbeamte, Verbraucherschützer, Biologen und und. Das **Regierungspräsidium** Tübingen als Mittelbehörde zwischen den zehn Landesministerien und der unteren Verwaltungsebene mit Landrats- und Bürgermeisterämtern bietet im Rahmen seiner Zuständigkeit seinen Bürgerinnen und Bürgern, den Landkreisen, Städten und Gemeinden, Wirtschaftsunternehmen und sonstigen Institutionen hohe Kompetenz und schnelle Entscheidungen.“ (de-de.facebook.com).



Abbildung Nr. 41

Entwicklung: Der Bezirk Tübingen umfasst drei **Regionalverbände**, von denen einer übergreifend ist:

- Zur **Region Neckar-Alb** gehören die Landkreise Reutlingen, Tübingen und der Zollernalbkreis. Die Städte Reutlingen und Tübingen, bilden das Oberzentrum der Region.“ (rvna.de)
- Die **Region Bodensee-Oberschwaben** umfasst die Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Die Städte Friedrichshafen, Ravensburg und Weingarten bilden das Oberzentrum.“ (rvbo.de)
- „Die **Region Donau-Iller** liegt an der Schnittstelle Baden-Württemberg und Bayern. Den baden-württembergischen Teil der Region bilden Alb-Donau-Kreis, Landkreis Biberach sowie Stadtkreis Ulm.“ (rvdi.de)

Förderung: „Im Süden des Regierungsbezirks Tübingen liegt die Bodenseeregion. Für das Programmgebiet Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein - eine Grenzregion, die vier Staaten umfasst - werden bereits in der fünften Förderperiode grenzüberschreitende Projekte gefördert. **Interreg** ist ein Regionalprogramm der EU zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Das Regierungspräsidium Tübingen ist Sitz des Gemeinsamen Sekretariats des Förderprogramms.“ (rp.baden-wuerttemberg.de). „Ziele des Programms sind mehr Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Beschäftigung und Bildung. Gleichzeitig werden Umwelt-, Energie- und Verkehrsthemen angegangen. Einen zusätzlichen Schwerpunkt bilden Forschung und Innovation, mehr Energieeffizienz und eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien. Ferner soll das gemeinsame Natur- und Kulturerbe, insbesondere am Bodensee und am Rhein, noch an Attraktivität gewinnen.“ (interreg.org).

Vernetzung: Die Gliederung in vier Regierungsbezirke bzw. deren weitere Aufteilung in jeweils drei Regionalverbände dient in Baden-Württemberg auch anderen Institutionen als Kongruenzmuster, z.B.:

- „Die Landesärztekammer hat ihren Sitz in Stuttgart. Hinzu kommen Bezirksärztekammern in den Regierungsbezirken (Nordwürttemberg, Nordbaden, Südbaden, Südwürttemberg).“ (aerztekammer-bw.de)
- „In Baden-Württemberg gibt es **zwölf Industrie- und Handelskammern (IHKs)**, die in der gesamten Fläche des Landes mit regionalen Angeboten starker Partner für Unternehmen und deren Beschäftigte sind.“ (bw.ihk.de). Ihre Gebietszuschnitte sind mit den Planungsregionen kongruent.
- „Die **Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum im Regierungsbezirk Tübingen (AGLR)** ist eine Interessengemeinschaft der Kreise, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Regionalverbände, Kirchlichen Einrichtungen des Regierungsbezirks Tübingen, Gemeinde- und Städtetag sowie Landesbauernverband und Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie setzt sich für die positive Entwicklung des Raumes Südwürttemberg als Wirtschafts- und Lebensraum ein.“ (rvna.de)



Abbildung Nr. 42

3.02 Bayern: "Traditionell anders"

„Der Freistaat Bayern gliedert sich in 7 **Regierungsbezirke**. Im Aufbau der bayerischen Staatsverwaltung ist die Bezirksregierung eine sogenannte Mittelbehörde. Die Bezeichnung Mittelbehörde deshalb, weil sie in der staatlichen Behördenorganisation zwischen der Oberstufe, den Staatsministerien und den Behörden der Unterstufe, z. B. den Landratsämtern, eingerichtet ist. Regierungsbezirke sollten nicht mit den kommunalen Bezirken verwechselt werden!“ (bayern.de). „Die sieben bayerischen **Bezirke** sind kommunale Gebietskörperschaften (nicht zu verwechseln mit den Regierungsbezirken), die in der Bayerischen Verfassung verankert sind. Sie bilden - neben den Gemeinden und Städten (erste kommunale Ebene) und den Landkreisen (zweite kommunale Ebene) - die dritte kommunale Ebene in Bayern. Alle drei kommunalen Ebenen stehen gleichberechtigt nebeneinander und erfüllen jeweils eigene Aufgaben.“ (bay-bezirke.de)

„Der Freistaat Bayern erhält für die regionale Strukturpolitik bis zum Jahr 2020 rund 495 Mio. € aus dem **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)**. Im bayerischen Operationellen Programm ‚**Investitionen in Wachstum und Beschäftigung**‘ (IWB) ist festgelegt, dass die Fördermittel in fünf Bereichen investiert werden. Um den sozialen und regionalräumlichen Zusammenhalt zu stärken, hat sich der Freistaat verpflichtet, 60% der Fördermittel in strukturschwächeren Regionen Bayerns einzusetzen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Landkreise in der Grenzregion zur Tschechischen Republik, aber auch um Landkreise und kreisfreie Städte im Süden und Westen Bayerns“ (stmwi.bayern.de). „Die zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur in den Grenzregionen bestimmten IWB-Mittel werden von den bayerischen **Bezirksregierungen** verwaltet“ (regierung.niederbayern.bayern.de). „Um einen reibungslosen Start der neuen Förderperiode zu gewährleisten, hat der Freistaat Bayern mit den erforderlichen Vorbereitungsarbeiten für das zukünftige EFRE-Programm Bayern 2021-2027 begonnen“ (efre-bayern.de)

In der **Landesentwicklung** Bayern haben die sieben Bezirke als Raumbezug kaum Bedeutung. Sie werden weder im Landesentwicklungsprogramm (LEP 2013) noch im Raumordnungsbericht 2018 als europäische Großräume angesprochen. Als Bezugsebene für „**Gleichwertigkeit und Nachhaltigkeit** als Leit motive der Landesentwicklung in Bayern“ (LEP 1.1) werden vielmehr die 18 **Planungsregionen** adressiert, die für räumliche Entwicklungsstrategien funktional besser geeignet sind.

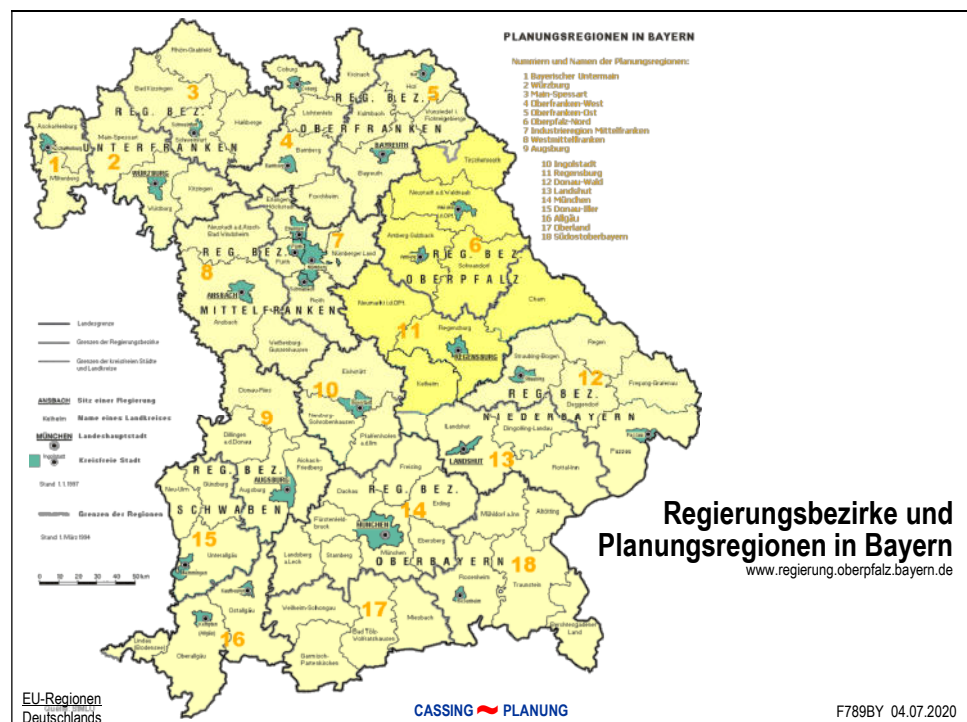


Abbildung Nr. 43

3.02.a Bezirk Oberbayern: Großraum München

Bewertung: Der Regierungsbezirk Oberbayern kommt im vorliegenden Nachhaltigkeits-Ranking mit 206 Punkten auf den zweiten Platz. Die Bewertung beruht auf Spitzenplätzen (vollgrün) in den Sektoren „Wissenschaft“, „Wirtschaft“, „Beschäftigung“ und „Bevölkerung“ (Ziffern 1 - 4). Gute Werte (blassgrün) gibt es im Bereich „Umwelt“ (Ziffer 7). Weniger nachhaltig (blassrot) fallen die Noten in den Sektoren „Verkehr“ (Ziffer 6) und „Klima“ (Ziffer 9) aus.

Darstellung: „Oberbayern erzielte 2017 ein Bruttoinlandsprodukt von fast 268 Milliarden Euro. In Deutschland ist **Oberbayern** die Region mit dem zweithöchsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Die **Landeshauptstadt München und ihr Umland** bilden eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas und das Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens in Bayern. Oberbayern verbindet eine vorteilhafte geografische Lage und optimale Standortbedingungen für Unternehmen mit einem kaum zu übertreffenden Freizeit- und Erholungsangebot.“ (www.regierung.oberbayern.bayern.de). „Oberbayern lebt vom Kontrast zwischen Donau, Seengebieten und Alpen, zwischen der Millionenstadt München und ländlichem Umland. Oberbayern ist eine grenznahe Region, Alpenanrainer und Standort von börsennotierten Weltunternehmen. Die Attraktivität Oberbayerns als **Lebens- und Tourismusraum** entsteht aus eben diesen Kontrasten und der Balance aus landschaftlicher Attraktivität, Authentizität und wirtschaftlichen Chancen.“ (top.oberbayern.de)

Verwaltung: „Die **Regierung von Oberbayern** ist eine staatliche Verwaltungsbehörde der mittleren Verwaltungsebene, d.h. wir stehen zwischen den Staatsministerien und den Landratsämtern und kreisfreien Städten. An der Regierung von Oberbayern arbeiten rund 1.700 Frauen und Männer, darunter Vertreter aus über 25 wissenschaftlichen Fachrichtungen. Als einheitliche Anlaufstelle bieten wir Entscheidungen aus einer Hand und damit einen besseren Service für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Kommunen, als eine Vielzahl einzelner Behörden gewährleisten kann.“ (www.regierung.oberbayern.bayern.de). Der **Bezirk Oberbayern** ist die kommunale Gebietskörperschaft, die mit dem Zuständigkeitsgebiet der Regierung von Oberbayern räumlich übereinstimmt. Der Bezirk erfüllt überörtliche Aufgaben der Daseinsvorsorge, die über die Zuständigkeit oder das Leistungsvermögen der Landkreise und kreisfreien Städte hinausgehen. Hauptorgane des Bezirks sind der Bezirkstag, der Bezirksausschuss und der Bezirkstagspräsident. Der Bezirkstag ist die Vertretung der oberbayerischen Bürgerinnen und Bürger und besteht aus 82 ehrenamtlichen Mitgliedern, die für fünf Jahre gewählt werden.“ (www.bezirk-oberbayern.de)



Abbildung Nr. 44

Entwicklung: „Aufgabe der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung ist es, den Gesamtraum Oberbayerns und seine Teilräume zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Sie hat dabei im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung die Bedürfnisse nachfolgender Generationen im Blick. Zur Betreuung der regionalen Initiativen gibt es an jeder Regierung Beauftragte für **Regionalmanagement** und regionale Initiativen. Eine zentrale Aufgabe der Regierung ist die Bewilligung und Abwicklung der Fördermittel für das Regionalmanagement. Die Regierung von Oberbayern als **höhere Landesplanungsbehörde** ist für vier Planungsregionen zuständig. Die **Regionsbeauftragten** haben ihren Sitz bei der Regierung von Oberbayern, handeln eigenverantwortlich gegenüber den regionalen Planungsverbänden. Als ‚Planungsbüros‘ der Region Ingolstadt, Region München, Region Oberland, Region Südostoberbayern sind ihre wichtigsten Aufgaben: Erstellung und Fortschreibung der Regionalpläne, Stellungnahmen v.a. zu Bauleitplanungen und Raumordnungsverfahren, Erstellung von Gutachten.“ (regierung.oberbayern.bayern.de)

Förderung: „Der Freistaat Bayern wird auch in der kommenden EU-Haushaltsperiode Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhalten. Das neue Programm verfolgt entsprechend den EU-Vorgaben drei Ziele: Erstens sollen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Förderung des Mittelstandes. Zweitens sollen die EU-Fördermittel den Klimaschutz voranbringen. Drittens ist ein Förderbereich mit Projekten für nachhaltige Stadtentwicklung vorgesehen. Die EU-Regionalförderung wird auch künftig zu gleichwertigen Arbeits- und Lebensbedingungen in ganz Bayern beitragen. Mindestens 60 % der EFRE-Mittel werden in den ‚**Raum mit besonderem Handlungsbedarf**‘ (RmbH) fließen (gemäß Landesentwicklungsprogramm Bayern im Regierungsbezirk Oberbayern v.a. Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Mühldorf a.Inn).“ (efre-bayern.de).

Vernetzung: Das **Pro-Europa Netzwerk** ist ein Zusammenschluss ehrenamtlicher, überparteilicher Organisationen, die sich in München & Oberbayern für eine zukunftsfähige Europäische Union einsetzen. Wir sind davon überzeugt, dass wir Europäer unsere Zukunft nur gemeinsam gestalten können und dass es den Mitgliedsstaaten nur vereint gelingen kann, ihre Interessen und Werte in der Welt geltend zu machen. Dabei brauchen sie die Unterstützung ihrer Bevölkerung und das Vertrauen der Menschen, dass ihre Anliegen Eingang finden in die europäische Politik.“ (proeuropa-netzwerk.de). „Das **europa direct Informationszentrum** (EDIC) München ist ein EU-gefördertes Projekt des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München in Kooperation mit der Münchner Stadtbibliothek. Es ist Teil eines europaweiten Netzwerks der Europäischen Kommission mit über 500 Informationszentren in ganz Europa.“ (muenchen.de).



Abbildung Nr. 45

3.02.b Bezirk Niederbayern: Bayern-Landshut

Bewertung: Der Bezirk Niederbayern kommt im Nachhaltigkeits-Ranking auf 151 Punkte und liegt damit im Mittelfeld (gelb) der 38 deutschen NUTS-2-Regionen. Vordere Plätze (blassgrün) werden in den Sektoren „Wirtschaft“ (Ziffer 2), „Beschäftigung“ (Ziffer 3), „Bevölkerung“ (Ziffer 4), „Verkehr“ (Ziffer 6) und „Umwelt“ (Ziffer 7) belegt. Die Schlussposition (vollrot) verursachen die Werte für die Bereiche „Wirtschaft“ (Ziffer 1), „Versorgung“ (Ziffer 5), „Landschaft“ (Ziffer 8) und „Klima“ (Ziffer 9).

Darstellung: „Niederbayern ist der flächenmäßig zweitgrößte bayerische Regierungsbezirk. Die Landschaft wird vom Mittelgebirge und Nationalpark Bayerischer Wald im Nordosten, vom Hügelland zwischen Isar und Inn im Süden und vom weiten Donautal dazwischen geprägt. Die Wirtschaft in der Region ist durch die Automobilindustrie und Zulieferbetriebe geprägt. Eine wichtige Rolle spielt der Tourismus im Bayerischen Wald und im bayerischen Golf- und Thermenland. Der Name ‚Niederbayern‘ entstand im Jahr 1255, als die bayerischen Herzöge das Land teilten. Seit 1956 ist **Landshut** Sitz der Bezirksregierung.“ (regierung.niederbayern.bayern.de). „Niederbayern ist die kontrastreiche Symbiose von historischen Städten mit weitem Land und rauer Natur, von treibender Innovationskraft mit Bodenständigkeit, von Internationalität mit Heimatverbundenheit. Der **Niederbayern-Forum e.V.** hat die Aufgabe, Niederbayern als attraktiven Lebensraum weiterzuentwickeln und positiv nach außen darzustellen. Der Verein initiiert und setzt hierfür zahlreiche Marketingmaßnahmen mit Innen- und Außenwirkung um.“ (niederbayern.de)

Verwaltung: Nicht selten wird der Bezirk Niederbayern mit der Regierung von Niederbayern verwechselt: Der **Bezirk** als dritte Ebene der kommunalen Selbstverwaltung erfüllt ihm übertragene Aufgaben, die das finanzielle Leistungsvermögen der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte übersteigen. Als überörtlicher Träger der Sozialhilfe schafft und unterstützt er vor allem Einrichtungen in den Bereichen Soziales und Psychiatrie.“ (bezirk-niederbayern.de). „Die **Regierung** von Niederbayern bündelt und koordiniert die Aktivitäten der bayerischen Staatsministerien in der Region. Das Sachgebiet ‚Raumordnung, Landes- und Regionalplanung‘ steuert die räumliche Entwicklung Niederbayerns, indem es raumbedeutsame Maßnahmen wie den Bau großer Infrastrukturprojekte mit anderen Nutzungsansprüchen abstimmt. Zudem ist es ‚Planungsbüro‘ für die Regionalen Planungsverbände und arbeitet die Regionalpläne aus. Außerdem betreuen die Mitarbeiter die niederbayerischen Regionalmanager und koordinieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien und Österreich.“ (regierung.niederbayern.bayern.de)

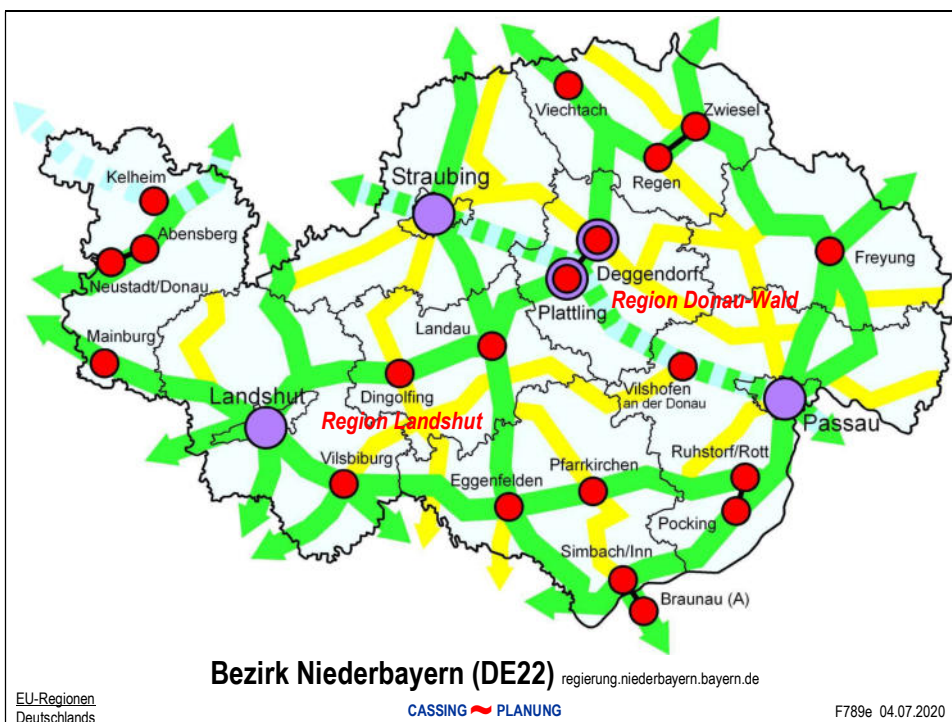


Abbildung Nr. 46

Entwicklung: „Die **Regionalplanung** ist als Teil der Landesplanung staatliche Aufgabe, in Bayern wird sie von den Regionalen Planungsverbänden im übertragenen Wirkungsbereich wahrgenommen. In den Planungsverbänden sind alle Gemeinden und Landkreise einer Planungsregion zusammengeschlossen, die Regionalplanung liegt damit in den Händen der Kommunen. Als zentraler Ansprechpartner für den Planungsverband und seine Mitglieder fungiert der **Regionsbeauftragte**.“ (regierung.niederbayern.bayern.de).

- „Die **Planungsregion Donau-Wald** liegt im Osten Bayerns. Die Region umfasst die Landkreise Degendorf, Freyung-Grafenau, Passau, Regen und Straubing-Bogen mit ihren kreisangehörigen Gemeinden und die beiden kreisfreien Städte Passau und Straubing.“ (region-donau-wald.de)
- „Der Regionale Planungsverband Landshut ist der Zusammenschluss der Kommunen in der **Planungsregion Landshut**. Ihm gehören die kreisfreie Stadt Landshut, die Landkreise Dingolfing-Landau, Kelheim, Landshut und Rottal-Inn sowie die kreisangehörigen Gemeinden dieser Landkreise an. (Aus dem Landkreis Kelheim sind allerdings nur die Gemeinden Aiglsbach, Attenhofen, Elsendorf und Volkenschwand sowie die Stadt Mainburg Mitglieder unseres Verbandes).“ (region.landshut.org)

Förderung: „**Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern:** Niederbayerns ländlicher Raum ist lebenswert und soll es bleiben. Auch die Menschen dort erwarten attraktive Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen. Wir entwickeln diese mit den Bürgern und Gemeinden vor Ort. Fast zwei Drittel aller Gemeinden Niederbayerns setzen auf unsere Unterstützung. Insgesamt betreuen wir rund 280 Projekte und gestalten attraktive Standortbedingungen für über 75.000 Bürgerinnen und Bürger. Ländliche Gemeinden, die gemeinsam im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) eine zukunftsorientierte und lebenswerte Region gestalten, können sich erneut für die **Förderung eines Regionalbudgets** zur Verwirklichung investiver Kleinprojekte bewerben. Das Regionalbudget für das Jahr 2021 muss bis 31. Dezember 2020 beim zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung beantragt werden.“ (stmelf.bayern.de)

Vernetzung: „Die **Europaregion Donau-Moldau (EDM)** ist eine trilateral tätige Arbeitsgemeinschaft. Ihr gehören sieben Partnerregionen an: Oberösterreich, das niederösterreichische Most- und Waldviertel, Niederbayern, die Oberpfalz sowie die tschechischen Bezirke Pilsen, Südböhmen und Vysočina. Die Europaregion Donau-Moldau zielt darauf ab, durch die Förderung der Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung des EDM-Raumes sowie zur Umsetzung des europäischen Gedankens beizutragen.“ (europaregion.org). „Das **EUROPE DIRECT Informationszentrum Freyung** ist für die Region Niederbayern zuständig. Die Hauptaufgabe dieses Netzwerkes ist es, Informationen zur Europäischen Union zu geben.“ (europe-direct.de)



Abbildung Nr. 47

3.02.c Bezirk Oberpfalz: Großraum Regensburg

Bewertung: Der Bezirk Oberpfalz erzielt in der vorliegenden Nachhaltigkeits-Wertung 169 Punkte und liegt damit im zweiten Feld (blassgrün) der fünfteiligen Skala. Die Wertung setzt sich zusammen aus vordersten Plätzen (vollgrün) bei den Themen „Beschäftigung“ und „Verkehr“, vorderen Plätzen (blassgrün) bei „Bevölkerung“ und „Umwelt“, mittleren Plätzen (gelb) bei „Wirtschaft“ und „Klima“, hinteren Rängen (blassrot) bei „Wissenschaft“ und „Versorgung“ sowie letzten Plätzen (vollrot) im Sektor „Landschaft“.

Darstellung: „Die Oberpfalz gliedert sich in sieben Landkreise und drei kreisfreie Städte. Hauptstadt der Oberpfalz ist Regensburg. Derzeit leben rund 1,1 Mio. Menschen im Regierungsbezirk. Die Oberpfalz hat jede Menge zu bieten! Und diese Vorzüge ins rechte Licht zu setzen, ist die Aufgabe von **Oberpfalz Marketing e.V.**“ (www.regierung.oberpfalz.bayern.de): „**Die Vorteile der Oberpfalz darstellen** - darum wurden wir gegründet. Nach einer Vielzahl von Projekten und Aktionen konzentrieren wir uns jetzt darauf, die Oberpfalz als attraktiven Raum zum Leben und Arbeiten zu positionieren. Die Oberpfalz erstreckt sich vom Fichtelgebirge im Norden bis zur Donau im Süden, vom fränkischen Jura im Westen bis zum Böhmerwald im Osten. Die Landschaft ist von Mittelgebirgen, Seen und Flüssen (Donau, Naab, Regen, Vils und Laaber) geprägt. Die Region bietet viel Raum für Ruhe und Erholung, ist aber mehr als nur Natur. Die Region lebt auch von ihren Städten - allen voran Regensburg - und bietet durch ihr extrem starkes Wirtschaftswachstum der letzten Jahre jede Menge Karrieremöglichkeiten. Tradition und ein umfangreiches, junges Kulturangebot verstehen sich da von selbst.“ (oberpfalzmarketing.de)

Verwaltung: „Der Bezirk Oberpfalz und die Regierung der Oberpfalz haben zwar den gleichen Wirkungsbereich (Regierungsbezirk), ihre Stellung im Staatsaufbau ist jedoch grundverschieden. Der **Bezirk Oberpfalz** ist eine in der Verfassung des Freistaates Bayern verankerte kommunale Gebietskörperschaft. Der Bezirk bildet neben den Gemeinden und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten die dritte kommunale Ebene. Der/Die **Bezirkstagspräsident/in** verwaltet zusammen mit dem **Bezirkstag** und den bestellten Ausschüssen den Bezirk. Er/Sie vertritt den Bezirk nach außen. Der **Bezirkstag** wird zeitgleich mit dem bayerischen Landtag auf fünf Jahre gewählt. Die **Regierung der Oberpfalz** ist eine Mittelbehörde im dreistufigen Verwaltungsaufbau zwischen den Bayerischen Staatsministerien und den Behörden der Unterstufe (z.B. Landratsämter). Geleitet wird die Regierung vom **Regierungspräsidenten** bzw. der **Regierungspräsidentin**, der/die die Staatsregierung in der Oberpfalz repräsentiert. Der/Die **Regierungspräsident/in** wird, ebenso wie die Stellvertretung, von der Staatsregierung ernannt“ (regierung.oberpfalz.bayern.de)



Abbildung Nr. 48

Entwicklung: „Die zuständige **höhere Landesplanungsbehörde** erfüllt im Bereich der Regionalplanung eine Doppelfunktion: zum einen obliegt ihr die Rechts- und Fachaufsicht über die Regionalen Planungsverbände, zum anderen stellt sie den **Regionalen Planungsverbänden** die erforderlichen Mittel (u.a. sogenannte Regionsbeauftragte) zur Verfügung“ (regierung.oberpfalz.bayern.de):

- Die **Planungsregion Oberpfalz-Nord** umfasst die kreisfreien Städte Amberg und Weiden i.d.OPf. sowie die Landkreise Amberg-Weizsach, Neustadt a.d.Waldnaab, Schwandorf und Tirschenreuth. Durch die Bündelung der politischen und wirtschaftlichen Interessen wollen wir die Region stärken und nachhaltig entwickeln sowie wichtige Planungsvorhaben frühzeitig auf den Weg bringen.“ (oberpfalz-nord.de)
- Die **Planungsregion Regensburg** umfasst die Gebiete der Landkreise Cham, Neumarkt i.d.OPf., Regensburg und den überwiegenden Teil des Landkreises Kelheim sowie die kreisfreie Stadt Regensburg. Vom Regionalen Planungsverband Regensburg wird eine zukunftsorientierte räumliche Ordnung und Entwicklung durch die Ziele des Regionalplans angestrebt.“ (region11.de)

Förderung: „Die **Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)** ist ein Ziel im Rahmen der EU-Strukturförderung, das aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) finanziert wird. Durch das Programm ‚Freistaat Bayern - Tschechische Republik (Ziel ETZ 2014-2020)‘ wird die grenzübergreifende Zusammenarbeit im bayerisch-tschechischen Grenzraum gefördert. Zielsetzung des Programms ist, die Weiterentwicklung des bayerisch-tschechischen Grenzgebietes zu einem gemeinsamen Lebens-, Natur- und Wirtschaftsraum, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region sowie die nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen. Für Sie zuständig: Regierung der Oberpfalz - Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Beschäftigung.“ (regierung.oberpfalz.bayern.de)

Vernetzung: Am Schnittpunkt zahlreicher Handelswege gelegen, hat die **Stadt Regensburg** bereits seit dem frühen Mittelalter eine zentrale Funktion in Europa. Mit dem Immerwährenden Reichstag von 1663 bis 1806 tagte in Regensburg sozusagen das erste europäische Parlament. Die Stadt Regensburg ist bestrebt, ihre regionalen, europäischen und internationalen Netzwerke auszubauen und ihr Profil als **europäische Stadt** zu stärken“ (regensburg.de). „**Junges Europa** e.V. möchte den in Deutschland geführten Europa-Diskurs verbessern und Europa fassbarer machen. Damit setzen wir der europäischen Krisenrhetorik einen gesamteuropäischen Blickwinkel entgegen. Mit dieser Motivation wollen wir Regensburger StudentInnen sowie anderen interessierten Menschen das Projekt Europa näher bringen.“ (jungeseuropa.de).



Abbildung Nr. 49

3.02.d Bezirk Oberfranken: Nordostbayern

Bewertung: Der Bezirk Oberfranken liegt mit 145 Punkten auf einer hinteren Position (blassrot) im Ranking der deutschen EU-NUTS-2-Regionen. Das ist das Resultat aus guten Plätzen (blassgrün) in den Bereichen „Beschäftigung“ und „Verkehr“, mittleren Positionen (gelb) in den Bereichen „Wissenschaft“ und „Bevölkerung“, unteren Rängen (blassrot) in den Sektoren „Wirtschaft“ und „Umwelt“ sowie Schlusspositionen (vollrot) bei den Themen „Versorgung“, „Landschaft“ und „Klima“.

Darstellung: „Der Regierungsbezirk mit seinen neun Landkreisen und vier kreisfreien Städten Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof liegt auf halbem Weg zwischen den großen europäischen Wachstumsregionen Frankfurt und Prag sowie München und Berlin. Das schafft Chancen und Perspektiven: Vitale Innenorte mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten sowie günstige Mieten und Baulandpreise, Kultur auf höchstem Niveau und herrliche Natur sind nur einige der Qualitätsmerkmale. Oberfranken hat als Forschungs- und Wissenschaftsstandort einen guten Namen: Unsere Universitäten und Hochschulen bleiben mit ihrer Forschung und Lehre am Puls der Zeit - nicht zuletzt aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit in Kompetenzzentren sowie mit den Wirtschaftsunternehmen und den Kammern. Oberfranken ist ein weltweit konkurrenzfähiger Standort - Spitzenprodukte und -technik aus Bayern stammen häufig auch aus Oberfranken. Unser Bestreben ist es, auch künftig in Oberfranken ein qualitativvolles Lebensumfeld mit guten Ausbildungsmöglichkeiten und qualifizierten Arbeitsplätzen, leistungsfähiger Infrastruktur und einer intakten Umwelt nachhaltig zu gewährleisten.“ (regierung.oberfranken.bayern.de)

Verwaltung: „Die oberfränkischen Kommunen sowie alle Bürger*innen profitieren direkt oder indirekt von der Arbeit ihrer **Bezirksregierung**. Wir bündeln Verwaltungsleistungen aus fast allen bayerischen Staatsministerien unter einem Dach aus einer Hand. Knapp 700 Mitarbeiter*innen verschiedenster Fachrichtungen arbeiten hier für die Entwicklung der Region, darunter Pädagogen, Pharmazeuten, Ärzte, Veterinäre, Ingenieure, Geographen, Architekten, Juristen, Physiker und Chemiker.“ (regierung.oberfranken.bayern.de). „Oberfranken als **Gebietskörperschaft** nimmt in seinem Gebiet Aufgaben wahr, die über die Zuständigkeit der Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise hinausgehen. Dazu gehören vor allem soziale Aufgaben wie die Hilfe für Menschen mit Behinderung und seelischen Erkrankungen oder die Hilfe für alte Menschen in Pflegeheimen. Der Bezirk ist aber auch ein Kompetenzzentrum in Fragen zur Gesundheitsversorgung, Kultur- und Heimatpflege, Landwirtschaft und Fischerei.“ (bezirk-oberfranken.de).



Abbildung Nr. 50

Entwicklung: *Hauptaufgabe der **Regionalplanung** ist die Aufstellung und Fortschreibung der Regionalpläne **Oberfranken-West** und **Oberfranken-Ost**. Die Regionsbeauftragten sind verantwortliche für die Ausarbeitung und Fortschreibung der Regionalpläne sowie die Erstellung der Arbeitsunterlagen für den Regionalen Planungsverband“ (regierung.oberfranken.bayern.de):*

- Die **Region Oberfranken-West** umfasst die kreisfreien Städte Bamberg und Coburg sowie die Landkreise Bamberg, Coburg, Forchheim, Kronach und Lichtenfels.“ (oberfranken-west.de)
- Die **Region Oberfranken-Ost** bilden die „Landkreise Bayreuth, Hof, Kulmbach und Wunsiedel, die kreisfreien Städte Bayreuth und Hof, die Stadt Waldershof im Landkreis Tirschenreuth.“ (oberfranken-ost.de)

Förderung: *„Durch **INTERREG V** wird die Zusammenarbeit im bayerisch-tschechischen Grenzraum gefördert. 1993 wurde die grenzüberschreitende Organisation **EUREGIO EGRENSIS** gegründet. Das Gesamtgebiet erstreckt sich auf rund 17.000 qkm und etwa zwei Mio. Einwohner.“ (euregio-egrensis.de). „Für Förderanfragen stellt die Regierung von Oberfranken einen **„Förderlotsen“** zur Verfügung. Die Arbeitsgruppe **Fördermanagement** der Regierung von Oberfranken bezweckt einen regelmäßigen, bereichsübergreifenden Informationsaustausch, insbesondere zu möglichen förderrechtlichen Handlungsansätzen und Förderprogrammen, die Abstimmung komplexer Förderprojekte und die Kooperation mit regierungsexternen Akteuren (z.B. andere Förderstellen des Freistaats, Stiftungen).“ (regierung.oberfranken.bayern.de)*

Vernetzung: *„Unter dem Dach des Vereins **Oberfranken Offensiv** haben sich oberfränkische Kommunen, Verbände, Initiativen, Unternehmen und engagierte Privatpersonen zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, das die Stärken der Region Oberfranken fördert: Gewachsene Tradition, Kultur, Natur und Lebenswärme bestimmen wie sonst nirgends den Charakter der Region und die Haltung ihrer Menschen. Ein darin wurzelndes Bewusstsein für Werte und Gemeinschaft sowie unternehmerische Zielstrebigkeit prägen einen Lebensraum, in dem sich Familien, Talente und Unternehmen wohl- und zu Hause fühlen. Sich dieser Besonderheiten bewusst zu sein und sie als gemeinsame Stärken zu leben und zu zeigen bildet das Fundament für eine sichere Zukunft der Region.“ (oberfranken.de). „Im Verein **IT-Cluster Oberfranken** schließen sich oberfrankenweit Unternehmen und Institutionen zu einem spezialisierten regionalen Netzwerk zusammen. So entsteht ein Wissens- und Wachstumspool, der Vorteile für alle beteiligten Akteure schafft. Ziel ist die Produktivität in der IT-Branche zu erhöhen und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Im Wettbewerb der Regionen gewinnt die Clusterbildung als Instrument zur Strukturierung und Profilierung der regionalen Wirtschaft zunehmend an Bedeutung.“ (it-cluster-oberfranken.de).*



Abbildung Nr. 51

3.02.e Bezirk Mittelfranken: Großraum Nürnberg

Bewertung: Der Bezirk Mittelfranken gelangt mit insgesamt 179 Punkten auf eine obere Stufe (blassgrün) im Nachhaltigkeits-Ranking. Die Bewertung setzt sich zusammen aus einem obersten Rang (vollgrün) im Sektor „Beschäftigung“, oberen Rängen (blassgrün) in den Bereichen „Wissenschaft“ und „Bevölkerung“, mittleren Werten (gelb) in den Feldern „Wirtschaft“, „Versorgung“, „Verkehr“, „Umwelt“ und „Klima“. Schlusslicht (vollrot) ist der Bezirk beim Indikator „Landschaft“.

Darstellung: „*Mittelfranken ist eine landschaftlich reizvolle, wirtschaftlich aufstrebende Region mit einer Fläche von 7245 qkm. Als zweitkleinster Bezirk zählt Mittelfranken mit rund 1,8 Mio. Einwohnern zu den bevölkerungsreichsten. Im Bezirk Mittelfranken gibt es fünf kreisfreie Städte, sieben Landkreise und 205 kreisangehörige Gemeinden. Der Bezirk Mittelfranken ist faktisch in zwei Gebiete mit unterschiedlichen geprägten Ausrichtungen aufgeteilt. Der Westen ist deutlich agrarisch strukturiert wobei der Osten Mittelfrankens eine industrielle Ausrichtung aufzeigt. Der Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach und Umland bildet das wirtschaftliche Herz und ist Zentrum des Handels und der Dienstleistungen für ganz Nordbayern. Zusammen mit Oberfranken, Teilen von Unterfranken und Oberpfalz bildet der Bezirk Mittelfranken das Gebiet der im Jahr 2005 gegründeten Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN). Das Hauptziel des Zusammenschlusses der Gemeinden, Städte und Landkreise zu einer Metropolregion ist die wichtig werdende Stadt-Land-Partnerschaft und das Nutzen gemeinsamer Synergieeffekte. Der Bezirk Mittelfranken unterstützt die Initiative der EMN ‚original regional‘ seit 1999.*“ (bezirk-mittelfranken.de)

Verwaltung: „*Die Regierung steht für einen Ausgleich zwischen gesamtstaatlichen und regionalen Belangen. Mit unseren Spezialisten unterschiedlichster Fachrichtungen vermitteln wir bei komplexen Lebenssachverhalten zwischen den verschiedenen Interessen, um schnell zu sachgerechten Lösungen zu gelangen. Unsere Kompetenzen reichen von der Wirtschaftsförderung über das staatliche Bau- und das Schulwesen bis hin zu sozialen Aufgaben und Belangen des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Wasserwirtschaft, der Gewerbeaufsicht und der Landwirtschaft.*“ (regierung.mittelfranken.bayern.de). „*Der Bezirk schafft und unterstützt öffentliche Einrichtungen für das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wohl aller Bürgerinnen und Bürger, die in Mittelfranken leben. Bezirkshauptstadt und Sitz des Bezirks ist Ansbach, wo im Bezirksrathaus die Sitzungen des Bezirkstages und seiner Ausschüsse stattfinden.*“ (bezirk-mittelfranken.de)

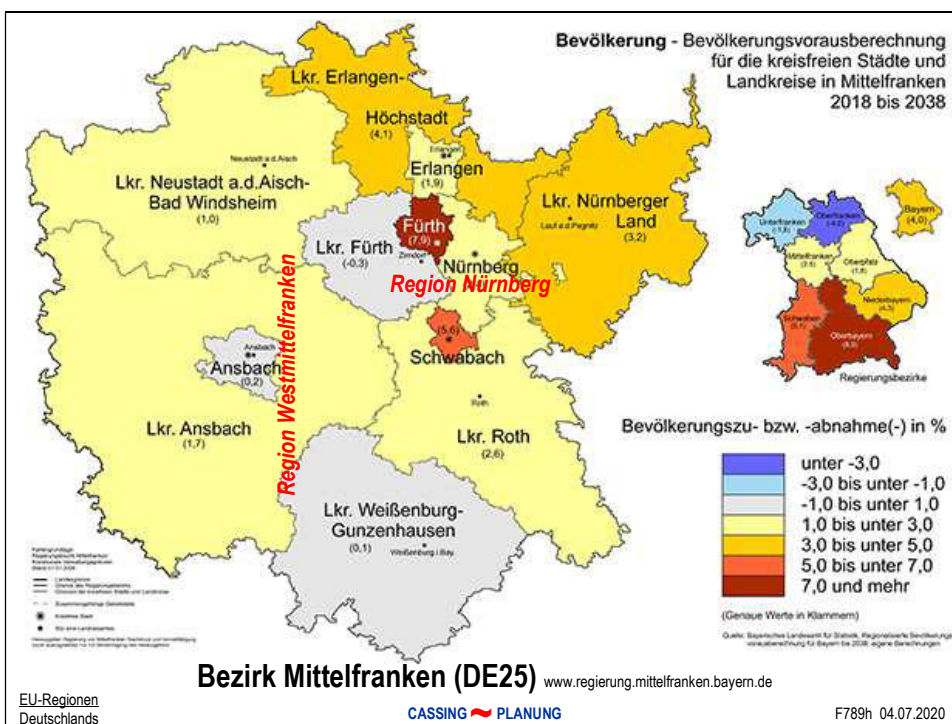


Abbildung Nr. 52

Entwicklung: Mittelfranken hat frühzeitig eine endogene Zukunftsstrategie erarbeitet. Das **Entwicklungsleitbild der Wirtschaftsregion Nürnberg** ist „eine mittelfränkische Gemeinschaftsinitiative der Regierung, Städte und Landkreise, Kammern (IHK, HWK), Gewerkschaften, Hochschulen. Das hat dazu geführt, dass sich die Region in den letzten Jahren in nationalen und internationalen Rankings deutlich verbessert hat. Sie gehört heute zu den Metropolregionen in Deutschland. Und nicht zuletzt ist das Entwicklungsleitbild Grundlage für das gemeinsame Regionalmarketing.“ (Lindstadt 2005). Die **Regionalplanungsträger** sind:

- Der **Regionale Planungsverband Westmittelfranken** umfasst die Lk Ansbach, Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim u. Weißenburg-Gunzenhausen sowie die Stadt Ansbach. (region-westmittelfranken.de)
- „Der **Planungsverband Region Nürnberg** ist Träger der Regionalplanung in der Planungsregion 7. In dieser Funktion koordiniert er die räumliche Entwicklung der Region.“ (nuernberg.de).

Förderung: „Die Regierung von Mittelfranken ist als staatliche Bündelungsbehörde auch für eine Vielzahl von Förderverfahren in Mittelfranken zuständig. Die Regierung bewilligt staatliche **Fördergelder** für die verschiedensten Gebiete. Zum Beispiel Städtebau, Wohnungsbau. Öffentlicher Personennahverkehr, Straßenbau, Schulen, Wasserwirtschaft, Krankenhäuser, Feuerwehren, Wirtschaft oder Naturschutz“ (regierung.mittelfranken.bayern.de). „1994 hat der Bezirkstags Mittelfranken die Errichtung der **Mittelfranken-Stiftung** Natur-Kultur-Struktur’ beschlossen. Der Bezirk Mittelfranken leitet die Geschäfte des **Landschaftspflegeverbandes Mittelfranken** e.V.. Der Bezirk Mittelfranken ist Mitglied in den Zweckverbänden Altmühlsee, Brombachsee und Rothsee - pro Jahr übernachten rund 1,7 Millionen Menschen im **Fränkischen Seenland**. Der Bezirk ist Mitglied der Interessengemeinschaft **Regionalbewegung Mittelfranken** und fördert diese jährlich mit 10.000 Euro.“ (bezirk-mittelfranken.de)

Vernetzung: „Um die Begegnungen von Menschen über Grenzen hinweg zu fördern, pflegt der Bezirk Mittelfranken mit der Region Nouvelle-Aquitaine und den drei Départements Haute-Vienne, Creuse und Corrèze in Frankreich sowie mit der polnischen Woiwodschaft Pommern (Pomorskie) **Partnerschaften**. Außerdem bestehen Kontakte zur Region Südmähren in Tschechien.“ (bezirk-mittelfranken.de). „Das **Europe Direct-Informationszentrum Nürnberg** verfolgt das Ziel, den Menschen vor Ort Informationen über die EU zugänglich zu machen“ (nuernberg.de). „Seit der Umsetzung der **EU-Dienstleistungsrichtlinie** berät die **IHK Nürnberg für Mittelfranken** zu Melde- bzw. Bewilligungsverfahren, Steuern und sonstigen Bestimmungen bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung.“ (ihk-nuernberg.de)



Abbildung Nr. 53

3.02.f Bezirk Unterfranken: Mainfranken

Bewertung: Unterfranken erreicht mit 171 Punkten einen vorderen Platz (blassgrün) in der Gesamtwertung, die sich aus folgenden Gruppenwerten zusammensetzt: Spitzennoten (vollgrün) gibt es für den Sektor „Verkehr“; in den Bereichen „Beschäftigung“ und „Bevölkerung“ gibt es gute Noten (blassgrün). Im Mittelfeld (gelb) findet man den Bezirk bei den Themen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“, „Umwelt“ und „Klima“. Ungünstig (blassrot) werden „Landschaft“, sehr ungünstig (vollrot) „Versorgung“ benotet.

Darstellung: „Unterfranken besitzt ein klares Alleinstellungsmerkmal: seine Lage. Unterfranken ist Bayerns deutsche Mitte. Zugleich liegt in Unterfranken (auch nach dem Austritt Großbritanniens) weiterhin der geografische Mittelpunkt der EU (Gadheim, Gemeinde Veitshöchheim, Lk Würzburg; zuvor Westerngrund Lk Aschaffenburg. Als Teil der Metropolregion FrankfurtRheinMain sowie zwischen den Metropolregionen Frankfurt, Nürnberg und Stuttgart liegend profitiert Unterfranken von diesem zentralen Standortvorteil. Unterfranken besticht als starker Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität. Seine vielfältige Forschungs- und Entwicklungslandschaft kombiniert mit herausragender Verbindung zu Industrie, Handwerk und Dienstleistungen bietet exzellente Möglichkeiten für Unternehmen und Absolventen und garantiert beste Zukunftschancen in der Region. Mit der Initiative Bayerischer Untermain und der Region Mainfranken GmbH existieren in Unterfranken zwei Regionalmarketinginitiativen die den gesamten Regierungsbezirk abdecken.“ (regierung.unterfranken.bayern.de)

Verwaltung: Unterfranken wird lange von den Würzburger Fürstbischöfen regiert. Nach der Säkularisation wird daraus die ‚Königlich baierische Kreisregierung für den Untermainkreis‘. Würzburg ist bis heute Sitz der **Regierung von Unterfranken:** „Wir sind eine moderne, leistungsfähige und zukunftsorientierte Behörde mit etwa 850 Beschäftigten. Als Ansprechpartner für Bürger*innen, Kommunen, Behörden und Verbände tragen wir in einem vielfältigen Aufgabenspektrum zum Wohl der Allgemeinheit und des Einzelnen in Unterfranken bei. Verantwortungsbewusst sorgen wir für einen gerechten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen öffentlichen und privaten Interessen“ (regierung.unterfranken.bayern.de). Auch der **Bezirk Unterfranken** hat hier seinen Sitz: „Oberstes politisches Organ des Bezirks ist der Bezirkstag. Der Bezirk Unterfranken erfüllt Aufgaben, die über die Zuständigkeit oder das Leistungsvermögen der Landkreise bzw. kreisfreien Städte hinausgehen. Er unterhält und unterstützt öffentliche Einrichtungen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl der Menschen in Unterfranken notwendig sind.“ (bezirk-unterfranken.de)



Abbildung Nr. 54

Entwicklung: „Der Regierungsbezirk Unterfranken ist in die Regionen Bayerischer Untermain, Würzburg und Main-Rhön gegliedert. Sie haben die Regionalpläne aufgestellt.“ (regierung.unterfranken.bayern.de)

- „Der **Bayerische Untermain** umfasst die Stadt Aschaffenburg, den Landkreis Aschaffenburg und den Landkreis Miltenberg. Aschaffenburg ist Oberzentrum der Region.“ (bayerischer-untermain.de)
- „Der **Regionale Planungsverband Würzburg** ist der Zusammenschluss der kreisfreien Stadt Würzburg, der Landkreise Kitzingen, Main-Spessart und Würzburg (Region Würzburg).“ (region-wuerzburg.de)
- „Die **Region Main-Rhön** beherbergt unterschiedliche Gegenden wie die Industriestadt Schweinfurt, das Maintal mit landschaftsprägenden Weinbergen, die Rhön als Land der offenen Fernen.“ (main-rhoen.de)

Förderung: „Mit 74 Millionen € Zuschüssen hat die **Wirtschaftsförderung in Unterfranken 2019** die heimische mittelständische Wirtschaft, touristische Infrastruktur und Privatpersonen unterstützt. Neben der Regionalförderung setzte die Staatsregierung Wachstumsimpulse durch den Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Breitband- und Glasfaserversorgung, Tourismus, der Unterstützung benachteiligter Regionen, im Forschungssektor sowie im Wissens- und Technologietransfer. Die Mittel wurden auf der Grundlage des Staatshaushalts bereitgestellt. Außerdem kamen Mittel des Bundes, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds zum Einsatz.“ (regierung.unterfranken.bayern.de)

Vernetzung: Der Bezirk ist großräumiges Netzwerk für Wirtschaft, Gesellschaft und Landschaft z.B.:

- „Als ‚Stimme der Wirtschaft‘ stellt die **VBW Bezirksgruppe Unterfranken** allen regional ansässigen Mitgliedsverbänden und Einzelunternehmen sämtliche Serviceleistungen der vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.) zur Verfügung.“ (vbw-bayern.de)
- „Die **DGB Region Unterfranken** vertritt die Interessen der DGB-Gewerkschaften auf unterfränkischer Ebene. Gleichzeitig koordiniert die DGB-Region ihre Arbeit mit den Mitgliedsgewerkschaften und unterstützt die ehrenamtliche Tätigkeit der DGB Orts- u. Kreisverbände in Unterfranken.“ (unterfranken.dgb.de)
- „Der **AWO Bezirksverband Unterfranken** ist Träger von über 80 Einrichtungen und beschäftigt über 2.900 Mitarbeiter. 7400 Mitglieder organisieren sich in 53 Ortsvereinen, 10 Kreisverbänden und einem Stadtverband.“ (awo-unterfranken.de)
- „Der **Förderkreis Umweltschutz Unterfranken e.V. (FUU)** wurde 1988 in Würzburg als gemeinnütziger Verein mit dem Ziel gegründet, ganzheitliche und nachhaltige Umweltschutzkonzepte in der Region Unterfranken zu entwickeln und zu unterstützen.“ (umweltschutz-unterfranken.de)



Abbildung Nr. 55

3.02.g Bezirk Schwaben: Großraum Augsburg

Bewertung: Der Bezirk Schwaben rangiert mit 159 Punkten im Mittelfeld (gelb) der Nachhaltigkeitswertung der 38 deutschen NUTS-2-Regionen. Dabei werden Spitzenwerte (vollgrün) in den Bereichen „Beschäftigung“ und „Bevölkerung“ erzielt. Mittlere Punktzahlen (gelb) gibt es in den Sektoren „Wirtschaft“ „Verkehr“ und „Umwelt“. Weniger gute Noten (blassrot) ergeben sich für den Bereich „Wissenschaft“. Am ungünstigsten (vollrot) fällt die Bewertung für die Themen „Versorgung“, „Landschaft“ und „Klima“ aus.

Darstellung: „Der Regierungsbezirk **Schwaben** dehnt sich über mehrere, verschiedenartige Landschaftsräume aus. Im Süden hat er Anteil am Bodenseegebiet sowie den Allgäuer und Ammergauer Alpen. Über das voralpine Hügel- und Moorland mit zahlreichen Seen schließt sich nach Norden hin die bis zur Donau reichende schwäbisch-bayerische Hochebene an. Siedlungsschwerpunkt ist die einzige Großstadt **Augsburg**, gefolgt von den kreisfreien Städten Kempten als der "heimlichen Hauptstadt des Allgäus", Memmingen und Kaufbeuren. Auffallend dicht besiedelt ist auch das Donautal mit den Städten Neu-Ulm, Günzburg, Lauingen, Dillingen a.d. Donau und Donauwörth, während im Ries die Stadt Nördlingen und im altbayerischen Siedlungsraum die Städte Aichach und Friedberg ein weites Umland einbeziehen. Die Einwohner Schwabens sind überwiegend alemannischer Abstammung. Östlich des Lechs finden sich Landstriche, in denen die altbayerischen Ursprünge vorherrschen. Schwaben ist die einzige staatliche Gebietseinheit, die diesen Namen heute noch amtlich führt.“ (regierung.schwaben.bayern.de).

Verwaltung: „Die **Regierung von Schwaben** - kompetent, aktiv und innovativ: Wir vertreten überörtliche Belange und gesamtschwäbische Interessen. Dabei erfüllen wir eine Leit- und Mittlerfunktion. Wir sind Partner der Bürger*innen sowie der Kommunen, Behörden und aller gesellschaftlichen Kräfte. (regierung.schwaben.bayern.de). „Wir, der **Bezirk Schwaben** und seine politischen Gremien, setzen uns dafür ein, dass es den Menschen in dieser Region gut geht und sie an dieser Vielfalt teilhaben können. Schwaben ist und soll eine Heimat bleiben, in der die Menschen gerne leben, in der sie sich zuhause fühlen, in der sie, wenn sie Hilfe in besonderen Lebenslagen benötigen, diese auch erhalten. Mit unseren Partnerregionen sind wir Bestandteil eines friedlichen, demokratischen Europas. Der **Europabeauftragte** wirkt bei europäischen sowie Partnerschaftsfragen an der politischen Willensbildung des Bezirks Schwaben mit. Der **Schwabentag** soll die gegenseitige Kenntnis, das Kennenlernen, das gemeinsame Bewusstsein fördern, das uns in **Bayerisch-Schwaben** über die eigene Region hinaus als Bezirk zusammenhält.“ (bezirk-schwaben.de)



Abbildung Nr. 56

Entwicklung: „Der Regierungsbezirk Schwaben gliedert sich in drei **Planungsregionen**: Augsburg, Donau-Iller und Allgäu“ (regierung.schwaben.bayern.de).

- Regionaler Planungsverband **Augsburg**: Mitglieder sind die Stadt Augsburg sowie die Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg, Dillingen a.d. Donau und Donau-Ries mit ihren Gemeinden (rpv-augsburg.de).
- Regionalverband **Donau-Iller**: „Den baden-württembergischen Teil der Region bilden der Alb-Donau-Kreis, der Landkreis Biberach sowie der Stadtkreis Ulm. Der bayerische Regionsteil umfasst den Landkreis Günzburg, Landkreis Neu-Ulm und Landkreis Unterallgäu sowie die kreisfreie Stadt Memmingen.“ (rvdi.de)
- Regionaler Planungsverband **Allgäu**: „Die Region setzt sich aus den Landkreisen Ostallgäu, Oberallgäu, Lindau und den kreisfreien Städten Kaufbeuren und Kempten zusammen.“ (region.allgaeu.org)

Förderung: „Nukleus der **IT-Offensive Bayerisch-Schwaben** ist der **aiti-Park**, der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE**) gefördert wurde. Die Initiative setzt auf partnerschaftliche Vernetzung. Gründerunterstützung und -betreuung, Informationsveranstaltungen sowie Vernetzungsaktivitäten stehen dabei im Fokus und tragen maßgeblich zur Entwicklung des IT-Standortes Bayerisch-Schwaben bei. Die Aktivitäten laufen vom Zentrum in Augsburg bis ins Allgäu, nach Westschwaben, Nordschwaben sowie Aichach-Friedberg und werden in Kooperation mit den Wirtschaftsförderern, Technologiezentren, Verbänden wie den Wirtschaftsjunioren oder der aitiRaum e.V., Kammern, bayerisch-schwäbischen Hochschulen und der Universität Augsburg angeboten.“ (aitiraum.de)

Vernetzung: „Das Europabüro und das Europe Direct-Informationszentrum Augsburg stehen in einer komplementären Beziehung zueinander: Das städtische **Europabüro** ist die zentrale Anlaufstelle für Angelegenheiten der Stadt Augsburg rund um die Europäische Union (EU). Es verfolgt die kommunalpolitischen Entwicklungen und Entscheidungsprozesse der EU und kann dadurch die Interessen der Stadt Augsburg frühzeitig in Entwicklungsprozesse zukünftiger EU-Strategien und auch Förderprogramme einbringen. Um die Bürgerinnen und Bürger gezielt über die EU und deren Tätigkeiten zu informieren, betreibt die Stadt Augsburg mit Unterstützung der Europäischen Kommission seit 2007 ein **Europe Direct-Informationszentrum** im Augsburger Rathaus. Als eine von europaweit rund 435 Informationsstellen profitiert die Stadt Augsburg dabei von einer engen Vernetzung in der gesamten Europäischen Union.“ (augsburg.de) „Der Kreisverband Augsburg der **Europa-Union** engagiert sich für Europa und für die Fortentwicklung der Europäischen Union in Augsburg Stadt und Land. Der Kreisverband Augsburg ist einer von 12 Kreisverbänden, die den Bezirksverband Schwaben bilden“ (europaunion-augsburg.de)



Abbildung Nr. 57

3.03 Land Berlin: „Wir sind ein Berlin“

Bewertung: Berlin gelangt mit 183 Punkten in die Spitzengruppe (vollgrün) des hier erstellten Nachhaltigkeitsvergleichs. Im Einzelnen ergeben sich höchste Werte (vollgrün) bei den Themen „Wissenschaft“ (Ziffer 1), „Versorgung“ (Ziffer 5) und „Klima“ (Ziffer 9). Noch gute Noten (blassgrün) gibt es für die Bereiche „Bevölkerung“ (Ziffer 4), „Umwelt“ (Ziffer 7) und „Landschaft“ (Ziffer 8). Schlecht (blassrot) schneidet Berlin in den Sektoren „Wirtschaft“ (Ziffer 2), „Beschäftigung“ (Ziffer 3) und „Verkehr“ (Ziffer 6) ab.

Darstellung: „Berlin steht für Bewegung und Veränderung, für Wachstum und ganz neue Möglichkeiten! Seit dem Fall der Mauer hat sich die **deutsche Hauptstadt** im rasanten Tempo zu einem international attraktiven und gefragten Wirtschafts- und Technologiestandort entwickelt. Beste Infrastruktur und ganze Stadtquartiere sind neu entstanden. Nach wie vor bietet die Hauptstadt Flächenpotenzial für weiteres Wachstum. Immer mehr Menschen und Unternehmen kommen nach Berlin und machen die Stadt zum zentralen Innovationsstandort für Zukunftstechnologien. Prominente Firmen wie Amazon, Fujitsu, Google, Mercedes-Benz, Microsoft, Sanofi oder Pfizer haben die Stadt als Premium-Standort bereits entdeckt. Ob mit der Hauptstadt-Kampagne, aufsehenerregenden Großaktionen und Berlin-Events im Ausland als auch im Rahmen des Standortmarketings: **Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie** GmbH vermarktet Berlin als attraktiven Wirtschafts- und Technologiestandort, kreative Hauptstadt, Kultur- und Sportmetropole sowie als lebenswerte Stadt.“ (berlin-partner.de)

Verwaltung: Berlin ist als Stadtstaat NUTS-1- und NUTS-2-Region zugleich: „Europa ist hier! Erkennbar an den hunderten von Projekten und Maßnahmen in den Berliner Bezirken, die oft ohne die Kofinanzierung der EU nicht möglich gewesen wären. Aber auch eine Vielzahl von Ansprechpartner*innen in den Senatsverwaltungen und Bezirken sind hier zu finden, die informieren, beraten und weiterhelfen, wenn Berliner Bürgerinnen und Bürger Fragen zur EU haben. Die Mitarbeiter*innen im Referat **Angelegenheiten der EU** und im **Büro des Landes Berlin bei der EU** in Brüssel der Senatsverwaltung für Kultur und Europa unterstützen bei der Koordinierung der Europapolitik in Berlin und der Initiierung und Begleitungen von entsprechenden Maßnahmen. Hierbei wird eng mit den Bezirken und den Senatsfachverwaltungen zusammengearbeitet.“ (berlin.de). Die **ESF- und EFRE-Verwaltungsbehörde** ist bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe angesiedelt.



Abbildung Nr. 58

Entwicklung: „Die **BerlinStrategie** ist das gesamtstädtische, ressortübergreifende Leitbild des Berliner Senats für die Metropole Berlin. Als ein Kursbuch zeichnet sie die wesentlichen Handlungsfelder und Strategien der Entwicklung Berlins bis 2030 vor und integriert die Aktivitäten der verschiedenen Senatsfachverwaltungen. Die Federführung für die Aktualisierung der BerlinStrategie liegt seit 2016 in der Senatskanzlei. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wirkt an der Aktualisierung der BerlinStrategie in besonderer Weise mit: Sie identifiziert die Schwerpunkträume der Berliner Stadtentwicklung und bringt diese als eine RaumStrategie in die BerlinStrategie ein. Die Schwerpunkträume sind große Stadtgebiete mit besonderen ‚Begabungen‘ für die Entwicklung der gesamten Stadt und gleichzeitig gekennzeichnet durch spezifische Herausforderungen. Sie sind dort verortet, wo in den kommenden Jahren Veränderungen, sei es durch das Bevölkerungswachstum, die Veränderung von Arbeitswelten, den Klimawandel oder Digitalisierung, besonders zu steuern sind. Ziel ist es, dass der Wandel Berlins positive Effekte für eine nachhaltige, sozial gerechte Entwicklung der Stadt mit sich bringt.“ (stadtentwicklung.berlin.de)

Förderung: „Die **EU-Strukturfonds** sind von erheblicher finanzieller Relevanz für das Land Berlin. In der laufenden EU-Förderperiode 2014-2020 erhält das Land Berlin 850 Mio. € aus dem Europäischen Regionalfonds (ERDF) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Mit den Fördermitteln werden Projekte zur weiteren Stärkung von Forschung, Entwicklung, Innovation und lokaler Wirtschaft sowie zum Klimaschutz und der nachhaltigen integrierten Stadtentwicklung ebenso unterstützt wie Maßnahmen zur Anpassung der Arbeitskräfte an den Arbeitsmarkt und zur Förderung von Bildung, Qualifizierung und Integration. Berlin als vergleichsweise stärker entwickelte Region setzt sich auch für die Zeit nach 2020 dafür ein, dass eine wirkungsvolle EU-Strukturpolitik für alle Regionen erhalten bleibt.“ (berlin.de).

Vernetzung: „Das europaweite Informationsnetzwerk Europe Direct ist die Schnittstelle zwischen der Europäischen Union und den Bürgerinnen und Bürgern. Im Mittelpunkt unserer Informations- und Beratungstätigkeit steht das **EDIC Berlin Besucherzentrum** im Amerikahaus, beim Bahnhof Zoo. Neben Information und Beratung geht es beim EDIC Berlin um Begegnung und Diskussion. Unsere Veranstaltungen, Vorträge und Aktionen rund um Europa in Berlin und Berlin in Europa nehmen aktuelle Debatten auf z.B. zur Jugendstrategie der EU oder zur Deutschen Ratspräsidentschaft. Das EDIC Berlin wird seit 2018 im Auftrag der Europäischen Kommission von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung betrieben. Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Berlin wird gefördert von der Europäischen Kommission und der Senatsverwaltung für Kultur und Europa“ (edic-berlin.info).

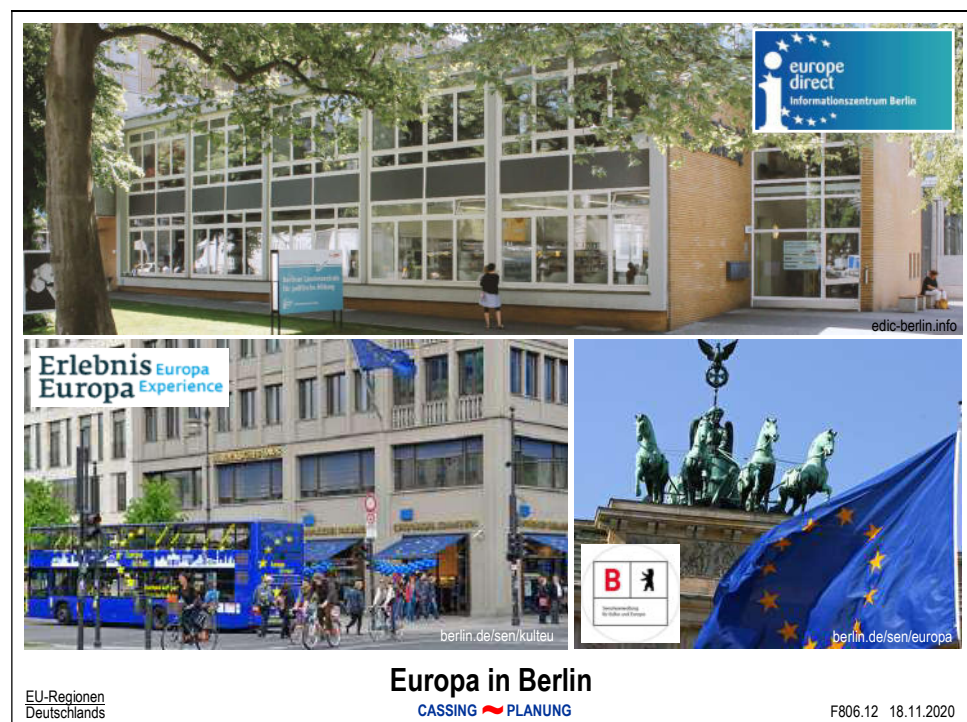


Abbildung Nr. 59

3.04 Land Brandenburg: „Brandenburg. Es kann so einfach sein“

Bewertung: Brandenburg ist eine kombinierte NUTS-1/2-Region. Das Land erhält im Nachhaltigkeits-Wettbewerb 165 Punkte und damit einen oberen Rang (blassgrün). Vorderste Plätze (vollgrün) werden bei den Themen „Versorgung“, „Umwelt“ und „Klima“ belegt. Mittlere Positionen (gelb) gibt es bei „Wissenschaft“ und „Landschaft“. Nachrangig (blassrot) ist die Platzierung in den Sektoren „Beschäftigung“, „Bevölkerung“ und „Verkehr“. Im Bereich „Wirtschaft“ liegt das Land im Schlussfeld (vollrot).

Darstellung: „Das Land Brandenburg liegt im Nordosten der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Bundeshauptstadt Berlin bildet Brandenburg einen im nationalen und europäischen Maßstab bedeutenden Metropolenraum. Die Landeshauptstadt ist Potsdam. Neben den Siedlungs- und Verdichtungscentren verfügt Brandenburg in weiten Landesteilen noch über weitgehend ursprüngliche und schutzwürdige Flächen in Form von Natur- und Landschaftsschutzgebieten“ (brandenburg.de). „Immer mehr Menschen sehnen sich nach Einfachheit, Natur und Selbstbestimmung. Die **Landesmarketing**-Kampagne unterstreicht: Brandenburg stillt diese Sehnsucht. Unter dem Claim ‚Brandenburg. Es kann so einfach sein‘ stellt die Kampagne das Land als lebenswerten Ort heraus. Die Kampagne weckt den Stolz derer, die bereits hier leben. Und sie lockt Menschen, die in Ballungsräumen und Großstädten wohnen“ (es-kann-so-einfach-sein.de).

Verwaltung: „Seit 2019 gehört die Europaabteilung zum **Ministerium der Finanzen und für Europa**. Sie ist zuständig für die Europaangelegenheiten, die Beziehungen zur Europäischen Union, ihren Mitgliedstaaten und insbesondere zu Polen, die in Brandenburg traditionell einen hohen Stellenwert einnehmen. Zur Abteilung gehört die Vertretung Brandenburgs bei der Europäischen Union. Darüber hinaus bearbeitet die Abteilung die Themen Entwicklungspolitik, Europäische Territoriale Zusammenarbeit sowie die Fragen der **EU-Förderung**. Die **Koordinierungsstelle** übernimmt die landesinterne Abstimmung fondsübergreifender Angelegenheiten bei der Programmplanung und der Programmumsetzung sowie die Sicherstellung der Kohärenz zwischen den Programmen für EFRE, ESF, ELER und INTERREG VA einschließlich der Querschnittpolitiken Nachhaltigkeit und Chancengleichheit. Der effiziente Einsatz der EU-Fonds in Brandenburg setzt den Aufbau von spezialisierten Verwaltungsstrukturen voraus. Die Ministerien, die für die Umsetzung der Operationellen Programme bzw. des EPLR verantwortlich sind, nehmen die Aufgaben einer sog. ‚**Verwaltungsbehörde**‘ wahr“ (mdfe.brandenburg.de).

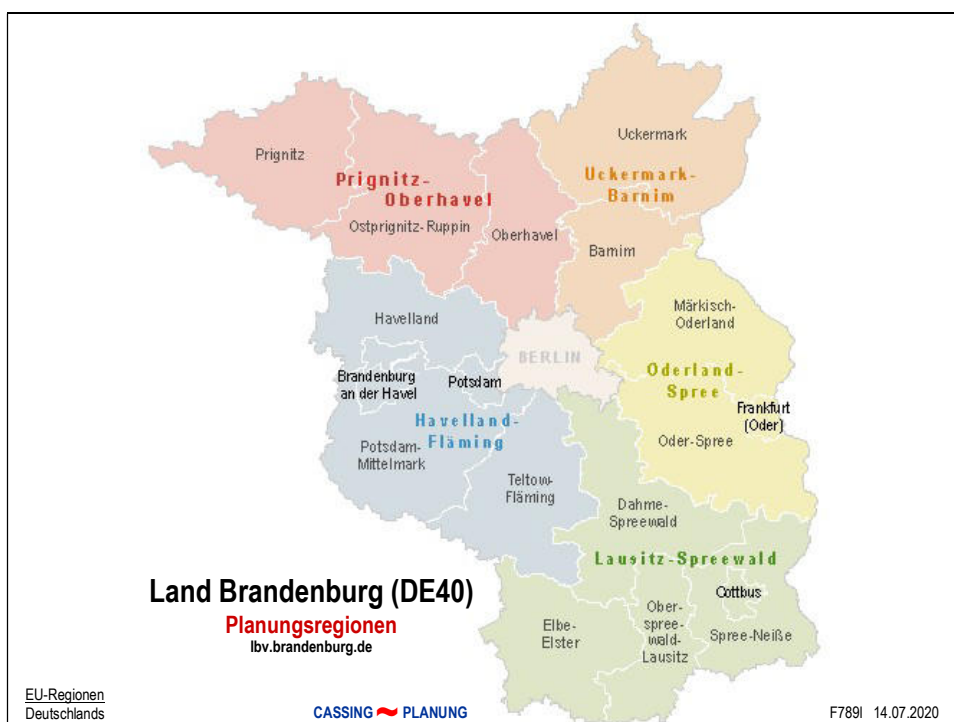


Abbildung Nr. 60

Entwicklung: „Berlin und Brandenburg haben vereinbart, eine **gemeinsame Raumordnung und Landesplanung** zu betreiben. Das **Landesentwicklungsprogramm 2007** bildet den übergeordneten Rahmen der gemeinsamen Landesplanung für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Im LEPro 2007 sind die polyzentrale und nachhaltige Entwicklung der Hauptstadtregion verankert. Der **Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (2019)** konkretisiert als überörtliche und zusammenfassende Planung die Grundsätze der Raumordnung des Landesentwicklungsprogramms 2007. Die **Regionalpläne** werden von den fünf kommunal verfassten Regionalen Planungsgemeinschaften in eigener Verantwortung erarbeitet, unterliegen aber einem Genehmigungsvorbehalt der Landesregierung“ (gl.berlin-brandenburg.de). Brandenburg war in der EU-Förderperiode 2007- 2013 „in zwei **Konvergenzzonen** mit unterschiedlicher Mittelausstattung unterteilt: Region Nord-Ost und Region Süd-West“ (efre.brandenburg.de).

Förderung: „Im Land Brandenburg hat die EU-Förderung seit 1991 erheblich zum Gelingen des Transformationsprozesses beigetragen. Zum Ende der **EU-Förderperiode 2014 - 2020** wird das Land über 12 Mrd. € aus EFRE, ESF und ELER erhalten haben. Die europäischen Mittel sind - gemeinsam mit Mitteln des Bundes - maßgeblich daran beteiligt, dass Brandenburg nach großen Einbrüchen Anfang der 90er Jahre heute - trotz noch bestehender Rückstände in einigen Bereichen - stark an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen und sich die Arbeitslosenquote in den vergangenen 10 Jahren mehr als halbiert hat. Auch aufgrund der positiven Entwicklungen ist Brandenburg bereits zur Förderperiode 2014 - 2020 aus der höchsten Förderkategorie der am wenigsten entwickelten Regionen ausgeschieden. Brandenburg schreibt also eine Erfolgsgeschichte der europäischen Strukturförderung. Die Landesregierung steht bei der Vorbereitung der **EU-Förderperiode 2021 - 2027** vor der zentralen Aufgabe, die fondsübergreifenden landespolitischen Prioritäten und Querschnittsaufgaben für den Einsatz zukünftiger EU-Fondsmittel im Lichte der aktuellen landesspezifischen Strategien und Bedarfe weiterzuentwickeln.“ (eu-fonds.brandenburg.de)

Vernetzung: „Europa-Kommunikation in der Region und der Landeshauptstadt Potsdam - dafür steht seit vielen Jahren die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. als Träger des Europa-Zentrums **Potsdam** und des Europe Direct Informationszentrums (EDIC) **Brandenburg an der Havel**. Das Europa-Zentrum Potsdam möchte europäische Themen im Land Brandenburg und seiner Landeshauptstadt Potsdam diskutieren, Europa sichtbar machen und den Menschen hier zeigen, dass sie dieses Europa mitgestalten können und sollten“ (europa-zentrum-potsdam.eu). „Der Träger des Europe Direct Informationszentrums **Guben** ist die Euroregion Spree-Neiße-Bober e.V.“ (euroregion-snb.de)



Abbildung Nr. 61

3.05 Land Bremen: „Bremen erleben“

Bewertung: Das Land Bremen steht mit 165 Punkten auf einer guten Position (blassgrün). In die Spitzengruppe (vollgrün) kommen die Felder „Wirtschaft“ (Ziffer 2), „Versorgung“ (Ziffer 5) und „Klima“ (Ziffer 9). Gute Plätze (blassgrün) gibt es für bei den Themen „Wissenschaft“ (Ziffer 1) und „Landschaft“ (Ziffer 8), mittlere Ränge im Sektor „Bevölkerung“ (Ziffer 4). Die Bereiche „Verkehr“ (Ziffer 6) und „Umwelt“ (Ziffer 8) halten hintere Plätze (blassrot), der Bereich „Beschäftigung“ (Ziffer 3) den letzten Platz.

Darstellung: „Zwei Städte, ein Land: **Bremen und Bremerhaven**“ (landesportal.bremen.de) bilden die europäische NUTS-1- DE5 bzw. NUTS-2-Region DE50. „Bremen ist ein Bundesland mit hoher Lebensqualität und vielen Chancen. Weltoffenheit und Innovationswille, Unternehmergeist und Handelskunst bilden das Fundament wirtschaftlichen Erfolges an der Weser. Der Stadtstaat überzeugt mit Know-how in Kompetenzfeldern wie der Maritimen Wirtschaft/Logistik, Windenergie, Automotive und Luft- und Raumfahrt - und das international. Zahlreiche renommierte wissenschaftliche Institute haben sich in Bremen angesiedelt. Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind die viertgrößte Containerdrehscheibe Europas. Nahezu die komplette Wertschöpfungskette im Windenergiesektor wird in Bremen und Bremerhaven abgedeckt. Die **WFB Wirtschaftsförderung Bremen** ist Dienstleisterin für das integrierte Standortmarketing Bremens Sie ist die Instanz für das Markendesign, die Markenarchitektur sowie die strategische Ausrichtung der Markenkommunikation.“ (wfb-bremen.de).

Verwaltung: „Das **Land Bremen und Europa** sind aufs Engste miteinander verbunden - über den Handel, die Wissenschaft, den Tourismus, über finanzielle Förderungen und europäische Projekte, die Menschen aus ganz Europa miteinander verbinden“ (bremen-innovativ.de). „Die **Europaabteilung** bei der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa koordiniert das europapolitische Handeln der Freien Hansestadt Bremen und wirkt in Kooperation mit den Fachressorts und der Landesvertretung beim Bund darauf hin, dass das Land in europapolitischen Fragen mit einer Stimme spricht. Eine wichtige Aufgabe der **Landesvertretung in Brüssel** ist es, die Interessen des Zwei-Städte-Staates gegenüber den europäischen Institutionen wahrzunehmen. Der **EuropaPunkt Bremen** ist eine wichtige Anlaufstelle für Bürger*innen in unserem Zwei-Städte-Staat. Er bietet neben einem reichhaltigen Angebot von Informationsmaterial regelmäßig Veranstaltungen sowie Workshops für unterschiedliche Zielgruppen an.“ (wirtschaft.bremen.de)



Abbildung Nr. 62

Entwicklung: „Zukunft Bremen 2035 - **Struktur- und Landesentwicklungspolitik** für die folgenden Jahre: Mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen ergeben sich für Bremen ab 2020 neue Gestaltungsspielräume. Durch die zusätzlichen Finanzmittel werden Bremen und Bremerhaven in die Lage versetzt, die Strategie der ‚wachsenden Städte‘ zu intensivieren und die Selbständigkeit des Bundeslandes abzusichern. Dafür gilt es, die Attraktivität und Anziehungskraft von Bremen und Bremerhaven zu erhöhen, um sowohl die Bevölkerungszahl als auch die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten zu verbessern. Um dies zu erreichen, müssen Bremen und Bremerhaven die Leistungen, Standards und Qualitäten attraktiver Wohn-, Wirtschafts-, Bildungs-, Wissenschafts- und Arbeitsorte bieten, die Bindungskraft der Wirtschafts- und Wohnstandorte stärken und neue Bürger*innen und Unternehmen gewinnen.“ (zukunft.bremen.de)

Förderung: „Für einen siebenjährigen Förderzeitraum (2014 bis 2020) erhält das Land Bremen insgesamt etwa 76 Millionen Euro aus dem **Europäischen Sozialfonds (ESF)**, das sind jährlich über 10 Millionen Euro“ (esf-bremen.de). „In der Förderperiode 2014-2020 erhalten Bremen und Bremerhaven insgesamt 103 Millionen Euro aus dem **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** von der Europäischen Kommission. Erfreulicherweise werden weiterhin alle Regionen Europas, auch das Land Bremen, von der europäischen Regionalförderung profitieren, wenn auch die Höhe der verfügbaren Mittel des EFRE in Bremen für 2021-2027 noch nicht bekannt ist. Dennoch hat das Land Bremen auf Grundlage der bisherigen Entwürfe und Verhandlungen mit der Aufstellung des sogenannten operationellen Programms (OP) für den EFRE in der Förderperiode 2021 bis 2027 begonnen.“ (efre-bremen.de)

Vernetzung: „Im **Europa Punkt Bremen** stehen Berater*innen zur Beantwortung von europabezogenen Fragen bereit. Außerdem gibt es ein reichhaltiges Angebot von Informationsbroschüren, Postern, Dokumenten und anderen Materialien. Über ein Besucherterminal besteht die Möglichkeit zur Online-Recherche bei den Europäischen Institutionen. Unter anderem ist im Europa Punkt Bremen das europäische Sonderprogramm ‚Europe by Satellite‘ zu sehen. Der Europa Punkt Bremen ist ein lebendiger Ort für umfassende EU-bezogene Bürgerinformationen und ein Forum für Gespräche und Diskussionen zwischen Bürgerschaftsabgeordneten und Bremer*innen“ (service.bremen.de). „Die **Jungen Europäischen Föderalisten (JEF)** Bremen sind eine überparteiliche politische Jugendorganisation, die sich für ein demokratisch geeintes Europa einsetzt. Als politische Jugendorganisation versuchen wir dem Integrationsprozess neue Impulse zu geben und Konzepte für die Zukunft zu entwerfen. Eine föderale Verfassung für die Europäische Union ist die zentrale Forderung des politischen Programms.“ (jef-bremen.eu).

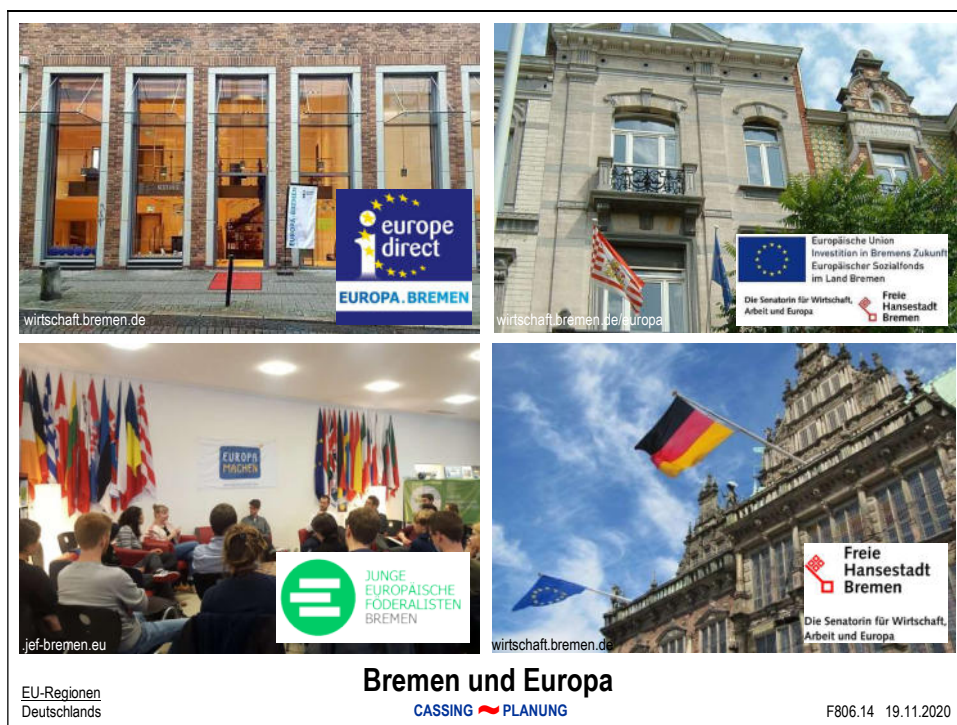


Abbildung Nr. 63

3.06 Land Hamburg: „Wachsen mit Weitsicht“

Bewertung: Hamburg steht bei der vorliegenden Nachhaltigkeitswertung mit 186 Punkten auf den vordersten Plätzen (vollgrün). Im Einzelnen erreicht die NUTS-1/2-Region vorderste Plätze (vollgrün) in den Sektoren „Wirtschaft“, „Bevölkerung“, und „Versorgung“. Im Bereich „Wissenschaft“ gibt es gute Noten (blassgrün), bei „Beschäftigung“ und „Landschaft“ mittlere Plätze. Schlechter (blassrot) steht der Stadtstaat bei den Themen „Verkehr“ und „Klima“ da - am schlechtesten (vollrot) beim Thema „Umwelt“.

Darstellung: „Die Freie und Hansestadt **Hamburg** liegt **Europa** sehr am Herzen. Als Hafenstadt betreibt sie seit jeher Handel mit ihren europäischen Nachbarn. Die dynamische Entwicklung der Stadt ist dabei eng mit der Europäischen Einigung verbunden: Hamburg hat in den letzten Jahrzehnten stark von den Errungenschaften der Europäischen Integration profitiert. Hierunter fallen der Wegfall der Zollgrenzen, der Abbau von Handelshemmnissen, die Einführung des Euros und die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes. Deshalb gehört es zu den wichtigsten Leitgedanken des Hamburger Senats, europäische Entscheidungsprozesse aktiv im Sinne der Hamburger Interessen mitzugestalten, die Vorteile der Europäischen Union zu nutzen so wie die Bürger*innen über Europa zu informieren“ (hanse-office.de). „Unverändert befindet sich Hamburg in einem globalen Wettbewerb um Investitionen. Ballungszentren wie Hamburg kommt zukünftig eine noch bedeutendere Rolle zu.“ (marketing.hamburg.de)

Verwaltung: „Das **Hanse Office** vertritt die Hamburger Interessen in Brüssel. Das Hanse Office ist eine gemeinsame Einrichtung der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg. Es informiert über aktuelle EU-Politiken, Rechtssetzungsverfahren und Förderprogramme. Mithilfe seines großen Netzwerks ermöglicht das Hanse Office, die Interessen beider Länder in die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene einfließen zu lassen. Des Weiteren klärt das Hanse Office die Bürger*innen Norddeutschlands über die Abläufe der Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene und über die Chancen der europäischen Integration auf. Auf Veranstaltungen, Begegnungen und bei kulturellen Ereignissen präsentiert das Hanse Office die Vielfalt beider norddeutschen Länder und wirbt für den norddeutschen Standort“ (hanse-office.de). „Zuständig für den ESF in Hamburg ist das Amt für Arbeit und Integration (ESF-Verwaltungsbehörde) der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration“ (esf-hamburg.de). Die EFRE-Verwaltungsbehörde ist bei der Behörde für Wirtschaft und Innovation angesiedelt.

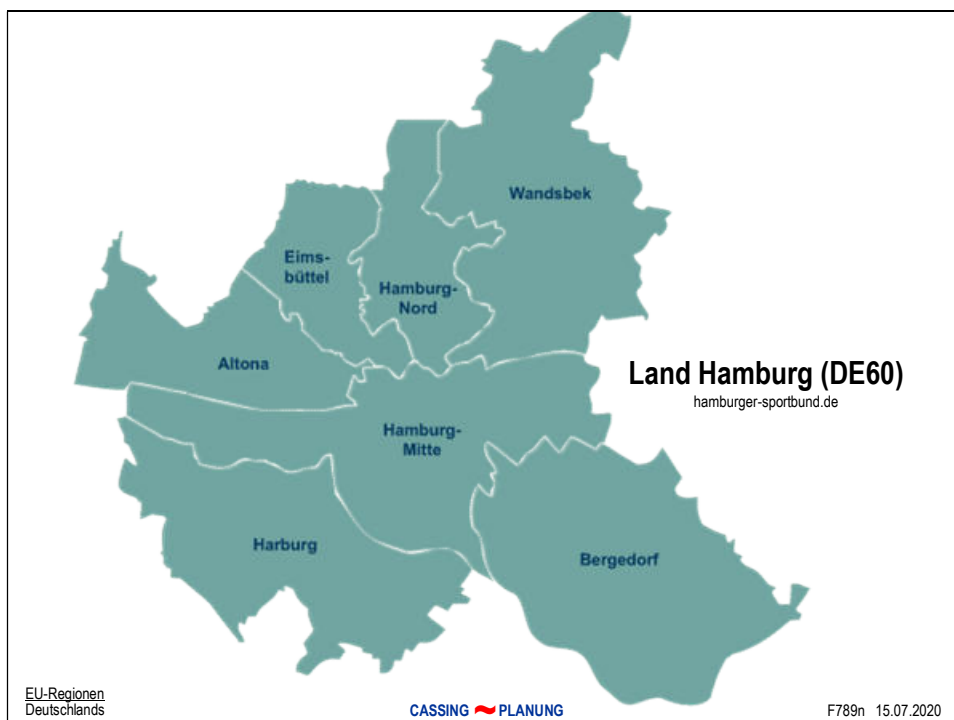


Abbildung Nr. 64

Entwicklung: „Hamburg wächst: Menschen aus dem In- und Ausland zieht es an die Elbe. Bis 2030 wird ein Anstieg der Einwohnerzahl auf 1,85 Mio. erwartet, 50.000 neue Haushalte suchen bis dahin eine Wohnung. Ein solches Wachstum ist eine Herausforderung für Hamburg - aber auch eine Chance: **Perspektiven der Stadtentwicklung** - grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser' benennt Ziele und Handlungsfelder für die räumliche Entwicklung, mit denen Hamburg sein Profil stärken und ausbauen kann

- Mehr Stadt in der Stadt: Lebensqualität soll sich durch Wohnungsneubau, neue Freiräume, Wegeverbindungen und soziale Infrastruktur sowie die Mischung verschiedener Nutzungen verbessern,
- Die gerechte Stadt: Maßstab hierfür ist es, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum in einem Quartier mit hoher Lebensqualität zu finden und Zugang zu Bildungsangeboten erhalten zu können.
- Grüne und umweltgerechte Stadt: Die Umweltqualität mit Stadtgrün, Natur- und Klimaschutz soll erhalten, weiterentwickelt und nachhaltig gestaltet werden.
- Stadtentwicklung in der Wirtschaftsmetropole: Hamburg ist stolz auf seinen Hafen. Neben der Förderung von Produktion und Dienstleistung sollen Forschung und Entwicklung zusammenwachsen“ (hamburg.de):

Förderung: „Die Europäische Union fördert durch **Strukturprogramme** sowie **Aktionsprogrammen**, wie ‚Horizont 2020‘, Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie Forschung und Innovation, die für Hamburg von großem Interesse sind. Hamburg beteiligt sich neben Interreg VB im Nordsee- und Ostseeraum auch bei Interreg Europe. Alle **Interreg-Ausrichtungen** werden nicht zentral verwaltet, sondern dezentral von nationalen und regionalen Behörden der beteiligten Mitgliedsstaaten sowie unter Beteiligung von Kommunen, Wirtschafts- und Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen. Die aktuelle Förderperiode wird 2020 enden. Auch in der neuen Förderperiode 2021-2027 werden Fachbehörden, öffentliche Einrichtungen sowie die Hamburger Wirtschaft von EU-Fördermitteln profitieren“ (hamburg.de)

Netzwerk: „Im **Info-Point Europa** in der Hamburger Innenstadt können sich Bürger*innen und Verbände über europäische Fragen informieren und beraten lassen. Der Info-Point will dazu beitragen, Europa transparenter zu machen, Europabewusstsein zu fördern und die Bürger*innen zur Mitwirkung bei der Gestaltung Europas anzuregen. Der europe direct Info-Point Europa Hamburg wird getragen von der überparteilichen **Europa-Union Hamburg e.V.** Unabhängig von Parteizugehörigkeit, Alter und Beruf engagiert sie sich für die europäische Einigung. Der europe direct Info-Point Europa Hamburg wird finanziert von der Europäischen Kommission und dem Hamburger Senat. Mit freundlicher Unterstützung dieser ist der europe direct Info-Point Europa in der Handelskammer Hamburg untergebracht.“ (infopoint-europa.de)



Abbildung Nr. 65

3.07 Land Hessen: „An Hessen führt kein Weg vorbei“

„Das Land Hessen, das als europäischer Finanz-, Verkehrs-, Industrie-, Forschungs- und Innovationsstandort einmalige europäische Kapazitäten bündelt, hat ein besonderes Interesse an den Gestaltungsmöglichkeiten der Europapolitik. Die Hessische Landesregierung macht daher ihren Mitgestaltungsanspruch in europapolitischen Belangen geltend und kommt diesem konsequent und verlässlich für die europäische Integration nach. Leitlinie der Europapolitik der Hessischen Landesregierung ist die **Europastategie**, die jährlich im Kabinett beschlossen wird. Als zentrales Umsetzungsinstrument dieser dient die **Europakoordinierung**, in der die Hessische Staatskanzlei, die hessischen Ministerien und die beiden hessischen Landesvertretungen in Brüssel und Berlin eng zusammenarbeiten.“ (staatskanzlei.hessen.de)

„Drei Regionen - drei Regierungspräsidien: Das Bundesland Hessen mit seinen etwa 6 Millionen Einwohnern setzt wie die meisten anderen Flächenländer auf die Zusammenführung der wichtigsten Verwaltungsaufgaben bei regionalen Bündelungsbehörden - den **Regierungspräsidien**. In **Darmstadt, Gießen und Kassel** eingerichtet, sorgen die Regierungspräsidien für die regionale Verankerung in Süd-, Mittel- und Nordhessen - und stellen damit so etwas wie das Rückgrat der Landesverwaltung dar. In den vergangenen Jahren haben sie sich dazu stets als Vorreiter für Innovationen erwiesen. Mit der Entscheidung zur Ansiedelung der **Einheitlichen Ansprechpartner nach EU-Dienstleistungsrichtlinie** setzt die Hessische Landesregierung auf die Erfahrung und Innovationskraft ‚ihrer Mittelbehörde‘“ (eah.hessen.de)

„In Hessen haben sich EU-Beratungsstellen mit unterschiedlichen Kompetenzen und Beratungsangeboten zum **Netzwerk Europainfo Hessen** zusammengeschlossen. Ziel ist es, die Dienstleistungen aller Mitglieder ‚aus einer Hand‘ zu präsentieren und so einen Überblick über EU-bezogene Informations- und Beratungsangebote in Hessen zu bieten. Die Mitglieder des Netzwerks, beraten zu den Fördermaßnahmen der EU, informieren über Entwicklungen in der Europäischen Union, über EU-Gesetzgebung und Öffentliches Auftragswesen und recherchieren zu Themenbereichen der Europäischen Union.“ (hessen-europainfo.de)
„Erfreulicherweise werden weiterhin alle Regionen Europas, somit auch ganz Hessen, von der europäischen Regionalförderung profitieren, wenn auch die Höhe der verfügbaren Mittel des **EFRE in Hessen für 2021-2027** noch nicht bekannt ist. Zudem wird die Förderung der kommenden Jahre sicherlich noch von den Auswirkungen der aktuellen Krise geprägt sein und in vielen Regionen Europas das Ziel verfolgen, den Wiederaufbau und die Wiederbelebung der Wirtschaft zu unterstützen.“ (wirtschaft.hessen.de)

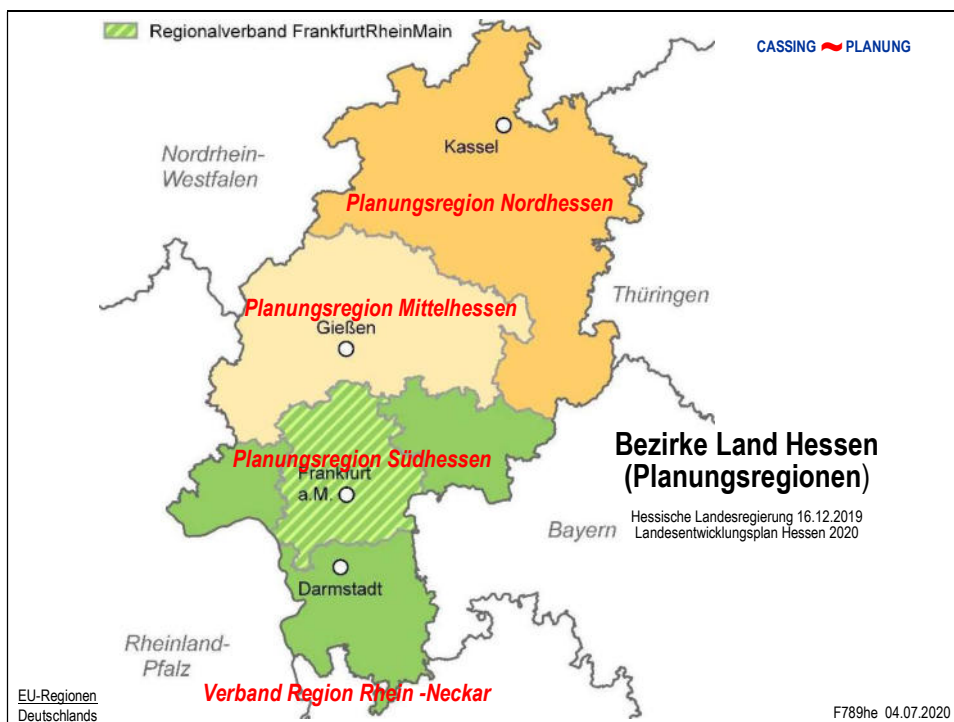


Abbildung Nr. 66

3.07.a Bezirk Darmstadt: Südhessen

Bewertung: Der Bezirk Darmstadt steht mit 199 Punkten auf dem vierten Platz (vollgrün) im bundesweiten Nachhaltigkeits-Ranking. Auf die vordersten Ränge (vollgrün) kommt Südhessen in den Sektoren „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ und „Klima“. Gute Plätze (blassgrün) gibt es in den Wertungsfeldern „Beschäftigung“, „Bevölkerung“, „Versorgung“, „Verkehr“ und „Landschaft“. Weniger gut (blassrot) steht der Bezirk beim Thema „Umwelt“ da.

Darstellung: „Der Regierungsbezirk Darmstadt umfasst den südlichen Teil des Bundeslandes Hessen einschließlich der Banken-Metropole Frankfurt, der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rhein-Main-Gebiets. Zwei Drittel aller Hessen leben hier und erwirtschaften einen Großteil des hessischen Bruttoinlandsprodukts. **Südhessen** ist damit eine der am dichtesten besiedelten und wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands und auch Europas. Durch seine zentrale Lage in der Mitte Deutschlands und als Schnittpunkt wichtiger europäischer Verkehrswege ist der Regierungsbezirk ein Tor in die Welt, getreu dem Landesmotto: „An Hessen führt kein Weg vorbei“. Optimale Standortbedingungen - insbesondere im Ballungsraum rund um Frankfurt - machen die Region attraktiv für die Ansiedelung von Industrie und Gewerbe. Aber Südhessen hat noch ein anderes Gesicht: Das sind attraktive Landschaften und beliebte Naherholungsgebiete in Spessart, Taunus und Rheingau. Waldreiche Mittelgebirge sind ebenso anzutreffen wie ländlich geprägte Räume, etwa in der Wetterau oder im Odenwald.“ (rp-darmstadt.hessen.de)

Verwaltung: „Das **Regierungspräsidium Darmstadt** ist das regionale Kompetenzzentrum der hessischen Landesverwaltung für den Regierungsbezirk Darmstadt, d.h. für die Region Rhein-Main/Südhessen. Es vollzieht Landes-, Bundes- und EU-Recht in der Region, sorgt für eine einheitliche Rechtsanwendung und ist Bindeglied zwischen der Landesregierung und der Region. Es versteht sich als moderne Dienstleistungsbehörde. Seit 1953 befindet sich der Hauptsitz im Kollegiengebäude am Luisenplatz in Darmstadts Mitte. Regional zuständige Außenstandorte gibt es in Frankfurt am Main und Wiesbaden. Ein breites Aufgabenspektrum mit mehr als 5000 Aufgaben wird von rund 1500 Mitarbeiter*innen der verschiedensten Fachrichtungen wahrgenommen. Hierzu zählen die Bereiche Rechts-, Verwaltungs-, Wirtschafts-, Umwelt-, Natur- und Ingenieurwissenschaften ebenso wie die Fachbereiche Humanmedizin, Tiermedizin und Pharmazie. Einige der Aufgaben werden für ganz Hessen erfüllt.“ (verwaltungportal.hessen.de)

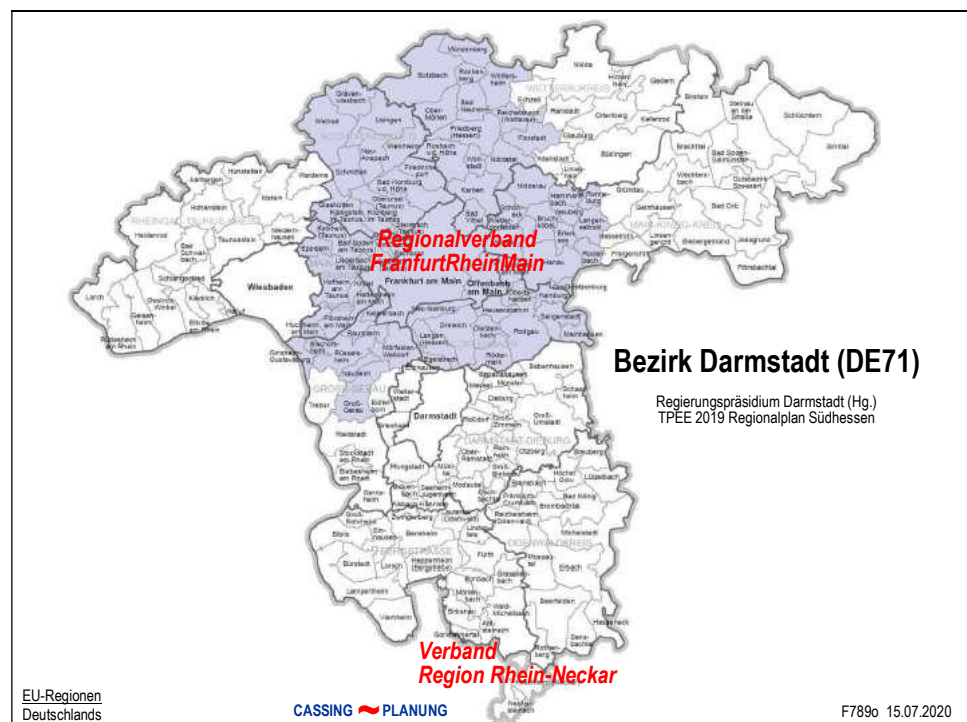


Abbildung Nr. 67

Entwicklung: „Das Regierungspräsidium Darmstadt hat das **Regionale Entwicklungskonzept (REK)** für Südhessen veröffentlicht. Dieses zeigt innovative Lösungsansätze dafür auf, wie der große Bedarf an zusätzlichen Wohneinheiten sowie Flächen für Gewerbegebiete und Logistiksiedlungen bis 2030 gedeckt werden kann. Hintergrund sind die anstehende Neuaufstellung des Regionalplans bzw. des Regionalen Flächennutzungsplans und die anhaltend hohe Wachstumsdynamik im Rhein-Main-Gebiet. Das Regierungspräsidium Darmstadt erarbeitet als Geschäftsstelle der Regionalversammlung Südhessen die Entwürfe für den **Regionalplan Südhessen**. Die Regionalversammlung fasst die notwendigen Beschlüsse. Für die Planungsregion Südhessen gilt der Regionalplan Südhessen / Regionale Flächennutzungsplan 2010. Im **Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main** sind Regionalplan und **Flächennutzungsplan** zu einem gemeinsamen Planwerk zusammengefasst. Damit liegt erstmals ein räumlicher Gesamtplan für den Kern der Metropolregion FrankfurtRheinMain vor.“ (rp-darmstadt.hessen.de)

Förderung: Das Regierungspräsidium Darmstadt ist für eine Vielzahl spezieller **Förderprogramme** Antrags-, Bewilligungs- und Abrechnungsstelle z.B.:

- „Flächenförderungsmaßnahmen im Weinbau können von Betrieben beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat Weinbau in Eltville beantragt werden.“ (rp-darmstadt.hessen.de)
- „Das Landesprogramm ‚WIR‘ trägt zur Weiterentwicklung der hessischen Integrationspolitik bei. Zuständige Behörde für die Förderung ist das Regierungspräsidium Darmstadt.“ (rp-darmstadt.hessen.de)
- „Das Regierungspräsidium Darmstadt fördert auf Antrag Maßnahmen Dritter aus Mitteln der hessischen Biodiversitätsstrategie.“ (rp-darmstadt.hessen.de)

Vernetzung: „Das **Europäische Informationszentrum (EIZ)** beim Regierungspräsidium Darmstadt informiert im Auftrag der EU-Kommission in Darmstadt und in der Region über die Arbeit der Europäischen Institutionen und Organe. Außerdem ist das EIZ Anlaufstelle für Unternehmen, Schulen und die Bevölkerung bei allen Fragen zur EU und zu deren Aktivitäten und Programmen.“ (rp-darmstadt.hessen.de). „Das **Europäische Dokumentationszentrum (EDZ)** an der Technischen Universität Darmstadt wurde 1972 gegründet und 2002 in die Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt integriert. Neben der wissenschaftlichen Recherche, Beratung und Informationsvermittlung finden Sie im EDZ amtliche Dokumente, Veröffentlichungen und Zeitschriften von und über die Europäische Union. Den Service des EDZ können alle nutzen: Lehrende, Forschende und Studierende, ebenso Bildungseinrichtungen, Behörden, Interessensgruppen sowie Bürgerinnen und Bürger.“ (ulb.tu-darmstadt.de)



Abbildung Nr. 68

3.07.b Bezirk Gießen: Mittelhessen

Bewertung: Der Bezirk Mittelhessen belegt mit 145 Punkten eine untere Stufe (blassrot) im Nachhaltigkeits-Ranking. Eine vorderste Position (vollgrün) erreicht der Bezirk beim Thema „Verkehr“. Noch gut (blassgrün) sieht es im „Umweltsektor“ aus. Mittelwerte (gelb) werden im Bereich „Wissenschaft“ erzielt. Auf nachrangige Plätze (blassrot) kommt der Bezirk bei den Themen „Beschäftigung“, „Bevölkerung“ und „Klima“. Unterste Ränge (vollrot) werden bei „Wirtschaft“, „Versorgung“ und „Landschaft“ belegt.

Darstellung: „*Mittelhessen ist innerhalb des Bundeslandes Hessen die stärkste Industrieregion mit traditionsreichen Hochschulen und einem leistungsstarken Handwerk. Dies ist Ausdruck der hervorragenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstrukturen in der Region. Sie setzt sich zusammen aus innovativen mittelständischen Unternehmen, der angewandten Forschung aus den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie bestehenden Kooperationsstrukturen in Branchen-Clustern. Neben der innovativen Wirtschaftsstruktur lässt es sich in Mittelhessen auch sehr gut leben. Die facettenreichen Kultur-, Sport- und Freizeitangebote machen Mittelhessen zu einer Region mit hoher Wohn- und Lebensqualität. Die **Regionalmanagement Mittelhessen GmbH** setzt sich für die regionale Entwicklung und eine stärkere überregionale Wahrnehmung des Standortes Mittelhessen ein. Die GmbH wird durch das Land aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert. Diese Sockelfinanzierung dient der Gewährleistung des Betriebs und ergänzt die Beiträge der 19 Gesellschafter.*“ (mittelhessen.eu)

Verwaltung: „*Das Regierungspräsidium Gießen (RP) ist die zentrale Landesbehörde inmitten Hessens mit vielfältigen Aufgaben. Wir vertreten die Interessen der Region gegenüber der Landesregierung - und umgekehrt das Land Hessen in unserer Region. Dabei liegt uns die Zukunft und Entwicklung Mittelhessens besonders am Herzen. Unsere Planungen und Entscheidungen sind bedeutsam für Gemeinden, Städte und Landkreise, für Wirtschaftsunternehmen und Einrichtungen. Für viele Bürger/innen ist das RP zwar nicht immer die erste Anlaufstelle - die hier getroffenen Entscheidungen sind aber für sie von großer Bedeutung, sei es in den Bereichen Umwelt und Natur, Verkehr oder Infrastruktur. Als Garant für Sicherheit und Lebensqualität in unserer Region haben wir das Ziel, Mittelhessen voran zu bringen, die Landkreise und Oberzentren zusammen zu führen und die Entwicklung der Mitte Hessens als Wirtschafts-, Wissenschafts-, Freizeit- und Lebensmittelpunkt zu fördern.*“ (rp-giessen.hessen.de)



Abbildung Nr. 69

Entwicklung: „Der **Regionalplan Mittelhessen** wurde 2010 durch die Regionalversammlung beschlossen. Mit der Bekanntmachung 2011 tritt der Regionalplan Mittelhessen in Kraft. Leitbild: Hessens Mitte, zentral in Deutschland und Europa, kann vielfältige Verbindungsfunktionen übernehmen sowohl für die wachsende Europäische Union als auch zwischen den Ballungsräumen Rhein-Main und Rhein-Ruhr. Mittelhessen ist die Region der starken Vernetzung von vielfältigen Wirtschaftspotenzialen, hochwertigen und breiten Bildungsangeboten und einer Lebensqualität, die ihresgleichen sucht. In dieser starken Fläche werden die Kräfte von Zentren und Akteuren zum Wohle der Gesamtregion gebündelt. Das Städtedreieck Marburg-Gießen-Wetzlar und der Raum Limburg-Diez sind über bedeutende Achsen auf kurzen Wegen verbunden mit Köln, mit Frankfurt und seinem internationalen Flughafen. Wir in Mittelhessen sind weltoffen und verfolgen engagiert das Ziel, die ‚Region der starken Vernetzung‘ unverwechselbar zu machen und die hohe Lebensqualität zu erhalten. Dies geschieht so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig.“ (RP Gießen, Regionalplan Mittelhessen 2010, rp-giessen.hessen.de)

Förderung: „**LEADER** (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale) ist eine EU-Förderstrategie zur Entwicklung in ländlichen Gemeinschaften. Wesentliche Grundlage ist das Engagement der Regionen, ihrer politischen Entscheidungsträger und ihrer gesellschaftlichen Gruppierungen. Öffentlich-private Partnerschaften entfalten in eigener Verantwortung Initiativen, erkennen Stärken und Schwächen, formulieren Ziele, bestimmen Entwicklungsstrategien und legen diese in regionalen Entwicklungskonzepten (REK) dar.“ (umwelt.hessen.de). Nach dem „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum des Landes Hessen 2014-2020“ gibt es sechs LEADER-Fördergebiete in Mittelhessen: Burgwald-Ederbergland (teils), Marburger Land, Vogelsberg, Lahn-Dill-Bergland, Lahn-Dill-Wetzlar Gießener Land.

Vernetzung: Das **Europe-Direct-Informationszentrum** Gießen ist Teil des Kommunikationsnetzwerks der Europäischen Kommission und beim Regierungspräsidium angesiedelt. Deshalb treten die beiden Institutionen in der Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig gemeinsam auf. Wir setzen in vielen Bereichen europäisches Recht um, arbeiten mit EU-Fördermittelpogrammen oder sind mit internationalen Entwicklungen konfrontiert“ (rp-giessen.hessen.de). „Der **Verein Mittelhessen** ist ein starkes Netzwerk von Mitgliedern aus Wirtschaft, Kommunen, Privatleuten und weiteren Institutionen. Inzwischen ziehen 272 Mitglieder Kommunen, Unternehmen und Institutionen, aber auch Einzelpersonen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten für Mittelhessen an einem Strang - nicht zuletzt als Gesellschafter der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.“ (mittelhessen.eu).



Abbildung Nr. 70

3.07.b Bezirk Kassel: NordOstHessen

Bewertung: Der Bezirk Kassel befindet sich mit 136 Punkten auf der untersten Stufe (vollrot) der regionalen Nachhaltigkeitswertung. Dies liegt vor allem an niedrigsten Werten (vollrot) in den Sektoren „Beschäftigung“, „Bevölkerung“, „Versorgung“ und „Klima“. Im Bereich „Wissenschaft“ gibt es hintere Plätze (blassrot). Mittlere Positionen (gelb) erreicht der Bezirk bei den Themen „Wirtschaft“, „Umwelt“ und „Landschaft“. Vorderste Ränge (vollgrün) belegt „NordOstHessen“ im Wertungsfeld „Verkehr“.

Darstellung: „*NordOstHessen (NOH) liegt im Herzen Deutschlands und Europas, dort wo ‚Mitteleuropa‘ zu Hause ist. Die Region ist geprägt durch eine abwechslungsreiche Landschaft aus flacheren Becken und waldbestandenen Mittelgebirgen, die mit der Wasserkuppe, Hessens höchster Erhebung, eine Höhe von 950 m erreichen. Die Metropole NordOsthessens ist die Fuldastadt Kassel mit ihren gut 200.000 Einwohnern. Das Wahrzeichen ist der weithin bekannte und sichtbare Herkules im größten Bergpark Europas - gemeinsam mit dem Schloß Wilhelmshöhe, der Sommerresidenz des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., ein Ensemble von internationalem Ruf*“ (rp-kassel.hessen.de). Die **Region Nordhessen** ist eine der attraktivsten europäischen Ideen- und Innovationsregionen und bietet dadurch für Familien, Fachkräfte und Unternehmen Lebensqualität und Zukunftsarbeitsplätze in zentraler Lage Europas. Die Kompetenzfelder Mobilität und Logistik, Energie, Tourismus sowie Gesundheit sind die tragenden Säulen der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit. Die regionalen Partner stehen für ein vernetztes und erfolgreiches **Regionalmanagement** (Nordhessen GmbH), um die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, zukunftsfähige, einkommensstarke Arbeitsplätze zu bieten und den Ausgleich zwischen ländlicher Region und Zentrum zu fördern.“ (regionnordhessen.de)

Verwaltung: „Das **Regierungspräsidium Kassel** ist Mittler und Knotenpunkt zwischen der Landesregierung in Wiesbaden und der Region NordOstHessen, zwischen den Ministerien einerseits und den Landkreisen, Städten und Gemeinden andererseits. Wir haben die Aufgabe, die Landespolitik in der Region umzusetzen, und wir nehmen Kontroll- und Beratungsfunktionen für die nachgeordneten Behörden wahr. Wir sorgen dafür, dass die Belange und Interessen der Region in der Landespolitik berücksichtigt werden. So zahlreich wie die Aufgaben sind die unterschiedlichen Berufe in unserem Haus: Juristen und Ingenieure, Techniker und Architekten, Förster und Biologen, Landschaftsplaner und Geologen, Betriebswirte, Informatiker und viele Andere arbeiten hier und machen sich stark für die Region.“ (rp-kassel.hessen.de)



Abbildung Nr. 71

Entwicklung: „**Regionalplanung** ist die übergeordnete, überörtlich zusammenfassende Planung für eine Region. Sie trifft Vorsorge für die einzelnen Raumfunktionen und Raumnutzungen und leistet damit einen Beitrag zur Entwicklung der Region. Träger der Regionalplanung sind die Regionalversammlungen. Ihre Geschäftsstellen sind die Regionalplanungsdezernate der Regierungspräsidien (Obere Landesplanungsbehörden). Im Zentrum der Regionalplanung steht die Frage, wie wir in zehn oder zwanzig Jahren leben werden: Familie, Wohnen und Arbeiten, demographischer Wandel, Wirtschaft, Verkehr, Kommunikation, Energiewende und Klimawandel - die Zukunft hängt davon ab, wie die Verantwortlichen gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen sich den aufkommenden Fragen stellen und welche Antworten darauf gefunden werden. Der Gemeindefragebogen dient der Neuaufstellung des **Regionalplanes 2020**. Es werden Daten und Einschätzungen aus kommunaler Sicht gesammelt, um erweiterte Aussagen zur regionalen Entwicklung des Raumes treffen zu können.“ (rp-kassel.hessen.de)

Förderung: „Eine erste Übersicht im Dickicht der Förderprogramme von EU, Bund und Ländern bieten das Europäische Informationszentrum beim RP Kassel (EDIC) und die **Akademie für den Ländlichen Raum Hessen (ALR)**. Sie bieten gemeinsam eine offene Fördermittelsprechstunde für kleine Kommunen, Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche an“ (rp-kassel.hessen.de). „Um den ländliche Raum für die Zukunft zu stärken, hat die Landesregierung die Offensive ‚Land hat Zukunft - Heimat Hessen‘ ins Leben gerufen. Teil der Offensive sind die drei Hessischen Regionalbeauftragten“ (staatskanzlei.hessen.de, landhatzukunft.hessen.de). „Die Regionalbeauftragten sind Bestandteil der Akademie für den Ländlichen Raum HESSEN“ (alr.hessen.de). Das Büro des Regionalbeauftragten Nordhessen befindet sich in Fritzlar.

Vernetzung: „Das **Europe-Direct-Informationszentrum (EDIC) NordOstHessen** ist Teil des Netzwerks EUROPE DIRECT der Europäischen Kommission und informiert die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die Europäische Union. Die Informationszentren arbeiten mit zahlreichen lokalen, nationalen und EU-weiten Informationsstellen und -netzwerken zusammen“ (rp-kassel.hessen.de). Die Zentren befinden sich im Regierungspräsidium Kassel und im Bürgerbüro der Stadt Fulda. „Die **Europäische Bürgerbegegnung (EBB)** findet alle zwei Jahre in Kassel statt. Sie schafft einen stabilen Begegnungsrahmen für einen kontinuierlichen Austausch von Europäern und Europäerinnen. Daraus erwächst eine dauerhafte Vernetzung, auch auf persönlicher Ebene“ (kassel-ebb.eu). „Die **Europa-Union Kassel e.V.** entstand 2013 aus der Fusion der Kreisverbände Kassel-Stadt (gegründet 1949) und Kassel-Land und steht damit in einer über 70-jährigen Tradition.“ (europa-union-kassel.de)



Abbildung Nr. 72

3.08 Land Mecklenburg-Vorpommern: „Land zum Leben“

Bewertung: Mecklenburg-Vorpommern (MV) steht mit 145 Punkten auf einem hinteren Platz (blassrot) im Nachhaltigkeits-Wettbewerb der deutschen NUTS-2-Regionen. Spitzenpositionen (vollgrün) werden in den Bereichen „Umwelt“ und „Landschaft“ erzielt. Auf dem zweiten Rang (blassgrün) liegt MV beim Thema „Versorgung“, im Mittelfeld (gelb) beim „Klima“, im hinteren Feld (blassrot) bei der „Wissenschaft“. Schlusspositionen (vollrot) gibt es in den Bereichen „Wirtschaft“, „Beschäftigung“, „Bevölkerung“ und „Verkehr“.

Darstellung: „Mecklenburg-Vorpommern lockt mit seiner Vielfalt. Es ist die einzigartige Mischung aus unberührter Natur zwischen Seen und Meeresstrand, Kultur und urbanem Flair in Städten zwischen jahrhundertalter Tradition und innovativer Moderne, die die Menschen anzieht und bleiben lässt. Studierende und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland finden hier moderne Universitäten und Hochschulen mit hoher Qualität in Lehre und Forschung. Es ist der **richtige Ort**, um einem anspruchsvollen Beruf mit Zukunft nachzugehen und dabei genug Zeit für Familie und Erholung zu haben. Als Investitionsstandort ist das Land durch seine geografische Lage und die zukunftsorientierten Branchen optimal“ (mecklenburg-vorpommern.de). „Eine **optimale Infrastruktur**, ausreichend verfügbare Fachkräfte und attraktive Fördermöglichkeiten gehören zu den wichtigsten Standortfaktoren der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ (chancen-mv.de). „Die Vielfalt der **geschützten Natur** in Mecklenburg-Vorpommern erstreckt sich von 3 Nationalparks, 3 Biosphärenreservaten, 7 Naturparks sowie vielen weiteren Schutzgebieten, so dass der Anteil über 30 Prozent der Gesamtfläche Mecklenburg-Vorpommerns ist.“ (auf-nach-mv.de)

Verwaltung: Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist gleichermaßen NUTS-1 und NUTS-2-Region. „Seit Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist der Ostseeraum zentraler Bezugspunkt seiner internationalen Aktivitäten. Ziel ist es, als Bindeglied zwischen Ost und West sowie als Tor zum Norden einen Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes und des Ostseeraums zu leisten. Mecklenburg-Vorpommern bringt sich in verschiedenen multilateralen Gremien der **Zusammenarbeit im Ostseeraum** ein. Es geht dabei um die Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten mit anderen Ostseeanrainerstaaten, um die Ostseeregion politisch, wirtschaftlich und kulturell zu stärken. Dazu werden gemeinsame Strategien und Projekte entwickelt und der Austausch Mecklenburg-Vorpommerns mit anderen Regionen, zum Beispiel zur Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum (EU Strategy for the Baltic Sea Region, EUSBSR), wird gefördert.“ (europa-mv.de)



Abbildung Nr. 73

Entwicklung: „Das erste Landesraumordnungsprogramm ist 1993 in Kraft getreten. Die darauf folgenden **Landesraumentwicklungsprogramme Mecklenburg-Vorpommern** (kurz LEP M-V) stammen aus den Jahren 2005 und 2016. Das LEP M-V bildet die Grundlage für alle räumlichen Planungen, für die Regionalen Raumentwicklungsprogramme (RREP) in den vier **Planungsregionen** des Landes und für die Planungen der Kommunen. Die Aufstellung der RREP übernehmen vier **Planungsverbände**, die sich aus Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den großen kreisangehörigen Städten und den Mittelzentren der jeweiligen Region zusammensetzen. Das oberste Gremium in den Planungsverbänden ist die **Verbandsversammlung**, deren Mitglieder von den jeweiligen Kommunalparlamenten entsandt werden“ (regierung-mv.de). „Die **Ämter für Raumordnung und Landesplanung** (ÄfRL) sind sowohl staatliche untere Landesplanungsbehörde als auch Geschäftsstelle des kommunal verfassten Regionalen Planungsverbandes: Mecklenburgische Seenplatte, Region Rostock, Vorpommern, Westmecklenburg.“ (afrl.mv-regierung.de)

Förderung: „Mecklenburg-Vorpommern wird in der **Förderperiode 2014-2020** von der Europäischen Union mit insgesamt 2,289 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE**), dem Europäischen Sozialfonds (**ESF**) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (**ELER**) gefördert. Diese Mittel leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns. Mecklenburg-Vorpommern wird voraussichtlich auch in der **Förderperiode 2021-2027** als sogenannte Übergangsregion gefördert. Übergangsregionen sind diejenigen Regionen in der Europäischen Union, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung zwischen 75 % und 100 % des EU-Durchschnitts liegt. Die Vorbereitungsarbeiten für die künftigen Programme haben auf der Grundlage der Entwürfe für die Fondsverordnungen bereits frühzeitig begonnen. Aufgrund der bestehenden Bedarfe in Mecklenburg-Vorpommern werden die strategische Ausrichtung der Programme und die Fördermaßnahmen in Abstimmung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern entwickelt.“ (europa-mv.de).

Vernetzung: „Das **Europäische Integrationszentrum Rostock e.V.** (EIZ Rostock) ist ein gemeinnütziger Verein und staatlich anerkannter Träger der Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sind das einzige **Europe-Direct-Informationszentrum** der Europäischen Kommission in MV und die Anlaufstelle, wenn es um Fragen zur Europäischen Union geht. Als Einrichtung der politischen und allgemeinen Weiterbildung bietet das EIZ Rostock Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden und Seminare mit dem Ziel an, Bürgerinnen und Bürger aus Rostock und der Region über gegenwärtige lokale, regionale und insbesondere europapolitische Themen zu informieren.“ (eiz-rostock.de)



Abbildung Nr. 74

3.09 Land Niedersachsen (DE9) : „Niedersachsen. Klar.“

Niedersachsen hat auf der Bezirksebene 2005 seine vier voll ausgestatteten Bezirksregierungen aufgelöst und nur für die EU-Funktionen „Regierungsvertretungen“ belassen. Diese wurden 2014 in „Ämter für regionale Landesentwicklung“ umgewandelt. „Mit den vier Ämtern für regionale Landesentwicklung verstärkt die Landesregierung ihre Präsenz in der Fläche Niedersachsens. In den Ämtern wurden Aufgaben der Regionalplanung und Raumordnung, der Stadt- und Landentwicklung und der Wirtschaftsförderung, insbesondere EU-Förderung, zusammengefasst, die bislang auf andere Landeseinrichtungen verteilt waren. Geleitet werden die Regionalbehörden von den ‚Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung‘. Ihre Aufgabe ist es, Impulse für eine nachhaltige Entwicklung in allen Teilen Niedersachsens zu geben und dazu beizutragen, regionale Ungleichgewichte zu beheben. Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort werden sie ressortübergreifende regionale Entwicklungskonzepte und Förderprojekte initiieren, koordinieren, bündeln und umsetzen. **Regionale Handlungsstrategien** dienen als praxisorientiertes Instrument der regionalen Kooperation. Ihr Ziel ist es, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Regionen durch Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg sowie durch Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft in einer Region zu verbessern“ (arl-bs.niedersachsen.de). „Die ‚Europabüros‘ in den Ämtern für regionale Landesentwicklung bieten vielfältige Informationen zu europäischen Themen an. Sie arbeiten dabei mit dem Europäischen Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen zusammen, unterstützen europapolitische Maßnahmen und Projekte des Landes und fördern das Europabewusstsein in der Bevölkerung.“ (eiz-niedersachsen.de). „Ab 2020 sind die **Regionalen Landesämter für Schule und Bildung** (Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Osnabrück) Anlaufstellen für alle Herausforderungen zu Themen rund um Schule und frühkindliche Bildung“ (rlsb.de).

„Das Kabinett hat 2019 die strategische Ausrichtung des Landes für die **EU-Förderperiode 2021-2027** beschlossen. Ziel ist es, trotz der geringer ausfallenden EU-Mittel ab 2021 eine erfolgreiche EU-Förderung von Projekten in allen Teilen des Landes zu gewährleisten. Hierzu hat sich das Kabinett zur Steigerung der Effektivität auf eine Priorisierung des Mitteleinsatzes auf drei grundsätzliche Förderziele geeinigt: 1. Niedersachsen investiert in einen innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandel auf der Grundlage nachhaltiger Bildung und Forschung; 2. Niedersachsen investiert in seine Umwelt und in den Klimaschutz; 3. Niedersachsen investiert in die Zukunftsfähigkeit seiner Regionen sowie in Chancengerechtigkeit und Teilhabe.“ (www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de)



Abbildung Nr. 75

3.09.a Bezirk Braunschweig: Harz-Heide

Bewertung: Der Bezirk Braunschweig erhält 199 Punkte und damit einen der vordersten Plätze (vollgrün) in der Nachhaltigkeitswertung. Diese Gesamtnote stützt sich auf beste Plätze (vollgrün) in den Sektoren „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ und „Klima“ sowie gute Plätze (blassgrün) in den Bereichen „Beschäftigung“, „Bevölkerung“, „Versorgung“, „Verkehr“ und „Landschaft“. Nur im Wertungsfeld „Umwelt“ gibt es schlechte Noten (blassrot).

Darstellung: „Die Siedlungs- und Wirtschaftsschwerpunkte **Göttingen** und **Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg** prägen die ökonomische Struktur der Region maßgeblich. Das Gebiet um Göttingen ist im Wesentlichen durch den Dienstleistungssektor und zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen charakterisiert. In der Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg dominieren dagegen die Stahl- und die Automobilindustrie sowie eine einzigartige, vielgestaltige Forschungslandschaft. Durch die Wiedervereinigung rückte der Bezirk Braunschweig 1990 aus der entwicklungs-hemmenden Zonenrandlage in eine neue Position mitten in Deutschland. Dadurch eröffneten sich zum einen Chancen z.B. im kulturellen Bereich und bei der Wiederherstellung ehemaliger Kontakte und Verkehrsverknüpfungen, es entstanden aber auch neue Probleme etwa durch den Wegfall der Zonenrandförderung.“(statistik.niedersachsen.de)

Verwaltung: „Willkommen auf den Internet-Seiten des **Amts für regionale Landesentwicklung Braunschweig**. Seit 2014 stehen wir in unserem **Amtsbezirk zwischen Harz und Heide** als Vor-Ort-Ansprechpartner des Landes zur Verfügung. Wir sind zuständig für wesentliche Fragen der regionalen Landesentwicklung und Raumordnung, der Stadt- und Landentwicklung, der Wirtschaftsförderung insbesondere bei der Umsetzung der Europäischen Strukturfonds, bei Verfahren der Flurbereinigung und des begleitenden Landmanagements, in Belangen der Domänenverwaltung, bei Fragen der Bauleitplanung, in Angelegenheiten der Stiftungsaufsicht sowie für **Europainformationen**. Der interdisziplinäre und ressortübergreifende Ansatz sowie die Bündelung von Fachbereichen für Themen wie Infrastruktur, ÖPNV in den ländlichen Räumen, soziale Daseinsvorsorge usw. flankiert die Arbeit. Der Hauptsitz liegt in der Braunschweiger Innenstadt in der Friedrich-Wilhelm-Straße 3 mit einer Nebenstelle im Dienstgebäude in der Wilhelmstraße 3. In Göttingen sind eine Geschäftsstelle und das **Südniedersachsenbüro** im Behördenhaus Danziger Straße 40 untergebracht. Die Allianz für die Region GmbH und das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig übernehmen im **Projektbüro Südostniedersachsen** gemeinsam die Verantwortung und bündeln ihre Kompetenzen aus Projekt- und Fördermittelmanagement.“ (arl-bs.niedersachsen.de).

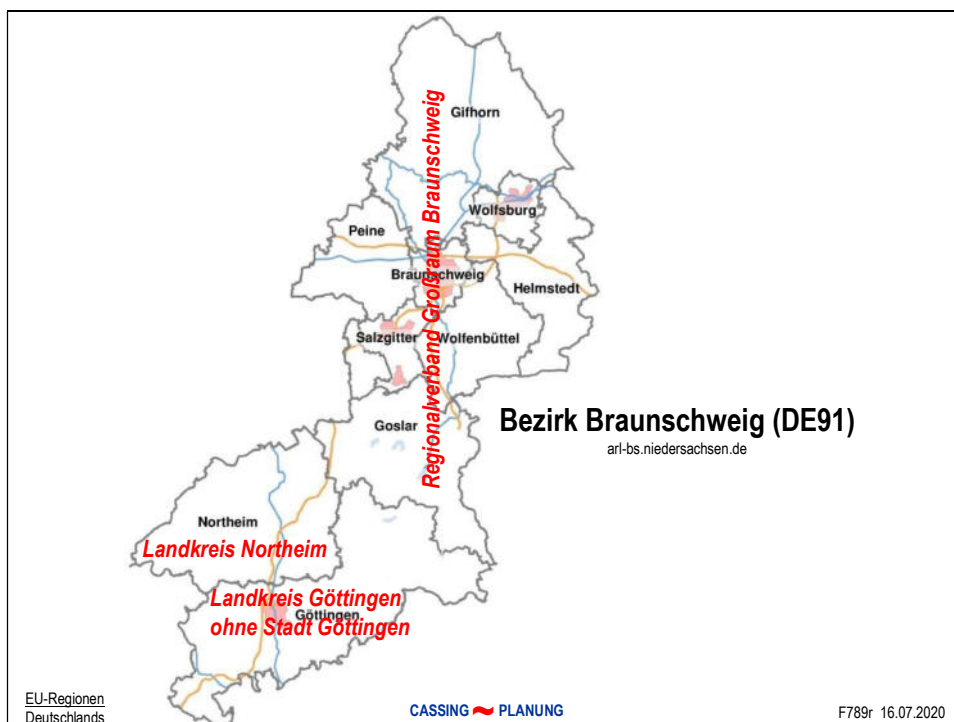


Abbildung Nr. 76

Entwicklung: Die **Regionalplanung** in Niedersachsen ist vom Bundesrecht abweichend Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Ausnahme bildet der oberzentrale Verflechtungsraum Braunschweig-Salzgitter-Wolfburg als einziger „Regionalverband“ im Land. Im Bezirk Braunschweig sind daneben die Landkreise Göttingen und Northeim sowie die Stadt Göttingen kleinteilige Träger der Regionalplanung. „Fünf Leitbilder im Regionalen Raumordnungsprogramm beschreiben den Rahmen für die räumliche Entwicklung im Großraum Braunschweig: 1. Das siedlungsstrukturelle Leitbild der dezentralen Konzentration, 2. Das wirtschaftsstrukturelle Leitbild der Wissenschafts- und Technologieregion, 3. Das verkehrsstrukturelle Leitbild der umweltgerechten Mobilitätsbewältigung, 4. Das Leitbild zur integrierten Siedlungs- und Landschaftsentwicklung, 5. Das kooperative Leitbild der regionalen Verantwortungsgemeinschaften.“ (regionalverband-braunschweig.de).

Förderung: „In der fortgeschriebenen **Regionalen Handlungsstrategie für die EU-Förderperiode 2021-2027** werden 8 Handlungsfelder sowie dazugehörige strategische und operative Ziele definiert. Strategische Ziele beschreiben die allgemeinen Ziele, die längerfristig erreicht werden sollen. Operative Ziele sind kurz- oder mittelfristig angelegt und stärker konkretisiert. Hieraus werden sich die Maßnahmen und Projekte ergeben, die zur Erreichung der strategischen Ziele im Amtsbezirk und für eine nachhaltige und positive Entwicklung notwendig sind. Konkrete Projekte beschreibt die regionale Handlungsstrategie bewusst nicht. Sie ist vielmehr der strategische und operative Rahmen, an dem sich in einem nächsten Schritt regional bedeutsame Projekte bzw. Maßnahmen orientieren sollen. Die Handlungsfelder für den Amtsbezirk Braunschweig sind: 1. Daseinsvorsorge und Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse, 2. Natur, Umwelt und Klimaschutz, 3. Energie und Ressourcenmanagement, 4. Mobilität und Verkehr, 5. Forschung und Wissenstransfer, 6. Wirtschaft und Tourismus, 7. Landwirtschaft und Agrarstruktur, 8. Arbeit und Fachkräftesicherung.“ (arl-bs.niedersachsen.de)

Vernetzung: „Das **Projektbüro SüdOstNiedersachsen** unterstützt regionale Akteure bei der Akquise von Fördermitteln von Land, Bund und EU. Auf diese Weise sollen zusätzliche Finanzmittel für erfolgreich entwickelte Leuchtturmprojekte akquiriert werden - für Projekte mit regionaler Bedeutung und überregionaler Strahlkraft. Das Projektbüro bietet alles aus einer Hand: von der Projektentwicklung, zur Beantragung bis hin zur Durchführung. Dabei arbeitet das Projektbüro mit den kommunalen Gebietskörperschaften sowie wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen zusammen. Bewährte Kooperationsstrukturen weiterzuentwickeln und zu verbessern, ist ein wichtiges Ziel der Arbeit. Auf diese Weise wird der Wirtschaftsstandort Südostniedersachsen weiter gestärkt.“ (allianz-fuer-die-region.de, projektbuero-son.de)



Abbildung Nr. 77

3.09.b Bezirk Hannover: Leine-Weser

Bewertung: Der ehemalige Regierungsbezirk Hannover - heute **Amtsbezirk für regionale Landesentwicklung Leine-Weser** mit Sitz in Hildesheim - erreicht in der Regionalwertung insgesamt mittelmäßige 151 Punkte (gelb). In der Spitzengruppe (vollgrün) liegt der Raum bei der „Versorgung“. Im Bereich „Klima“ gibt es eine gute Bewertung (blassgrün). Das Mittelfeld (gelb) wird bei den Themen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ und „Landschaft“ belegt, das Schlussfeld (vollrot) bei „Verkehr“ und „Umwelt“.

Darstellung: „Die **Region Leine-Weser** umfasst die Landkreise Diepholz, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzminden, Nienburg und Schaumburg sowie die Region Hannover. 91 Städte, Einheits- und Samtgemeinden liegen in diesem etwa 9.050 qkm großen Amtsbezirk, der seinen über zwei Mio. Einwohnern eine große Vielfalt als Lebens- und Arbeitsstandort bietet. Der Ballungsraum **Hannover** mit der Landeshauptstadt als größter niedersächsischer Stadt strahlt auf die angrenzenden Landkreise aus. Ebenso ist die Struktur und Perspektive im nördlichen Landkreis Diepholz von der Hansestadt Bremen geprägt. Gleiches gilt in den Landkreisen Schaumburg, Hameln-Pyrmont und Holzminden mit den angrenzenden Städten in Nordrhein-Westfalen. Bei allen Einflüssen des außerniedersächsischen Umfeldes der Region bleibt aber die Landeshauptstadt Hannover als international bedeutender Messestandort und logistischer Knotenpunkt eine zentrale Größe. Universitäten und Forschungseinrichtungen sind dort konzentriert. Daneben verfügt auch **Hildesheim** mit Universität und Fachhochschule über ein großes Angebot. Hinzu kommen das wirtschaftliche Potenzial innovativer (Industrie-)Unternehmen in der gesamten Region sowie die naturräumliche Attraktivität vor allem entlang der Weser und zum Teil auch der Leine.“ (arl-lw.niedersachsen.de)

Verwaltung: „Das **Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (ArL)** wurde 2014 gegründet. Es steht regionalen Partnern, z.B. Kommunen oder Unternehmen, als Ansprechpartner für regionale Entwicklungskonzepte und Förderprojekte zur Verfügung und bündelt staatliche Aufgaben in der Region Leine-Weser. Die Aufgaben des ArL Leine-Weser beinhalten gesetzlich festgelegten Prüfaufgaben der Raumordnung sowie die Beratung beziehungsweise Bewilligung der Förderbereiche Städtebauförderung, Dorferneuerung, Flurbereinigung und weiterer Förderungen aus dem Bereich des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Um möglichst nah bei den regionalen Gesprächspartnern zu sein, gibt es neben dem zentralen Standort der Behörde in Hildesheim eine Außenstelle in Sulingen. Aktuell hat das ArL Leine-Weser insgesamt rund 140 Mitarbeiter*innen.“ (arl-lw.niedersachsen.de)

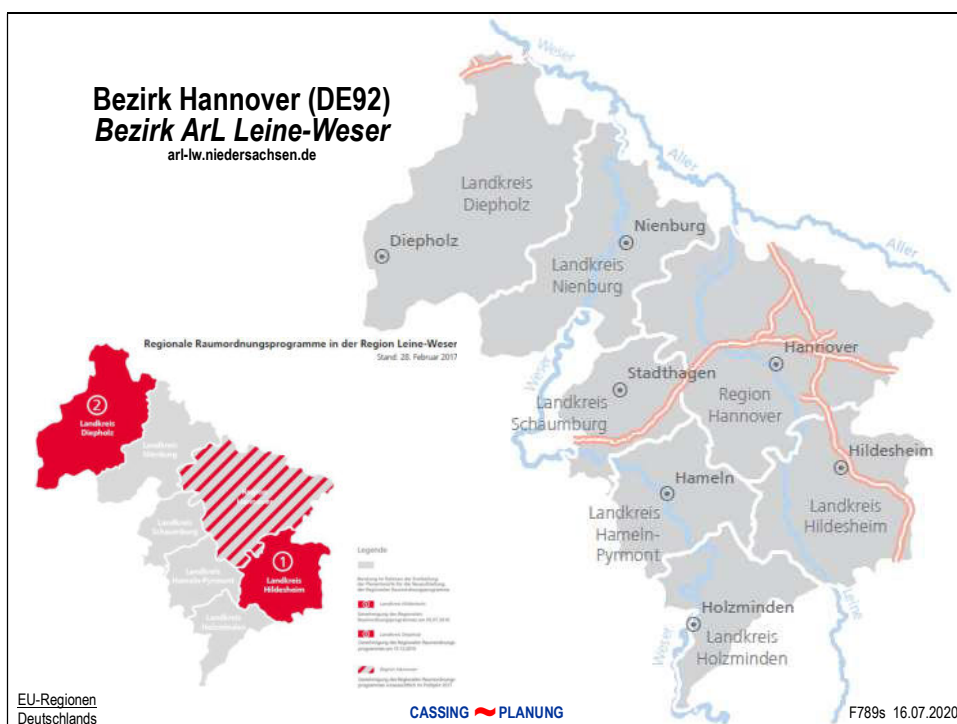


Abbildung Nr. 78

Entwicklung: „Um Wirtschaftskraft und Lebensqualität in allen Teilen der Region Leine-Weser zu erhalten und zu fördern, haben wir eine **regionale Handlungsstrategie** erarbeitet. Unsere Ziele sind:

- die regionalen Potenziale in Wirtschaft, Forschung und Innovation zu erschließen,
- die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erhöhen und das Potenzial an Arbeitskräften optimal auszuschöpfen,
- dem Wandel mit regionalen Fachkräftesicherungsstrategien zu begegnen,
- die CO2-Emissionen zu verringern und erneuerbare Energien auszubauen,
- den umweltverträglichen Verkehr zu stärken,
- die regionalen Natur- und Kulturlandschaften zu entwickeln, zu stärken und zu nutzen,
- funktions- und zukunftsfähige Versorgungseinrichtungen und Mobilitätsangebote zu sichern,
- zukunftsfähige Siedlungsstrukturen zu entwickeln, die Innenentwicklung zu stärken sowie
- die regionale Identität und Wohnumfeldqualität zu steigern.“ (arl-lw.niedersachsen.de)

Förderung: „Mit der Richtlinie ‚**Kofinanzierungshilfen**‘ unterstützt das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung finanzschwache Gebietskörperschaften, die selbst nicht in der Lage sind, die notwendigen Eigenanteile zur Kofinanzierung von EU-Förderprojekten aufzubringen. Über die Richtlinie werden wirtschaftliche und langfristig bestandsfähige Maßnahmen unterstützt, die in besonderer Weise einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung regionsspezifischer Herausforderungen und zur Umsetzung der Operativen Ziele der Regionalen Handlungsstrategie des jeweiligen Amtes für regionale Landesentwicklung leisten.“ (arl-lw.niedersachsen.de)

Vernetzung: „Um gemeinsame Antworten auf beschäftigungs- und qualifizierungspolitische Herausforderungen zu finden, bündeln die Landkreise Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzminden, Nienburg, Schaumburg sowie die Region Hannover seit 2015 ihre Kompetenzen und Aktivitäten zur Fachkräftesicherung. Das **Fachkräftebündnis Leine-Weser** hat das gemeinsame Ziel, die Fachkräfteinitiative Niedersachsen (FIN) auf regionaler Ebene zu verankern und durch die Kooperation der Akteure einen interdisziplinären und landkreisübergreifenden Ansatz zur Fachkräftesicherung zu ermöglichen. Das **Europabüro** versteht sich als Anlaufstelle für alle in der Region Leine-Weser, die mehr über Europa wissen wollen. Dafür erschließen wir europäische Informationsquellen und organisieren Veranstaltungen zu europäischen Themen. In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Informationszentrum (EIZ) Niedersachsen fördern wir das Europabewusstsein in der Öffentlichkeit.“ (arl-lw.niedersachsen.de)



Abbildung Nr. 79

3.09.c Bezirk Lüneburg: Elbe-Weser

Bewertung: Der Amtsbezirk für regionale Landesentwicklung Lüneburg belegt im Nachhaltigkeits-Ranking mit 142 Punkten einen der hintersten Plätze (vollrot). Dies resultiert aus Schlusspositionen in den Bereichen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ und „Versorgung“ sowie ungünstigen Positionen (blassrot) beim Thema „Beschäftigung“. Mittlere Plätze (gelb) werden in den Feldern „Bevölkerung“, „Umwelt“ und „Landschaft“ belegt, vordere Ränge (blassgrün) in den Sektoren „Verkehr“ und „Klima“.

Darstellung: „Drei Metropolregionen prägen die Entwicklung in der Region Lüneburg. Die **Metropolregion Hamburg** reicht weit in den Raum hinein und umfasst acht der elf Landkreise. Arbeiten im Zentrum der Metropole, Wohnen in der Region: Das führt zu ausgeprägten Pendlerströmen, mit erheblichen Einflüssen auf die Infrastruktur. Mit drei Landkreisen ist die Region in der **Metropolregion Nordwest** vertreten, die sich über die Hansestadt Bremen in den Westen Niedersachsens erstreckt. Im Süden sind die Landkreise Celle und Heidekreis auch Teil der **Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg**. Sie bilden so den direkten Übergang des Raumes an die Landeshauptstadt Hannover. Die Region setzt sich aus vielfältigen und kontrastreichen Landschaften zusammen. Sie reichen von Cuxhaven an der Nordsee bis zur Aller im Celler Land mit der gleichnamigen Residenzstadt. Im östlichen Teil bildet die **Elbe** in großen Abschnitten die Grenze zu Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Im Westen erstreckt sich das Gebiet bis zur **Weser** und zur Hansestadt Bremen. Im Zentrum prägt die Lüneburger Heide mit ausgedehnten Heiden, Wald- und Moorflächen die Landschaft.“ (arl-ig.niedersachsen.de)

Verwaltung: „Das **Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg** gibt es seit 2014. Hervorgegangen ist es aus Teilen der ehemaligen Bezirksregierung in Lüneburg und des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung. Geleitet wird das Amt von der Landesbeauftragten. Sie vertritt die Anliegen der Region in Hannover und stellt den ‚kurzen Draht‘ zwischen den Ministerien und den Akteuren vor Ort her. Die Themen sind vielfältig: Von Kulturförderung über Raumordnung bis zum Flächenmanagement für den Bau wichtiger Infrastrukturprojekte sind alle Themen vertreten, die für die Entwicklung der Region **Nordostniedersachsen** von Bedeutung sind. Mit rund 200 Mitarbeiter*innen an unseren Behörden-Standorten in Lüneburg, Bremerhaven, Verden und Stade kümmern wir uns um Förderprojekte und regionale Entwicklungskonzepte, die wir mit Mitteln von EU, Bund und Land umsetzen.“ (arl-ig.niedersachsen.de)

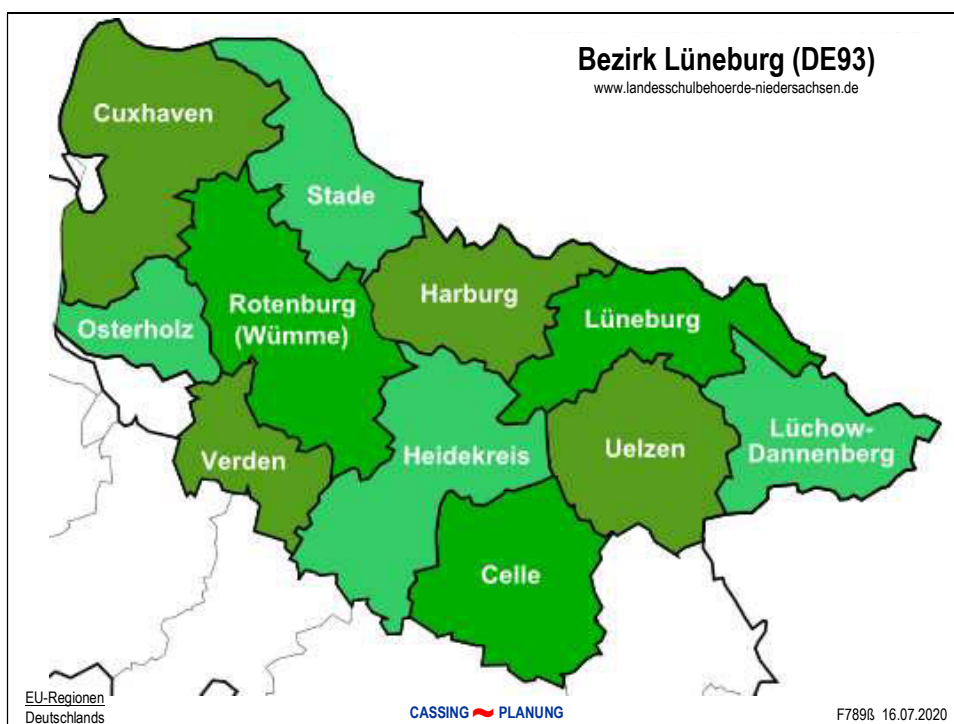


Abbildung Nr. 80

Entwicklung: „Die **Regionale Handlungsstrategie (RHS)** ist für die Region Lüneburg der Leitfaden für die regionale Entwicklung im Amtsbezirk Lüneburg. Sie bildete die Basis für die Umsetzung der Europäischen Strukturförderung in der Förderperiode 2014-2020 und diente als Richtschnur für die regionale Entwicklung der elf Landkreise des Amtsbezirkes. Nun steht eine neue **Förderperiode für die Jahre 2021-2027** an und nicht zuletzt deshalb muss die Regionale Handlungsstrategie überprüft und fortgeschrieben werden. Hier gehen wir auch in den kommenden Jahren vom Status als Übergangsregion Lüneburg mit einer entsprechenden Mittelausstattung aus und dass bei der Umsetzung in vorgegebenen Korridoren ausreichender Freiraum für regionsspezifische Entwicklungen gegeben ist.“ (arl-ig.niedersachsen.de)

Förderung: Der Bezirk Lüneburg zeigt wegen der vielen Auspendler nach Hamburg selber nur eine niedrigere endogene Arbeitsplatzleistung (BIB je Einwohner) und wird deshalb als einziges „westdeutsches NUTS-2-Gebiet als stärker zu fördernde „**Übergangsregion**“ eingestuft. Da gleichzeitig der Umlandkreis Harburg zur bundesweit oberen Einkommensklasse zählt, wird diese nur auf ein statistisches Merkmal gestützte Auswahl seit längerem kritisiert: „Auch wenn im einstigen Regierungsbezirk Lüneburg Gebiete wie das Wendland fraglos strukturschwach sind, geriet die Region aber nur wegen statistischer Besonderheiten unter die Armenhäuser Europas. Seit 2007 flossen gewaltige Summen hierher, ein Großteil aus dem **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)**. Immer wieder für Schlagzeilen sorgte dabei der Bau der **Leuphana Universität in Lüneburg**.“ (welt.de 05.05.2014)

Vernetzung: „Seit 2020 erfolgt die Koordinierung des **Wasserstoffnetzwerkes H2-NoN** über ein vom Land Niedersachsen gefördertes GRW-Regionalmanagement. Im Fokus: Die regionalen Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale im Wasserstoffbereich zu identifizieren, mobilisieren und nutzbar zu machen. Die Kompetenzen des ‚Wasserstoffnetzwerk-Nordostniedersachsen‘ (H₂-NoN) umfassen die gesamte Wertschöpfungskette einer Wasserstoffwirtschaft“ (h2non.de). „Die innerhalb der **ARTIE** kooperierenden Landkreise, Städte und Gemeinden verstehen sich als regionales Netzwerk zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen in Nord-Ost-Niedersachsen. Im Mittelpunkt steht die Organisation und Förderung eines nachfrageorientierten Wissens- und Technologietransfers, eingebettet in die Strukturen der kommunalen Wirtschaftsförderung“ (artie.eu). „**Europe Direct Lüneburg** ist in der Region zwischen Elbe, Weser und Aller (ehemaliger Regierungsbezirk Lüneburg) als Informationsstelle der EU-Kommission in Deutschland tätig. Träger unseres Informationszentrums ist das Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) Lüneburg, bei dem wir organisatorisch und personell angesiedelt sind.“ (europedirect-lueneburg.eu).



Abbildung Nr. 81

3.09.d Bezirk Weser-Ems: West-Niedersachsen

Bewertung: Der Bezirk des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems mit Sitz in **Oldenburg** rangiert mit 130 Punkten auf einem der letzten Wertungsplätze (vollrot). Das beruht auf Schlusspositionen (vollrot) bei den Themen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“, „Beschäftigung“ und „Versorgung“. Die Sektoren „Verkehr“ und „Umwelt“ zeigen niedrige Werte (blassrot). Eine mittlere Punktzahl (gelb) gibt es für „Landschaft“, gute Werte (blassgrün) für „Bevölkerung“, beste Noten (vollgrün) beim „Klima“.

Darstellung: „Die Region Weser-Ems liegt mit ca. 2,4 Mio. Einwohnern und einer Fläche von etwa 15.000 km² im **Nordwesten Deutschlands** und umfasst den ehemaligen Regierungsbezirk Weser-Ems mit insgesamt 12 Landkreisen und fünf kreisfreien Städten. Weser-Ems weist eine sehr junge und wachsende Bevölkerung auf und die Entwicklungsprognose der Region ist positiv und von einer besonderen Dynamik geprägt, wenngleich es teilräumlich nicht unbeträchtliche Unterschiede gibt. Schwerpunkte der Wertschöpfung bilden der Dienstleistungsbereich und das Verarbeitende Gewerbe. Besondere Kompetenzen liegen im Bereich der **Bioökonomie**, der **Energiewirtschaft** und der **maritimen Wirtschaft** mit zahlreichen namhaften und international erfolgreichen Unternehmen. Übergreifend wichtige Branchen sind Metall- und Maschinenbau, Kunststoffverarbeitung und die Logistik. Daneben sind Landwirtschaft und Baugewerbe vergleichsweise stark vertreten. Aufgrund der naturräumlichen Besonderheiten hat insbesondere an der Küste der **Tourismus** eine herausgehobene Bedeutung.“ (weser-ems.eu)

Verwaltung: „Aufgabe der in den Regionen Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und **Weser-Ems** gegründeten **Landesämter** ist es, gemeinsam mit den Akteur*innen vor Ort passgenaue, regionale Entwicklungskonzepte und Förderprojekte für die unterschiedlich geprägten Landesteile Niedersachsens zu planen, zu bündeln und umzusetzen. An der Spitze der Landesämter stehen die **Landesbeauftragten**. Sie koordinieren den Einsatz der **Europäischen Fördermittel** entlang der Bedarfe der Region. Sie vernetzen die Akteurinnen und Akteure vor Ort. Und sie haben eine wichtige Scharnierfunktion: Sie sind Vertreterin beziehungsweise Vertreter der Landesregierung in ihren Regionen, vertreten aber auch ihre Regionen innerhalb der Landesregierung und stehen vor Ort als Ansprechperson des Landes zur Verfügung. Die Landesbeauftragten sind zuständig für wesentliche Fragen der **regionalen Landesentwicklung**, der Regionalplanung und der Raumordnung, der Stadt- und Landentwicklung und der Wirtschaftsförderung - letzteres insbesondere bei der Umsetzung der Europäischen Strukturfonds.“ (niedersachsen.de)



Abbildung Nr. 82

Entwicklung: „Unter Federführung der Landkreise und kreisfreien Städte in Weser-Ems und mit breiter Beteiligung regionaler Unternehmen und Wissenschaft hat die Region Weser-Ems die **regionale Innovationsstrategie Wissensvernetzung in Weser-Ems 2020** zur intelligenten Spezialisierung entworfen und herausgearbeitet, dass die Entwicklung der Region wesentlich durch drei Branchenbereiche geprägt wird: Die Energiewirtschaft, die Maritime Wirtschaft und die Bioökonomie. Diese drei Felder weisen nicht nur besondere regionale Entwicklungsdynamiken auf, hier besitzt Weser-Ems auch herausragende Kompetenzträger in Unternehmen und Wissenseinrichtungen“ (weser-ems.eu). Die **im Masterplan Ems 2050** festgelegten Ziele sollen dreierlei bewirken: 1. Die ökonomische Infrastruktur des Ems-Raums sichern. 2. Eine lebendige Ems schaffen, die Tieren und Pflanzen mit einer erheblich verbesserten Gewässergüte und wiedergewonnenen Biotopen an den Rändern wieder einen Lebensraum bietet. 3. Ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU mit unabsehbaren finanziellen Folgen vermeiden.“ (masterplan-ems.info)

Förderung: „Das **Europabüro** versteht sich als Anlaufstelle für alle in der Region Weser-Ems, die mehr über Europa wissen wollen. Dafür erschließen wir europäische Informationsquellen und organisieren Veranstaltungen zu europäischen Themen. In enger fachlicher Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung und dem Europäischen Informationszentrum (EIZ) Niedersachsen fördern wir das Europabewusstsein in der Öffentlichkeit“ (arl-we.niedersachsen.de). „Die **Ems Dollart Region (EDR)** ist die nördlichste europäische Grenzregion entlang der deutsch-niederländischen Grenze. Die Geschäftsstelle der EDR ist im niederländischen Bad Nieuweschans angesiedelt. Mit INTERREG werden Kooperationsprojekte entlang den europäischen Grenzen finanziell unterstützt.“ (edr.eu)

Vernetzung: „Das nach den Bezirken Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems gegliederte **„Projektnetzwerk Ländliche Räume**, eine Gemeinschaftsinitiative des Landes Niedersachsen, des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, des Niedersächsischen Städtetages und des Niedersächsischen Landkreistages, bündelt Best-Practice-Beispiele im Bereich der Daseinsvorsorge auf einer Plattform. Das Projektnetzwerk Ländliche Räume will den Austausch zwischen denjenigen Städten, Kommunen, Initiativen und Akteuren im ländlichen Raum fördern, die Best-Practice-Lösungen zu wichtigen Herausforderungen der Daseinsvorsorge suchen oder bereits umgesetzt haben. Dafür sind hunderte beispielgebender Projekte thematisch und räumlich verortet und mit ausführlichen Informationen zu örtlichen Herausforderungen, individuellen Ansätzen, zur Finanzierung, zu Projekträgern und Ansprechpartnern versehen worden.“ (projektnetzwerk-niedersachsen.de)



Abbildung Nr. 83

3.10 Land Nordrhein-Westfalen (DEA): „Germany at its best“

„Aus dem nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz mit den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln sowie der preußischen Provinz Westfalen wurde das **Land Nordrhein-Westfalen** gebildet. In Nordrhein-Westfalen leben 17,9 Millionen Menschen (Stand.2017). Damit ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste der 16 Bundesländer Deutschlands. Nordrhein-Westfalen erwirtschaftete 2017 mit rund 691,5 Milliarden € knapp 21,2 % des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP). Damit liegt Nordrhein-Westfalen an der Spitze aller Bundesländer. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur vielfältig, sondern genießt auch international hohes kulturhistorisches Renommee. Denn mit dem Aachener Dom, den Schlössern Augustusburg und Falkenlust in Brühl, dem Kölner Dom, der Zeche Zollverein in Essen und dem Schloss Corvey befinden sich gleich fünf UNESCO-Weltkulturerbestätten in Nordrhein-Westfalen.“ (land.nrw)

„Die staatliche Verwaltung in NRW ist grundsätzlich dreistufig organisiert. Die obersten Landesbehörden sind die 12 Ministerien. In der mittleren Ebene wird ein großer Teil der staatlichen Aufgaben durch die **Bezirksregierungen** wahrgenommen. Auf der unteren staatlichen Ebene existieren verschiedene Behörden (z.B. Schulämter) über die die Bezirksregierungen ebenso Aufsicht führen wie über die Kreise, Städte und Gemeinden im Bezirk. Die Bezirksregierung ist die allgemeine Vertretung der Landesregierung im Bezirk, sie bündelt die Tätigkeiten der Fachressorts, stimmt unterschiedliche Meinungen miteinander ab und ermöglicht für die Vielfalt staatlichen Handelns eine ausgewogene und kompetente Problemlösung aus einer Hand. Diesem Aufgabenspektrum kommen alle fünf Bezirksregierungen Nordrhein-Westfalens (Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster) seit über 200 Jahren erfolgreich nach.“ (brd.nrw.de)

„Das ‚Operationelle Programm Nordrhein-Westfalens für die Förderung von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung aus dem **Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung**‘ steht angesichts der großen Herausforderungen des andauernden Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen im Zeichen des erklärten Ziels ‚Stärken stärken‘. Hierfür erhält das Land NRW in der aktuellen Förderphase von 2014 bis 2020 ca. 1,2 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung. Zusammen mit privaten Geldern (Eigenmittel) und Haushaltsmitteln des Landes stehen dadurch insgesamt rund 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung, um das Innovationspotenzial in Nordrhein-Westfalen auszuschöpfen und soziale und ökologische Prävention in den Städten NRWs zu betreiben.“ (brd.nrw.de)

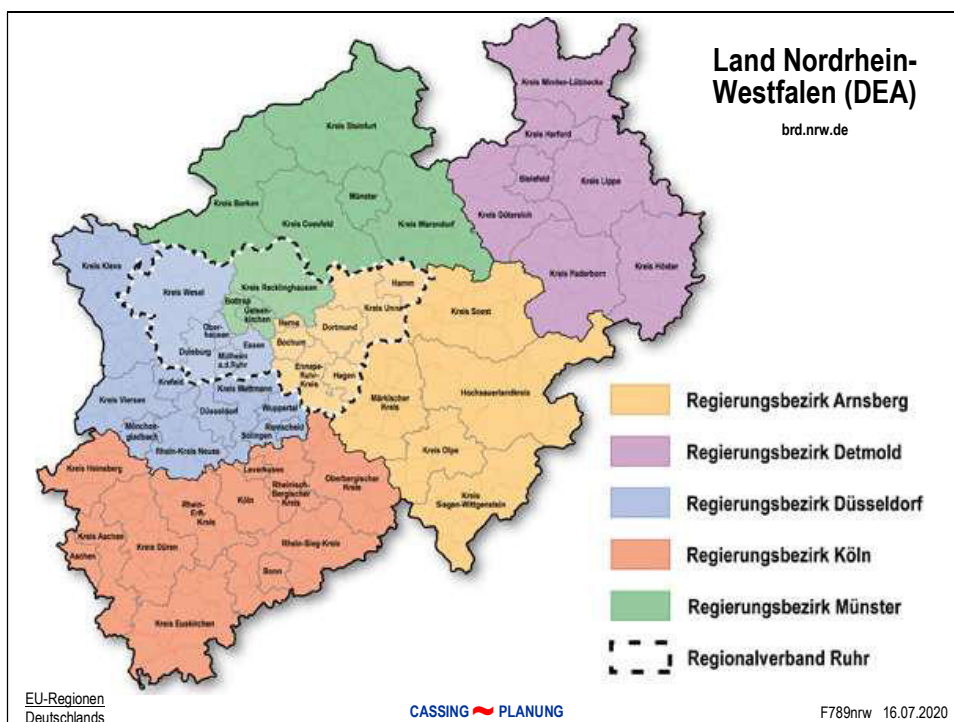


Abbildung Nr. 84

3.10.a Bezirk Düsseldorf: Nordrhein-Nord

Bewertung: Der Regierungsbezirk Düsseldorf kommt mit insgesamt 143 Punkten nur auf einen hinteren Platz (blassrot) in der Nachhaltigkeitswertung. Das liegt an niedrigsten Werten (vollrot) für die Themen „Beschäftigung“ und „Umwelt“ sowie schwachen Noten (blassrot) für die Themen „Bevölkerung“ und „Versorgung“. Mittlere Positionen (gelb) gibt es in den Sektoren „Wissenschaft“, „Verkehr“ und „Landschaft“. Gute Wertungen (blassgrün) erzielen die Bereiche „Wirtschaft“ und „Klima“.

Darstellung: „Der **Regierungsbezirk Düsseldorf** ist mit rund 5,2 Millionen Einwohnern bei einer Fläche von 5.300 km² mit 1000 Einwohnern pro km² der dichtest besiedelte und einwohnerstärkste in Deutschland. 5 Kreise und 10 kreisfreie Städte gibt es im Regierungsbezirk. In den 12 Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern leben rund zwei Drittel der Menschen. Obwohl seine Struktur eher städtisch geprägt ist, werden rund 52 % der Fläche landwirtschaftlich genutzt. Ein Siebtel der Gesamtfläche ist bewaldet. Es wechseln sich historisch entwickelte Industrielandschaften mit neu gewachsenen Randzonen und ländlich strukturierten Räumen ab. So unterschiedliche Regionen wie das internationale Dienstleistungszentrum **Düsseldorf**, die grünen Erholungsgebiete des **Niederrheins**, das hochindustrialisierte **Ruhrgebiet** und das mittelständisch strukturierte **Bergische Land** befinden sich hier.“ (brd.nrw.de)

Verwaltung: „Die Bezirksregierungen sind dem Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen unterstellt. Sie unterstützen als sogenannte Mittelbehörde den Austausch zwischen den Kommunen und Kreisen auf der einen und den Ministerien auf der anderen Seite. Zudem bündeln sie die unterschiedlichsten Perspektiven sowie Fachinteressen und sorgen so für widerspruchsfreies, staatliches Handeln in der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung. Sie ist die allgemeine Vertretung der Landesregierung in der Region. Die **Bezirksregierung Düsseldorf** ist Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger, Kreise und Kommunen, Kammern und Verbände, Vereine und Unternehmen, sowie viele weitere Akteure in unserer Region. Darüber hinaus bestehen seit vielen Jahren grenzüberschreitende Kooperationen mit unseren niederländischen Partnerprovinzen. Die Landesregierung in NRW setzt sich für einen Digitalisierungsprozess im Lande ein. Insbesondere die Bereiche Wirtschaft, Bildung und öffentliche Verwaltung sollen kurz- bis mittelfristig Voraussetzungen erhalten, die diesen Prozess fördern. Ein Schritt hierzu sind hochleistungsfähige Breitbandnetze, die NRW bis 2025 flächendeckend realisiert haben möchte. Die **Geschäftsstellen Gigabit.NRW** sind Ihre kompetenten Partnerinnen für alle Fragen der Förderung.“ (brd.nrw.de)

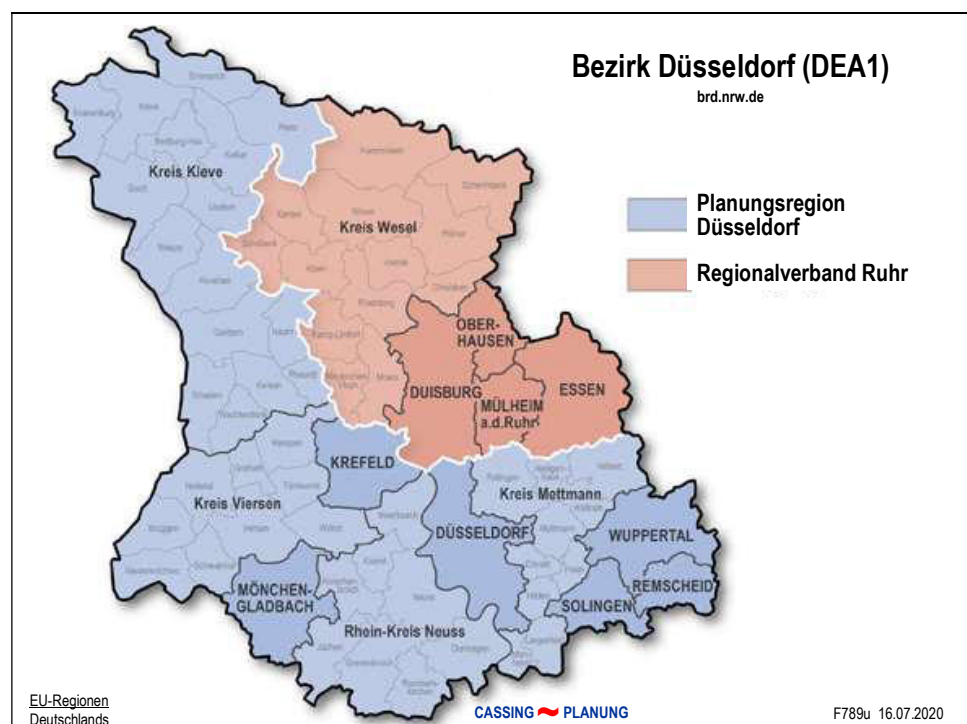


Abbildung Nr. 85

Entwicklung: „Regionalplanungsbehörde bei der Bezirksregierung Düsseldorf (seit 2009 keine Zuständigkeit mehr für das Verbandsgebiet des **Regionalverbandes Ruhr (RVR)**): Ihre Aufgabe ist es, mit dem Regionalrat Düsseldorf den **Regionalplan Düsseldorf** zu erarbeiten, aufzustellen und zu ändern. Sie sorgt dafür, dass die Ziele der Raumordnung beachtet werden. 2018 ist der Regionalplan Düsseldorf in Kraft getreten. Das vom Regionalrat beschlossene Planwerk enthält u.a. neue Standorte für die verkehrsgerechte Entwicklung von Wohn- und Gewerbestandorten, Regelungen zum Schutz von Natur und Landschaft und Beiträge zur Bewältigung der Erfordernisse des Klimaschutzes. Damit hat der Regionalrat in seiner überörtlichen Verantwortung wichtige Weichenstellungen für die Entwicklung der Region vorgenommen. Eine Besonderheit betrifft die Regionalplanung im Kerngebiet des Ruhrgebietes. Hier hat die Planungsgemeinschaft der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim a.d.R. und Oberhausen einen **regionalen Flächennutzungsplan** aufgestellt.“ (brd.nrw.de)

Förderung: „Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt in der **wirtschafts-, arbeitsmarkt-, und sozialpolitischen Förderung**. Hier werden Maßnahmen mit EU-, Bundes- und Landesmitteln sowohl in institutioneller als auch in projektbezogener Förderung bewilligt bzw. abgewickelt. Mit Zuwendungen aus der Regionalen Wirtschaftsförderung fördern wir z.B. den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die Regionale Wirtschaftsförderung unterstützt Investitionsvorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen. Ziel des Förderprogramms INTERREG VA ist es, die Probleme, die sich aus der Grenzlage der Regionen in der jeweiligen nationalen Wirtschaft ergeben, zu überwinden und die Vorteile des gemeinsamen Marktes besser zu nutzen. Im Rahmen der Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Förderprogramme wickeln wir mit Landesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanzierte Fördermodule oder als Modellvorhaben geförderte Einzelprojekte ab.“ (brd.nrw.de)

Vernetzung: „Das **EUROPE DIRECT Düsseldorf** ist Teil des EUROPE-DIRECT-Netzwerks in Deutschland, das einem europaweiten Verband von Zentren angehört. Die Zentren machen Europa für die Menschen vor Ort greifbar und ermuntern sie, sich in die Debatte über die Zukunft der EU einzubringen. Verwaltet wird das Netzwerk von der Europäischen Kommission“ (duesseldorf.de). „Die **Geschäftsstelle für EU-Projekte und berufliche Qualifizierung der Bezirksregierung Düsseldorf (GEB)** wurde 1999 mit dem Ziel eingerichtet, EU-Projekte sowie Projekte unter Beteiligung der Wirtschaft durchzuführen. Die EU-Geschäftsstelle berät und unterstützt Berufskollegs des Regierungsbezirks Düsseldorfs bei der Planung, Durchführung und Evaluation europäischer Bildungsprojekte.“ (brd.nrw.de)



Abbildung Nr. 86

3.10.b Bezirk Köln: Nordrhein-Süd

Bewertung: Der Regierungsbezirk Köln steht im Nachhaltigkeits-Ranking mit 176 Punkten im vorderen Feld (vollgrün). Die Gesamtwertung stützt sich auf vorderste Plätze (vollgrün) in den Sektoren „Wirtschaft“, „Versorgung“ und „Klima“ sowie vordere Positionen (blassgrün) bei den Themen „Wissenschaft“ und „Landschaft“. In den Bereichen „Bevölkerung“ und „Verkehr“ liegt der Bezirk im mittleren (gelb), im Bereich „Beschäftigung“ im hinteren (blassrot) und beim Thema „Umwelt“ im letzten Feld (vollrot).

Darstellung: „Die königliche Regierung zu Köln“ entstand 1816, als Friedrich Wilhelm III nach dem Wiener Kongress das Königreich Preußen in 10 Provinzen und insgesamt 25 Regierungsbezirke einteilte. Nach Auflösung des Regierungsbezirks Aachen 1972 wurde der **Regierungsbezirk Köln** entsprechend vergrößert. Heute besteht er aus acht Kreisen mit insgesamt 95 kreisangehörigen Gemeinden und vier kreisfreien Städten. Die zentrale großräumige Lage des Regierungsbezirks in Europa, die erhebliche Entwicklungsdynamik des Raumes und die Stellung der **Oberzentren Aachen, Bonn und Köln** sowie ihres Umlandes als Teil der europäischen Metropolregion zeichnen ihn als günstigen Standort im europäischen Wettbewerb aus. Den Kern des Bezirks bildet die vom Rhein durchflossene Kölner Bucht, ein Teil der Niederrheinischen Tieflandsbucht. Auf der westlichen und der östlichen Seite wird sie von den Höhen des Rheinischen Schiefergebirges flankiert; zwei dieser Flanken, das südliche Bergische Land und die Nordeifel, sind Teile des Regierungsbezirks.“ (bezreg-koeln.nrw.de)

Verwaltung: „Die **Bezirksregierung Köln** ist mit rund 1850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine der großen Behörden im Land NRW und hat weitere Dienstsitze in Aachen und Bonn. Die zahlreichen Aufgaben sind nur durch die gemeinsame Anstrengung und Leistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich zu bewältigen. Unter einem Dach, wenn auch an mehreren Standorten, werden kompetente und sachgerechte Entscheidungen fachübergreifend aus einer Hand getroffen. Bezirksregierungen vereinigen die verschiedensten Fachaufgaben von der Genehmigung und Überwachung großer Industrieanlagen bis zur Aufsicht über die Schulen, vom Asylrecht bis zur Stadtsanierung, von der Aufsicht über kommunale Finanzen bis zur Regionalplanung in einer Hand. Sie sind Drehscheibe der Verwaltung, bündeln und koordinieren unterschiedliche meist komplexe Probleme und arbeiten auf einen Ausgleich widerstrebender Interessen hin.“ (bezreg-koeln.nrw.de)



Abbildung Nr. 87

Entwicklung: „Als querschnittsorientierte Gesamtplanung sichert die Regionalplanung einerseits die natürlichen Lebensgrundlagen der Region, andererseits hält sie ausreichende Spielräume für die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung vor. Dazu legt die Regionalplanung Ziele und Grundsätze der Raumordnung fest, die von allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Regierungsbezirk beachtet werden müssen. Der aktuelle **Regionalplan Köln** besteht aus drei räumlichen Teilabschnitten (aus den Jahren 2001, 2003 und 2004) sowie aus zwei zusätzlichen sachlichen Teilabschnitten. Der Teilabschnitt **Region Aachen** umfasst die Kreise Stadt Aachen sowie die Städteregion Aachen, Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Teilabschnitt **Region Bonn/Rhein-Sieg** umfasst die kreisfreie Stadt Bonn sowie den Rhein-Sieg-Kreis. Der Teilabschnitt **Region Köln** umfasst die kreisfreien Städte Köln und Leverkusen sowie den Rhein-Erft-Kreis, den Oberbergischen Kreis und den Rheinisch-Bergischen Kreis. Zukünftig soll es einen den gesamten Regierungsbezirk umfassenden **Gesamtplan** geben. Vorteile dieser Vorgehensweise sind die bessere Lesbarkeit und die Vereinheitlichung von Inhalten des Regionalplanes.“ (bezreg-koeln.nrw.de)

Förderung: „Das „Operationelle Programm Nordrhein-Westfalens für die Förderung von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung aus dem **Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung** steht angesichts der großen Herausforderungen des Strukturwandels im Zeichen des Ziels ‚Stärken stärken‘. Bei der Auswahl der Projekte bedient sich das Land Nordrhein-Westfalen in der Regel unabhängiger Jurys, die in transparenten Wettbewerbsverfahren die besten Ideen prämiieren und zur Förderung vorschlagen. Die Bezirksregierung Köln nimmt als Zwischengeschaltete Stelle zwischen Ministerien und EU Kommission die Aufgabe der Prüfung und Bewilligung von Förderanträgen auf Grundlage des OP EFRE sowie die Auszahlung der bewilligten Zuwendungen für Antragsteller im Regierungsbezirk Köln wahr.“ (www.efre.nrw.de)

Vernetzung: „Das **EUROPE DIRECT Informationsbüro Aachen** ist Teil eines europaweiten Informationsnetzwerks der Europäischen Union. Es wird in Aachen von der Stadtverwaltung Aachen im Auftrag der EU-Kommission betrieben und ist seit 2005 für die Region Aachen, Düren, Heinsberg und Euskirchen zuständig“ (europedirect-aachen.de). „Die **EU-Geschäftsstelle der Bezirksregierung Köln** fördert die Europäisierung der beruflichen Bildung durch Beratungsangebote, Mobilitätsprojekte für Auszubildende und Bildungspersonal sowie europaweite Projekte zur Qualitätsentwicklung. Die EU-Geschäftsstelle verfügt über ein großes Netzwerk von europäischen Projektpartnern und ist bei der Suche nach ihnen behilflich. Die vom **EU-Programm Erasmus+** geförderten Projekte der EU-Geschäftsstelle dienen der Qualitätsentwicklung und Vernetzung beim europäischen Austausch.“ (bezreg-koeln.nrw.de)



Abbildung Nr. 88

3.10.c Bezirk Münster: Nord-Westfalen

Bewertung: Der Regierungsbezirk Münster belegt im Nachhaltigkeitsranking mit 125 Punkten den letzten Platz (vollrot). Die Wertung beruht auf Schlusspositionen (vollrot) in den Handlungsfeldern „Wissenschaft“, „Beschäftigung“, „Umwelt“ und „Landschaft“ und ungünstigen Noten (blassrot) in den Feldern „Wirtschaft“ und „Versorgung“. Bei den Themen „Bevölkerung“ und „Verkehr“ rangiert der Bezirk im Mittelfeld (gelb). Lediglich beim „Klima“ gibt es gute Noten (blassgrün).

Darstellung: „Im **Regierungsbezirk Münster** leben auf einer Fläche von über 6.900 qkm rund 2,6 Millionen Einwohner. Zum Bezirk gehören das **Münsterland** mit den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf und der kreisfreien Stadt Münster sowie die Emscher-Lippe-Region, also das **nördliche Ruhrgebiet**, mit den kreisfreien Städten Bottrop und Gelsenkirchen und dem Kreis Recklinghausen. Insgesamt sind das 78 Gemeinden in 5 Kreisen. Die vitale und lebenswerte Region im Zentrum Europas ist geprägt von hoher wirtschaftlicher Dynamik. Ein starker, innovativer Mittelstand, beeindruckende Wachstumsraten und Exportquoten belegen, dass die Region ein herausragender Standort im europäischen Wettbewerb ist“ (bezreg-muenster.de). „Wirtschaftlich zählt **Nord-Westfalen** zu den wachstumsstärksten Regionen in Nordrhein-Westfalen.“ (ihk-nordwestfalen.de)

Verwaltung: „Die **Bezirksregierung Münster** versteht sich als Dienstleister. Sie ist Moderator und Motor in der Region. Sie bündelt die regionalen Kräfte und will Konsens schaffen. Bei der Bezirksregierung laufen die wesentlichen Aufgabenstränge fast aller Landesministerien zusammen. Sie bietet als Anlaufstelle schnelle, mit allen Ressorts abgestimmte Entscheidungen aus einer Hand und damit besseren Service für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Kommunen. Die Bezirksregierung Münster versteht ihre Arbeit als kundenorientierte Dienstleistung für die Menschen und Unternehmen. Sie wirkt auf eine zweckmäßige, wirtschaftliche und transparente Verwaltung hin. Die rund 1.400 Mitarbeiter*innen arbeiten mit hohem Engagement, konstruktiv und partnerschaftlich mit Bürgern, Kommunen, der Wirtschaft, Verbänden und anderen Behörden zusammen. Die Bezirksregierung Münster gibt Impulse für die strukturelle Entwicklung der Region, die Landesplanung und Raumordnung, die Stärkung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Über die Grenzen hinweg pflegt sie seit vielen Jahren gute Kontakte mit niederländischen Partnern und Mitgliedern der EUREGIO. Das Dienstgebäude „Freiherr-vom-Stein-Haus“ am Domplatz ist Sitz der Behördenleitung. Weitere Standorte gibt es in Münster-Nord/Nevinghoff, Herten und Coesfeld.“ (bezreg-muenster.de)

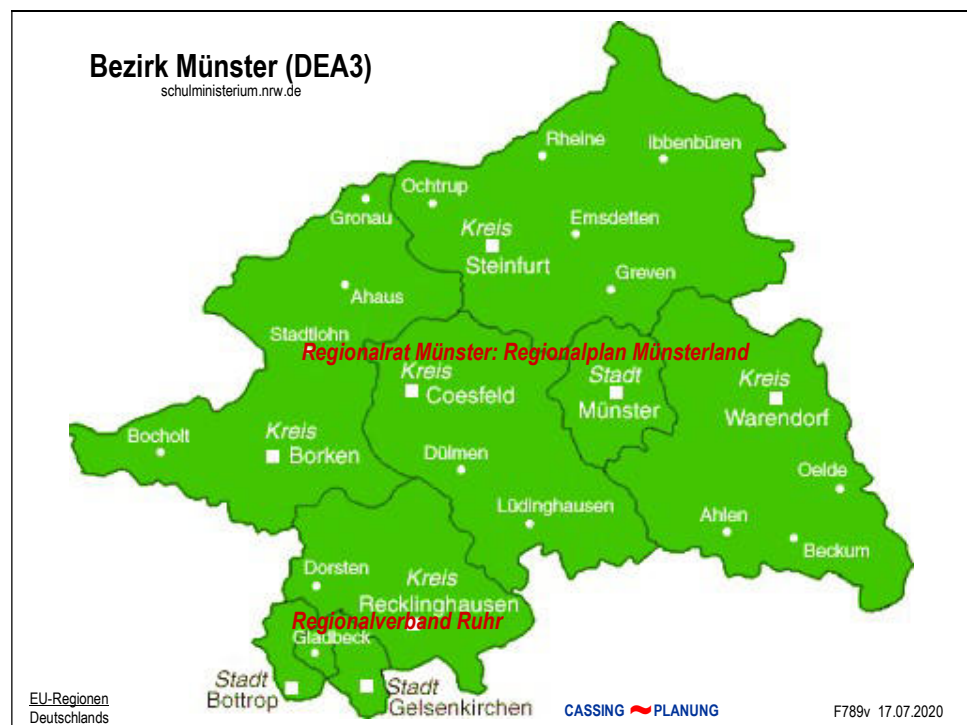


Abbildung Nr. 89

Entwicklung: „Der **Regionalplan Münsterland** legt die räumlichen und strukturellen Entwicklungen in der Region als raumplanerisches Gesamtkonzept fest. Als Planungsgrundlage gibt er die Rahmenbedingungen für die Flächennutzungspläne vor. Dabei ist es Aufgabe der Regionalplanung, die unterschiedlichen Flächenansprüche an den Raum zu koordinieren und zusammenzubringen. Der geltende Regionalplan Münsterland wurde 2013 vom Regionalrat Münster aufgestellt. Seit 2016 wird der Regionalplan durch den Teilplan Energie und seit 2018 durch den Teilplan Kalkstein ergänzt. Zudem sind mittlerweile mehrere Regionalplanänderungen rechtskräftig geworden. Der Regierungsbezirk Münster grenzt auf einer Länge von 110 km an die Niederlande. Als regionale Planungsbehörde hält die Bezirksregierung Kontakt zu den für die Regionalplanung zuständigen Nachbarprovinzen Overijssel und Gelderland.“ (bezreg-muenster.de)

Förderung: „Die **Operationellen Programme NRW** legen die zentralen Förderinhalte der Förderperiode 2014-2020 für Nordrhein-Westfalen fest. Sie bilden die Basis für die regionalen, interkommunalen und kommunalen Förderprojekte in den kommenden sieben Jahren. Für Operationelle Programme stehen in Nordrhein-Westfalen Mittel aus den folgenden drei **EU-Strukturfonds** zur Verfügung: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Die konkrete Umsetzung und die Anwendung des OP im Regierungsbezirk Münster erfolgt in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung.“ (bezreg-muenster.de)

Vernetzung: „Als Netzwerkzentrale der Region ist der **Münsterland e.V.** Ansprechpartner für Einwohner, Akteure, Multiplikatoren, Fachkräfte oder Touristen. Wir glauben an unsere Region und erfüllen mit großem Engagement die Aufgabe, ein positives und starkes Bild vom Münsterland sowohl nach innen zu festigen, als auch nach außen zu tragen. Dies tun wir insbesondere über die Regionalmarke Münsterland mit dem Claim ‚MÜNSTERLAND. DAS GUTE LEBEN.‘ Unsere Aufgaben reichen vom klassischen Regionalmarketing über den Aufbau von Kooperationen bis hin zur Koordinierung von Förderprogrammen“ (muensterland.com). „Die **EUREGIO** engagiert sich seit 1958 für den Aufbau und die Stärkung grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Strukturen im deutsch-niederländischen Grenzgebiet. Grundlage dafür ist ein grenzüberschreitender Zusammenschluss von 129 deutschen und niederländischen Städten, Gemeinden, (Land-)Kreisen und Waterschappen“ (euregio.eu). „Das **EUROPE DIRECT Informationszentrum Steinfurt** ist Ihre Verbindung zur Europäischen Union! Als Anlaufstelle möchten wir über die Institutionen, den Aufbau und die Politik der Europäischen Union informieren. Wichtig ist, die Verbindung der EU zu regionalen und lokalen Themen im Kreis Steinfurt und im Münsterland aufzuzeigen.“ (westmbh.de)



Abbildung Nr. 90

3.10.d Bezirk Detmold: Ostwestfalen-Lippe

Bewertung: Der Bezirk Detmold belegt bei der Nachhaltigkeitswertung mit insgesamt 161 Punkten einen mittleren Rang (gelb) und zeigt dabei eine ausgewogene Profilierung. Dazu tragen besonders Mittelpositionen (gelb) in den Sektoren „Wirtschaft“, „Beschäftigung“, „Bevölkerung“, „Versorgung“ und „Klima“ bei. Vordere Plätze (blassgrün) gibt es bei den Themen „Verkehr“ und „Umwelt“. Hintere Ränge (blassrot) werden für die Bereiche „Wissenschaft“ und „Landschaft“ registriert.

Darstellung: „Der **Regierungsbezirk Detmold** umfasst die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn und die kreisfreie Stadt Bielefeld. Mit zwei Mio. Einwohnern und einer Fläche von 6.500 qkm liegt Ostwestfalen-Lippe ‚ganz oben‘ in NRW. Ostwestfalen-Lippe präsentiert sich zwischen Teutoburger Wald und Wiehengebirge als dynamische Wirtschaftsregion mit hohem Erholungs- und Freizeitwert. Nicht nur die Einheimischen, auch die Besucher unserer Region wissen: ob Kultur, Wirtschaft, Gesundheit oder Tourismus - Ostwestfalen-Lippe hat einiges zu bieten“ (bezreg-detmold.nrw.de). „Der Wirtschafts- und Kulturraum **OstWestfalenLippe (OWL)** ist deckungsgleich mit Nordrhein-Westfalens nordöstlichem Regierungsbezirk Detmold. Als einer der wachstumsstärksten Wirtschaftsräume Deutschlands verknüpft die Region die Vorzüge moderner Großstädte mit der Vielfalt attraktiver Mittel- und Kleinstädte und den Erholungs- und Freizeitangeboten weitläufiger Landschaften.“ (ostwestfalen-lippe.de)

Verwaltung: „Als Bindeglied zwischen Landesregierung und Region vermittelt die Bezirksregierung zwischen den unterschiedlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und Unternehmen, der Gemeinden, Städte und Kreise auf der einen und der Landesregierung auf der anderen Seite. Sie nimmt Aufgaben in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens wahr. Regionale Entwicklungsplanung, Wirtschaftsförderung, Umwelt- und Naturschutz, öffentlicher Gesundheitsdienst und Schulaufsicht sind nur einige Themen unseres Aufgabenspektrums“ (bezreg-detmold.nrw.de). „Eine Reihe von Institutionen verbinden die einzelnen Teilbereiche der Region OstWestfalenLippe. Dazu gehören die **Bezirksregierung in Detmold**, die **Industrie- und Handelskammern Ostwestfalen zu Bielefeld** und **Lippe zu Detmold** sowie die **Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe**. Auf der regionalen Ebene sind zudem mehrere Verbände und Brancheninitiativen aktiv, unter deren Dach zahlreiche Unternehmen ihre Interessen gebündelt haben. Um Regionalmarketing, Regionalentwicklung, Tourismusmarketing, Kulturförderung, Arbeitsmarktpolitik und Frauenförderung kümmert sich die **OstWestfalenLippe GmbH**.“ (ostwestfalen-lippe.de)

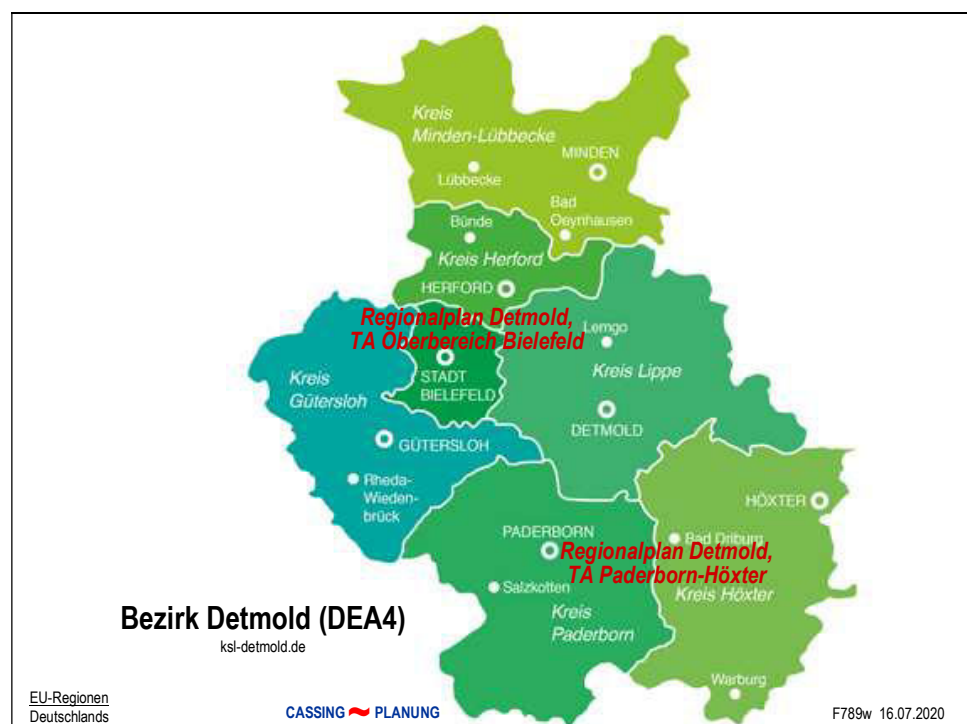


Abbildung Nr. 91

Entwicklung: „**UrbanLand** ist Headline und zugleich Zielvision eines Strukturentwicklungsprogramms, das aktuell in der Region OstWestfalenLippe umgesetzt wird. UrbanLand steht für ein ausbalanciertes Verhältnis von städtischen und ländlichen Räumen mit dem Ziel, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der gesamten Region zu bieten. Die **REGIONALE 2022** ist das Instrument, mit dem das Programm umgesetzt wird. Flankierend ist ein **Raumbild** für das UrbanLand OstWestfalenLippe entstanden, das einen neuen Blick auf die Region ermöglicht und räumliche Zusammenhänge aufzeigt. Hieraus lassen sich unterschiedliche Herausforderungen und Aufgaben für die Teilräume identifizieren und als Inspiration für die Projektentwicklung dienen“ (urbanland-owl.de). „Der **Regionalplan** bildet den raumordnerischen Rahmen für die weitere räumliche Entwicklung der Region bis zum Jahr 2040. Hierbei gilt es, die verschiedensten Raumansprüche in Einklang zu bringen. Intention ist dabei, dass die Region OWL und ihre kommunale Familie, die Wirtschaft und alle anderen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen durch einen rechtskräftigen Regionalplan OWL Rechts- und Planungssicherheit erlangen. Der **Regionalrat des Regierungsbezirks Detmold** hat 2020 das formale Erarbeitungsverfahren eröffnet. Die Grundlage des Regionalplans OWL ist der **Landesentwicklungsplan (LEP) NRW 2017**.“ (bezreg-detmold.nrw.de)

Förderung: „Als Bewilligungsbehörde sorgt die Bezirksregierung für eine sachgerechte Verteilung und Verwendung von **Fördermitteln**. Bei einer Vielzahl von Förderprogrammen ist die Bezirksregierung selbst Bewilligungsbehörde. Eine Koordinierung der einzelnen Förderungen erfolgt im Rahmen der Aufstellung des Jahresförderprogramms der Bezirksregierung. Im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung wird die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel überprüft. Die finanziellen Mittel für die **Förderprogramme** werden von Land, Bund und **EU** bereitgestellt. Zu den Aufgaben der Bezirksregierung gehören auch die Förderberatung und die Koordination.“ (bezreg-detmold.nrw.de)

Vernetzung: „In allen fünf Bezirksregierungen des Landes NRW gibt es **EU-Geschäftsstellen im Bereich der beruflichen Bildung**. Sie unterstützen die erfolgreiche Umsetzung von EU-Programmen für Berufskollegs und Schulträger und fördern die europäische Ausrichtung der Berufskollegs des Landes Nordrhein-Westfalen“ (bezreg-detmold.nrw.de, fit-fuer-europa.de). „Im **Technologie-Netzwerk it's OWL** - Intelligente Technische Systeme OstWestfalenLippe entwickeln über 200 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Organisationen Lösungen für intelligente Produkte und Produktionsverfahren. Mit Unterstützung des Landes werden von 2018-2023 Projekte im Umfang von 100 Millionen € umgesetzt. Themenschwerpunkte sind Künstliche Intelligenz, digitale Plattformen, Digitaler Zwilling und Arbeit 4.0.“ (its-owl.de)



Abbildung Nr. 92

3.10.e Bezirk Arnsberg: Südwestfalen

Bewertung: Der Bezirk Arnsberg rangiert mit zusammen 132 Punkten auf den hintersten Plätzen (vollrot) in der vorliegenden Nachhaltigkeitsbewertung. Diese Einstufung wird geprägt von Schlusspositionen (vollrot) in den Bereichen „Wirtschaft“, „Beschäftigung“, „Bevölkerung“ und „Umwelt“ sowie ungünstigen Positionen (blassrot) bei den Themen „Wissenschaft“, „Versorgung“, „Landschaft“ und „Klima“. Im Sektor „Verkehr“ kann der Bezirk eine Spitzenposition (vollgrün) belegen.

Darstellung: „Der **Regierungsbezirk Arnsberg** liegt im Südosten von NRW. Er deckt in seinem nord-westlichen Bereich mit den fünf Großstädten Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm und Herne einen Teil des dicht besiedelten **Ruhrgebiets** ab. Im Gegensatz dazu weist das östliche und südliche Gebiet eine geringere Bevölkerungsdichte und eher kleinteilige Besiedlung auf. Landschaftlich gehören sowohl die Bergländer **Südwestfalens** als auch die südlichen Bereiche der westfälischen Bucht zum Regierungsbezirk“ (de.wikipedia.org). „Der Regierungsbezirk Arnsberg besteht aus fünf kreisfreien Städten und sieben Kreisen mit 78 kreisangehörigen Kommunen. Er zählt fast 3,6 Millionen Einwohner*innen und erstreckt sich über rund 8.000 Quadratkilometer“ (bezreg-arnsberg.nrw.de). „Der Hochsauerlandkreis, der Märkische Kreis und die Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und Soest haben sich 2007 zur **Region Südwestfalen** zusammengeschlossen. Durch den Zusammenschluss entstand eine Region, die in dieser Konstellation einmalig ist. Einerseits ist Südwestfalen eines der waldreichsten Erholungsgebiete Deutschlands - andererseits ist es aber auch Heimat von zahlreichen industriellen Weltmarktführern.“ (suedwestfalen.com)

Verwaltung: „Die **Bezirksregierung Arnsberg** ist eine moderne, leistungsfähige und bürger*innenfreundliche Behörde der staatlichen Mittelinstanz, bei der die wesentlichen Aufgabenstränge fast aller Landesministerien zusammenlaufen. Sie vertritt die Landesregierung in ihrem Regierungsbezirk, der **Südwestfalen** und das **östliche Ruhrgebiet** umfasst. Die Bezirksregierung Arnsberg versteht sich als verantwortungsvolle Dienstleisterin, die staatliche, kommunale sowie verbandliche Interessen zusammenführt. Hierdurch ist die Bezirksregierung Arnsberg in einem breiten Aufgabenspektrum tätig. So gehören zum Beispiel auch Umweltschutz, Kulturförderung, Ländliche Entwicklung, Erneuerbare Energien, Altbergbaufolgen, Kampfmittelbeseitigung sowie Wirtschaftsförderung zum Aufgabenportfolio. Diese Aufgaben werden von rund 1.750 Mitarbeiter*innen an neun Standorten auf einer Fläche von 8.000 qkm für mehr als 3,5 Millionen Einwohner*innen wahrgenommen.“ (bezreg-arnsberg.nrw.de)



Abbildung Nr. 93

Entwicklung: „Seit 2009 besteht eine Zweiteilung der Regionalplanung im Bezirk. Für die Städte und Gemeinden des **Regionalverband Ruhr (RVR)** liegt die Planungshoheit bei der Verbandsversammlung des RVR. Die Planungshoheit im Bereich der fünf südwestfälischen Kreise liegt beim **Regionalrat Arnsberg**. Der Regionalrat Arnsberg hat 2020 beschlossen, das Erarbeitungsverfahren für die Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg - **Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein** einzuleiten. Der Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, **Teilabschnitt Kreis Soest und Hochsauerlandkreis** wurde 2012 rechtswirksam.“ (bezreg-arnsberg.nrw.de)

Förderung: „Das **Förderportal der Bezirksregierung Arnsberg** bietet einen Überblick über die Fördermöglichkeiten sowohl für Bürger*innen als auch für Vereine, Verbände, Unternehmen, Schulen etc. Einen Überblick über Förderungen und eine Hilfe bei der Vorbereitung der Unterlagen für die Antragstellung finden Sie auf der Seite wir-bleiben-liquide.de. Mit der **REGIONALE 2025** setzen sich alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen in Südwestfalen das Ziel, die Region zukunftsfähig zu gestalten. Im Zentrum steht dabei die Digitalisierung. Den inhaltlichen Rahmen bildet die entwickelte Südwestfalen-DNA mit dem Slogan **digital - nachhaltig - authentisch**. In den fünf südwestfälischen Kreisen sollen innovative Ideen, Projekte und Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern Raum, Gesellschaft sowie Wirtschaft und Arbeit entwickelt und umgesetzt werden. Zertifizierte Projekte der REGIONALE werden aus den ‚normalen‘ Förderprogrammen des Landes prioritär gefördert.“ (bezreg-arnsberg.nrw.de)

Vernetzung: „Das **EDIC Dortmund** ist seit 2013 in der **Auslandsgesellschaft.de e.V.** beheimatet. Als Europäische Akademie, Plattform des Europäischen Freiwilligendienstes, Standort des Eurodesk Dortmund sowie Heimathafen von rund 30 bilateralen Ländergesellschaften verfügen wir über einen großen Erfahrungsschatz“ (europe-direct-dort-mund.de). „Seit 1999 fördert die ‚**EU-Geschäftsstelle für Wirtschaft und Berufsbildung**‘ der Bezirksregierung Arnsberg die Internationalisierung im Bereich der beruflichen Bildung. Sie nimmt den Informations- und Beratungsauftrag des Schulministeriums NRW im Regierungsbezirk wahr und unterstützt die Umsetzung von EU-Bildungsprojekten für Berufskollegs“ (bezreg-arnsberg.nrw.de). „Um mit klugen Ideen, Tatkraft und koordiniertem Handeln gemeinsam die Region Südwestfalen zu stärken, wurde die **Südwestfalen Agentur GmbH** 2008 gegründet. Getragen wird sie durch die fünf Kreise Südwestfalens sowie den Verein ‚Wirtschaft für Südwestfalen‘. Die Agentur bündelt die Kräfte von Politik und Wirtschaft in der Region und fungiert als dynamische Netzwerkzentrale.“ (suedwestfalen-agentur.com)



Abbildung Nr. 94

3.11 Land Rheinland-Pfalz (DEB): „Wir machen’s einfach“

„Rheinland-Pfalz. Aus unterschiedlichen Regionen zusammengewachsen zu einem lebendigen und tatkräftigen Land. Heimat von mehr als vier Millionen Menschen. Hier sind sie zu Hause, die Westerwälder, die Pfälzer, die Menschen an Rhein, Mosel, Nahe, Lahn und Ahr, aus Rheinhessen, der Eifel oder dem Hunsrück. Internationale Unternehmen wie BASF, Boehringer Ingelheim und Daimler-Chrysler machen, genauso wie die facetten- und traditionsreichen Handwerksbetriebe und die mittelständische Industrie, Rheinland-Pfalz zum Wirtschaftsland mit einer der höchsten Exportquoten aller deutschen Länder. 20 Hochschulen bieten rund 500 Studiengänge an. Rheinland-Pfalz tut gut wegen seiner 18 Heilbäder und Kurorte und seiner vielen naturnahen Erholungsgebiete. An den Hängen der Mittelgebirge und Flusstäler wächst weltberühmter Wein. Auf rund 65.000 Hektar gedeihen beste Gewächse, die Rheinland-Pfalz zu Deutschlands Weinland Nr. 1 machen. Mehr als neun Millionen Touristen kommen pro Jahr.“ (rlp.de)

Rheinland-Pfalz hat die Bezirke Koblenz und Trier zur Direktion Nord fusioniert, den Bezirk Neustadt in etwa beibehalten. „2000 wurden die Bezirksregierungen von Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz in neue Strukturen überführt, deren Zuständigkeiten nicht mehr regional, sondern funktional bestimmt sind und sich teilweise auf das ganze Land erstrecken: Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier, Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD Nord; Südrhein und Westnassau) in Koblenz, Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd; Pfalz und Rheinhessen) in Neustadt/Weinstraße. Dennoch existieren die Grenzen der ehemaligen Regierungsbezirke für die NUTS-2-Regionen weiter.“ (de.wikipedia.org)

„In Rheinland-Pfalz werden Fördermittel aus dem EFRE, ESF und ELER für Strukturinvestitionen eingesetzt. Rheinland-Pfalz erhält in der aktuellen Förderperiode als ‚stärker entwickelte Region‘ im Ziel ‚Investitionen in Wachstum und Beschäftigung (IWB)‘ Fördermittel aus dem EFRE i.H.v. 186 Mio. Euro. Das Operationelle Programm (OP) für den EFRE für die neue Förderperiode 2021 bis 2027 wird sowohl die strategische Ausrichtung zur Verwendung der EFRE-Mittel und Zielsetzungen enthalten als auch Details zur Umsetzung der jeweiligen EFRE-Schwerpunkt“ (efre.rlp.de). „Rheinland-Pfalz ist in die vier Regionen Mittelrhein-Westerwald, Rheinhessen-Nahe, Trier und Westpfalz aufgeteilt. Für diese Gebiete nehmen die Planungsgemeinschaften die Regionalplanung wahr. Die ehemalige Region Rheinpfalz ist 2006 im Verband Region Rhein-Neckar aufgegangen, der sich über die Grenzen der Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz erstreckt.“ (ris.rlp.de)

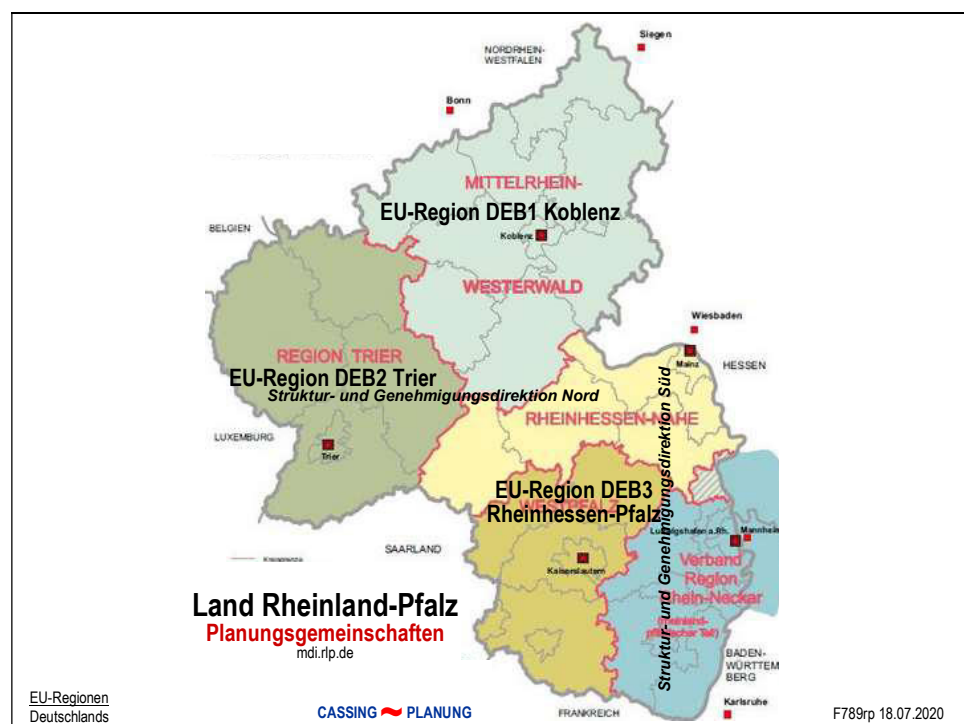


Abbildung Nr. 95

3.11.a Bezirk Koblenz: Mittelrhein

Bewertung: Der ehemalige Regierungsbezirk Koblenz belegt mit 150 Punkten einen unteren Rang (blassrot) in der Bewertung der Zukunftsfähigkeit. Dies beruht auf hintersten Plätzen (vollrot) im Sektor „Wissenschaft“ und unteren Rängen (blassrot) in den Handlungsfeldern „Wirtschaft“ und „Bevölkerung“. Mittlere Punktzahlen (gelb) gibt es für die Themen „Beschäftigung“, „Umwelt“ und „Klima“. Gute Noten (blassgrün) gibt es in den Bereichen „Versorgung“, „Verkehr“ und „Landschaft“.

Darstellung: „Im Europa der Regionen haben das Mittelrheintal, die angrenzenden Höhen des rheinischen Schiefergebirges und die Flusstäler von Ahr, Lahn, Mosel, Nahe und Sieg, einen besonderen Rang. Begünstigt durch diesen Naturraum und sein Klima, durch die Lage zwischen Köln, Mainz und Trier und durchzogen von der bedeutendsten Wasserstraße zwischen Alpen und Nordsee hat sich hier ein einzigartiger Lebens- und Wirtschaftsraum entwickelt, dessen Zentrum die Stadt **Koblenz** ist. Die Einzigartigkeit dieses Raums, seine kulturelle Vielfalt und Integrationsleistung ist bis heute in seinem Kulturerbe und den Kulturlandschaften erlebbar - bis hin zum Weltkulturerbe. Auch die heutigen strukturellen Gegebenheiten zeigen: dieser Raum mit seinem gewachsenen Netz aus Städten und Gemeinden, mit seinen Wirtschaftsunternehmen und Hochschulen, seinen Behörden und Kulturstätten, seinen Gesundheitseinrichtungen, seinen Landwirtschaftsbetrieben hat viele Stärken. Diese Stärken bilden das Potenzial für eine erfolgreiche Zukunft. Sie sind die Zukunftsperspektive für die **Region Mittelrhein**.“ (Müller, M.C., 2013)

Verwaltung: Der ehemalige Regierungsbezirk Koblenz hat als EU-NUTS-2-Region keine entsprechende Verwaltungsbehörde. Er ist 2000 zum Bestandteil des mit dem Bezirk Trier fusionierten Direktionsbezirks Nord geworden. „Die **Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord** ist eine Obere Landesbehörde des Landes Rheinland-Pfalz. Als Bündelungsbehörde vereint sie Gewerbeaufsicht, Wasser- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Raumordnung, Landesplanung, Naturschutz und Bauwesen sowie eine Servicestelle für Unternehmer und Existenzgründer unter einem Dach. Die SGD Nord hat ihren Sitz in **Koblenz** und ist in Montabaur, Idar-Oberstein und Trier vertreten.“ (sgdnord.rlp.de). „Die SGD Nord beschäftigt rund 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; ist in der Gewerbeaufsicht zuständig für 113.000 Betriebsstätten von Unternehmen; überwacht 800 Trinkwasserschutzgebiete und 1.500 aktive Brunnen; führt Aufsicht über 550 Stauanlagen und 500 Kläranlagen; betreut circa 300 Naturschutzgebiete; erstellt Bewirtschaftungspläne für über 100 ‚Natura 2000‘-Gebiete.“ (sgdnord.rlp.de)



Abbildung Nr. 96

Entwicklung: „Die **Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald** hat die Aufstellung und Änderung des regionalen Raumordnungsplans in der Region Mittelrhein-Westerwald zur Aufgabe. Die Region Mittelrhein-Westerwald umfasst das Gebiet der kreisfreien Stadt Koblenz sowie der Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis und Westerwaldkreis. Die Verwaltungsaufgaben der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald werden von der in der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz ansässigen Geschäftsstelle wahrgenommen. Die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald hat 2018 beschlossen, eine Vorstudie auf den Weg zu bringen, die die Grundlagen für eine **Regiopole** ausloten soll. Ziel der durchgeführten Vorstudie war es, Möglichkeiten einer Regionalentwicklungsstrategie aufzuzeigen, um Handlungserfordernissen der Region begegnen und gleichzeitig einen Mehrwert für die gesamte Region schaffen zu können. Dazu sollten Fragen zur Zentralität, interkommunalen Kooperationen sowie der Bereitschaft zur Beteiligung an einer möglichen Regiopole geklärt werden. Die Erarbeitung der Vorstudie erfolgte iterativ und dialogorientiert mit regionalen und kommunalen Akteuren.“ (mittelrhein-westerwald.de)

Förderung: Die EU-NUTS-2-Region Koblenz (DEB1) findet in der Verwaltungs- und Förderungsstruktur des Landes Rheinland-Pfalz keine adäquate räumliche Abbildung. Die für die Bezirke Koblenz und Trier zuständige staatliche SGD Nord ist nur partiell in die EU-Förderung eingebunden.

Vernetzung: „Die Initiative **Region Koblenz-Mittelrhein** e.V. ist ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, auf die Schätze und Besonderheiten der Region Koblenz-Mittelrhein aufmerksam zu machen. Die Initiative will das Selbstbewusstsein der Region stärken und den Wirtschaftsstandort Koblenz-Mittelrhein im Wettbewerb inmitten der Metropolregionen Rhein-Ruhr und Rhein-Main fördern. Ganz besonders wichtig ist dabei ein Wir-Gefühl zu verankern. Dabei soll aber auf jeden Fall die Identität der Bewohner aus Westerwald, Taunus, Hunsrück oder Eifel mit ihrer Heimat erhalten bleiben. Die Initiative - insbesondere ihre Foren - bilden Netzwerke und Synergien zwischen den Bereichen Ländlicher Raum, Wirtschaft, Verkehr, Kommune, Kultur, Bildung, Tourismus, Sport und Gesundheit.“ (region-mittelrhein.de). „Das **EUROPE DIRECT Informationszentrum Koblenz** ist Bestandteil des EU-weiten Informationsnetzwerkes der Europäischen Kommission. Die Hauptaufgabe dieses Netzwerkes ist es, den Bürgern vor Ort Informationen, Rat, Hilfe und Antworten auf ihre Fragen zur Europäischen Union zu geben. Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Koblenz ist für die Region Nördliches Rheinland-Pfalz zuständig. Der Träger des EUROPE DIRECT Informationszentrums Koblenz ist die Stadtverwaltung Koblenz.“ (koblenz.de)



Abbildung Nr. 97

3.11.b Bezirk Trier: Südeifel

Bewertung: Der ehemalige Regierungsbezirk Trier als EU-NUTS-2-Region DEB2 rangiert mit 155 Punkten im Mittelfeld (gelb) der Nachhaltigkeitswertung. Gute Plätze (blassgrün) gibt es für die Wertungsfelder „Bevölkerung“, „Umwelt“ und „Landschaft“. Im Mittelfeld (gelb) liegt der Bezirk im „Verkehrssektor“. Nachrangige Plätze (blassrot) werden bei den Themen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“, „Versorgung“ und „Klima“ belegt. Schlusslicht (vollrot) ist die Südeifel im Handlungsfeld „Beschäftigung“.

Darstellung: „Die **Region Trier** befindet sich im Westen Deutschlands und damit im Herzen Europas. Unsere europäischen Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien, denen wir uns in vieler Hinsicht verbunden fühlen, sind leicht und schnell zu erreichen. Die Region ist ein attraktiver Lebens- und Arbeitsraum für über eine halbe Million Menschen, die in der Stadt Trier und den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg und Vulkaneifel wohnen. Sie zeichnet sich unter anderem durch ein großes naturräumliches Potenzial, zahlreiche Baudenkmäler, eine einmalige Weinlandschaft und eine diversifizierte, mittelständische Unternehmensstruktur aus. Unsere 5*Sterne-Region Trier steht damit für eine hohe Lebensqualität, ein konkret erfahrbares Europa, eine faszinierende 2000-jährige Kultur, kulinarischen Genuss auf höchstem Niveau und eine dynamische Wirtschaftsentwicklung.“ (region-trier.de)

Verwaltung: „Der Regierungsbezirk Trier war einer der drei Regierungsbezirke von Rheinland-Pfalz. Er umfasste den Westen des Landes. 2000 wurden die Bezirksregierungen in die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) bzw. Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD) Nord und Süd überführt, die für bestimmte Aufgabenbereiche im ganzen Land bzw. Landesteil und nicht mehr für alle Aufgaben innerhalb ihres bisherigen Bezirks zuständig sind. Der engere Zuständigkeitsbereich der SGD Nord umfasst das Gebiet des **früheren Regierungsbezirks Trier** zusammen mit dem früheren Regierungsbezirk Koblenz. Die **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ADD mit Hauptsitz in Trier** wirkt als Mittler zwischen Landesregierung und der kommunalen Selbstverwaltung. In dieser Funktion nimmt die ADD kommunale, hoheitliche und soziale Aufgaben wahr. Sie agiert als Schulaufsicht sowie in den Bereichen Landwirtschaft, Weinbau und Wirtschaftsrecht“ (de.wikipedia.org). „Der **Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und zuständig für die Abfallentsorgung in der Stadt Trier, den Landkreisen Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Vulkaneifel. Sie betreuen rund 520.000 Einwohner*innen in dem sehr unterschiedlich strukturierten Entsorgungsgebiet.“ (art-trier.de)

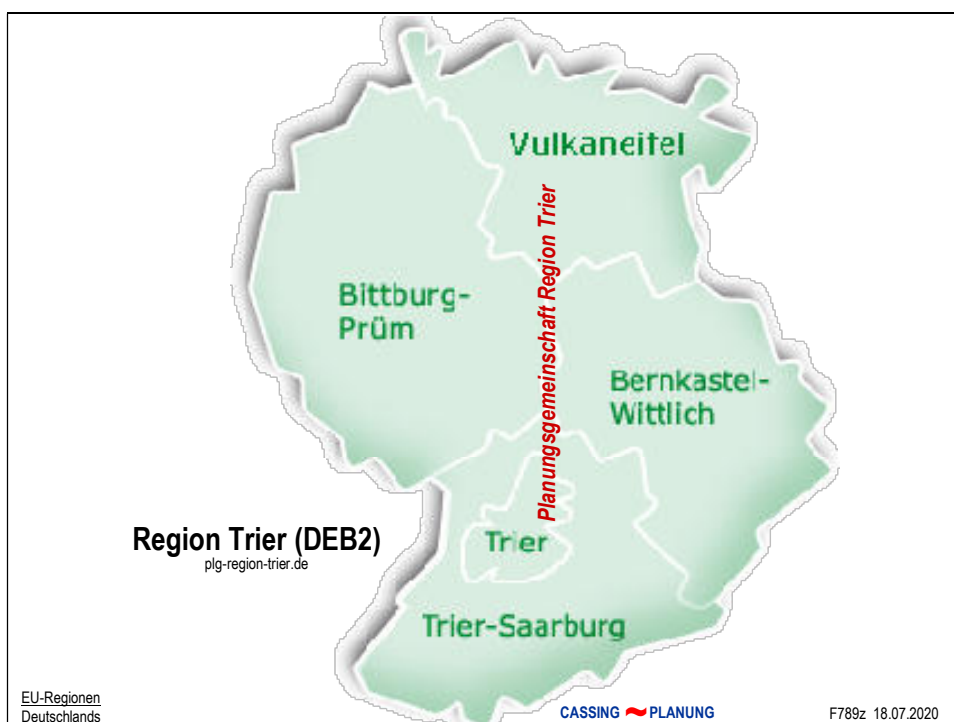


Abbildung Nr. 98

Entwicklung: „Die **Planungsgemeinschaft Region Trier** (PLG Region Trier) ist für das Gebiet der kreisfreien Stadt Trier, des Eifelkreises Bitburg-Prüm sowie der Landkreise Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg und Vulkaneifel mit fast 5.000 km² Fläche und rd. einer halben Million Einwohner für Regionalplanung und Aufgaben der Regionalentwicklung zuständig. Die Geschäftsstelle der PLG mit Sitz in Trier ist der oberen Landesplanungsbehörde bei der SGD Nord, Koblenz, angegliedert, die entsprechend den landesgesetzlichen Regelungen die Verwaltungsleistung für die PLG unentgeltlich erbringt.“ (plg-region-trier.de)

Förderung: „Die **EIC Trier IHK/HWK Europa- und Innovationscentre GmbH** unterstützt rheinland-pfälzische Unternehmen bei der Markterschließung, Geschäftsabwicklung und Auftragsbeschaffung in Europa. Die EIC Trier GmbH versteht sich als Wegweiser bei der Suche nach und der Beantragung von geeigneten EU-Fördermöglichkeiten und bietet Orientierungshilfen. Die **IHK Trier** ist das gemeinsame Unternehmen der rund 29 500 Unternehmen und ihrer rund 90 000 Mitarbeiter in der Region Trier, die aus dem Landkreis Bernkastel-Wittlich, dem Eifelkreis Bitburg-Prüm, dem Landkreis Vulkaneifel, dem Landkreis Trier-Saarburg und der Stadt Trier besteht“ (ihk-trier.de). „Der Kammerbezirk der **Handwerkskammer Trier** besteht aus fünf Stadt- bzw. Landkreisen: Landkreis Bernkastel-Wittlich, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Landkreis Vulkaneifel, Landkreis Trier-Saarburg, kreisfreie Stadt Trier.“ (hwk-trier.de)

Vernetzung: „Die **Initiative Region Trier e.V. (IRT)** wurde 1994 von den vier Landkreisen der Region, der Stadt Trier, der Industrie- und Handelskammer Trier, der Handwerkskammer Trier sowie der Bitburger Brauerei gegründet. Heute ist die IRT eine erfolgreiche und breit in der Region verankerte Public-Private-Partnerschaft, in der öffentliche Institutionen, Verwaltungen, Hochschulen, Unternehmen, Banken und engagierte Einzelpersonen eine effektive Basis zur Zusammenarbeit finden. Die IRT ist eine neutrale Plattform der Koordination, Diskussion, Moderation, Projektentwicklung und Umsetzung regionaler Maßnahmen“ (region-trier.de). „Im Rahmen der von der Multimediainitiative der Landesregierung getragenen Initiative ‚ripinform‘ (Zentralstelle für IT und Multimedia) haben sich namhafte Medien- und IT-Unternehmen der Region Trier sowie Vertreter der Trierer Hochschulen und Kammern unter der Federführung des EIC Trier zu dem Netzwerk **Medien- und IT-Region Trier (MITT)** zusammengefunden.“ (mitl-netzwerk.eu). „Die Energiewende in der Region Trier voran zu treiben, ist eine der Kernaufgaben der **Energieagentur Region Trier**. Getragen von der Stadt Trier, den Landkreisen Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg, den Energieversorgern Innogy SE und Stadtwerke Trier sowie dem Förderverein Energieagentur Region Trier ist sie seit 2010 Ansprechpartner zu Fragen rund um das Thema Energie.“ (energieagentur-region-trier.de)



Abbildung Nr. 99

3.11.c Bezirk Rheinhessen-Pfalz: Neustadt an der Weinstraße

Bewertung: Der ehemalige Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz erzielt eine gute Bewertung (blassgrün) im Nachhaltigkeitsvergleich der 38 deutschen EU-NUTS-2-Regionen. Beste Noten (vollgrün) gibt es im Bereich „Klima“. Gut (blassgrün) fällt die Bewertung bei den Themen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ und „Beschäftigung“ aus. Im Mittelfeld (gelb) rangiert der Bezirk bei den Themen „Bevölkerung“, „Versorgung“ und „Verkehr“. Schlechte Noten (blassrot) gibt es in den Bereichen „Umwelt“ und „Landschaft“.

Darstellung: Wie der Doppelname vermuten lässt, gibt es kein gemeinsames Marketing des **ehemaligen Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz**, sondern parallele Auftritte der historischen Territorien: „**Rheinhessen** (Städte Mainz und Worms, Landkreise Mainz-Bingen und Alzey-Worms) ist seit der Römerzeit eine Kulturlandschaft am Rhein. Nach dem 2. Weltkrieg wurde Rheinhessen durch die Grenze zwischen französischer und amerikanischer Besatzungszone von Hessen abgetrennt und kam 1946 als Regierungsbezirk zu Rheinland-Pfalz. Mit der Auflösung der Regierungsbezirke 2000 endete auch die Geschichte Rheinhessens als politische Einheit. Der Regionalbegriff blieb erhalten in den Organisationen wie Rheinhessen-Touristik und Rheinhessen-Marketing sowie bei IHK und Handwerkskammer“ (rheinessen.de). „Durch viele Aktionen möchte der Verein **Pfalz.Marketing** die Pfalz bekannter machen, ihr Image weiter verbessern und die Vermarktung von heimischen Produkten fördern. Eng mit der Wein- und Tourismuswerbung verbunden, nutzt Pfalz.Marketing den bekannten Slogan ‚Zum Wohl. Die Pfalz.‘“ (pfalz.de)

Verwaltung: Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd: „Wir sind eine Obere Landesbehörde für das südliche Rheinland-Pfalz mit Sitz in **Neustadt an der Weinstraße** und Außenstellen in Mainz, Kaiserslautern, Speyer und Budenheim. Kompetente Mitarbeiter*innen aus den Arbeitsbereichen Gewerbeaufsicht, Wasser, Abfall, Bodenschutz sowie Raumordnung, Naturschutz und Bauwesen ermöglichen schnelle Verfahren und sachgerechte Entscheidungen. Wir arbeiten in den Gremien der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz und des Zweckverbands **Eurodistrict Pamina** mit und vertreten dort die rheinland-pfälzischen Interessen“ (sgdsued.rlp.de). „Der **Bezirksverband Pfalz** ist ein höherer Kommunalverband in der Pfalz. Das politische Gremium dieser Gebietskörperschaft ist der **Bezirkstag Pfalz**. Seine Mitglieder werden vom Volk in einer Verhältniswahl gewählt. Die politischen Wurzeln des Bezirksverbands reichen bis in die Zeit um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zurück. In diesem Gebiet mit rund 1,4 Millionen Einwohnern ist er zuständig für die Belange, die unterhalb der Landesebene und oberhalb der Ebene der jeweils acht kreisfreien Städte und Landkreise angesiedelt sind.“ (bv-pfalz.de)

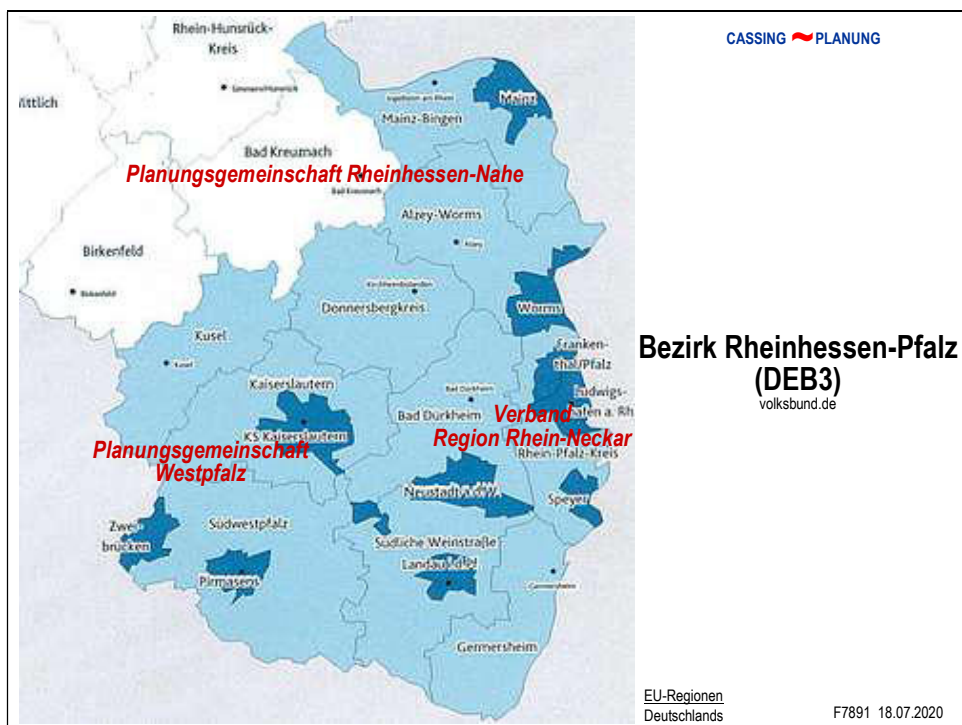


Abbildung Nr. 100

Entwicklung: „Die **Region Westpfalz** ist eine von fünf Planungsregionen im Bundesland Rheinland-Pfalz; ihr Oberzentrum ist Kaiserslautern. Sie umfasst rund 3.085 km² Fläche und ist Lebensraum für etwa 518.000 Menschen. Landschaftlich geprägt ist die Region durch einen hohen Anteil an Wald- und Landwirtschaftsflächen, von denen der Pfälzerwald als das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands nicht nur in naturräumlicher, sondern auch touristischer Hinsicht eine herausragende Rolle einnimmt. Drei kreisfreie Städte und vier Landkreise bilden zusammen die Region Westpfalz“ (pg-westpfalz.de). „Die **Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. In Mainz befindet sich der Sitz der Geschäftsstelle. Im Einvernehmen mit der Regionalvertretung wird von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd für die Geschäftsführung ein leitender Planer bestellt. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd nimmt als obere Landesplanungsbehörde die Verwaltungsaufgaben der Planungsgemeinschaft wahr“ (pg-rheinhessen-nahe.de). „Der **Verband Region Rhein-Neckar** ist Träger der grenzüberschreitenden Regionalplanung und Raumordnung in der Metropolregion Rhein-Neckar. Er stellt den Regionalplan auf, schreibt diesen fort und arbeitet an dessen Verwirklichung mit. Neben der Planung verantwortet der Verband Region Rhein-Neckar Regionalentwicklungsaufgaben“ (m-r-n.com).12

Förderung: „Grenzregionen sind Bindeglieder zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Vor diesem Hintergrund widmet sich der **Eurodistrikt PAMINA** auf vielfältige Weise dem Themenbereich ‚Europa‘. Neben dem Tätigkeitsgebiet der europäischen Fördermittel (insbesondere INTERREG), umfasst dieser Bereich auch die Netzwerkarbeit mit verschiedenen Akteuren der Europa-Arbeit (lokal, regional, national, europäisch) und die Vertretung der Interessen unserer Grenzregion. Der Name PAMINA vereinigt die drei Haupteinheiten dieses deutsch-französischen Raumes: PA (Palatinat du Sud - Südpfalz), MI (Mittlerer Oberrhein), NA (Nord Alsace - Nordelsass).“ (eurodistrict-pamina.eu)

Vernetzung: „Der **Verband der Wasser- und Bodenverbände Rheinhessen-Pfalz** hat die Aufgabe, seine Mitglieder durch Beratung zu fördern, sich für die Interessen von Landwirtschaft und Wasserwirtschaft einzusetzen, die verbandlichen Unternehmen im Hinblick auf den Schutz des Naturhaushaltes, des Bodens und der Landespflege zu überwachen. Das Verbandsgebiet umfasst das Gebiet des **früheren Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz**. Hierzu gehören die Landkreise Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Donnersbergkreis, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rhein-Pfalz-Kreis, Mainz-Bingen, Südwestpfalz und Südliche Weinstraße. Die Geschäftsstelle des Verbandes der Wasser- und Bodenverbände in Rheinhessen-Pfalz befindet sich in der Landwirtschaftskammer Neustadt an der Weinstraße.“ (wabo-rlp.de)



Abbildung Nr. 101

3.12 Land Saarland (DEC): „**Großes entsteht immer im Kleinen.**“

Bewertung: Das Saarland rangiert im Nachhaltigkeitsvergleich der deutschen EU-NUTS-2-Regionen mit 144 Punkten auf einem hinteren Platz (blassrot). Das bewirken vor allem die nachrangigen Positionen (blassrot) in den Wertungsfeldern „Wissenschaft“, „Bevölkerung“, „Umwelt“ und „Landschaft“. Im Sektor „Beschäftigung“ liegt das Land im Schlussfeld (vollrot). Gute Noten erhält das Saarland bei den Themen „Wirtschaft“, „Versorgung“, „Verkehr“ und „Klima“.

Darstellung: „Das **Saarland** ist eine Region, in der sich gut leben lässt. Neben dem Freizeit- und touristischen Angebot, der reizvollen Lage zwischen Frankreich, Luxemburg und dem übrigen Deutschland und der anziehenden Landschaft sprechen auch die günstigen Lebenshaltungs- und Wohnkosten für das Saarland. Im Land mit der höchsten Eigenheimdichte ist eigener Wohnraum noch erschwinglich. Arbeiten, Studieren und Forschen in den Zentren, Leben, Erholen und Spaß haben auf dem Land. Kurze Wege, enge menschliche Beziehungen, lebensfrohes Miteinander, Bereitschaft zum Ärmelhochkrepeln und zum vielfältigen ehrenamtlichen Engagement - daraus wird eine Region, die zukunftsgewandt, aufstrebend ist. Der Strukturwandel begleitete das Saarland bis in unsere Tage. Das Auslaufen des Steinkohlebergbaus wurde flankiert von der Restrukturierung der Stahlindustrie, der Ansiedlung neuer Unternehmen und der Erschließung neuer Wirtschaftszweige wie etwa im Bereich des Tourismus. Gleichzeitig gelang der Aufbau einer hochexzellenten Forschungslandschaft an den und um die Hochschulen. Das Saarland hat sich neu erfunden als erfolgreiches und zukunftsfähiges Bundesland im Herzen Europas.“ (saarland.de)

Verwaltung: „In der Landesregierung ist der **Minister für Finanzen und Europa für die Europapolitik** zuständig. Ihm arbeitet die Abteilung Europa, Interregionale Zusammenarbeit zu. Die Aufgaben der Abteilung Europa, Interregionale Zusammenarbeit verteilen sich auf insgesamt drei Referate: Grundsatzfragen, Europarecht, Europapolitik und deutsch-französische Beziehungen; Grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Vertretung des Saarlandes bei der Europäischen Union. Das Saarland liegt im Herzen Europas inmitten der **Großregion SaarLorLux**. Die Landespolitik setzt sich intensiv dafür ein, dass das Zusammenleben über die Grenzen für die Menschen vereinfacht wird. Dadurch leistet das Saarland mit seinen Nachbarn Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Wallonien einen originären Beitrag zur europäischen Kohäsion: Denn in den Grenzregionen wächst Europa zusammen!“ (saarland.de)

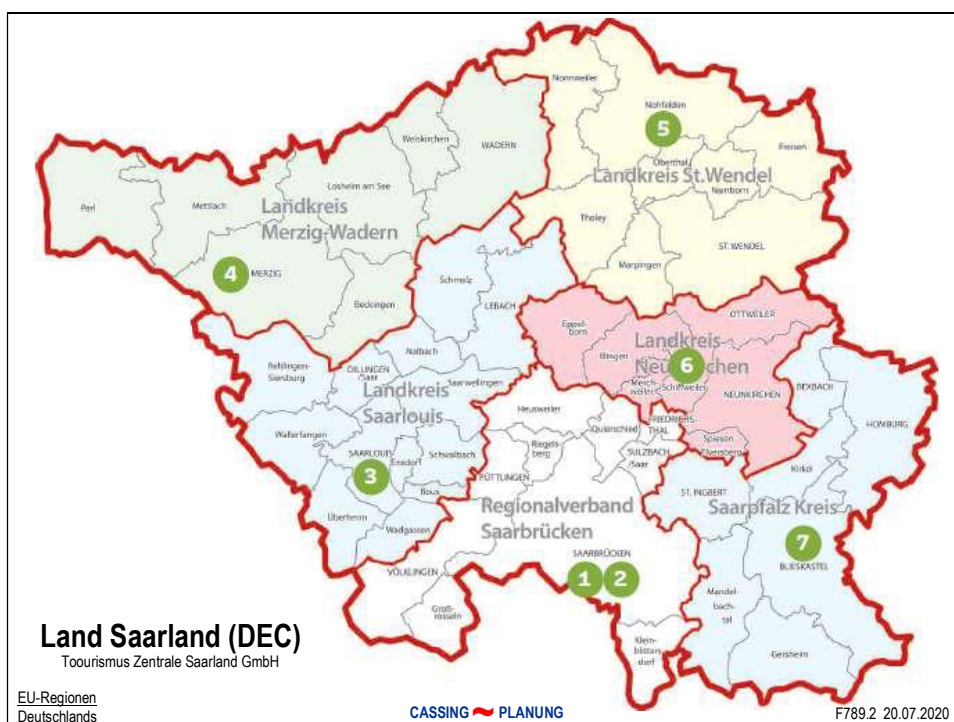


Abbildung Nr. 102

Entwicklung: „Ziel der Neuaufstellung des **Landesentwicklungsplanes für das Saarland** ist die Erarbeitung eines strategischen Lenkungs- und Koordinierungsinstruments, das die aktuellen Herausforderungen des demografischen Wandels, des Klimawandels, der Energiewende, der Sicherung der Daseinsvorsorge, der Finanzknappheit des Landes und der Kommunen etc. in Bezug auf ihre räumlichen Auswirkungen bewältigt und die Anforderungen an die Raumstruktur des Saarlandes entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung aufeinander abstimmt, entwickelt und ordnet. Eingordnet in ein Netz der Globalisierung und Regionalisierung steht das Saarland vor der Aufgabe, einerseits den wirtschaftlichen Strukturwandel zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft zu vollziehen ohne die ursprünglichen Wirtschaftssektoren zu vernachlässigen. Andererseits muss es sich dem Wettbewerb der Regionen stellen, zu dessen Herausforderungen auch die Bewahrung der Lebensqualität des Landes durch den Schutz der natürlichen Ressourcen, durch ein gutes Angebot von Bildung und Kultur, krisensicherer Infrastruktur und Mobilitätsangebote etc. gehört. Die besondere Lage des Saarlandes an den Grenzen zu Frankreich und Luxemburg innerhalb der **Großregion** erschließt neue Entwicklungsperspektiven innerhalb Europas und wird durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert.“ (sig-gr.eu)

Förderung: „Ziel der europäischen Strukturpolitik ist der Abbau von Ungleichheiten zwischen den europäischen Regionen und die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Europäischen Union. In der Förderperiode 2014-2020 trägt die Strukturpolitik dazu bei, die Ziele der Europa 2020-Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum umzusetzen. Das Saarland erarbeitet gegenwärtig das Programm **EFRE Saarland 2021-2027** im Ziel ‚Investitionen in Beschäftigung und Wachstum‘ (IBW). Neben dem EFRE-Programm im Ziel IBW wird es ein gemeinsames EFRE-Programm für das Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und die Wallonie im Ziel ‚Europäische territoriale Zusammenarbeit‘ (**Interreg**) geben.“ (saarland.de)

Vernetzung: „Das **EUROPE DIRECT Saarbrücken** informiert Bürgerinnen und Bürger im Auftrag der Europäischen Kommission zu EU-Themen. Das Informationszentrum beantwortet Fragen zu Europa und führt Informationsveranstaltungen zu europäischen Themen durch“ (saarbruecken.de). „Die **EUROPÄISCHE BEWEGUNG, Landeskomitee Saarland e.V.**, ist die Dachorganisation von Verbänden, Vereinigungen und sonstigen Einrichtungen, deren Ziel auch auf die Vereinigung Europas gerichtet ist und die im Gebiet des Saarlandes tätig sind. Solange es die **Europa Union-Saar** gibt, solange gibt es auch die **Jungen Europäischen Föderalisten im Saarland**, kurz JEF-Saar genannt.“ (saar.europa-union.de).



Abbildung Nr. 103

EU-Regionen
Deutschlands

Saarland
CASSING PLANUNG

F806.32 14.01.2021

3.13 Land Sachsen (DED): „So geht Sächsisch“

„Sachsen ist einzigartig - das gilt für Land und Leute. Die sächsischen Regionen sind nicht nur geschichtlich und kulturell geprägt, hier verschmilzt landschaftliche Schönheit mit städtischer Moderne, hier begegnen sich hochkarätige Kunst und traditionelles Handwerk. Das größte Kapital sind die Menschen und ihre kreativen Ideen, die das Land bereichern. Der **Freistaat Sachsen** ist mit etwa vier Millionen Einwohnern und einer Fläche von rund 18.400 qkm das sechstgrößte Bundesland. Die drei kreisfreien Städte sind Dresden, Leipzig und Chemnitz. Zehn sächsische Landkreise untergliedern sich in 427 Gemeinden. Die Regionalplanung wird als staatliche Pflichtaufgabe kommunal verfassten **Regionalen Planungsverbänden** übertragen. Die vier Regionalen Planungsverbände in Sachsen sind: Leipzig-West Sachsen, Region Chemnitz, Oberes Elbtal / Osterzgebirge, Oberlausitz-Niederschlesien“ (sachsen.de)

„Sachsen und seine Bürger sind von Entscheidungen über die Entwicklung der EU betroffen. Für die Vertretung gegenüber der EU stehen Möglichkeiten zur Verfügung: über den Bundesrat, die Europaministerkonferenz, die sächsischen Abgeordneten im EU-Parlament, den Ausschuß der Regionen, das Verbindungsbüro des Freistaates in Brüssel. **Europe-Direct-Informationszentren** gibt es in Dresden, Annaberg-Buchholz und Leipzig. Der Freistaat engagiert sich auf politischer Ebene in der EU, um Fördermittel für Sachsen zu sichern. In der Periode 2014-2020 stehen 2,751 Mrd. Euro aus den **Strukturfonds** zur Verfügung.“ (europa.sachsen.de). „Die Regionen Chemnitz und Dresden werden als Übergangsregionen eingestuft; die Region Leipzig zählt mittlerweile zu den stärker entwickelten Regionen.“ (strukturfonds.sachsen.de)

In „Sachsen wurden die Regierungsbezirke 2008 in Direktionsbezirke umbenannt, diese **drei Direktionsbezirke** 2012 zu einer Landesdirektion Sachsen zusammengelegt“ (de.wikipedia.org). „Die **Landesdirektion Sachsen** mit mehr als 1.400 Bediensteten hat die Aufgabe, europäisches, bundesdeutsches und sächsisches Recht, insbesondere auf den Gebieten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Umwelt- und Arbeitsschutzes und der Infrastruktur zu vollziehen. Schwerpunkte bilden u.a. die Bewilligung von Fördermitteln sowie die Genehmigung des Betriebs technischer Anlagen“ (lds.sachsen.de). Die Behörde ist zwar funktional gegliedert mit verteilten Abteilungen in den **Dienststellen Chemnitz, Dresden und Leipzig**, hat aber mit dezentralisierten Referaten auch regionale Zuständigkeiten beibehalten besonders bei den nutzerbezogenen Abteilungen Umweltschutz, Arbeitsschutz, Infrastruktur. Die Bezirke Chemnitz und Leipzig decken sich auch mit je einer Planungsregion, der Bezirk Dresden mit zwei Planungsregionen.



Abbildung Nr. 104

3.13.a Bezirk Dresden: Ostsachsen

Bewertung: Der Bezirk Dresden rangiert mit 164 Punkten im Mittelfeld (gelb) der vorliegenden Nachhaltigkeitswertung. Beste Noten (vollgrün) gibt es in den Wertungsfeldern „Wissenschaft“ und „Umwelt“. Noch gute Plätze (blassgrün) werden bei den Themen „Beschäftigung“, „Versorgung“ und „Landschaft“ belegt. Im Bereich „Klima“ erhält der Bezirk eine ungünstige (blassrot) Bewertung. Im Schlussfeld (vollrot) rangiert die NUTS-2-Region Dresden in den Sektoren „Wirtschaft“, „Bevölkerung“ und „Verkehr“.

Darstellung: „Europa und Europäische Union erscheinen oftmals fern und abstrakt. Gleichwohl ist ‚Europa‘ in **Dresden** ganz konkret wirksam und erlebbar: Zahlreiche historische und kulturelle Verknüpfungen machen Dresden zu einer europäischen Stadt. Dresden profitiert erheblich von konkreten EU-Maßnahmen, etwa einer gezielten Strukturförderung, und bekennt sich zu einer aktiven kommunalen Europaarbeit. Eine ganze Reihe von zivilgesellschaftlichen und institutionellen Akteuren mit europapolitischen Schwerpunkt sind in der Stadt aktiv. Die Landeshauptstadt Dresden und die drei umliegenden Landkreise wollen als **Region Dresden** v.a. im Bereich Wirtschaft zusammenarbeiten. Ausgangspunkt der Kooperation war der Wunsch nach einer besseren europaweiten Vermarktung der Region als Wirtschaftsstandort. Grenzüberschreitend engagiert sich die Landeshauptstadt Dresden in der **Euroregion Elbe-Labe**, in der deutsche und tschechische Gemeinden und Kreise mit europäischer Förderung zusammenarbeiten. Dafür fördert die Euroregion grenzüberschreitende Projekte in vielfältigen Themenbereichen.“ (dresden.de)

Verwaltung: „Der **Bezirk Dresden** wurde 1952 nach Auflösung der Länder in der Deutschen Demokratischen Republik als einer von insgesamt 14 Bezirken eingerichtet. Mit der Wiedererrichtung der Länder auf dem Gebiet der DDR im Jahre 1990 wurden die Bezirke aufgelöst. Der Bezirk Dresden wurde dem Freistaat Sachsen zugeordnet. 1991 entstanden in Sachsen die **Regierungsbezirke** Chemnitz, **Dresden** und Leipzig mit ähnlichem Zuschnitt wie die vormaligen Bezirke. Der Direktionsbezirk Dresden war der Nachfolger des Regierungsbezirkes Dresden im Freistaat Sachsen. Die Verwaltung wurde als **Landesdirektion Dresden** bezeichnet. Diese Mittelbehörde entstand im Zuge der sächsischen Verwaltungsneuordnung Sachsen 2008. 2012 ging sie in der neuen Landesdirektion Sachsen auf. Der Hauptsitz der Landesdirektion Dresden befand sich in der Albertstadt in einem ehemaligen Kasernengebäude. Dort residiert heute die **Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen**. Außenstellen der Verwaltung befinden sich in Görlitz und Bautzen.“ (de.wikipedia.org)



Abbildung Nr. 105

Entwicklung: Der Bezirk Dresden setzt sich aus zwei Regionalen Planungsverbänden zusammen. „Der **Regionale Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge** ist zuständig für die Regionalplanung in der Mitte Sachsens (Regionalplan 2. Gesamtfortschreibung 2020). In der Region sind vielfältige Initiativen aktiv, die durch eine weitsichtige Förderpolitik, teilweise auf der Grundlage europäischer Förderprogramme v.a. für den ländlichen Raum, Unterstützung finden“ (rpv-elbtalosterz.de). „Die **Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien** ist die östlichste der vier im Freistaat bestehenden Planungsregionen. Die Städte Bautzen, Görlitz und Hoyerswerda bilden einen Oberzentralen Städteverbund. Eine wesentliche Grundlage für die räumliche Entwicklung sind der Regionalplan sowie die Braunkohlen- bzw. Sanierungsrahmenpläne (Entwurf 2. Gesamtfortschreibung Regionalplan 2019).“ (rpv-oberlausitz-niederschlesien.de)

Förderung: „Die **Landesdirektion Sachsen** betreut eine ganze Reihe von Förderprogrammen für Kommunen, Privatpersonen, Vereine, Verbände und Unternehmen. Die Behörde leistet mit Information und Beratung zu Fördermöglichkeiten und Förderbedingungen Hilfe bei der Antragstellung, organisiert nach Prüfung und Genehmigung von Anträgen die Vergabe der Gelder und kontrolliert anschließend auch deren Verwendung. Über unser Förderportal sind alle bei der Landesdirektion Sachsen verwalteten Förderprogramme erreichbar. Nach Sachbereichen gegliedert werden Sie hier umfassend über Fördergegenstände, Fördervoraussetzungen und Förderverfahren informiert. Zusätzlich werden Ihnen Unterlagen zur Antragstellung zum Herunterladen angeboten und die Kontaktdaten der direkten Ansprechpartner an den drei **Standorten** in Chemnitz, **Dresden** und Leipzig genannt.“ (lds.sachsen.de).

Vernetzung: „Die **Handwerkskammer Dresden** ist eine als Körperschaft des öffentlichen Rechts organisierte Selbstverwaltungseinrichtung. Im Kammerbezirk Dresden, zu dem die Kreise Görlitz, Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie die Landeshauptstadt Dresden gehören, sind aktuell rund 22.300 Handwerksbetriebe registriert. Im ostsächsischen Handwerk sind etwa 120.000 Beschäftigte und 5.600 Lehrlinge tätig“ (hwk-dresden.de). „Die **Industrie- und Handelskammer Dresden** ist mit rund 96.000 Mitgliedsunternehmen aus den Branchen Industrie, Handel, Dienstleistungen, Verkehr, Bau, Hotellerie und Gastronomie der größte Interessenvertreter der regionalen Wirtschaft im Direktionsbezirk Dresden. Bei einer jährlichen Wirtschaftsleistung von mehr als 20 Milliarden Euro verantworten die IHK-Unternehmen rund 350.000 Arbeits- und 12.000 Ausbildungsplätze.“ (dresden.ihk.de). Die **Europe Direct Informationszentren** sind über lokale Träger von der Europäischen Kommission finanzierte Anlaufstellen zum Thema EU. In Dresden wird das EDIC durch das Umweltzentrum Dresden e.V. getragen.“ (dresden.de)



Abbildung Nr. 106

3.13.b Bezirk Chemnitz: Südsachsen

Bewertung: Der sächsische Bezirk Chemnitz belegt in der Nachhaltigkeitswertung mit 138 Punkten einen der untersten Ränge (vollrot). Dies beruht auf Schlusspositionen (vollrot) in den Sektoren „Wirtschaft“, „Bevölkerung“, und „Klima“. Bei den Wertungsthemen „Wissenschaft“, „Beschäftigung“, „Versorgung“ und „Verkehr“ gibt es auch noch ungünstige Noten (blassrot). Im Sektor „Landschaft“ kommt der Bezirk auf einen mittleren Platz (gelb), im Sektor „Umwelt“ auf einen obersten Rang (vollgrün).

Darstellung: „Das Gebiet der **Planungsregion** ist im Zusammenhang mit seiner bergbaulichen und industriellen Vergangenheit schon frühzeitig dicht besiedelt gewesen. Die Proportionen der großräumigen Bevölkerungsverteilung von 1890 sind mit der heutigen vergleichbar. Lediglich die Großstadtentwicklung von Chemnitz und der Zuzug im Erzgebirge infolge des Nachkriegsbergbaus der SDAG Wismut haben zu noch heute sichtbaren geringen Proportionsverschiebungen geführt. Chemnitz ist heute wieder Kompetenzzentrum des Maschinenbaus. Volkswagen in Zwickau ist sowohl der bedeutendste Standort des Fahrzeugbaus als auch zugleich mit über 6.000 Beschäftigten der größte Einzelstandort in der Region. In Zwickau und verteilt in fast der gesamten Region befinden sich heute wieder bedeutende Partnerunternehmen der Automobilindustrie. Die Wirtschaftsentwicklung der Region hat enge Bezüge zur Wissenschaftslandschaft mit der Technischen Universität Chemnitz, der Bergakademie Freiberg, der Hochschulen Mittweida und Zwickau, der Studienakademien Glauchau, Breitenbrunn und Plauen sowie weiteren 26 Forschungsinstituten. Geologisch strukturiert wird die Planungsregion in 3 Naturregionen. Dies sind das lößbedeckte Tief- und Hügelland, das Gebirgsvorland und Bergland, sowie die Kammlagen des Mittelgebirges.“ (pv-rc.de)

Verwaltung: „Im Zuge der sächsischen Funktional- und Kreisgebietsreform wurden der Regionale Planungsverband Chemnitz-Erzgebirge und der Regionale Planungsverband Südwestsachsen zum Planungsverband **Region Chemnitz** fusioniert, der durch die Einbeziehung des Altkreises Döbeln eine Erweiterung erfuhr. Die neue Planungsregion war räumlich deckungsgleich mit dem **ehemals selbständigen Direktionsbezirk Chemnitz** und schließt nunmehr den gesamten Verdichtungsraum Chemnitz-Zwickau mit ein. Der Planungsverband ist Träger der Regionalplanung für die gleichnamige Planungsregion, welche das Gebiet der kreisfreien Stadt Chemnitz sowie der Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau umfasst. Die Verbandsgeschäftsstelle hat ihren Dienstsitz in **Zwickau**.“ (pv-rc.de)

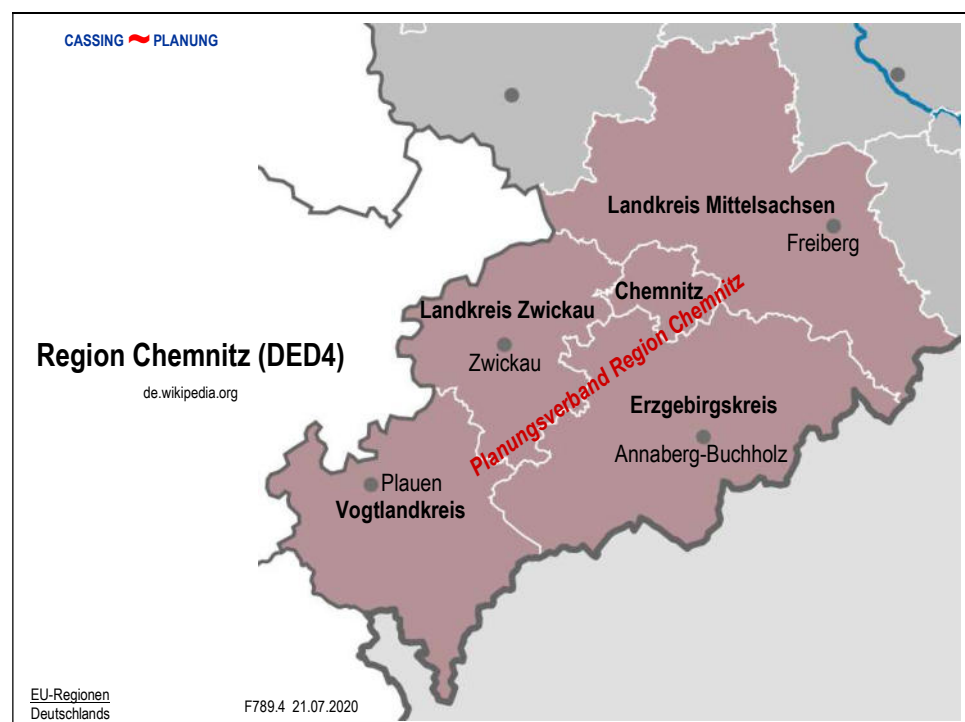


Abbildung Nr. 107

Entwicklung: „Der **Planungsverband Region Chemnitz** ist einer von vier Planungsverbänden im Freistaat Sachsen. Der Verband ist **Träger der Regionalplanung** in seinem Verbandsgebiet. 2016 erfolgte die öffentliche Auslage des **Entwurfs des Regionalplans Region Chemnitz mit Umweltbericht**. Derzeit erfolgt die Aus- und Bewertung der Ergebnisse des Auslegungsverfahrens. Während sich die offizielle Regionalplanung flächendeckend auf verbindlich abgegrenzte Planungsregionen bezieht, basieren Regionalinitiativen auf der Selbstfindung der Partner. Es werden vom Planungsverband Region Chemnitz ein **Leitbild der Region** und Leitlinien zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft festgelegt, die als Richtschnur für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung dienen sollen. Leitbilder für Natur und Landschaft sind dem Regionalplan als Bestandteil der Landschaftsrahmenplanung beigelegt. Die Erfüllung der Fachaufgaben und die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte erfolgt durch die **Verbandsgeschäftsstelle**. Sie koordiniert die zur Umsetzung der Beschlüsse und Aufträge des Verbandes sowie der Grundsätze und Ziele des Regionalplanes erforderlichen Aktivitäten.“ (pv-rc.de)

Förderung: „Die Kulturministerkonferenz hat Chemnitz zur **Kulturhauptstadt Europas 2025** ernannt. Die Stadt Chemnitz erhält von Bund und Land jeweils 25 Millionen Euro zur Unterstützung für das Projekt Europäische Kulturhauptstadt 2025. Mit rund einer halben Million Einwohner*innen ist die Region Chemnitz ein dicht besiedelter Ballungsraum in Europa mit einem enormen kulturellen Potential. Deshalb werden auf dem Weg zur Kulturhauptstadt verschiedene Projekte und Veranstaltungsformate entworfen, die die Region unabhängig vom Titelgewinn positiv verändern sollen: sowohl in der Wahrnehmung der Menschen vor Ort, als auch in der überregionalen, ja europäischen Wahrnehmung.“ (chemnitz2025.de)

Vernetzung: „Das **EUROPE DIRECT Informationszentrum Erzgebirge** befindet sich im Gründer- und Dienstleistungszentrum Annaberg. Es wird durch die Wirtschaftsförderung Erzgebirge betrieben“ (euinfo.wfe.eu). „Anliegen der **EUREGIO EGRENSIS** ist es, über die Grenze Verständigung und Toleranz zu fördern, gegenseitige Aussöhnung, friedliches Zusammenwirken und Zusammenwachsen. Der Begriff 'Egrentis' nimmt Bezug auf ein historisches Gebiet, das große Teile der heutigen Euregio Egrentis umfasste: die mittelalterliche 'Regio Egire' oder 'Provincia Egrentis' - im Kern das frühere Egerland rings um die historische freie Reichsstadt Eger und den Fluss Eger - eine böhmisch-bayerisch-sächsische Kulturlandschaft mit gemeinsamen Wurzeln und Traditionen“ (euregioegrentis.de). „In Sachsen haben sich acht Partnerorganisationen zum **Enterprise Europe Network Sachsen** zusammengeschlossen und sind Anlaufstellen für Unternehmen mit Fragen zur grenzüberschreitenden Tätigkeit.“ (chemnitz.ihk24.de)



Abbildung Nr. 108

3.13.c Bezirk Leipzig: Westsachsen

Bewertung: Der Bezirk Leipzig platziert sich mit 162 Punkten im Mittelfeld (gelb) des Nachhaltigkeitsvergleichs. Die meisten Punkte (vollgrün) werden in den Sektoren „Versorgung“, „Umwelt“ und „Landschaft“ erzielt. Bei den Themen „Wissenschaft“, „Beschäftigung“ und „Klima“ rangiert der Bezirk im Mittelfeld (gelb). Untere Ränge (blassrot) werden in den Bereichen „Wirtschaft“ und „Bevölkerung“ belegt. Im Handlungsfeld „Verkehr“ liegt der Bezirk im Schlussfeld (vollrot).

Darstellung: „Die **Planungsregion Leipzig-West Sachsen** besteht aus der kreisfreien Stadt Leipzig sowie den beiden umgebenden Landkreisen und ist räumlich identisch mit dem **Zuständigkeitsbereich des Standortes Leipzig der Landesdirektion Sachsen**. Sie grenzt im Freistaat Sachsen an die Planungsregionen Oberes Elbtal/Ostertagebirge und Region Chemnitz sowie an die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen. Der Verdichtungsraum Leipzig mit dem Oberzentrum und seinem Umland ist Teil des länderübergreifenden mitteldeutschen Verflechtungsraumes Leipzig-Halle. Die Mehrzahl der Gemeinden der Region gehört zum ländlichen Raum, der im östlichen Teil strukturschwache Gebiete aufweist.“ (rpv-west Sachsen.de). „Burgen und Schlösser, kilometerlange Rad- und Wanderwege, eine faszinierende Seenlandschaft mit familienfreundlichen Wasserwanderwegen und das alles nur maximal eine Autostunde von Leipzig entfernt: Wer die Region rings um die lebendige Kulturstadt besucht, ist von der Vielseitigkeit überrascht.“ (sachsen-tourismus.de)

Verwaltung: „Der **Direktionsbezirk Leipzig**, auch **Planungsregion West Sachsen**, war der Nachfolger des Regierungsbezirkes Leipzig im Freistaat Sachsen. Die Verwaltung wurde als Landesdirektion Leipzig bezeichnet. Diese Mittelbehörde entstand im Zuge der sächsischen Verwaltungsneuordnung 2008; 2012 ging sie (als **Dienststelle Leipzig**) in der neuen Landesdirektion Sachsen auf“ (de.linkfang.org). „Die Regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der **Regionale Planungsverband** hat sich stets davon leiten lassen, aktuelle Themen aufzugreifen, Entscheidungstransparenz zu gewährleisten, zu Konfliktfeldern auf einen Ausgleich Interessen hinzuwirken und Verantwortung nicht nur für die Aufstellung von Planwerken, sondern auch für deren Umsetzung zu übernehmen. Die Dienststelle der Verbandsverwaltung ist die **Regionale Planungsstelle**“ (rpv-west Sachsen.de). „Als Ansiedlungs- und Akquisitionsagentur der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig steht die **Invest Region Leipzig GmbH** an Ihrer Seite.“ (invest-region-leipzig.de)

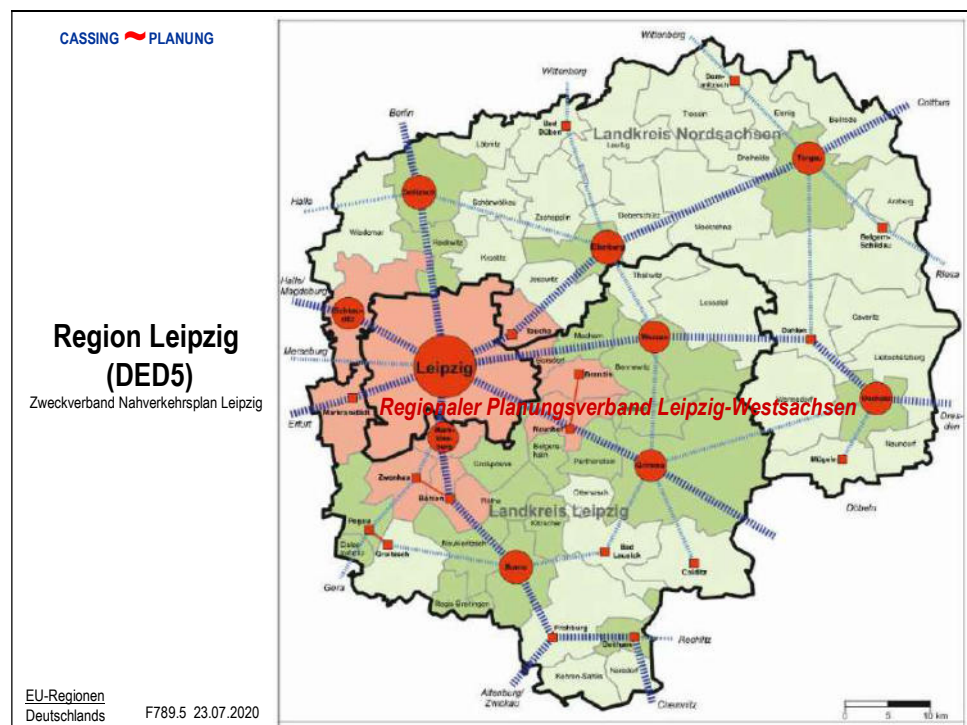


Abbildung Nr. 109

EU-Regionen Deutschlands F789.5 23.07.2020

Entwicklung: „Der **Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen** ist einer von vier Planungsverbänden im Freistaat Sachsen. Er ist Träger der Regionalplanung für die gleichnamige Planungsregion, der die kreisfreie Stadt Leipzig sowie die Landkreise Nordsachsen und Leipzig angehören. 2020 hat die Verbandsversammlung des Planungsverbands die im Ergebnis der Abwägung zur vorangegangenen Beteiligung erforderlichen Planänderungen zum **Regionalplan Leipzig-West Sachsen** zur Beteiligung der Öffentlichkeit freigegeben. Der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen ist verpflichtet, für jeden Tagebau in seinem Zuständigkeitsbereich einen **Braunkohlenplan** als Teilregionalplan aufzustellen, der für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue als Sanierungsrahmenplan vorzulegen ist.“ (rpv-west-sachsen.de)

Förderung: Der Bezirk Leipzig ist neben Berlin die einzige NUTS-2-Region in Ostdeutschland mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von mehr als 90% des EU-Durchschnitts, das **stärker entwickelte Regionen** mit einem geringeren Förderbedarf definiert. „Die Region Leipzig überschritt im maßgeblichen Bezugszeitraum 2007-2009 mit einem BIP je Einwohner von damals 90,02% äußerst knapp die Schwelle für eine Einstufung als stärker entwickelte Region“ (OP EFRE 2014-2020, S.19). „Nach Vorgabe der Europäischen Kommission sollen in Deutschland die Braunkohlereviere förderfähig sein, die auch im Rahmen des nationalen Kohlekompromisses berücksichtigt werden. In Sachsen werden damit die Landkreise Bautzen und Görlitz im Lausitzer Revier sowie die Landkreise Leipzig, Nordsachsen und die Stadt Leipzig im Mitteldeutschen Revier zur Gebietskulisse gehören.“ (medienservice.sachsen.de)

Vernetzung: „1990 gründeten engagierte Bürger den **Europa-Haus Leipzig e.V.** mit dem Ziel den europäischen Gedanken in der Stadt zu stärken. Seit 1992 ist der Verein Träger des offiziellen EU-Informationszentrums Europe Direct für die **Region Leipzig/Westsachsen**. Damit ist das Europa-Haus Leipzig in ein Netzwerk von 480 Informationsstellen der Europäischen Kommission eingebunden“ (ebsachsen.de). „Der **Leipzig Tourist Service e.V. (LTS)** vereint mit der Förderung des Tourismus in Leipzig und der Region das allgemeine Interesse an der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes mit den einzelnen Interessen der touristischen Leistungsträger. Die **LTM GmbH** ist eine Gesellschaft des Leipzig Tourist Service e.V. Die LTM GmbH hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit Hilfe starker Leistungspartner Leipzig als Stadt mit internationalem Rang weltweit zu positionieren. Dabei erfolgt eine konsequente Positionierung als Musik- und Kulturstadt sowie Messe- und Kongressstadt. Die Destination **LEIPZIG REGION** setzt sich aus der Stadt Leipzig und der umliegenden Region Leipzig zusammen Sie versteht sich als das Verbandsgebiet des **Tourismusverbandes ‚Sächsisches Burgen- und HeideLand‘ e.V.**“ (leipzig.travel)



Abbildung Nr. 110

3.14 Land Sachsen-Anhalt (DEE): „Modern denken“

Bewertung: Sachsen-Anhalt rangiert als EU-NUTS-2-Region mit 139 Punkten im Schlussfeld (vollrot) des Nachhaltigkeitsvergleichs. Die Wertung beruht auf Minimalnoten (vollrot) in den Feldern „Wissenschaft“, „Wirtschaft“, „Beschäftigung“, „Bevölkerung“ und „Verkehr“. Auch für die „Versorgung“ gibt es noch schlechte Zensuren (blassrot). Im Spitzenfeld (vollgrün) dagegen liegt das Land in den Bereichen „Umwelt“ und „Landschaft“. Auch für das „Klima“ in Sachsen-Anhalt gibt es gute (blassgrün) Noten.

Darstellung: Die Geschichte des historischen Raums **Sachsen-Anhalt** reicht bis weit in die Anfänge der ‚deutschen Geschichte‘. Sachsen-Anhalt umfasst eine Gesamtfläche von 2.045.174 Hektar. Hier leben 2.245.470 Einwohner. Während die nördlichen Landesteile dünn besiedelt sind, liegt die Bevölkerungsdichte in der Mitte und im Süden über 150 Einwohner je qkm. Das Land besteht aus drei kreisfreien Städten (Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau) und aus elf Landkreisen. Das Landschaftsbild ist sehr vielseitig. Von der Altmark im Norden erstreckt sich das Land über die Magdeburger Börde und das Harzer Mittelgebirge bis hin zum Thüringer Vorland. Die Elbe - eine der wichtigsten mitteleuropäischen Wasserstraßen - durchfließt Sachsen-Anhalt in einer Länge von 303 Kilometern“ (sachsen-anhalt.de). Sachsen-Anhalt bestand bis zu deren Auflösung 2004 aus den Regierungsbezirken Dessau, Halle und Magdeburg. Die Arbeit übernahm das für das gesamte Bundesland eingerichtete **Landesverwaltungsamt** mit Sitz in Halle (Saale).

Verwaltung: „Europäische Entscheidungen haben immer stärkere Auswirkungen auf Regionen wie Sachsen-Anhalt. Abgasnormen für Pkw, Mindeststandards im Arbeitsschutz oder Wettbewerbsregeln für Unternehmen sind dafür nur einige Beispiele. Diese vielfältigen Verknüpfungen von Landespolitik und Europa haben in allen deutschen Ländern dazu geführt, dass ein Regierungsmitglied speziell für Europapolitik zuständig ist. In Sachsen-Anhalt ist dieser Bereich dem Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur zugeordnet. Seine Tätigkeit als Europaminister wird unterstützt durch eine Europaabteilung, zu der auch die Vertretung des Landes in Brüssel gehört. Die Landesregierung hat ihren Bericht über die europäischen und internationalen Aktivitäten des Landes für 2021 vorgelegt. Er beschreibt die durch die einzelnen Ressorts zu ergreifenden Maßnahmen zur Umsetzung der **Europa- und Internationalisierungsstrategie** ‚Europäisch und weltoffen - für die Zukunft unseres Landes - Europäische und internationale Zielstellungen der Landesregierung für die 7. Legislaturperiode‘ im laufenden Jahr.“ (europa.sachsen-anhalt.de)

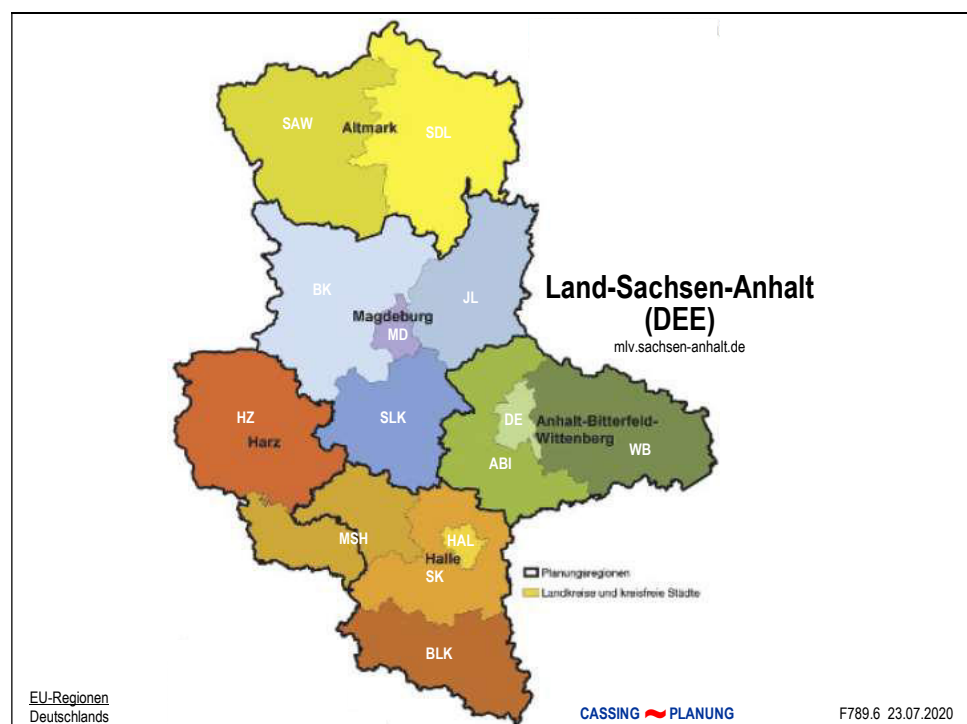


Abbildung Nr. 111

Entwicklung: „Der **Landesentwicklungsplan 2010** stellt ein Gesamtkonzept zur räumlichen Ordnung und Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt dar. Er bildet die Grundlage für eine wirtschaftlich, ökologisch und sozial ausgewogene Raum- und Siedlungsstruktur und koordiniert die Nutzungsansprüche an den Raum. Die Landesregierung hat 2012 ein gesondertes Programm zur Förderung der Regionalentwicklung aufgelegt. Hiermit werden vor allem kommunale und gesellschaftliche Akteure bei der Durchführung von Maßnahmen unterstützt, die zur Stärkung und Entwicklung der Regionen beitragen“ (mlv.sachsen-anhalt.de). „Das Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt hat den **Regionalen Planungsgemeinschaften** die Aufgabe der Regionalplanung als Teil der Landesentwicklungsplanung mit dem Ziel einer geordneten und nachhaltigen räumlichen Entwicklung in der Region übertragen.“ (planungsregion-halle.de)

Förderung: „Die drei in Sachsen-Anhalt operierenden **Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ELER, EFRE und ESF** haben sich in der **Förderperiode 2014-2020** gemeinsame Ziele gesteckt: nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Innovation. Das Zusammenwirken der Fonds konzentriert sich auf Maßnahmen, die dazu dienen, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu verwirklichen. Dabei ist der Aufbau einer hochleistungsfähigen Breitbandinfrastruktur, flankiert von Bildungsmaßnahmen, ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung. Die sozioökonomischen Analyse für Sachsen-Anhalt bildet die Grundlage für eine faktenbasierte Ableitung der Förderbedarfe, die sich für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und für den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) in der **Förderperiode 2021-2027** ergeben. 2020 wurde die Schwerpunktsetzung für den EFRE, ESF und ELER für die neue Förderperiode 2021-2027 in Sachsen-Anhalt verabschiedet.“ (europa.sachsen-anhalt.de)

Vernetzung: „Das seit 2018 bestehende **EDIC-MD** wird von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt unterhalten. Daneben gibt es ein weiteres EDIC in Sachsen-Anhalt in Halle (Saale). Das **Leonardo-Büro Sachsen-Anhalt** wurde gegründet, um die Zusammenarbeit und den Transfer zwischen Wirtschaft und Hochschule im Rahmen europäischer Projekte zu verbessern. Hierzu bietet es Praktika im europäischen Ausland an, die durch die EU im Rahmen der Programme ERASMUS und LEONARDO finanziert werden. Das **Europäische Dokumentationszentrum (EDZ)** an der Martin-Luther-Universität Halle ist eine Anlaufstelle für wissenschaftliche Anfragen zu europäischen Entwicklungen, Programmen und Institutionen. Das **Enterprise Europe Network (EEN) Sachsen-Anhalt** unterstützt Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Land bei der Bereitstellung von Informationen und Beratung zu EU-relevanten Fragen, einschließlich der EU-Förder- und Finanzprogramme.“ (europa.sachsen-anhalt.de)



Abbildung Nr. 112

3.15 Land Schleswig-Holstein (DEF): „Der echte Norden.“

Bewertung: Schleswig-Holstein liegt als eine von 38 deutschen EU-NUTS-2-Region mit 142 Punkten im Schlussfeld (vollrot) der Nachhaltigkeitswertung. Die ungünstigsten Plätze (vollrot) belegt das Land in den Bereichen „Wissenschaft“ und „Verkehr“. Weniger günstig (blassrot) sind auch die Positionen in den Sektoren „Wirtschaft“, „Beschäftigung“, „Umwelt“ und „Klima“. Das Mittelfeld (gelb) wird in den Sektoren „Bevölkerung“ und „Versorgung“ belegt. Einen Spitzenplatz (vollgrün) gibt es im Segment „Landschaft“.

Darstellung: „Die Landesdachmarke ‚Schleswig-Holstein. Der echte Norden.‘ bietet allen Akteur/-innen Schleswig-Holsteins mit ihren unterschiedlichen Themen und Zielgruppen ein breites Dach und gleichzeitig einen hohen Wiedererkennungswert. Mit der Marke werden die Standortvorteile Schleswig-Holsteins nach außen kommuniziert und ein starkes Identifikationssymbol angeboten. Die Landesdachmarke gestaltet das Corporate Design der Landesregierung und ist eine authentische Abgrenzung zu anderen Bundesländern. Die Marke steht für die Charakteristika und Werte, die Schleswig-Holstein und seine Menschen ausmachen. Schleswig-Holstein ist das nördlichste Bundesland. Die Positionierung als Norden in Deutschland schließt Binnenland und Küsten sowie Wirtschaft und Tourismus gleichermaßen ein. Mit Norden wird viel Positives assoziiert: Weite, Frische, Gesundheit, Standfestigkeit, Klarheit und Weltoffenheit. Der Zusatz ‚echt‘ ist mehr als ein Leistungsversprechen. ‚Echt‘ spiegelt die typisch norddeutschen Eigenschaften wie Authentizität, Bodenständigkeit und Verlässlichkeit.“ (der-echte-norden.info)

Verwaltung: „Die vielfältigen Zuständigkeiten des **Ministeriums für Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten** umfassen zum einen Aufgaben mit regionalem Schwerpunkt wie die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn an Nord- und Ostsee. Wir begleiten und analysieren zum anderen die aktuellen europapolitischen Themen. Hierzu gehören beispielsweise die EU-Regionalpolitik und die Partnerschaft der EU mit dem Vereinigten Königreich. Dabei verfolgen wir die Interessen Schleswig-Holsteins über den Bundesrat und nationale Gremien wie die Europaministerkonferenz der Länder sowie über unsere Vertretung in Brüssel, das Hanse-Office. Für die Raumordnung in Schleswig-Holstein ist das Land zuständig. Die **Landesplanungsbehörde**, die zum **Innenministerium** gehört, macht sowohl Landesplanung als auch Regionalplanung. Hier entstehen neben dem **Landesentwicklungsplan** auch die **Regionalpläne** für die verschiedenen Planungsräume. Ein Landesplanungsrat berät die Landesplanung bei der Aufstellung der Pläne und in anderen grundsätzlichen Fragen der Raumordnung.“ (schleswig-holstein.de)

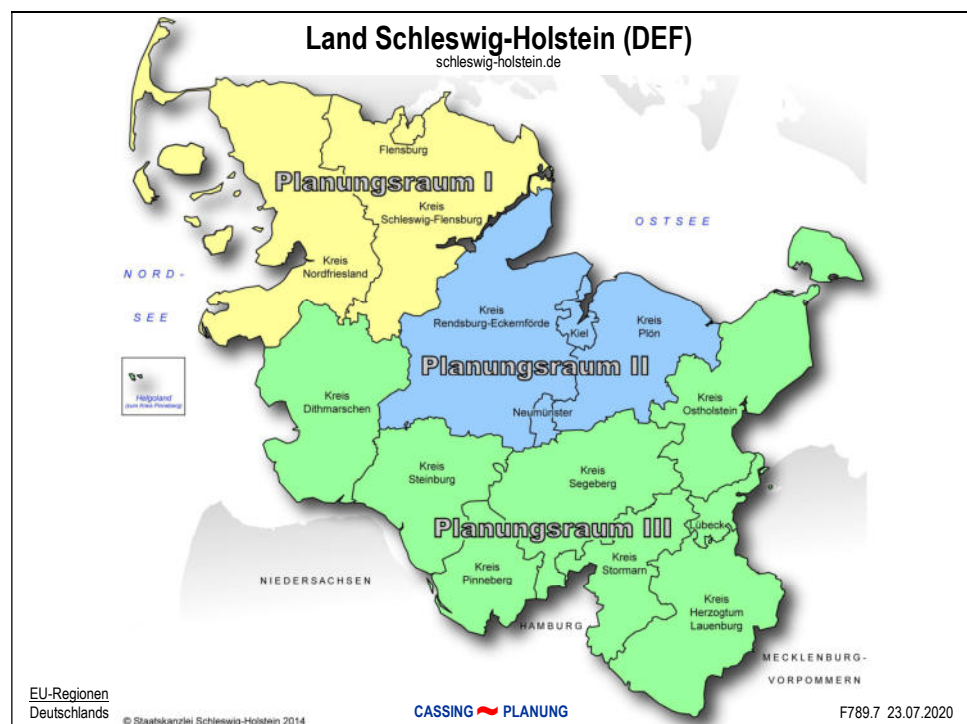


Abbildung Nr. 113

Entwicklung: „Die Vision einer ‚Meeresregion der Zukunft‘ wollen wir in einer ‚Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030‘ verankern. Mit dieser Strategie, die Gegenstand der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ist, wird erstmals von einer Landesregierung eine fachübergreifende integrierte Zukunftsstrategie für das Land erarbeitet. Die Strategie soll mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft Visionen und Handlungsansätze für das Land aufzeigen. Außerdem sollen in Verbindung mit der Strategie Projekte entwickelt werden, um die Umsetzung zu unterstützen. Die Landesentwicklungsstrategie soll nicht nur Selbstverpflichtung für die Landesregierung selbst sein, sondern auch Orientierungsrahmen für andere gesellschaftliche Akteure im Land. Sie entsteht in einem breit angelegten Diskussionsprozess, an dem sich nicht nur Fachakteure beteiligen, sondern der auch offen für alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein ist.“ (Broschüre Maritime Modellregion in Europa, 2015, schleswig-holstein.de)

Förderung: „Schleswig-Holstein liegt inmitten der EU und in unserem Land kreuzen sich die großen Verkehrswege von Nord nach Süd und von Ost nach West. Ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarn ist von besonderer Bedeutung; der Schwerpunkt der interregionalen Kooperation liegt traditionell im Ostseeraum. Regionale Partnerschaften, die Zusammenarbeit über die INTERREG-Programme und weitere Kooperationsformate bieten die Möglichkeit für einen intensiven Austausch und ein gegenseitiges Profitieren für alle Partner“ (schleswig-holstein.de). „Das **Fehmarnbelt-Projekt** wird durch das EU-Förderprogramm für Infrastruktur (CEF) unterstützt. Bisher bewilligt wurde eine EU-Förderung in Höhe von 589 Millionen € für den Fehmarnbelt-Tunnel und 117 Millionen € für die dänische Schienenanbindung. Dänemark rechnet mit weiteren Fördermitteln auch in der kommenden CEF-Förderperiode von 2021-2027.“ (femern.com/de)

Vernetzung: „Die **Europäische Bewegung Schleswig-Holstein (EBSH)** wurde 1978 gegründet und ist ein Netzwerk von Vereinen und Verbänden aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, das sich für die Förderung des europäischen Gedankens in Schleswig-Holstein einsetzt“ (netzwerk-ebd.de). „Seit 2006 ist die **Europa-Union Schleswig-Holstein** Trägerin des **Europe Direct Informationszentrums**. Als Schnittstelle zwischen den Bürger*innen in Schleswig-Holstein und der EU beantworten wir Ihre Fragen zu Europa, stellen Informationsmaterial zur Verfügung und geben Ihnen die Möglichkeit, Ihre Meinung zu den europäischen Institutionen und ihrer Politik zu äußern“ (europa-union-sh.de). „Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH)** ist Teil des weltweit größten Beratungsnetzwerks für kleine und mittlere Unternehmen, dem **Enterprise Europe Network (EEN)**. Mit mehr als 600 Partnern in über 60 Ländern kombinieren wir internationales Know-How mit regionaler Expertise.“ (ib-sh.de)



Abbildung Nr. 114

3.16 Land Thüringen (DEG): „Hier hat Zukunft Tradition“

Bewertung: Thüringen als EU-NUTS-2-Region liegt mit 151 Punkten im hinteren Feld (blassrot) der Nachhaltigkeitswertung. Schlussplätze (vollrot) gibt es in den Disziplinen „Wirtschaft“, „Bevölkerung“ und „Klima“. Ungünstig (blassrot) fallen die Positionen in den Sektionen „Verkehr“ und „Landschaft“ aus. Im Mittelfeld (gelb) rangiert das Land bei den Themen „Wissenschaft“, „Beschäftigung“ und „Versorgung“. Spitzenplätze (vollgrün) belegt Thüringen im Wertungsbereich „Umwelt“.

Darstellung: „Die **Marke ‚Thüringen‘** beinhaltet die besonderen Positionierungen des Tourismus, der Investoren- und Fachkräfte-Akquise, die jeweils von darauf spezialisierten Akteuren im Freistaat angesprochen werden. Das früher als Standortmarketing bezeichnete Marketing muss zukünftig sowohl mit der Akquise von Investoren als auch mit dem touristischen Marketing verknüpft sein. Aus diesem Grund nennen wir diese neue Art der umfassenden Vermarktung des Freistaats Thüringen auch nicht mehr ‚Standort-‘, sondern ‚Landesmarketing‘. Seine Aufgabe ist es, die vielfältigen Akteure im Land - zuvorderst Tourismus (in Thüringen ist dies die Thüringer Tourismus GmbH, TTG) und Akquise (Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen, LEG) - zusammenzubringen, zu koordinieren und auf eine einheitliche Botschaft zu achten. Gleichzeitig und damit eng verbunden muss das Landesmarketing die Marke der Region (hier: Thüringen) führen - sowohl inhaltlich als auch über das CD gestalterisch. Auf dieser Basis betreibt das Landesmarketing eine übergeordnete Imagewerbung, auf der die anderen Akteure aufsetzen können.“ (das-ist-thueringen.de)

Verwaltung: „Aus Thüringens Lage in der Mitte Europas ergibt sich eine Chance für den Bau von Brücken zwischen West-, Mittel- und Osteuropa. Der Freistaat Thüringen betreibt mit Unterstützung der Europäischen Kommission das **Europe Direct-Informationszentrum** in der **Thüringer Staatskanzlei**. Daneben sind die **Europareferate** auch verantwortlich für die Mitwirkung der Länder in EU-Angelegenheiten über den Bundesrat, den Ausschuss der Regionen und der Europaministerkonferenz der Länder, die Erhöhung der europapolitischen Kompetenz der Landesverwaltung, die Koordinierung der fristgerechten Umsetzung von EU-Recht im Freistaat, Grundsatzfragen der EU-Struktur- und Regionalpolitik sowie der Förderprogramme der Europäischen Union. Sie kümmern sich um die mitgliedsstaaten-übergreifende Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zur Verfolgung europapolitischer Interessen. Die **Europapolitische Strategie** des Freistaats Thüringen wurde 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt.“ (staatskanzlei-thueringen.de)

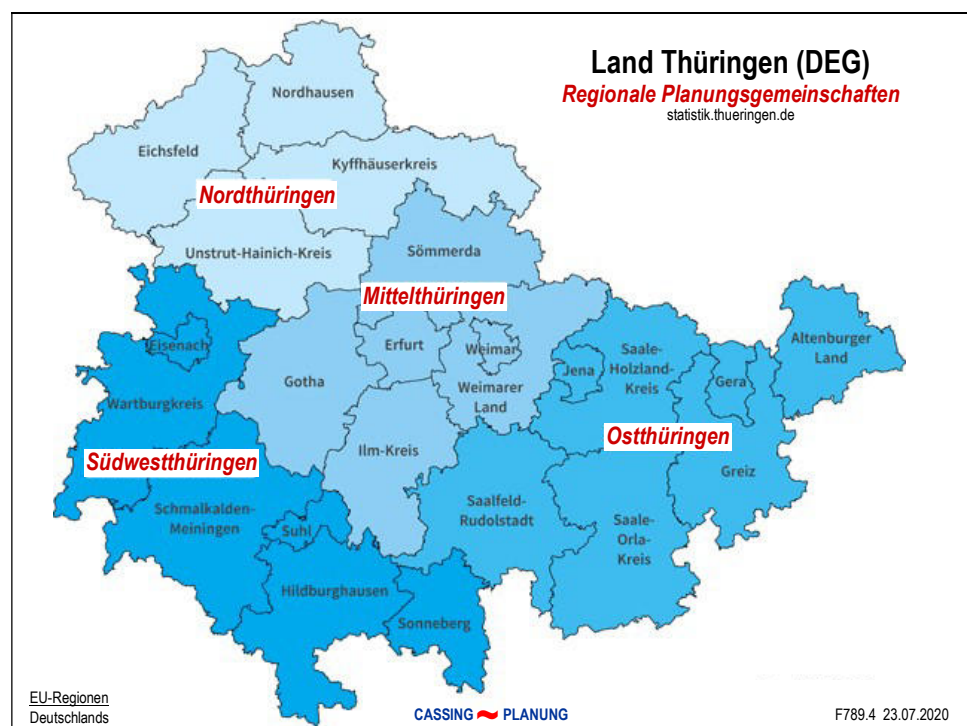


Abbildung Nr. 115

Entwicklung: „Der Freistaat führt mit dem **LEP 2025** eine neue raumstrukturelle Gliederung des Landes ein, die sich an den Entwicklungs- und Handlungserfordernissen sowie der kulturlandschaftlichen Vielfalt orientiert. Damit werden auf die Landesteile ausgerichtete Zielstellungen ermöglicht. Es gilt, die Räume mit günstigen Entwicklungsvoraussetzungen so zu stärken, dass deren Standortvorteile auf die übrigen Landesteile ausstrahlen. Die Räume mit besonderen Entwicklungsaufgaben sollen hinsichtlich ihrer demografischen und wirtschaftlichen Stabilisierung so unterstützt werden, dass ihre Nachteile ausgeglichen und ihre vorhandenen Potenziale gezielt genutzt werden können. Thüringen gliedert sich in die **Planungsregionen** Nordthüringen, Mittelthüringen, Ostthüringen und Südwestthüringen. In jeder Planungsregion besteht eine Regionale Planungsgemeinschaft. Sie ist der Zusammenschluss der Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm als Mittelzentrum ausgewiesen sind, zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.“ (infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de).

Förderung: „Ein Großteil des EU-Haushaltes fließt über die Finanzierung zahlreicher **EU-Kooperationsprogrammen** zurück in die Mitgliedstaaten und Regionen: Von großer Bedeutung ist für Thüringer Forscher aus Wirtschaft und Wissenschaft das Programm **HORIZONT 2020**, aus dem Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. Thüringer Unternehmen profitierten vom **COSME-Programm**, mit dem innovative Unternehmensaktivitäten gefördert werden. 14,8 Mrd. € stellt das Programm **ERASMUS+** 2014 bis 2020 für Kooperationen im Bereich der Schüler-, Berufs-, Hochschul- und Erwachsenenbildung bereit. Die Intensivierung des Kulturaustausches ist Gegenstand des EU-Programms **KULTUR**. Das Programm **Europa für Bürgerinnen und Bürger** unterstützt Kommunen, Verbände, Bildungseinrichtungen oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen.“ (staatskanzlei-thueringen.de)

Vernetzung: „Die **Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT)** wurde 1993 vom Freistaat Thüringen gegründet und fördert Wissenschaft, Forschung und Technologie. Als Teil des weltweiten **Enterprise Europe Network** begleitet die STIFT Unternehmen bei internationalen Kooperationen“ (stift-thueringen.de). „Die **Europäische Bewegung Thüringen e.V.** ist ein Dachverband Thüringer Einrichtungen, Vereine und Personen, die den europäischen Gedanken fördern und sich für die Einigung Europas einsetzen. Als Landeskomitee ist sie Teil des Netzwerkes Europäische Bewegung Deutschland“ (thueringen.europaeische-bewegung.de). „Das **Europäische Kultur- und Informationszentrum in Thüringen (EKT)** arbeitet seit der Auszeichnung des **VIA REGIA-Projektes** als ‚Major Cultural Route of the Council of Europe‘ durch den Europarat 2005 als europäische Kontaktstelle des Projektes“ (via-regia.org).



Abbildung Nr. 116

4. Großräumige Entwicklungsstrategien in Deutschland

Raumstrukturierung in Deutschland unterscheidet sich zwischen Metropolisierung, Territorialisierung und Regionalisierung. Während das Konzept der europäischen Metropolregionen (Leitbild der Raumentwicklung MKRO 2016 Karte 1) Deutschland nach 14 **metropolitanen Vernetzungsräumen** untergliedert stützen sich die hier untersuchten 38 EU-Gebietseinheiten für die Statistik der zweiten Ebene (NUTS 2) auf **territoriale Verwaltungsräume** als Bezugsgröße. Ihnen liegen vielfach historische Administrationen zu Grunde, die noch heute wirksame „heimatliche“ Orientierungen zur Folge haben, die für großräumiges Marketing aktivierbar sind. Meistens kleiner im Zuschnitt sind die 96 „Raumordnungsregionen“ des Bundesinstituts für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR), die als oberzentrale Verflechtungsgebiete die **regionalen Planungsräume** abbilden.

„Die deutschen Metropolregionen haben sich 2001 zum *Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland* zusammen geschlossen. Mitglieder sind die von der Ministerkonferenz für Raumordnung bestimmten Metropolregionen *Berlin-Brandenburg, Frankfurt/Rhein/Main, Hamburg, Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg, Mitteldeutschland, München, Nordwest, Nürnberg, Rhein-Ruhr, Stuttgart und Rhein-Neckar*.“ (www.deutsche-metropolregionen.org). Sie sind keine flächendeckenden Netzwerke, sondern umgehen periphere Räume und überschneiden sich teilweise. Demgegenüber bilden die administrativen Großräume (Bundesländer, Regierungsbezirke und Planungsregionen) eine kompatible Basis für strategische Raumentwicklung (vgl. Abb. Nr. 117). In der föderalen Länderstruktur gibt es jedoch Unterschiede in der Ausgestaltung der strategischen Kompetenzen, die im europäischen Wettbewerb auch zu Disparitäten führen können. Hier bestehen noch Optimierungspotentiale z.B. im Hinblick auf ein **territorial/regional gestuftes System der Landesplanung**. Eine so „top down“ gliedernde staatliche Raumentwicklung würde sich auf der Regionsebene (z.B. Raumordnungsregionen) mit einer „bottom up“ bündelnden kommunalen Regionalplanung nach dem **Gegenstromprinzip** methodisch und strategisch „treffen“.

Das folgende Kapitel versucht aus der Internet-Analyse der NUTS-2-Ebene in Deutschland Schlussfolgerungen zur Formatierung **europäischer Strategieräume** zu ziehen: Sie dürfen nicht zu groß sein, um regionale Lebensverhältnisse abbilden zu können, nicht zu klein, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können. Deshalb müssen sie mit strategischer Mittlerkompetenz nach „oben“ (Bund, Länder) und nach „unten“ (Regionen, Kommunen) ausgestattet werden.

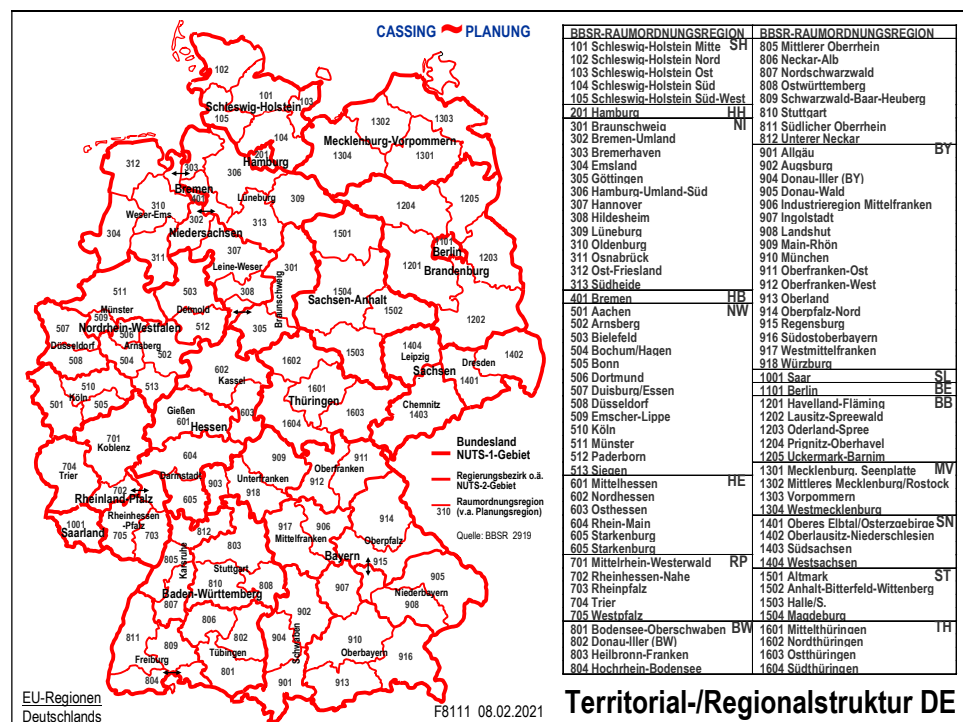


Abbildung Nr. 117

4.1 EU-Regionen als strategische Entwicklungsräume

Strategische Entwicklungskompetenz bündelt administrative Leistungen zur Alltags- und Zukunftsgestaltung. Sie koordiniert Gleichwertigkeit und Nachhaltigkeit der Lebensverhältnisse in den 38 deutschen Großräumen in unterschiedlichem Maße. Die Auswertung der Recherche (Kap. 2) ergibt folgendes Bild - die kombinierten NUTS-1-/2-Gebiete (drei Stadtstaaten, fünf kleine Flächenländer), die mit ihren Landesregierungen beste Bedingungen für nachhaltige Zukunftsstrategie haben, werden dabei nicht betont:

- **Vernetzung:** Den Zusammenhalt der Regionen Europas fördern Netzwerke wie die *Europa-Union* (europa-union.de), die *Europäischen Bewegung* (netzwerk-ebd.de) oder die *Jungen Europäischen Föderalisten* (jef.de). Es gibt kaum einen Bezirk, der nicht ein **Europa-Netzwerk** aufweisen kann. Auch die Europäische Union ist in fast allen Bezirken mit einem *Europe Direct Informationscenter* (europa.eu) vertreten, das durch *Europäische Dokumentationszentren* und *Enterprise Europe Network* ergänzt wird. Für **innerregionale Vernetzung** sind besonders Bezirke geeignet, die mit weiteren Großraum-Institutionen (z.B. Kammern, Verbände, Vereine) kongruent sind. „Best practice“ für Nachhaltigkeits-Netzwerke ist die *Interessengemeinschaft Regionalbewegung Mittelfranken*: „Ziel ist es, regionale Wirtschaftskreisläufe in Mittelfranken zu fördern und zu stärken“ (bezirk-mittelfranken.de). Vernetztes Regionalmanagement praktizieren Verein (e.V.) und Gesellschaft (mbH) Mittelhessen (mittelhessen.eu). „Kompetenz in Regionalmarketing und Regionalentwicklung“ kann die *OstWestfalen-Lippe GmbH* aufweisen (ostwestfalen-lippe.de). Die *Initiative Region Trier e.V.* ist ein Musterbeispiel für eine „erfolgreiche und breit in der Region verankerte Public-Private-Partnerschaft“ (region-trier.de). Die sächsischen Metropolen Dresden (ohne Lk Görlitz), Chemnitz und Leipzig sind vorbildlich mit ihren Verflechtungsräumen vernetzt.
- **Vermarktung:** Die Bezirke werden in einigen Fällen als **großräumige Marketing-Plattform** genutzt wie folgende Beispiele zeigen: „*Tourismus Oberbayern München e.V.* ist die *touristische Dachorganisation für Oberbayern*“ (top.oberbayern.de). „*Der Niederbayern-Forum e.V.* hat die Aufgabe, *Niederbayern als attraktiven Lebensraum weiterzuentwickeln und positiv nach außen darzustellen*“ (niederbayern.de). „*Die Vorteile der Oberpfalz darstellen*“ will Oberpfalz Marketing e.V. (oberpfalzmarketing.de). *Oberfranken Offensiv e.V.* ist ein Netzwerk „*das die Stärken der Region Oberfranken fördert*“ (oberfranken.de). Die *Regionalmanagement Nordhessen GmbH* vermarktet den Regierungsbezirk Kassel (ohne Lk Fulda) als „*Grimm Heimat Nordhessen*“ (regionnordhessen.de). Die großräumigen Marketing-Netzwerke in Mittelhessen, Ostwestfalen-Lippe und der Region Trier wurden bereits zuvor hervorgehoben.

Funktion / Region	BW				BY							BE	BB	HE	HH	HE	MI	NI				NW					RP	SL	SN					ST	SH	TH	
	1	2	3	4	1	2	3	4	5	6	7			1	2	3		1	2	3	4	1	2	3	4	5	1	2	3	2	4	5					
1. Vernetzung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
2. Vermarktung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
3. Vermittlung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
4. Verwaltung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
5. Bewertung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
6. Förderung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
7. Beteiligung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
8. Raumplanung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9. Steuerung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
10. Entwicklung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

nicht erfüllt
 teils erfüllt
 voll erfüllt

Kompetenzstruktur der EU-NUTS-2-Ebene in Deutschland
 EU-Regionen Deutschlands CASSING PLANUNG F725e 01.02.2021

Abbildung Nr. 118

- **Vermittlung:** Die größeren Flächenländer haben meist eine dreistufige Behördenstruktur mit der obersten Behörde in Form der Ministerien, der „Mittelbehörde“ in Form der Bezirksregierungen (Regierungspräsidien o.ä.) und den „unteren Verwaltungsbehörden“ als Aufgabe der kommunalen Ebene oder von staatlichen Sonderbehörden (z.B. Straßenbau, Wasserwirtschaft, Gewerbeaufsicht). Die Mittelbehörden mit großer fachlicher Breite haben vielfach eine „Mittlerfunktion“ zwischen Landes- und Kommunalbehörden, sei es durch Förderung und Aufsicht „nach unten“, sei es durch Berichte und Anträge „nach oben“. Die Bundesländer ohne Mittelbehörde müssen die Kommunikation zweistufig, d.h. im direkten Kontakt zwischen Ministerien und Kommunen organisieren - was häufig lückenhaft bleibt.
- **Verwaltung:** Auf der Bezirksebene können bei den sieben Flächenländern „klassische“ und „modernisierte“ Verwaltungstypen unterschieden werden. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen haben die traditionellen Bezirksadministrativen, die die Fachverwaltungen als „Mittelbehörde“ zwischen Landes- und Kommunalebene großräumig bündeln, beibehalten. Deshalb verfügen sie zwar über eine breite Steuerungskompetenz, die jedoch nicht durch bezirksspezifische Strategien unterlegt sind. Bayern pflegt noch die Besonderheit kommunaler Bezirke, die demokratisch legitimiert großräumige Aufgaben im Sozial- und Kultursektor wahrnehmen: Das gilt auch für den - ehemals bayerischen - *Bezirksverband Pfalz*. Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen haben ihre integrierten Bezirkszentralen zwar aufgelöst, aber teilweise nur in sektorale Bezirksfilialen umstrukturiert. Als NUTS-2-Gebietseinheiten bestehen die ehemaligen Bezirke hier fort.
- **Bewertung:** Die Analyse versucht den Kontext von Nachhaltigkeit und Steuerbarkeit der großräumigen Entwicklung zu bewerten. Die sechs besonders nachhaltigen Bezirke (Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Darmstadt) verfügen über voll ausgestattete Bezirksverwaltungen, etabliertes Marketing, aktive Förderstellen und strategische Planungsansätze. Dies ist nicht hinreichend für eine nachhaltige Entwicklung, aber eine notwendige Bedingung. Demgegenüber sind die sechs weniger nachhaltigen Bezirke (Kassel, Lüneburg, Weser-Ems, Münster, Arnsberg, Chemnitz) weniger durch mangelnde Steuerbarkeit gekennzeichnet, sondern eher durch hohe Anteile peripherer ländlicher Gebiete.
- **Förderung:** Den europäischen Struktur- und Investitionsfonds wird ein großer Einfluss auf eine nachhaltige Raumentwicklung zugesprochen. Zu Beginn einer neuen Förderperiode wird immer wieder die Frage gestellt, ob die „entwickelten Regionen“ überhaupt noch einer Förderung bedürfen - zumal wie im Falle des einkommensstarken Bezirks Lüneburg aufgrund statistischer Effekte (niedriges BIP im Hamburger „Speckgürtel“) eine ausgleichsbedürftige Strukturschwäche interpretiert wird. Dieser Fall zeigt aber auch, dass die Bezirksebene zur förderstrategischen Wertung zu großräumig ist, weil sie Strukturschwächen in peripheren Regionen des Bezirks (z.B. Landkreise Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg) mit Strukturstärken im Metropolumland (Landkreise Harburg und Stade) nivelliert.
- **Beteiligung:** Die Großräumigkeit der Bezirksebene erschwert die direkte Beteiligung der Bürger*innen an europäischer Regionalentwicklung. Die NUTS-2 in Deutschland sind eine statistische Gebietseinheit, jedoch keine Kontaktstelle zur europäischen Union. Diese Funktion übernehmen in fast jedem Bezirk *Europäische Informations-Zentren* die von der Europäischen Kommission bei verschiedensten öffentlichen oder gemeinnützigen regionalen Trägern angesiedelt sind. „Die europe-direct-Informationszentren sind das Bindeglied zwischen Bürgern und der EU auf lokaler Ebene. Informationszentren im europe-direct-Netzwerk der EU gibt es in über 40 deutschen Städten“ (eiz-niedersachsen.de).
- **Raumplanung:** Die Bezirksverwaltungen sind meist auch „obere Landesplanungsbehörde“ mit der Zuständigkeit für regionsübergreifende Raumordnungsverfahren. Die Institutionalisierung der Raumplanung bietet jedoch ein uneinheitliches Bild. Fast die Hälfte der Bezirke (18) wird von zwei oder mehr kommunalen Regionalplanungsträgern belegt. Auch die Sonderregelung Niedersachsens, die der Kreisebene mit Ausnahmen des Großraums Braunschweig die Regionalplanung zuweist, zählt dazu. In vier Bezirken (Darmstadt, Düsseldorf, Arnsberg, Münster) überlagern teilweise kommunale die staatliche Regionalplanung (Regionalverbände FrankfurtRheinMain und Ruhr). In vier Bezirken (Köln, Detmold, Gießen, Kassel) deckt staatliche, in drei Bezirken (Trier, Chemnitz, Leipzig) kommunale Regionalplanung das Gebiet voll ab. Die sechs kombinierten NUTS-1/2-Länder gliedern sich in staatliche (Schleswig-Holstein) oder kommunale Regionalplanungsträger. In den drei Stadtstaaten bilden die F-Pläne die Raumplanung.

- Steuerung:** Die Steuerbarkeit großräumig nachhaltiger Entwicklung ist die zentrale Forschungsfrage der vorliegenden Untersuchung. Gefragt wird nach der Bündelung von Verwaltungs-, Marketing-, Förderungs- und Planungskompetenz auf der Bezirksebene. Vollkompetenz liegt per se bei den drei Stadtstaaten und den sechs bezirklich ungegliederten Bundesländern. Bei den Bezirken ist zwischen 19 „Vollbehörden“ und 10 „Teilbehörden“ zu unterscheiden, die länderspezifisch mit unterschiedlichen **Steuerungskompetenzen** ausgestattet sind. Die meisten Kompetenzen haben die sieben NUTS-2 in Bayern, die sowohl „Regierungs-Bezirke“ (Verwaltung, Förderung) als auch „Kommunal-Bezirke“ (Soziales, Kultur) sind. Die Ebene verfügt zusätzlich über Marketing-Initiativen und Planungszuständigkeit (obere Landesplanungsbehörde). Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen gliedern sich in „klassische“ Regierungsbezirke; Marketingaktivitäten sind hier nur partiell, Entwicklungskonzepte kaum anzutreffen. Ein neues Steuerungsmodell gibt es seit 2014 in Niedersachsen; hier koordinieren auf der Bezirksebene „Ämter für regionale Landesentwicklung“ die EU-Fördermittel nach Maßgabe „**Regionaler Handlungsstrategien**“. Zusammenfassen ist festzustellen, dass den meisten Bezirken eine solche strategische Steuerung fehlt. Zwar sind die meisten Bezirke mit einem oder mehreren Regionalplanungsräumen kompatibel, es fehlen jedoch häufig bezirks- und regionsintegrierende Entwicklungsstrategien.
- Entwicklung:** Mittelfranken zeigt ein frühes Beispiel für ein **Entwicklungsleitbild** der Hauptakteure (Staat, Kommunen, Kammern) einer Großregion. Außer den Sonderfällen Aschaffenburg und Hof sind alle Industrie- und Handelskammergebiete in Bayern mit den kommunalen und den staatlichen Bezirken kongruent. Dies ermöglicht strategische Positionierungen wie es z.B. das *Entwicklungsleitbild der Wirtschaftsregion Nürnberg* von 2005 darstellt. Das Regierungspräsidium Darmstadt zeigt mit dem **Regionalen Entwicklungskonzept (REK) für Südhessen** strategische Ziele für 2030 auf. Die vier niedersächsischen Ämter für regionale Landesentwicklung (ArL) formulieren mit Beteiligung relevanter Akteure **Regionale Handlungsstrategien** als Rahmen für die jeweilige EU-Förderperiode. Die Bezirksregierung Detmold und die OstWestfalenLippe GmbH geben mit dem **Raumbild für das Urban-Land OstWestfalenLippe** „mit seinen Zukunftstreibern einen Einblick in die räumlichen Entwicklungstendenzen der Region“ (urbanland-owl.de). Sieben Bezirke sind mit einem Regionalplanungsräum identisch (Köln, Detmold, Kassel, Gießen, Trier, Chemnitz und Leipzig) und bieten damit gute institutionelle Voraussetzungen für eine integrierte Entwicklung. Der *Planungsverband Region Chemnitz* zeigt vorbildlich wie ein **Leitbild der Region**, der Raumordnungsplan und Fachplanungen (Umweltbericht, Landschaftsrahmenplan) integriert werden können.

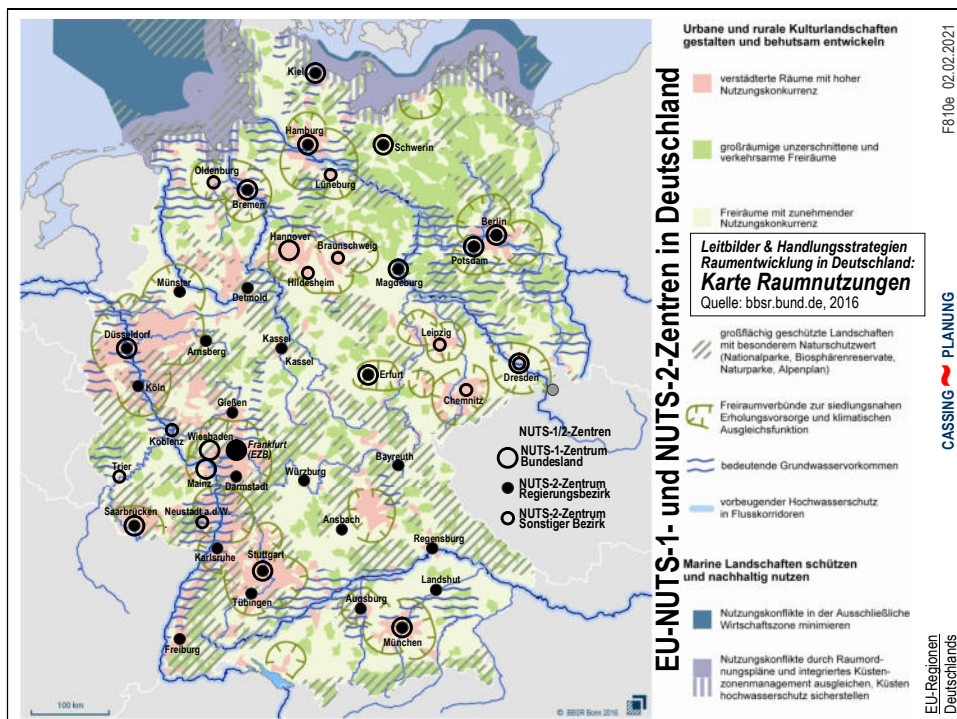


Abbildung Nr. 119

4.2 Regionale Entwicklungsstrategie als großräumiges-Steuerungsinstrument

Für wirksame Steuerungsstrategien der Bezirke wie Planung, Förderung, Marketing, Verwaltung bedarf es Zielvorstellungen über die Zukunft von Wirtschaft, Gesellschaft und Landschaft des Großraumes: Beispielfähig dafür sind Strategiemodelle wie in Südhessen, West-Niedersachsen, Mittelfranken und Ost-Westfalen, die **Zukunftsentwürfe** wie „Raumbild“, „Masterplan“, „Leitbild“ oder „Vision“ ihren Konzepten voranstellen:

- **Raumbild:** *Das Regierungspräsidium Darmstadt hat das **Regionale Entwicklungskonzept für Südhessen** veröffentlicht. Dieses zeigt innovative Lösungsansätze dafür auf, wie der große Bedarf an zusätzlichen Wohneinheiten sowie Flächen für Gewerbegebiete und Logistikansiedlungen bis 2030 gedeckt werden kann. Hintergrund sind die anstehende Neuaufstellung des **Regionalplans bzw. des Regionalen Flächennutzungsplans** im Rhein-Main-Gebiet. In der Studie wurde zunächst ein **Raumbild** entwickelt, welches zwischen einem Kern- und einem peripheren Raum in Südhessen unterscheidet. Der Kernraum ist durch eine bereits hohe Zentralität, eine hohe Bevölkerung- und Siedlungsdichte sowie eine gute ÖPNV-Erreichbarkeit charakterisiert. Der periphere Raum weist im Gegensatz zum Kernraum eine geringere Bevölkerungs- und Siedlungsdichte, eine schwächere schienengebundene ÖPNV-Anbindung, aber auch eine geringere Flächennachfrage auf. Basierend auf diesem Raumbild wurde eine Flächenkulisse definiert, die dem prognostizierten Bedarf Rechnung trägt.*“ (rp-darmstadt.hessen.de)
- **Masterplan:** *„Die **Regionale Handlungsstrategie 2020-2027** bildet einen wesentlichen Maßstab für die regionalfachliche Bewertung von regionalbedeutsamen **Förderanträgen**, die vom ArL Weser-Ems bzw. dem Kommunalen Steuerungsausschuss beim ArL Weser-Ems bewertet werden: Die vergleichsweise große **Region Weser-Ems**, die überwiegend ländlich geprägt ist, hat in den letzten drei Jahrzehnten eine erstaunlich dynamische Entwicklung in ihrer Gesamtheit genommen. Dabei muss klar sein, dass es in einer so großen Region natürlich teilregionale Unterschiede gibt. So weist die Region in einigen Landkreisen absolute Spitzenwerte in der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und bei den demografischen Entwicklungen aus, andererseits sind zum Beispiel die Städte Delmenhorst und Wilhelmshaven wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der Tendenz zur sozialen Segregation zwischen den Kernstädten und dem ländlichen geprägten Umland Schlusslichter in der Region. Insgesamt aber entwickelten sich Wertschöpfung und Beschäftigung im Landesvergleich weit überdurchschnittlich.*“ (arl-we.niedersachsen.de)
- **Leitbild:** *„Das **Entwicklungsleitbild der Wirtschaftsregion Nürnberg** als Ausgangspunkt des strategischen Gesamtkonzeptes, trat in seiner ersten Version 1998 in Kraft. Das hat dazu geführt, dass sich die Region in nationalen und internationalen Rankings deutlich verbessert hat. Sie gehört heute zu den Metropolregionen in Deutschland. Nicht zuletzt ist das Entwicklungsleitbild inzwischen Grundlage für das gemeinsame **Regionalmarketing**. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung, ihrer engen Verflechtung in Nordbayern und ihrer Entwicklungsdynamik besitzt die Wirtschaftsregion Nürnberg alle Merkmale einer europäischen Metropolregion. Schwerpunkt ist das Städteviereck Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach, das zusammen mit den mittelfränkischen Landkreisen und Ansbach den Nukleus für Kern und **Netz der europäischen Metropolregion Nürnberg** bildet.“* (Lindstadt, H.-J., 2005). Mittlerweile ist die Metropolregion durch Ausweitung in die Nachbarbezirke auf die doppelte Einwohnerzahl gewachsen, hat so zwar an Außenwirkung gewonnen aber auch an Innenbindung verloren.
- **Vision:** *„**UrbanLand** ist Headline und zugleich **Zielvision** eines Strukturentwicklungsprogramms, das in **OstWestfalenLippe** umgesetzt wird. UrbanLand steht für ein ausbalanciertes Verhältnis von städtischen und ländlichen Räumen mit dem Ziel, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der gesamten Region zu bieten. Dabei geht es um nachhaltige Siedlungs- und Raumentwicklung, um zukunftsweisende Mobilitätsangebote, die Entfernungen verkürzen, oder auch um innovative Wirtschafts- und Arbeitsformen im ländlichen Raum. Mit der **REGIONALE 2022** nutzt OstWestfalenLippe die Chance, ein umfassendes gesamt-regional ausgerichtetes Infrastrukturprogramm umzusetzen. Projekte vor Ort sollen zeigen, wie Antworten auf Zukunftsfragen aussehen können. Lebendige Quartiere, neue Wohnformen, innovative Mobilitätsangebote, modellhafte Gesundheitszentren und zukunftsweisende Häuser für Kultur und Wissenschaft schaffen Beispiele und setzen Impulse. Dahinter stehen starke Netzwerke, **interkommunale Kooperationen** und engagierte Menschen und Institutionen.*“ (urbanland-owl.de)

Die Beispiele lassen zwar „beste Praxis“ aber auch viele Probleme einer großflächigen Raumentwicklung erkennen. Dies führt zur Frage, ob die Bezirke für die EU-Regionalpolitik die geeignete Ebene sind, d.h. wie sie mit der übergeordneten Landesplanung bzw. mit der kleinteiligeren Regionalplanung korrespondieren:

- **Räumlich:** Regionen werden als Verflechtungsräume von Oberzentren durch Pendler- oder Einkaufsradien definiert und dienen so als sozio-ökonomischer Bewertungsraum - mit folgenden Konfliktlinien:
 - **Territorial- versus Regionalplanung:** Landesplanung, die nur großräumig differenziert, erreicht nicht den nötigen Konkretisierungsgrad; Leitbilder für Bezirke mit mehreren divergenten Regionen beinhalten zwangsläufig nivellierende Werte und abstrakte Ziele. Damit kann mit der kommunalen Ebene im „raumplanerischen Gegenstromverfahren“ nicht erfolgreich kommuniziert werden.
 - **Land- versus Stadtförderung:** Der „ländliche Raum“ wird vielfach ohne die zugehörigen Mittelzentren gefördert. Damit kommen häufig nur ineffektive Projekte mit geringer Breitenwirkung zum Tragen. Auch fördern z.B. ELER-Programme raumordnerisch nicht begründete „Regionalisierungen“ unterhalb der Kreisebene - definitionswidrig sind sog. „Dorfregionen“.
 - **Projekt- versus Strukturförderung:** Die Regionalpolitik besteht hauptsächlich aus der Förderung von Projekten, von denen ein Beitrag zur Entwicklung der Raumstruktur erhofft aber nicht belegt wird. So bleibt es strukturpolitisch meist bei bottom-up „Zufällen“, die jedoch keine systematische Wirkung erzielen. Diese wäre nur mit top-down abgeleiteten Strukturhilfen zu erzielen.
- **Fachlich:** Der sektoral-hierarchische Aufbau von Verwaltungsbehörden wird der Komplexität regionalstruktureller Probleme häufig nicht gerecht. Nachhaltigkeit erfordert immer eine fachliche Abwägung:
 - **Sektoral- versus Integriertförderung:** Die Fachförderprogramme folgen vielfach einer spezifischen Zweckbestimmung, die „Nebenwirkungen“ unberücksichtigt lassen. In „vertikaler“ (Gegenstrom) wie „horizontaler“ (Abstimmung) Koordination müssen integrierte Förderkonzepte gefunden werden. Manche Bundesländer folgen mit integrierten Operationellen Programmen bereits diesem Anspruch.
 - **Klein- versus Großprojektförderung:** Besonders bei der Strukturförderung ländlicher Räume (z.B. LEADER) werden bestimmungsgemäß lokale Projekte mit entsprechend geringer regionaler Wirkung gefördert. Ihre Auswahl beruht weniger auf systematische Ableitung z.B. von Großprojekten aus lokalen Entwicklungskonzepten sondern eher auf kleinteiliger, mehr zufälliger Antragsstellung.
 - **Akteurs- versus Politiksteuerung:** Die bisherige Förderung „ländlicher Entwicklung“ ist methodisch kaum noch zu rechtfertigen. Jahrzehntelange Förderung von Kleinprojekten in der Verantwortung von demokratisch wenig legitimierten „Lokalen Aktionsgruppen“ ausdrücklich außerhalb der „Ankerzentren“ haben deren ländliche Verflechtungsräume nicht messbar voran gebracht.

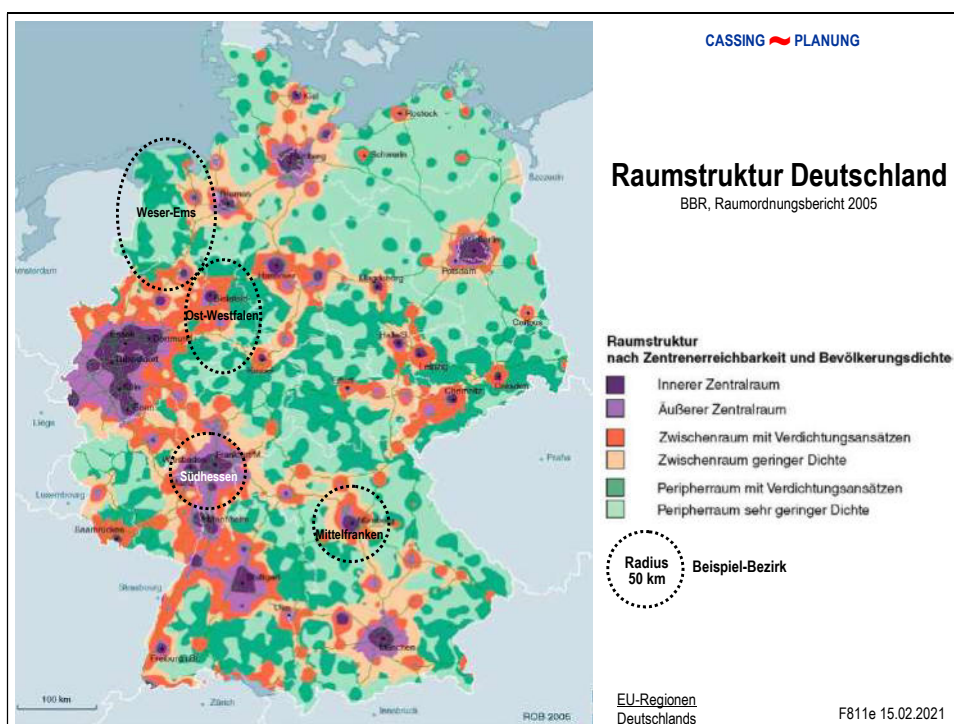


Abbildung Nr. 120

Welche Relevanz haben großräumige Entwicklungsstrategien im deutschen Raumplanungssystem? Auszugehen ist von dem gesetzlichen dreistufigen System (ROG) aus staatlicher Landesplanung, gemischter (kondominialer) Regionalplanung und gemeindlicher Bauleitplanung. Als jeweilige „Zwischenstufe“ können die Bezirksebene und die Kreisebene verstanden werden. Die drei Hauptplanungsebenen sind durch das sog. vertikale **Gegenstromprinzip** verknüpft - deduktive „Grundsätze und Ziele“ werden mit induktiven „Bedenken und Anregungen“ abgeglichen. Horizontal werden gem. **Nachhaltigkeitsprinzip** „die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang“ gebracht (ROG §1). Der gesetzlichen Regionalplanung kommt als mittlere Planungsebene eine besondere Bedeutung als Koordinationsinstanz zu. Das zeigt sich auch in ihrem Rechtscharakter als „kondominiale“ d.h. staatlich-kommunale Gemeinschaftsaufgabe, die in den Bundesländern jedoch mit großer Spannweite ausgestaltet ist. Die EU-NUTS-2-Förderkulisse ordnet sich wie folgt in das deutsche Planungssystem ein:

- **Landesebene:** Die meisten Landesentwicklungspläne unterteilen den Raum nach Dichte-, Lage- oder Nutzungskriterien („homogene Regionen“ z.B. Verdichtungsraum, ländlicher Raum), die keine integrierte Strategie ermöglichen. Alternativ sollte die Landesplanung Entwicklungsziele für die Funktionsräume wie Bezirke und/oder Regionen, die ja meistens kongruent gestuft sind, enumerativ formulieren.
- **Bezirksebene:** Die NUTS-2-Ebene ist geeignet für großräumige Rahmenstrategien zur Einordnung in das EU-Fördersystem (Differenzierung der Operationellen Programme nach Bezirken). Aufgrund ihrer territorial-historischen Affinität ist die Bezirksebene für die Kommunal- und Regionalebene unterstützendes Dachmarketing besonders geeignet. Verwaltungs- und Planungsfunktionen sind hier verzichtbar.
- **Regionsebene:** Die Regionen als oberzentrale Verflechtungsräume (Raumordnungsregionen) sind an der Schnittstelle staatlicher und kommunaler Funktionen die maßgebliche Ebene für konkrete Analysen- und Strategien zur Gewährleistung von Nachhaltigkeit und Gleichwertigkeit der Raumentwicklung. Die Planungsfunktionen dieser Ebene müssen durch vernetzte Marketingaktivitäten ergänzt werden.
- **Kreisebene:** Die Landkreise und kreisfreien Städte sind kommunale Verwaltungen im „eigenen Wirkungskreis“ und staatliche „untere Behörden“ im übertragenen Wirkungskreis. Als zwar häufig genutzte Ebene zur Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist die Kreisebene aber ungeeignet, weil sie die für die Lebensqualität relevanten Großstadt-Umland-Verflechtungen meist unberücksichtigt lässt.
- **Gemeindeebene:** Für die örtlichen Lebensbedingungen ist die Gemeindeebene von Bedeutung. Die zentralen Orte der unteren Stufe sichern die tägliche Grundversorgung im Nahbereich. Den Gemeinden steht als räumliches Steuerungsinstrument die Bauleitplanung (Baugesetzbuch) zu Verfügung. Sie wird durch lokale Entwicklungs- und Marketingkonzepte als Grundlage zur EU-Förderung ergänzt.

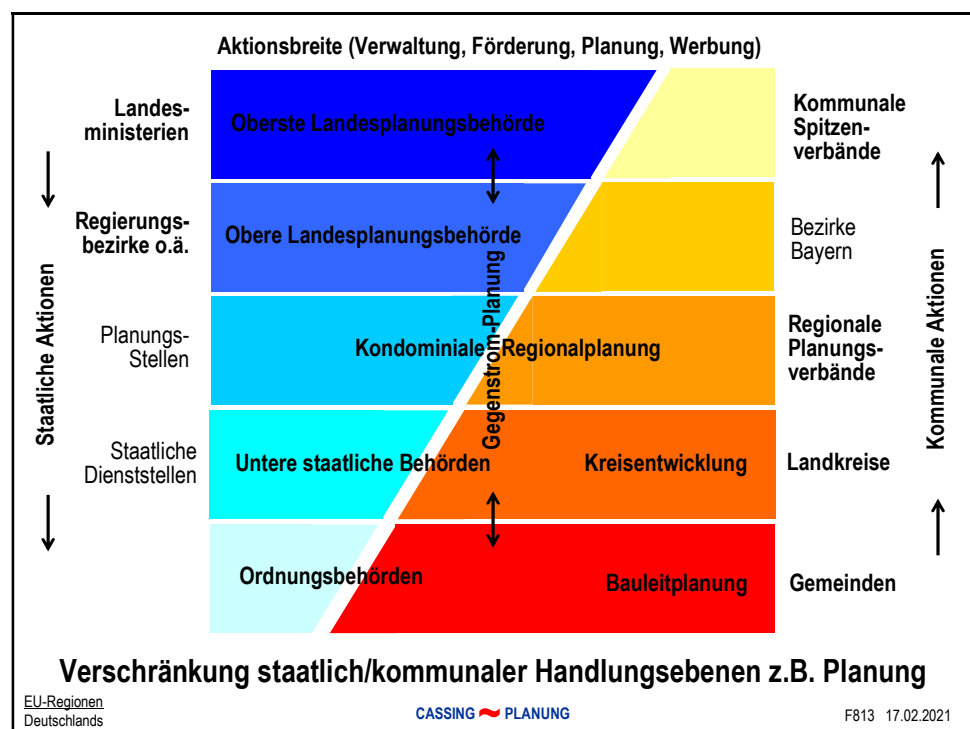


Abbildung Nr. 121

4.3 „Europa in Deutschland - Deutschland in Europa“

„Derzeit zählt die EU 27 Mitgliedstaaten. Das Vereinigte Königreich ist 2020 ausgetreten. Der **Schengen-Raum** ist ein Gebiet ohne Binnengrenzen, (der) heute fast alle EU-Mitgliedstaaten sowie einige assoziierte Nicht-EU-Länder umfasst“ (europa.eu). Die für Raumentwicklung zuständigen Minister*innen der Europäischen Union haben 2020 die **Territoriale Agenda 2030** beschlossen: „**Territorialer Zusammenhalt** bedeutet die Förderung einer ausgewogenen und harmonischen Raumentwicklung zwischen und innerhalb von Ländern, Regionen, Städten und Gemeinden sowie die Sicherung einer Zukunft für alle Orte und Menschen in Europa auf der Grundlage der Vielfalt der Orte und der Subsidiarität.“ (territorialagenda.eu)

Dem Zusammenhalt in Europa dient insbesondere die interregionale Zusammenarbeit in den Grenzräumen. „**Interreg**, die ‚europäische territoriale Zusammenarbeit‘, ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union. Seit mehr als 20 Jahren werden damit grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Regionen und Städten unterstützt, die das tägliche Leben beeinflussen, zum Beispiel im Verkehr, beim Arbeitsmarkt und im Umweltschutz. Interreg wird in drei Schwerpunkten umgesetzt: A grenzübergreifende Zusammenarbeit, B transnationale Zusammenarbeit, C interregionale Zusammenarbeit. Deutschland beteiligt sich an insgesamt 13 grenzüberschreitenden Programmen (vgl. Abb. 122). Deutschland ist an sechs Interreg B-Programmen mit verschiedenen Bundesländern und Regionen beteiligt:

- **Alpenraum:** Unberührte Natur und lebendige Großstädte, innovative Forschungszentren und dünn besiedelte Landstriche, Nutzung natürlicher Ressourcen und Schutz sensibler Ökosysteme.
- **Donauraum:** Die Donau ist das verbindende Element zwischen Staaten und Regionen am ehemaligen eisernen Vorhang - ein Raum mit erheblichen sozioökonomischen Disparitäten.
- **Mitteleuropa:** Der Programmraum umfasst neun europäische Mitgliedsstaaten: Kroatien, Österreich, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn sowie Teile von Deutschland und Italien.
- **Nordseeraum:** Ein wichtiges Thema ist der Schutz von Meer und Küste. Da der Nordseeraum mit seinen Häfen die wichtigste Logistikkreuzung in der EU ist, spielt ein nachhaltiger Verkehr eine große Rolle.
- **Nordwesteuropa:** Geprägt durch viele Metropolen, Groß- und Mittelstädte auf relativ engem Raum, ist er mit seinen 240 Millionen Einwohnern der urbanste und am dichtesten besiedelte Interreg-Programmraum.
- **Ostseeraum:** Die politisch-strategische Netzwerkbildung im Ostseeraum zur Überwindung großer struktureller Unterschiede zwischen West- und Ostteil kann auf eine lange Tradition zurückblicken.“ (interreg.de)

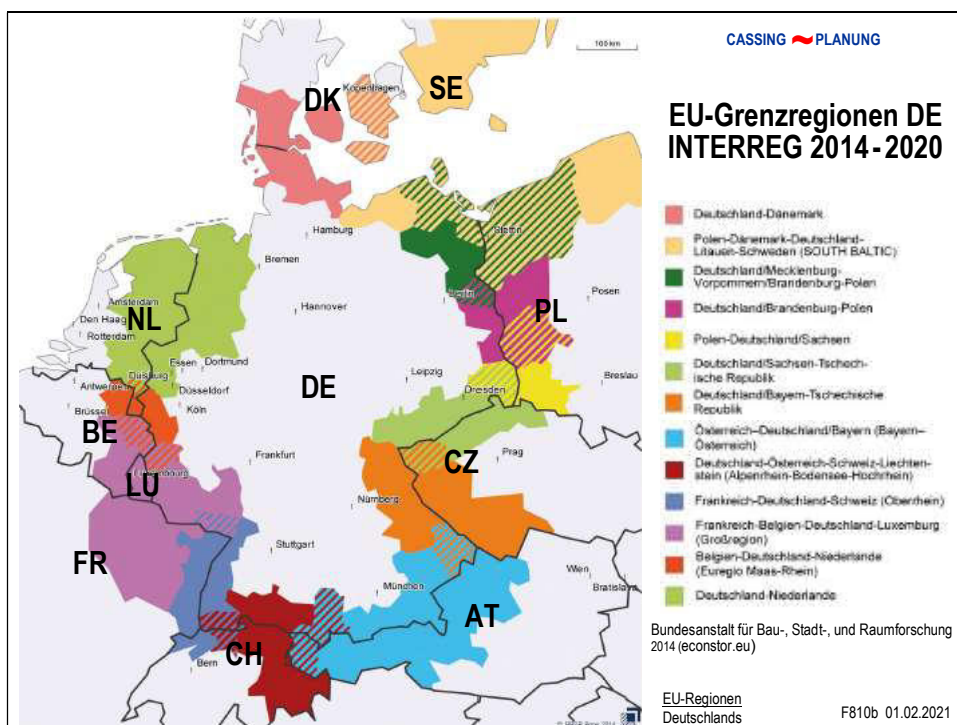


Abbildung Nr. 122

Die Entwicklung der 242 NUTS-2 als „*regionalpolitische Basisregionen*“ (ec.europa.eu/eurostat) wird von ihrer Position in der **Raumstruktur Europas** geprägt (vgl. Abb. 123). Daran kann die Förderpolitik grundsätzlich wenig ändern; sie kann aber die Stärken und Schwächen der geostrategischen Lage bei der Infrastrukturförderung berücksichtigen. Deutschland ist Teil des europäischen Zentralraumes, der als *Pentagon* bezeichneten „*Zone größter wirtschaftlicher Konzentration und weltwirtschaftlicher Integration im Kerngebiet der EU zwischen London, Paris, Mailand, München und Hamburg.*“ (ESPON 2013, Heft 6, S. 4). Darin kann Frankfurt als Mittelpunkt (z.B. geografisch, finanzpolitisch, luftverkehrlich) angesehen werden. Delhey, J., u.a. (2020) „*bilanzieren, wie Europa über Ströme der Mobilität und Kommunikation über die letzten Jahrzehnte zum **Netzwerk Europa** zusammengewachsen ist. Mit Blick auf die verursachenden Kräfte sehen wir eine vergesellschaftende Wirkung des politischen Projekts Europa. Allerdings hat dieses Netzwerk eine eindeutige **Zentrum-Peripherie-Struktur**; das Zusammenwachsen Europas ist deshalb ein ambivalenter Prozess, der gleichermaßen neue Problemlagen und Konflikte aufgeworfen hat wie er transnationale Verbundenheit und Solidarität stiftet.*“ Für die funktionale Vernetzung stehen folgende Beispiele:

- **Wissenschaft:** „**COST** steht für *European Cooperation in Science and Technology*. Der Europäische Forschungsraum zielt darauf ab, die Bedingungen für Forschung und Innovation zu verbessern.“ (bmbf.de)
- **Wirtschaft:** „Dem **Enterprise Europe Network** haben sich über 600 wirtschaftsnahe Organisationen angeschlossen. Im Fokus steht die Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen.“ (eu-info.de)
- **Arbeitsmarkt:** „**EURES** ist ein Netzwerk der öffentlichen Arbeitsmarktservices der EU-Staaten. Ziel ist es, grenzüberschreitende Beschäftigung von Arbeitnehmer*innen zu fördern.“ (eures-deutschland.de)
- **Bevölkerung:** „Informationszentren im **europa direct**-Netzwerk der EU gibt es in über 40 deutschen Städten. (Sie) sind das Bindeglied zwischen Bürgern und der EU auf lokaler Ebene.“ (eiz-niedersachsen.de)
- **Versorgung:** „Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (**RGRE**) ist eine europaweite Organisation. In Deutschland repräsentiert der RGRE 800 europaengagierte Städte, Gemeinden, Landkreise.“ (rgre.de)
- **Verkehr:** „Schienenwege sind die Lebensadern Europas. Die *Trans-European Networks*, kurz **TEN**, ist ein Programm der Europäischen Union zur zukunftsfähigen Gestaltung von Mobilität.“ (bahn-fuer-europa.de)
- **Umwelt:** „*European Environmental Bureau (EEB)* ist der Dachverband von 150 Nichtregierungsorganisationen in 30 Ländern Europas, die sich mit umweltpolitischen Themen und Umweltschutz befassen.“ (dnr.de)
- **Landschaft:** „In der EU wurde 1992 beschlossen ein Schutzgebietsnetz (**Natura 2000**) aufzubauen, welches dem Erhalt wildlebender Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume dient.“ (ffh-gebiete.de)
- **Klima:** „Im **Klima-Bündnis** arbeiten 1.800 Kommunen in 27 europäischen Staaten, Bundesländer, Provinzen, NGOs und andere Organisationen aktiv daran, den Klimawandel zu bekämpfen.“ (klimabuendnis.org)

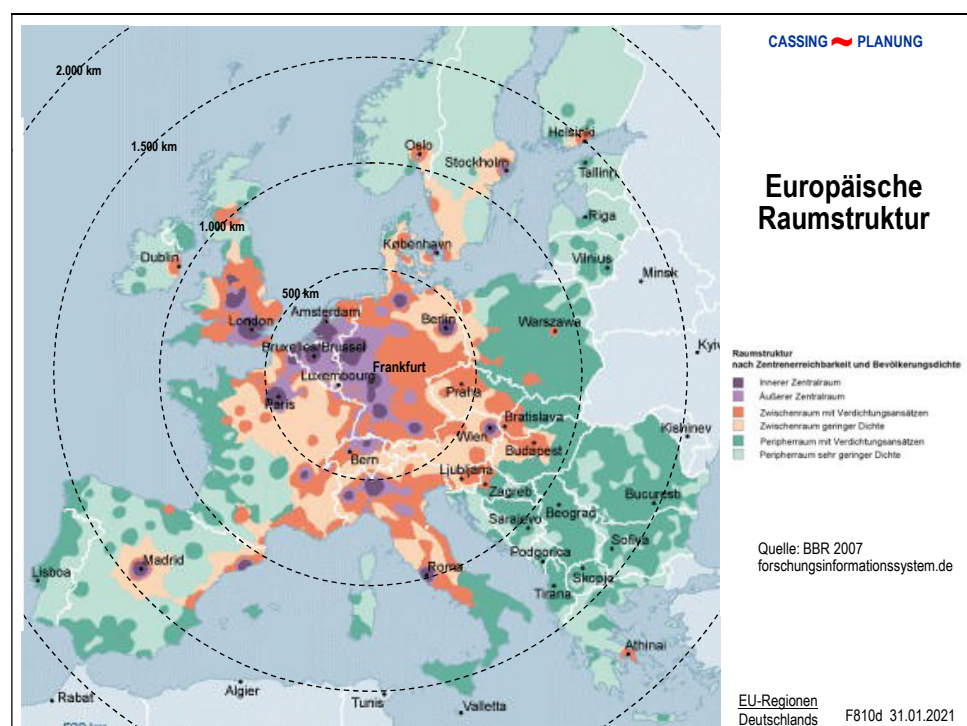


Abbildung Nr. 123

Aus der Web-Recherche zu den EU-Regionen (NUTS 2) in Deutschland ergibt sich kein eindeutiges **Fazit**. Einerseits spiegeln diese **Bezirke** vielfach historische Territorien mit hoher Identifikationskraft wider, andererseits ist heute die politische Bedeutung der Bezirksebene im Bewusstsein der Bevölkerung wenig präsent. Vor allem zeigen sich große Unterschiede in der geostrategischen Handhabung der Bezirksebene in den Bundesländern. Eine Ausnahme bilden die kleineren Länder, bei denen NUTS-1 und NUTS-2 identisch sind. Das zeigt sich auch an den unterschiedlichen webbasierten Marketingaktivitäten und Netzwerken auf dieser Ebene. Nicht einheitlich ist auch die „Anbindung“ der Regionalplanung, die von staatlicher Zuständigkeit in Schleswig-Holstein über gemischte Trägerschaft bei den meisten Ländern bis zu kommunaler Verantwortung in Niedersachsen reicht. Flächendeckend kongruent ist jedoch die „Einbindung“ der **regionalen Planungsräume** in die Bezirksgrenzen; im Durchschnitt kommen 2-3 Raumordnungsregionen auf einen NUTS-2-Bezirk. Deshalb spricht vieles dafür, territorial-regional koordinierte Strategiemodelle zu entwickeln, die **europäische Wahrnehmbarkeit** mit **heimatlicher Verbundenheit** kombinieren.

In diesem Sinn lässt sich „Europa als Heimat“ verstehen und darauf eine Strategie für ein „Europa der Regionen“ aufbauen - mit den Bausteinen:

- **Großräumigkeit:** Die NUTS-2-Regionen werden mit 800.000 bis 3.000.000 Einwohnern als „Basisregionen für regionalpolitische Maßnahmen“ (ec.europa.eu/eurostat) definiert. Hier besteht im Rahmen der Landesverwaltung und im Verbund der zugehörigen Regionalplanungsträger eine Strategie-Plattform für nachhaltige und gleichwertige Entwicklung, die zur Zusammenarbeit im Bezirk und zum Zusammenhalt in Europa beitragen kann. „Vom Territorial-Konsens zum Kontinental-Konsens“ könnte das Motto lauten.
- **Nachhaltigkeit:** Bezirke können aufgrund ihrer „Konstitution“ besonders als „Innovationsräume“ (Wissenstransfer), als „Migrationsräume“ (Wanderungsbilanz) und als „Regenerationsräume“ (Natur- und Kulturerbe) einen eigenen Beitrag zur nachhaltigen Raumentwicklung leisten. Auf diese Schwerpunkte sollte sich deshalb das Management dieser Ebene mit Verwaltung, Planung, Förderung und Werbung konzentrieren. So kann diese Ebene einen spezifischen Beitrag zum „European Green Deal“ leisten.
- **Gleichwertigkeit:** Auf diese Nachhaltigkeitstrias sollte sich auch das Monitoring zur Gleichwertigkeit und damit Förderbedürftigkeit beziehen: Ein wirtschaftlich-wissenschaftlicher Indikator misst die Produktivität (BIP) bildungs- und forschungsbezogen; die Wanderungsbilanz wird als gesellschaftlich-politisches Förderkriterium „geschärft“; die Naturhaushaltsbilanz misst die ökologisch-klimatische Nachhaltigkeit (ökologischer Fußabdruck). Die Wertung wird so vom „Wachsen“ zum „Haushalten“ transformiert.

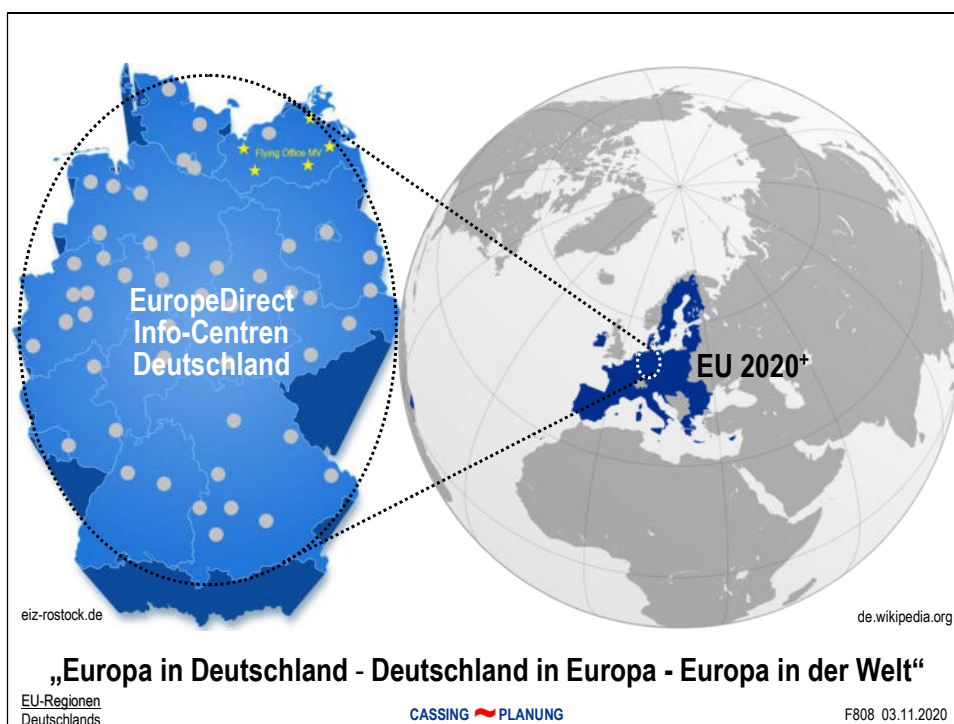


Abbildung Nr. 124

Literaturverzeichnis

- Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig (Hg.), Regionale Handlungsstrategie Braunschweig, 2014
- Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig (Hg.), Regionale Handlungsstrategie Braunschweig, 2020
- Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (Hg.), Partner in der Region - für die Region, Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes für regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Hildesheim 2017
- Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (Hg.), Regionale Fachkräftestrategie des Fachkräftebündnisses Leine-Weser - Fortschreibung 2018, arl-lw.niedersachsen.de
- Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (Hg.), Regionale Handlungsstrategie Leine-Weser, Hildesheim 2017, arl-lw.niedersachsen.de
- Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg (Hg.), Partner in der Region - für die Region, Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg, 2017
- Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg (Hg.), Regionale Handlungsstrategie 2014 - 2020 für das Übergangsgebiet Lüneburg, 2014
- Bayerische Staatsregierung (Hg.), 18. Raumordnungsbericht Bayern 2013 – 2017, München 2019
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Hg.), Sozioökonomische Analyse des Freistaats Bayern für das EFRE-Programm 2014-2020, München 2013
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (Hg.), Das bayerische Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, Bürgerinfo 2020/2012, (stmwi.bayern.de)
- Block, J., Fisch, C., Diegel, W., Forschungsstelle Mittelstand an der Universität Trier, Initiative Region Trier e.V. (Hg.), Innovation und innovative Unternehmen in der Region Trier, o.J.
- Böhme, K., Henker, M., Karg, C., Rautenberg, R., Sauerborn, K., Taurus Eco Consulting GmbH, Prognos AG (Hg.), Sozioökonomische und SWOT Analyse des Saarlands, Trier 2020
- Braml, M., Felbermayr, G., Regionale Ungleichheit in Deutschland und der EU: Was sagen die Daten?, ifo Schnelldienst 7/2018, S. 36-49 (.ifo.de)
- Brüning, A., Frauns, E., u.a., URBAN CATALYST GmbH und büro frauns, OstWestfalenLippe GmbH (Hg.), URBANLAND OstWestfalenLippe - Navigation Regionale 2022, Broschüre Berlin/Münster 2019
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.), Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Deutschland - Europa in meiner Region, Berlin 2017
- Caesar, B.; Pallagst, K., Entwicklungspfade der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Status quo, in: Pallagst, K., u.a. (Hg.): Border Futures - Zukunft Grenze - Avenir frontière: Zukunftsfähigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Arbeitsberichte der ARL 20, Hannover 2018 (econstor.eu)
- Delhey, J., Deutschmann, E., Verbalyte, M., Aplowski, A., Netzwerk Europa - Wie ein Kontinent durch Mobilität und Kommunikation zusammenwächst, Wiesbaden 2020
- Dumitrescu, R., u.a., it's OWL Clustermanagement GmbH (Hg.), Strategie zur Entwicklung des Spitzenclusters it's OWL - Das Technologie-Netzwerk Intelligente Technische Systeme OstWestfalenLippe, Paderborn 2019 (its-owl.de)
- Eatock, D., Demografischer Ausblick für die Europäische Union 2019, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, Mai 2019, www.europarl.europa.eu
- Europäische Kommission (Hg.) Der europäische Grüne Deal, Mitteilung, Brüssel 2019, eur-lex.europa.eu
- Europäische Kommission (Hg.) Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft, Mitteilung, Brüssel 2017, eur-lex.europa.eu
- Europäische Kommission (Hg.), EUREK Europäisches Raumentwicklungskonzept - Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union, 1999
- Europäische Kommission, Länderbericht Deutschland 2019 mit eingehender Überprüfung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, Brüssel 27.2.2019, ec.europa.eu

- Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, Straßburg 29.5.2018, eur-lex.europa.eu
- Europäische Kommission, Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2019 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands 2019, Brüssel 5.6.2019
- Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.), Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser - Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg, Broschüre 2014, bsu.hamburg.de
- Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.), Hamburger Maß - Leitlinien zur lebenswerten kompakten Stadt, Broschüre 2020, hamburg.de/bsw
- Freistaat Sachsen - Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (Hg.), Operationelles Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2014-2020
- Freistaat Thüringen - Staatskanzlei (Hg.), Europapolitische Strategie des Freistaats Thüringen 2.0, Erfurt 2018 (staatskanzlei-thueringen.de)
- Greiving, S., u.a., Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald (Hg.), Vorstudie zur Entwicklung einer Regionalentwicklungsstrategie: Regiopole Mittelrhein-Westerwald, 2020
- Hagn, H., Kaufmann, R., Thüringer Landesamt für Statistik (hg.), Europa der Regionen: Thüringen im europäischen Vergleich, Ausgabe 2019 (statistik.thueringen.de)
- Hamburg Marketing GmbH (Hg.), Strategischer Marketingplan für das Hamburgmarketing 2019–2024, Broschüre 2019
- Harsche, J., u.a., Hessen Agentur GmbH (Hg.), Sozioökonomische Analyse im Hinblick auf EFRE, ESF und ELER in Hessen für die Förderperiode 2014 bis 2020 einschließlich Stärken-, Schwächen-, Chancen-, Risiken-Analyse, Wiesbaden 2013
- Hilmer, R., Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit, library.fes.de 201
- Knippschild, R., Kooperation, grenzüberschreitende, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover 2018 (econstor.eu)
- Kunzmann, K. R., Spiekermann, K., Wegener, M., Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.), Deutschland in Europa - Ergebnisse des Programms ESPON 2013, Heft 6: Räumliche Szenarien und Visionen für Europa 2050, Bonn 2015
- Land Brandenburg – Staatskanzlei (Hg.), Investitionen in Ihre Zukunft, EU-Fonds im Land Brandenburg Förderperiode 2007 – 2013, Broschüre Potsdam 2008
- Land Brandenburg (Hg.), Informationen zur Vorbereitung der ESF+-Förderperiode 2021 bis 2027 (Stand: 16. Juni 2020), esf.brandenburg.de
- Landesregierung Sachsen-Anhalt (Hg.), Europäische und internationale Aktivitäten der Landesregierung Sachsen-Anhalt im Jahr 2021 (europa.sachsen-anhalt.de)
- Lindstadt, H.-J., IHK Nürnberg für Mittelfranken (Hg.), Entwicklungsleitbild der Wirtschaftsregion Nürnberg, 2005
- Martensen, H., Diependaele, K., Belgian Road Safety Institute (Hg.), Zeitreihenmodelle mit meteorologischen Variablen zur Prognose von Unfallzahlen, Berichte der Bundesanstalt für Straßenwesen, Bergisch-Gladbach 2017
- Ministerinnen und Minister für Raumordnung, Raumentwicklung und/oder territorialen Zusammenhalt (Hg.) Territoriale Agenda 2030 - Eine Zukunft für alle Orte, Dezember 2020 (territorialagenda.eu)
- Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hg.), EFRE-Programm Baden-Württemberg 2014-2020 ‚Innovation und Energiewende‘, Durchführungsbericht 2019, Stuttgart 2020, efre-bw.de
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg (Hg.), Europäischer Fonds für regionale Entwicklung im Land Brandenburg 2014 - 2020, Bürgerinfo 2019, Potsdam 2020

- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Schleswig-Holstein - Maritime Modellregion in Europa, Broschüre Kiel 2015 (schleswig-holstein.de)
- Müller, M.C., Initiative Region Mittelrhein e.V. (Hg.), Region Mittelrhein - Land der Möglichkeiten, Koblenz 2013
- Offenhäuser, S., Handelskammer Bremen (Hg.), Wachstum für das Land Bremen - perspektive bremen-bremerhaven 2030, Bremen 2017, handelskammer-bremen.de
- Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald - Geschäftsstelle bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (Hg.), Regionaler Raumordnungsbericht 2018, Koblenz 2018
- Ragnitz, J., Untiedt, G., Weber, M., Optionen einer Weiterentwicklung der Indikatorik für die von der EU abgegrenzten Regionalfördergebiete nach 2020, Endbericht, Dresden/Münster 2017
- Ramb, M. W., Zaborowski, H., (Hg.), Heimat Europa?, Göttingen 2018
- Scharmann, L., u.a., Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hg.). Raumordnung: Anwalt für gleichwertige Lebensverhältnisse und regionale Entwicklung Eine Positionsbestimmung, Positionspapier aus der ARL 115, Hannover 2020
- Schneider, J., u.a. (regioplus Ingenieurgesellschaft mbH), Regierungspräsidium Stuttgart (Hg.), Landschaften und Böden im Regierungsbezirk Stuttgart, 2015
- Schneider, U., Struktur- und Genehmigungsdirektion Rheinland-Pfalz Süd (Hg.), Jahresbericht 2019, Neustadt an der Weinstraße (sgdsued.rlp.de)
- Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.), Horizonte erweitern Zukunft gestalten - Sachsen-Anhalts europäische und internationale Aktivitäten 2016-2020, Magdeburg 2020 (europa.sachsen-anhalt.de)
- Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (Hg.), Landesmarketing-Thüringen Strategien - Ansätze - Kampagnen, Erfurt 2019 (das-ist-thueringen.de)